D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Sondernummer

Offenbach/Main Nr. 122
Mai '80 DM 5,–
12. Jahrgang

"GROSSER RATSCHLAG"

– Soziale Protestbewegungen und sozialistischen Politik –

27.-29. JUNI 1980 IN FRANKFURT

Zu dieser Ausgabe

Vom 27. bis 29. Juni 1980 findet der "Große Ratschlag" in Frankfurt statt. Der innere Zustand der Bundesrepublik ist chaotisch genug; doch die Linke scheint sich besonders schwer mit den jüngsten Veränderungen zu tun. Die Konstituierung der Grünen zur Wahlpartei hat wieder schier endlose Debatten um das Politikverständnis der Linken ausgelöst: Zwischen realistischer Straußdrohung und einer wieder aufbrechenden Emanzipationsdebatte (Stichwort: Subjektivität) scheint die Linke aneinander vorbeizureden. Überschattet werden all diese Diskussionen von einer realen Kriegsgefahr, durch die eine Neuorientierung der Weltpolitik unumgänglich geworden ist, die auch für die Linke Folgen haben wird.

Die Sondernummer der "links" zum "Großen Ratschlag" stellt Diskussionsmaterial zur Verfügung. Die einzelnen Beiträge decken nicht die angesprochenen Themen ab; sie sind als Anregung und als Arbeitsmaterial zu verstehen. Die neue weltpolitische Situation muß in unsere Überlegungen mit eingehen, wenn wir nicht im Provinzlertum versinken wollen. Durch die von Carter verschärfte Blockkonfrontation wird die Entspannungspolitik gefährdet, die wesentlich europäische und speziell deutsche Interessen reflektierte, und deren Ende mit einer verstärkten Anlehnung an die Hegemonialmächte bezahlt werden müßte.

Die innerpolitischen Kosten des "Modell Deutschland" werden in den Beiträgen von Esser, Horn, Matzanke u.a. thematisiert. Auf diesem Hintergrund sollten auch die Berichte über Autonome Politikansätze gelesen werden.

Daß der Kapitalismus auch nicht mehr der ist, der er einmal war, hat sich inzwischen herumgesprochen. Der Traditionalismus linker Theorie, der sich in den siebziger Jahren eingebürgert hat, wird den veränderten Verhältnissen nicht gerecht. Umso dringlicher erscheint es, an Diskussionen anzuknüpfen, die in den sechziger Jahren schon einmal breiter geführt worden sind, aber heute mit den neuen Erfahrungen aus den siebziger Jahren anders und vor allem konkreter ausgetragen werden können. Traditionelle Vorstellungen vom Proletariat (s. J. Hirsch: Proletariat adieu?) lassen sich ebensowenig auf die Dauer gegen die Realität halten, wie der Mythos von der "Technischen Intelligenz", deren Einbindung in den Produktionsprozeß beschrieben wird (Beitrag von Hack/Teschner).

Die Überlegungen zur Strategie und Politik, wie sie von Narr/Vack, Andreas Buro und V. Brandes angestellt werden, spiegeln auch die Schwächen und Unsicherheiten wider, mit denen die westdeutsche Linke 1980 geschlagen ist. Der Beitrag von Heide Erd-Küchler/Ingrid Bergmiller thematisiert das Verhältnis von Frauen und Politik – ein Thema, mit dem es sich die "links" in den letzten zehn Jahren sehr schwer getan hat.

Genauso wie für die anderen Themenbereiche gilt hier, daß wir uns bemühen wollen, die Diskussion wieder in Gang zu setzen. Mit fertigen Rezepten wollen und können wir nicht aufwarten. Am Ende des Heftes findet sich eine Würdigung des Genossen Jean-Paul-Sartre, der zur Politisierung mehrerer Nachkriegsgenerationen beigetragen hat, der wie kaum ein anderer des Typus des engagierten radikalen Intellektuellen verkörpert hat. Auf spezielle Aspekte der Theorie und Politik Sartres werden wir in den folgenden Heften noch eingehen.

Die nächste Nummer der "links" wird sich noch einmal mit dem "Großen Ratschlag" befassen. Sie kann ebenfalls außerhalb des Abonnements bezogen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Heide Erd-Küchler, Helmut Burgwinkel (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Dan Diner, Robert Detobel, Detlev Claussen ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 5,--, Jahresabonnement DM 22,-- zuzüglich DM 6,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-Extrablatt "Großer Ratschlag"; Spendenaufruf des Sozialistischen Büros zur Finanzierung des "Großen Ratschlag"; Prospekt Verlag Neue Kritik-Frühjahr 1980.

Inhaltsverzeichnis

D. Diner:
Krise im Mittleren Osten – Weltkrise 3

H. Erd-Küchler/I. Bergmiller:
Frauen und Aggressivität 4

J. Esser/W. Fach/G. Simonis:
Perspektiven des "Modell Deutschland" 6

B. Matzanke/E. Audretsch/M. Spaniol:
Alles unter Kontrolle – Datenschutz 11

K. Horn:
Strauß und die Emotionalisierung der Politik 15

D. Wittenberg:
Deutsche Fragen 18

J. Hirsch:
Proletariat adieu? 21

R. Roth:
Die politische Provokation der Bürgerinitiativen 26

S. Lederle/R. Laux:
Arbeitsfeld Gesundheitswesen 29

H. Burgwinkel:
Bei wem stimmt's denn hier nicht – Arbeitsfeld Schule 33

E. Wedekind/Renate Blum-Maurice:
Zuwendung als Lohnarbeit – Zur Sozialarbeit 36

L. Hack/E. Teschner:
Technische Intelligenz 39

W.D. Narr/K. Vack:
Form und Inhalt der Politik – Ein fiktives Gespräch 45

A. Buro:
Verschlungene Pfade – Lernprozesse und Emanzipation 50

V. Brandes:
Sommerschule '80 53

V. Brandes:
Damit wir uns nicht selbst im Wege stehen – Für ein verändertes Politikverständnis 55

B. Schoch:
Zum Tod Jean Paul Sartres 59

Großer Ratschlag 63

Krise im Mittleren Osten – Weltkrise

Die amerikanische Groteske in der nordostiranischen Salzwüste hat der seit Monaten andauernden und sich steigernden Spannungen einer aus den Fugen geratenen Weltpolitik hoffentlich nur ein karikierendes Moment hinzugefügt. Seit der Kuba-Krise von 1962 ist eine allgemeine und umfassende Kriegsgefahr nicht mehr so spürbar und real geworden.

Die tiefgreifenden ökonomischen und strukturellen Veränderungen im Weltmaßstab, die sich seit den fünfziger bis in die siebziger Jahre hinein angehäuft haben – dazu gehören die Folgen von Entkolonialisierung und nationaler Befreiung in der "Dritten Welt", der verstärkten Verfügung der Rohstofförderer-staaten über ihre Territorien, der Stärkung Westeuropas, etc. – scheinen mit einem Male in ihrer politischen Konsequenz für die Führungsmacht des Westen zusammenzutreffen und in dieser Vermischung eine explosive Lage herbeizuführen, die auf eine militärische Entladung drängt. Wir scheinen bereits eine Stufe erreicht zu haben, in der nicht etwa die Einleitung militärischer Feindseligkeiten aktiver Handlungen bedarf; die schiere Aufrechterhaltung eines brüchig gewordenen Nichtfriedens schreit nach tätigem Handeln. Dem weltpolitischen Dilettanten im Weißen Haus und seinem schießwütigen Chefberater Brzezinski ist es gelungen, zu allem Unglück noch das Kunststück zuwege zu bringen, alle nur denkbaren aktuellen Konflikte so miteinander zu verknüpfen, daß es nur eines heftigen Anstoßes an einer beliebigen Stelle des schwankenden Gebäudes bedarf, um einen katastrophalen Zusammenbruch herbeizuführen. Man könnte geradezu wieder gläubig werden, wenn man bedenkt, daß das lang geübte und als "Befreiungsunternehmen" ausgegebene Abenteuer Carters und Brzezinskis vorläufig in der Salzwüste "technisch" verlosch und das Kommando nicht Teheran erreichte. Nicht auszudenken, welche Folgen die Tatsache nach sich gezogen hätte, wenn es den humanitären Befreiern gelungen wäre, nach Teheran vorzudringen, um dann von dort wiederum durch die im Arabischen Meer in Bereitschaft stehenden Flugzeugträger und anderen Kriegsschiffen selbst militärisch befreit zu werden.

Niedergang der USA und die Haltung Westeuropas

Indem es Carter gelungen ist, sich in alle nur denkbaren internationalen Schwierigkeiten zu verheddern, die noch größere Verstrickungen nach sich ziehen, hat er es erreicht, Weltgeschichte auf den Punkt, besser auf den Brennpunkt zu bringen. Er scheint diejenige gefährlich tragikomische Gestalt zu sein, die einen weiteren Positionsverlust der USA dadurch beschleunigt, daß er den Niedergang der Weltmacht durch allerlei Aktionen und obskurer Manöver aufzuhalte versucht, die zuletzt auch mit seiner Wiederwahl zum US-Präsidenten verbunden sind.

Die USA haben im Nahen- und Mittleren Osten durch die islamische Revolution in Iran nicht nur geostrategische Vorteile der Sowjetunion gegenüber verloren. Sie verlieren auch ihren beherrschenden Einfluß auf Westeuropa, das von dem dortigen Erdöl seit 1945 in seinem wirtschaftlichen Aufstieg abhängt und damit auch politisch und militärisch an jene Macht gebunden ist, die in dieser Region die Rolle eines absoluten Hegemons ausübt. Indem die USA auf die Ereignisse in Iran und auf die Geiselnahme als Symbol des Konflikts nicht permissiv und diplomatisch, sondern frontal und die Veränderungen ignorierend reagierten, haben sie die Westeuropäer in einen Solidaritätszwang gestellt, für den es immer weniger eine gemeinsame Basis gibt. Europa und Japan sind in einer ganz anderen Weise auf das mittelöstliche Öl angewiesen als die USA. Durch die Durchsetzung eines gemeinsamen Handelns unter Frührung der geschwächten USA, sind die Westeuropäer weit mehr von möglichen katastrophischen Folgen betroffen, was Ölversorgung, aber auch Kapitalexport angeht. Damit besteht aber gleichzeitig auch die Chance, daß die erzwungene Solidarität das Trennende verstärkt – die einzige Hoffnung übrigens, zu der dieser Konflikt Anlaß gibt. Indem es Carter gelungen ist, den Iran-Konflikt – der aufgrund des Wahlkampfes vor allem von innerameri-kanischer Bedeutung ist – und die Afghanistan-Krise – die einen eher geostrategischen Charakter hat und das globale "Gleichgewicht" betrifft – nebst dazugehörigem Olympia-Boykott miteinander zu verknüpfen, hat er den Westeuropäern eine Schlinge um den Hals gelegt. Ölimporte aus Nah- und Mittelost wären durch einen heißen Krieg ebenso unterbrochen, wie die bedeutenden Exporte in die Sowjetunion durch einen hereinbrechenden Kalten Krieg wegen Afghanistan. Die Bundesrepublik und ihr SPD-Kanzler als idealer Interessenvertreter eines friedens- und exporterhaltenden Bündnisses zwischen organisierter Facharbeiterschaft und jenen Kapitalen, denen es an einem langfristigen kalkulierbaren und staatlich abgesicherten Osthandel gelegen ist, hätten auch "innerdeutsch" all das zu verlieren, was in mühseliger Kleinstarbeit im Rahmen der Ostpolitik erreicht worden ist. Europa und vor allem die Bundesrepublik können nur verlieren, wenn sich international alles auf Kommando des Erdnußfarmers in die überkommenen Gräber der alten Lager einigelt. Von den zarten Versuchen osteuropäischer Länder wie Polen, Ungarn und nicht zuletzt auch der DDR auf ein klein wenig Eigenständigkeit gegenüber der Sowjetunion gar nicht zu reden.

Westeuropa scheint aber außerstande, sich aus der atlantischen Zwangsjacke freizumachen. Die internationale Krise trifft die Kontinentaleuropäer in einer Verfassung, in der sie zwar bereits zu stark und zu selbstbewußt sind, um mit den Amerikanern auf Kommando durch jede Pfütze der Weltpolitik zu robben – aber noch zu schwach, um eine eigenständige Politik zu betreiben.

Sterben für Kabul?

Kabul, obwohl geographisch in Afghanistan gelegen, steht politisch für einen historischen Dreh- und Angelpunkt von Teilrevisionen mancher Ergebnisse und Festlegungen, die aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind. So hat die iranische Revolution die politisch Staatenordnung im Vorderen Orient erschüttert, wie sie aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen ist – die territoriale Integrität des Iran eingeschlossen. Sie hat auch nach Ablösung der britischen Hegemonie in der Region nach dem Zweigen Weltkrieg die Ordnung, die von den USA ökonomisch zementiert wurde, erschüttert. Dabei ist zu bedenken, daß die dortigen Nationalstaaten nicht homogen Nationalitätenstaaten sind. Sie enthalten jeweils bedeutende religiöse, ethnische und nationale Minderheiten, die – wie im Falle Irans und des Iraks – das Staatsvolks bzw. die herrschende religiöse Gemeinschaft an Zahl übertreffen. So stehen sie mit einer zentralistisch strukturierten Administration immer in einem Spannungsverhältnis, das sich periodisch auch militärisch auflädt. Das gilt vor allem für die Kurden, deren Siedlungsgebiete vor allem im Irak mit den Erdölgebieten fast identisch sind. Nachdem die Staaten des Vorderen Orients die unmittelbare westliche Präsenz auf ihrem Territorium weitgehend abgeschüttelt haben, steht dort ein über sechzig Jahre alter politisch-geographischer Status quo zur Disposition, der sich im Extremfalle sogar seinen Weg über einen Staatenverfall nehmen könnte.

In diesem Kontext ist die sowjetische Intervention in Afghanistan auch zu sehen. Die UdSSR schickte sich an, präventiv ein regionales Vakuum auszufüllen: Sollte der Iran zerfallen, so ist kaum zu erwarten, daß die UdSSR an ihrer Südgrenze einen langandauernden Dauerkonflikt hinnehmen würde. In der Logik internationaler Herrschaft ist es kaum vorstellbar, daß eine kontinentale Landmacht wie die UdSSR, die (noch) über eine weltweit interventionsbereite Flotte als imperialistisches Instrument verfügt – wie historisch die angelsächsischen Mächte, die beliebig und nach Gütdünken fremde Strände verunsicherten – angesichts eines möglichen Zerfalls des Iran eine weiteren Geschehen zuvorkommende Intervention in Afghanistan – dem geopolitischen Drehpunkt in der Region – zulassen würde. Dies ergibt sich aus ihrer historischen Kollektiverfahrung. Daß Jimmy Carter in einem Augenblick völliger Umnachtung oder durch die schlechten Dienste seines Sicherheitsberaters Brzezinski die gesamte Golfregion auf der anderen Seite der Erdkugel gleich mit einer hegemonialen Doktrin seines Namen beglückte, deutet allenfalls auf eine geographische, nicht aber auf eine politische Weitsicht des Präsidenten hin. Die Anrainerstaaten des persisch-arabischen Golfes haben sich für dieses unerwartete Geschenk, das nur ihren eigenen Verfall beschleunigen würde, bedankt.

Es geht nicht darum, die sowjetische Intervention in Afghanistan zu rechtfertigen, sondern sie auf der Grundlage eines veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisses zu bemessen, das die USA noch nicht anzuerkennen bereit sind. Ein solcher Status quo ist einem Staatenkrieg vorzuziehen. Deshalb darf die Invasion Afghanistans, einem Land, das ohnehin im Vorhof sowjetischen Einflusses stand, nicht

zum kriegsrechtfertigenden Sündenfall, zum Anlaß eines moralischen oder gar militärischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion herhalten. Denn insgesamt geht es in der gegenwärtigen Krise historisch um nichts anderes, als um die krampfhaften Versuche der USA, ihre hegemoniale Rolle zu wahren, obwohl sie die reale und anerkannte Macht hierzu eingebüßt haben.

Eine linke Friedenkampagne ist nötig

Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges sind in und wegen der Region des Vorderen Orients insoweit in Frage gestellt, wie die Anbindung des westlichen Kontinentaleuropa an die USA und deren Verfügung über das Erdöl nicht mehr im vollen Umfang besteht. Es ist für Europa an der Zeit, sich von der Strategie des amerikanischen Präsidenten und den USA freizumachen. Damit wird aber existentiell wichtig, welche politischen Kräfte auf dem Kontinent und vor allem in der ökonomisch und militärisch übergewichtigen Bundesrepublik den Ton angeben. Wer hätte noch vor Monaten den Gedanken gewagt, daß angesichts einer kriegstreibenden Politik der USA ein Kanzler Schmidt neben dem noch reaktionäreren Giscard sich zum rationalen Friedenserhalter in Mitteleuropa mausern würde? Ein Kanzler Strauß, der sich – wenn sich die Gelegenheit böte – und die Welt scheint heute, wie Carter demonstriert, voller Gelegenheiten und dazugehöriger Narren zu sein – in Zentraleuropa zur Revision der Weltkriegsergebnisse anschicken würde, wäre verheerend. Man braucht sich nur die Atmosphäre im sowjetischen Politbüro vorzustellen, sollte Strauß Kanzler werden. Unter diesen Umständen bietet sich für die Linke hier keine andere Möglichkeit, als Strauß auch durch Stimmabgabe bei der nächsten Wahl zu verhindern, auch für die, die noch unter anderen Bedingungen den "Grünen" ihre Wahlstimme gegeben hätten.

Damit ist aber nicht aufgrund der bedrohlichen internationalen Lage das Ende aller Politik und ein sozialer Burgfrieden auf der Tagesordnung. Wenn es gelingt, das Nadelöhr der gegenwärtigen internationalen Krise ohne katastrophale Folgen zu durchlaufen, dann bedarf es seitens der Linken stärkerer und konzentrierterer Anstrengungen für die Grundlegung einer Politik, die sich hier in einem emanzipatorischen Sinne dem Gegensatz der Supermächte entzieht. Dazu gehören außerparlamentarische Kampagnen für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; Anstrengungen, die auf europäischer Ebene eine Massenbewegung entfachen können, die sich für eine Abrüstung einsetzt, die sich der Herrschaftslogik von Abschreckungs- und Gleichgewichtsdenken entzieht. Gemeinsam mit der europäischen Linken muß man sich für die Entmilitarisierung des Mittelmeerraumes ein setzen, verbunden mit der Propagierung neuer Austauschverhältnisse zwischen Europa und den rohstoffexportierenden Ländern des Vorderen Orients. Eine solche Perspektive könnte – falls die internationale Krise sich nicht militärisch entlädt, was ohnehin das Ende aller Politik bedeuten würde – ein gemeinsames Handeln der Linken in Europa einleiten.

DAN DINER

FRAUEN

Frauen und Aggressivität

Im folgenden wollen wir die Vorstellungen und Gedanken skizzieren, die uns in Diskussionen mit Frauen zu dem abgeänderten Aufruf der skandinavischen Frauen für den Frieden als Probleme auftauchten. Es geht uns dabei die scheinbare Friedfertigkeit und Aggressionslosigkeit von Frauen zu hinterfragen. Uns wurde dabei klar, welche, auf den ersten Blick nicht erkennbaren, aggressiven Ausdrucksformen wir haben.
Des weiteren geht es uns darum, wie die Frauenbewegung in unsere Frauenpolitik integriert werden kann, so daß es an unseren Erfahrungen und Kampfformen ansetzt und um mehr als eine Unterschrift geht.

Frauen für Frieden

Jetzt muß das aufhören! Wir sind verzweifelt über die Entwicklung. Mehr und mehr verstehen wir jetzt, daß Frauen in der ganzen Welt Angst haben und sich fragen: Haben unsere Kinder eine Zukunft? Wir werden zusammen mit Frauen in der ganzen Welt unsere Ohnmacht zur Macht wenden. Wir werden den Machtkampf zwischen den Großmächten nicht mehr still akzeptieren. Alle Agressionshandlungen müssen sofort aufhören. Abrüstungsverhandlungen müssen sofort wieder aufgenommen werden, die sofort Resultate bringen müssen. Wir fordern Abrüstung für einen dauernden Weltfrieden. Wir fordern, daß die Milliarden, die jetzt für Waffen ausgegeben werden, für Nahrungsmittel verwendet werden. Nein zum Krieg!

Auffallend ist, daß der Aufruf der skandinavischen Frauen erheblich emotionaler ist als der der deutschen Frauen, die ihren Text in Anlehnung an die Skandinavierinnen einige Zeit später formulierten. Im TAZ-Interview vom 27.2.1980 mit den Initiatorinnen des deutschen Aufrufs erklärt eine der Autorinnen, daß sie den Aufruf nicht so eindeutig gefühlsbetont hätten schreiben können, "weil die Angst, daß Irrationalität sofort mit faschistoid gleichgesetzt wird (in Deutschland), größer ist. Der Faschismus als spezifisch deutsche Vergangenheit liegt dazwischen". Wichtig scheint uns, daß gegen die massenhafte Scheinrationalität der vorgeblich zunehmend notwendiger werdenden Militarisierung überhaupt erst mal Gefühle gesetzt werden – wie insbesondere Angst vor den nicht mehr einkalkulierbaren Risiken zunehmender aggressiver Eskalation – wie vor allen Dingen Sehnsüchte nach einem friedlichen Nebeneinander, nach einer gesicherten Zukunft, in der Kinder noch einen Platz haben – oder die Wut, zu erkennen, daß wir Ohnmacht in uns spüren, weil wir nicht die gleiche Macht haben wie diejenigen, die uns ihre Form der Destruktuvität aufzwingen wollen. Der Aufruf der dänischen Frauen bringt all dies zum Ausdruck, und wir sollten uns nicht scheuen, diese Gefühle, die ja auch unsere sind, ebenfalls zu zeigen. Wir meinen, daß eine produktive politische Arbeit erst möglich ist, wenn wir uns mit unseren Gefühlen konfrontieren, was nicht gleichbedeutend ist mit dem direkten Ausleben – viele scheinen aber dergleichen Befürchtung zu hegen. E. Bloch hat in "Erbschaft dieser Zeit" herausgearbeitet, in welch pervertierter Form die Nationalsozialisten die ungelebten, vorbewußten Sehnsüchte des deutschen Volkes hervorzulokken verstanden und für ihre Zwecke mißbraucht haben und welch großen Fehler die Kommunisten damals gemacht haben, indem sie dieses Feld allein von den Nationalsozialisten bestellen ließen und sich ausschließlich auf die Ebene der rationalen, politökonomisch stringenten Analyse der vorgefundenen Verhältnisse zurückzogen. E. Bloch ha in diesem Zusammenhang den Begriff von der Notwendigkeit der Entfaltung politischer Phantasie geprägt, womit er meinte, daß es gelte, "konkrete Utopien" zu pointieren. Es kann weder darum gehen, Gefühle schlicht zu unterdrükken, weil wir Angst vor deren Eigendynamik haben, sobald sie entäußert sind, noch kann die Alternative sein, zu glauben, die Artikulation von Gefühlen erspare eine Auseinandersetzung mit ihnen bzw. es komme nur darauf an, daß jeder seine Wünsche und Gefühle spüre und auslebe.

Aber wo sind die Grenzen? Wir wollen in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Friedensbewegungsaufruf der skandinavischen Frauen verdeutlichen, wie wir uns eine produktive Auseinandersetzung mit dieser Fülle von Emotionen vorstellen.

Was wollen die Friedensfrauen? Sie fordern insbesondere, daß alle Aggressionshandlungen sofort aufhören sollen und sie fordern einen dauernden Weltfrieden. Ihre Sehnsüchte richten sich auf Frieden, auf eine Welt ohne Aggressivität. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht hier etwas idealisiert wird: die Welt der Frauen einerseits, scheinbar eine Welt ohne Aggressivität und die Welt der Männer andererseits, die gewalttätig, voll von Aggressionsspielzeug ist, wo Aggressionsrituale ausgelebt werden bis hin zum Anzetteln von Kriegen. Wir meinen, daß es darauf ankommt, diese Wunschvorstellung, soweit sie sich auf uns Frauen bezieht, zu entschleiern und gerade auch die spezifische Form zu thematisieren, in denen Frauen gelernt haben, ihre Aggressivität zu entäußern. Wir haben sie in der Familie von unseren Müttern vorgelebt bekommen – es ist dies die unberechenbare Form der Verweigerung der weiblichen Rolle: Die Mutter, die der Familie androht, alles hinzuschmeißen, die das alles (nämlich alles, was mit Mütterlichkeit notwendigerweise verknüpft scheint) nicht mehr mitmachen will, wohl wissend, daß sämtliche Familienmitglieder total von ihr abhängig sind, denn alle "versorgenden Qualitäten" sind auf ihre Person konzentriert, ob das nun Momente der emotionalen oder der materiellen Reproduktion sind (außer Geld verdienen). Sie ist die allein Gebende in diesem Bereich. So ist sie mit einer ungeheuren Machtfülle ausgestattet, und sie hat die Macht, mit dieser Fülle entweder verschwenderisch umzugehen, oder aber den Hahn völlig unberechenbarerweise einfach zuzudrehen, und letztere Alternative haben wir als Akte äußerster Aggression erfahren. Wir Töchter haben davon gerlent – auch wir haben unsere "Stärken" entsprechend ausgebildet. Wenn es nicht mehr die Haushaltsarbeit ist, die wir voraus haben, so sind es zumindest die Einfühlungsfähigkeiten, die psychischen Reproduktionsmomente, die wir bis zur Meisterschaft ausgebildet haben. Wir haben die Tendenz, unsere mütterlichen Fähigkeiten bis zur Selbstaufgabe "an den Mann" zu bringen, um dann postwendend von diesem

Mann Besitz zu ergreifen, ihn emotional zu entmündigen, um dann von Fall zu Fall – in Kompensation unserer Selbstaufgabe – die emotionale Versorgungsmacht den anderen spüren zu lassen. Es ist die eine Seite der Medaille, daß Männer diese Fähikeit im Umgang mit uns ausbeuten – diese Tatsache soll hier nicht relativiert werden – aber es ist die andere Seite, daß Frauen gerade mit der Ausprägung der Arbeitsteilung bezüglich dieser Fähigkeiten Macht beanspruchen und dann in der punktuellen, unberechenbaren Verweigerung dieser Qualitäten außerordentlich aggressive Akte vollziehen. Es geht darum, unsere eigene Formen von Aggressivität zu bestimmen; die bloße Nachahmung der "kämpferischen Männeraggressivität" ist nicht das, was wir wollen. Wenn die Friedensfrauen in dem Aufruf davon sprechen, daß es darauf ankomme, die Ohnmacht der Frauen in Macht zu wenden, dann meinen sie u.E. gerade dies: daß sie gegen die Aggressionshandlungen der männerdominierten Welt der Politik, Wirtschaft usw. die Aggressionshandlungen der Frauen setzen wollen: den Gebärstreik z.B. beziehungsweise die Verweigerung der weiblichen Rolle insgesamt – das wird zwar nicht so deutlich ausgesprochen, ist aber u.E. mit dieser Strategie gemeint.

Also die eine Form der Aggressivität beantworten mit einer anderen Form. Wir meinen, daß dies nicht die Lösung sein kann – vielleicht kurzfristig, um den Herrschenden Angst und Schrecken einzujagen, denn die konsequente Verweigerung, Kinder zu kriegen z.B., ist allemal ein bedeutendes Druckmittel. Aber es ist nur ein "Um-Zu"-Mittel, ein Mittel, um in die Öffentlichkeit zu tragen, welche Lebensbedingungen es heute verhindern, daß Frauen ihre Produktivität nicht entfalten können. Aber der Einsatz dieses Mittels hat nichts mit Befreiung von Rollenzwängen zu tun, sondern führt in neue Zwänge, so den Verzicht auf Kinderwünsche – das kann doch wohl nicht die Realisierung des Traums von Freiheit sein!!! Wir meinen, daß es darauf ankäme, dahin zu kommen, auf die Ausbildung spezifischer Fähigkeiten als potentielle Machtmittel zu verzichten – nicht die Entfaltung der "typisch weiblichen Werte" mit der Selbstaufgabe zu verknüpfen, um dann notwendigerweise den Drang zu spüren, sich an dem zu rächen, um dessentwillen man die Selbstaufgabe betrieben hat. Dies setzt voraus, daß wir Frauen uns alle jene Qualitäten, die mit der emotionalen Reproduktionsfähigkeit verknüpft sind, in positiver Weise neu aneignen, um dann frei für uns entscheiden zu können, ob und in welchem Ausmaß wir mütterlich versorgend uns verhalten wollen, ohne damit Selbstaufgabetendenzen zu verknüpfen.

Ein ganz anderes Moment der Verschleierung scheint über dem Problem der Verschiedenartigkeit der Geschlechter hinsichtlich der Formen der Austragung von Aggressivität zu liegen. Unbestritten ist, daß Männer mehr direkte, körperbezogene Formen der Austragung haben, das drückt sich in den von ihnen bevorzugten Sportarten wie z.B. Fußball aus – in dem Trend zum Motorradfahren usw. und geht bis hin zur gesellschaftlich anerkannten Möglichkeit, Meinungsverschiedenheiten über Schlägerein auszutragen. Frauen dagegen neigen, wie beschrieben, zu passiven Formen der Austragung, also Verweigerung – bis hin zur totalen "Nach-Innen-Nahme" der aggressiven Gelüste, bis zum Verrücktwerden. Beide Formen der je geschlechtsspezifisch verschiedenen Austragung haben sowohl ihren Preis, sie können entweder zur inneren, oder aber zur äußeren Verstümmelung führen; sie haben aber auch ihre positiven Momente. Die mehr nach innen gewendete, passive Form geht Hand in Hand mit einer Ausdifferenzierung des Einfühlungsvermögens, der Wahrnehmungsfähigkeit usw. Die Form der außenaktiven Austragung beinhaltet positive Momente, die Männer sicher besser beschreiben können. Wir stellen uns vor, daß es Momente sind, die ein Neugierverhalten gegenüber Objekten ihrer Umgebung beinhalten, daß das In-Berührung-Kommen auch das Verändern-Wollen in Gang setzt usw. Bereits der spielerische Umgang mit solchen Formen wurdeuns als Mädchen untersagt – es blieb der Neid auf die Jungen bzw. Männer und "ihre" Möglichkeiten, gepaart mit Geringschätzung – entsprechend dem bekannten Mechanismus, daß man/frau etwas Unerreichbares, aber neidvoll Besetztes gern vor sich selbst entwertet, um dessen Attraktivität und gleichzeitig das Ausmaß der Kränkung darüber, es nicht selbst besitzen zu können, zu mindern. Aber diese Sichtweise hat uns den Blick dafür verstellt, daß Formen körperlichen Ausagierens auch positive, produktive Momente beinhalten – auch das sollten wir bedenken. Wir haben den Versuch unternommen, Formen spezifisch weiblicher Aggressivität zu thematisieren. Dabei geht es uns darum, unsere Ausdrucksformen dahingehend zu hinterfragen, welche Auswirkungen sie für uns haben. Anders ausgedrückt, Sklavinnen, die sich gegen ihre Patriarchen wenden, muß klar sein, daß sie durch ihren Widerstand auch die Geborgenheit einer Sklavin verlieren. Gerade in unseren Frauenkämpfen haben wir gelernt, daß unser Gesagtes und Gedachtes mit unseren Gefühlen vereinbar sein muß, da wir uns ansonsten nicht bewegen können.

Ein weiterer Punkt, den es zu diskutieren gilt, ist die Form der Kampagne. Es geht uns hierbei nicht darum, den Aufruf mit der Unterschriftenaktion als alleiniges Mittel zu kritisieren, sondern um die Erweiterung anhand der Erfahrungen und Erkenntnisse aus unserer Frauenarbeit. Wenn wir Frieden so begreifen, daß es unser Interesse ist zu überleben, weil wir wissen, wofür wir leben, so müssen wir dies zum Ausdruck bringen. Seit Jahren arbeiten Frauen in Projekten über bessere Medizin, alternative Technik, machen Selbsterfahrungs- und Selbsthilfegruppen, diskutieren über Berufstätigkeit und weibliche Identität, über Frauen und Militär und noch vieles mehr. Alle diese Arbeit gilt es, transparent und öffentlich zu machen und vor allen Dingen, als unseren Beitrag zum Frieden zu begreifen. Über unsere Erfahrungen beim gemeinsamen Arbeiten und Lachen, über das Wissen darum, heute bereits ein Stück unserer Utopie zu leben, begreifen wir, was Leben heißt.

In der § 218 Kampagne und danach war es uns gelungen, vielen Frauen unser Glück und Leid in der Arbeit mit uns begreiflich und fühlbar zu machen, so daß wir immer mehr wurden. In den letzten Jahren stagnierte dies in den Frauenzentren; hatten wir doch Schritte aus unserer ansozialisierten Rolle herausgemacht, die es erst mal in Einklang mit uns selbst zu bringen galt. In der letzten Zeit ist des öfteren zu hören, daß die Frauenbewegung durch ihre Formen und Diskussionen über Innerlichkeit entpolitisiert wäre. Dem gilt es entgegenzuhalten, daß unsere derzeitige Innerlichkeit zu sehen ist als Reaktion auf außengerichtete Aktivitäten. Es müßte uns dabei gelingen, unsere Innerlichkeit als politisches Handeln zu erkennen und dadurch der Gefahr der Vereinzelung zu entgehen.

Gerade in Selbsterfahrungsgruppen haben wir gelernt, daß das, was wir als unsere subjektiven Minderwertigkeiten erlebten, gerade Unterdrückungsmechanismen der Patriarchen uns gegenüber waren. Durch das Öffentlichwerden des scheinbar "Privaten" wurde uns Frauen klar, wie dieser Mechanismus zur Herrschaftsabsicherung von Männerprivilegien funktionierte. Leider sind aber, wie Helge Sanders in ihrem Artikel über Liebe und Mittelstreckenraketen im Aprilheft 'courage' beschreibt, noch allzuviele Frauen bereit, ihre "Minderwertigkeit" darüber zu kompensieren, daß sie die Schwächen der Männer zwar durchschauen, aber diese Kenntnis verschweigen, um an ihrer vermeintlichen Stärke und Größe zu partizipieren. Alle diese Fragen gilt es aufzugreifen, genau hinzusehen, wo wir als Frauen, sei es als Mütter, Geliebte, Ehefrauen, im Beruf und in der Politik Männer für Machtpolitik stabilisieren. Der fortschreitenden Umweltzerstörung, der Zerstörung der Lebensfähigkeit durch eine unmenschliche Technik und der treibenden Eskalation in den Krieg gilt es eine klare Absage zu erteilen. Von daher sollten wir von den verschiedenen Frauenprojekten her wieder mehr in die Diskussion kommen, um zu sehen, welche Vielfalt von Frauenprojekten es gibt, die uns durch ihre Erkenntnisse helfen, eine Frauenkultur im Alltag aufzubauen und durch unsere Formen der Lebensbewältigung die Kraft geben, gegen die Zerstörung der Natur, gegen die Zerstörung des Lebens, durch die drohende Kriegsgefahr vorzugehen. Für uns Frauen heißt dies aber auch, den schwierigen Weg aus der Geborgenheit einer Sklavin herauszuwagen, denn nur die, die lernt sich selbst zu bestimmen, kann erfahren, wer sie ist und was sie will.

IRIS BERGMILLER/
HEIDE ERD-KÜCHLER

"MODELL DEUTSCHLAND"

Perspektiven des "Modell Deutschland"

Der Begriff "Modell Deutschland" – wenngleich erst als "ideologische Formel" der deutschen Sozialdemokratie bekannt geworden – faßt strukturelle ökonomische, soziale und politische Bedingungen zusammen, die den Reproduktionsmodus der Bundesrepublik von dem anderer westlich-kapitalistischer Industriegesellschaften unterscheidet.

Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

Ökonomisch durch die Integration in den Weltmarkt auf der Basis des Exports moderner Industriewaren mit einem weit überdurchschnittlich hohen Anteil von technologisch fortgeschrittenen Investitionsgütern. Dem hohen Exportanteil der Industriegüterproduktion entspricht ein hoher Anteil von Importen bei der inländischen Marktversorgung. Die Dynamik des externen Sektors (indirekte und direkte Produktion von Waren und Dienstleistungen für den Weltmarkt, Entwicklung der terms of trade) bestimmt den Akkumulationsprozeß. Die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in der Produktionsmittelindustrie und -technologie ist Voraussetzung für die krisenfreie Reproduktion der bundesrepublikanischen Gesellschaftsformation und daher oberstes Gebot für Kapital, Arbeit und Politik. Gleichzeitig sind die Binnensektoren den weltmarktintegrierten Sektoren der Wirtschaft untergeordnet; denn eine hohe Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt garantiert nicht nur Absatz und Profite, sondern ermöglicht die Verlagerung von Krisenfaktoren nach außen, wie: sinkende Profitrate, Überakkumulation und Disproportionalitäten. Unterordnung heißt dann: für den Binnenmarkt produzierende Branchen und Industriezweige sind in dem Umfang der Konkurrenz ausgesetzt, wie dadurch die Produktionskosten der Exportindustrie verringert werden (Importe von Rohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten, Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft). Eine "Überhitzung" der Binnenkonjunktur die über Lohn- und Preissteigerungen die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen könnte, muß durch geeignete Maßnahmen politisch verhindert werden ("gemäßigte" Lohnpolitik, Lohnsteigerungen im Rahmen oder unter dem Durchschnitt des Produktivitätswachstums im Exportsektor, strikte Antiinflationspolitik, Politik der Unterbewertung der DM).

Sozial verlangt das "Modell Deutschland" eine ökonomisch und politisch integrierte Arbeiterklasse. Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt läßt sich nur erhalten, wenn die Lohnkosten nicht unverhältnismäßig gegenüber dem Produktivitätsfortschritt und den Konkurrenzen steigen, wenn keine Störungen durch Arbeitskämpfe die Qualität der Produktion und die Einhaltung genauer Liefertermine beeinträchtigen, und wenn Rationalisierung und Modernisierungsmaßnahmen möglichst schnell, ohne Rücksichtnahme auf die Auswirkungen bei den unmittelbaren Produzenten, vorgenommen werden können. Das setzt in das "Exportmodell" integrierte Gewerkschaften voraus, die seine Funktionsbedingungen als Sachzwang verstehen und sie politisch durchsetzen.

Politisch ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gefordert, deren konkrete Ziele der reibungslose Export sowie der reibungslose notwendige Import sind. D.h. Förderung der Modernisierung der Volkswirtschaft, Anpassungssubventionen an strukturschwache Branchen, die der Importkonkurrenz ausgesetzt sind, Unterstützung der Internationalisierung der Produktion, politische Absicherung der Restrukturierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverhältnisse entsprechend dem "Sachzwang" des Weltmarktes, korporatistische Krisenpolitik und sicherheitspolitische Maßnahmen, soweit die Mittel des liberalen Sozialstaates nicht ausreichen, um die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die internationalisierten Verwertungsbedingungen des Kapitals und ihre Integration in das Institutionengefüge des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Die deutsche Wirtschaft begann auch nach 1945 nicht bei einer "Stunde Null", sondern konnte auf eine vom Faschismus übernommene und kaum zerstörte moderne und erweiterte Kapitalausrüstung aufbauen, die dem traditionellen Spezialisierungsprofil der deutschen Industrie entsprach. Aufgrund einer langanhaltenden ökonomischen Expansionsperiode aller kapitalistischen Ländern, die aus dem kriegsbedingten Nachfragestau resultierte und durch den Korea-Boom weiter forciert wurde, war auch die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung in den 50er und 60er Jahren von einer dauerhaften, nur von unbedeutenden zyklischen Schwankungen unterbrochenen Wachstumssteigerung bestimmt. Entscheidend ist nun, daß neben dem aufnahmefähigen Binnenmarkt die Antriebskräfte der wirtschaftlichen Entwicklung in zunehmendem Maße von den äußeren Märkten gestellt werden. Nach anfänglichen Einfuhrüberschüssen (1949 bis 1951) verzeichnet die Bundesrepublik seit 1952 wachsende Ausfuhrüberschüsse.

Dabei richtete sich die Auslandsnachfrage vor allem auf Grundstoff- und Produktions- sowie Investitionsgüter-Industrie. Die Zeit Mitte der 50er Jahre bis zur ersten größeren Rezession 1966/67 wird als "lange Exportkonjunktur" gekennzeichnet.

Die wichtigen Wachstumsindustrien liegen erheblich über diesem Durchschnitt und konnten ihren Exportanteil überdurchschnittlich steigern; die Elektrotechnik folgte erst später nach. Die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals drückt sich auch im Anteil seiner Exporte an den Gesamtexporten des kapitalistischen Weltmarkts aus: sie stiegen von 3,5% 1950 über 7,3% 1957 bis auf 10,9% 1965. Die relativ rasche Überwindung der Rezession 1966/67 ist wieder in entscheidendem Ausmaß der Auslandsnachfrage zuzuschreiben. Aufgrund eines international inhomogen verlaufenden Konjunkturzyklus' gelingt es dem westdeutschen Kapital in den bereits benannten Branchen, seine Exporte erfolgreich weiter auszubauen. Diese erfolgreiche Exportstrategie wäre nicht denkbar gewesen, ohne eine auf Kooperation, lohnpolitische Disziplin und Verzicht von Arbeitskämpfen orientierte Politik der Gewerkschaften.

Trotz ihrer neoliberalen Ideologie in den 50er Jahren hat auch die staatliche Politik ihren Beitrag zur Herausbildung des "Modells Deutschland" geleistet. Staatliche Wirtschafts- und Steuerpolitik forcierten eindeutig die private Kapitalakkumulation zugunsten der technologisch fortgeschrittenen exportorientierten Industrien. "Eine entschiedene Stabilitäts- bzw. Deflationspolitik sorgten für niedrige Inflationsraten und eine Zügelung der Binnennachfrage mit dem Erfolg, daß der Drang in die Exportmärkte doppelt angeregt wurde. Preisstabilität im Innern und Wettbewerbsfähigkeit nach außen bildeten die Eckpfeiler der Geld- und Währungspolitik. Vollbeschäftigung wurde – wie die Rezession 1966/67 demonstrierte – der Preisstabilität untergeordnet. Trotz steigender Exportüberschüsse seit der 2. Hälfte der 50er Jahre – verursacht durch eine nahezu chronische Unterbewertung der DM – war die Parität tabu, und Wechselkursänderungen wurden nur als "ultima ratio" praktiziert, wenn die importierte Inflation das Ziel der Preisstabilität gefährdete. Die Anpassung der Zahlungsbilanzen wurde zur Sache der Defizitländer erklärt, welche von dem Pfad der Währungsdisziplin abgewichen waren. Im Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Exportchancen vermochte der Exportsektor (Industrie- und Geschäftsbranchen) erfolgreich notwendige Aufwertungen zu verzögern." (Kreile 1968).

Destruktionstendenzen des "Modell Deutschland" in der extensiven Phase

Eine forcierte exportorientierte Industrialisierungsstrategie verursacht allerdings notwendigerweise soziale Kosten.

Auf der Seite des Kapitals bedeutete sie eine branchenmäßige Gewichtsverlagerung bei gleichzeitig zunehmender Konzentration und Zentralisation. Insgesamt gab es von 1950 bis 1972 fast 83.000 Konkurse; selbständige Handwerksunternehmen gingen von 1949 bis 1973 um 40% zurück; die gleichzeitige Durchkapitalisierung der Landwirtschaft vernichtete in dieser Zeit 43% selbständiger Bauernexistenzen.

Bei der in Gang gesetzten Kapitalakkumulation nahm man in den 50er Jahren hohe Arbeitslosenraten bewußt in Kauf. 1950 betrug diese 10,4% (in absoluten Zahlen ca. 1,6 Millionen Menschen); 1955 noch 5,2% (ca. 1 Million) und sank erst 1962 auf unter 1%, womit faktisch Vollbeschäftigung erreicht wurde.

Grenzsicherung durch Kompensation: Öffnung und Spaltung der Gesellschaft

Die langanhaltende ökonomische Prosperitätsphase ermöglicht eine jährliche Steigerung der Reallöhne aus unselbständiger Arbeit von 35,8 Mrd. DM 1950 auf 241,6 Mrd. DM 1970. Gleichzeitig gelingt es innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, 1,6 Millionen Arbeitslose, unter ihnen viele Heimatvertriebene, sowie die von Durchkapitalisierung und Konzentration betroffenen Mittelständler und

Bauern in den Produktionsprozeß einzugliedern. Zahlreiche Subventionen für den alten Mittelstand und die Landwirtschaft lassen die forcierte Industrialisierung und Monopolisierung für diese Schichten weniger schmerzhaft erscheinen und fangen so die Widersprüche der kapitalfraktionellen Verschiebungen zugunsten der technologisch fortgeschrittenen und exportorientierten Kapitale erfolgreich auf.

Die "Große Sozialreform" von 1957 bringt ein Lohnfortzahlungsgesetz mit zwar minimalen Verbesserungen, vor allem aber die Anhebung der Renten und deren Dynamisierung, womit eine wesentliche materielle Besserung für die Rentner erreicht wird. Im großen und ganzen hat sich so ein typisches "Reparatur"-muster herausgeschält: Zwar werden laufend Individuen oder Gruppen vom funktionierenden "Kern" **abgespalten** – aber dann umgehend durch das immer besser ausgestattete und stärker ausdifferenzierte Auffangsystem des Sozialstaats wieder zurückgeholt, das sich zu den Opfern hin **öffnet.** Diese ökonomischen Kompensationsleistungen tragen entscheidend dazu bei, daß sich für den durchschnittlichen deutschen Lohnabhängigen der Klassen- auf einen Interessenkonflikt, der Herrschafts- auf einen Verteilungskonflikt reduziert, verstärkt noch durch die auf aktive Lohnpolitik und verbesserte soziale Sicherung orientierten Gewerkschaften. Im Verein mit alten Traditionsbeständen, speziell einem staatsfixierten "Ruhe"bedürfnis, und in einem Klima ungebrochener Wachstumseuphorie konstituieren sie den bundesrepublikanischen "Normalbürger", der seine politische Apathie nur in der Rolle als Wähler für eine der vier "staatstragenden" Parteien unterbricht; der ideologisch auf Konsum und steigenden sozialen Status orientiert ist, für den Sicherheitsverlangen und -befriedigung das 'A und O der Politik' ausmachen, dagegen Freiheit, Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Gleichheit kaum etwas bedeuten, der mit seinem instrumentellen Bewußtsein den Faschismus allzu leicht verdrängen und den Antikommunismus zur Abwehr seines eigenen Besitzstandes unkritisch übernehmen kann, der aber auch nur so lange stabil (integriert) reagiert, solange die ökonomische Existenz stabil ist. Die vergleichsweise marginalen Gruppen, deren "Leiden an der Gesellschaft" ökonomisch nicht zu kompensieren ist, werden repressiv abgespalten, d.h. denunziert, isoliert, nötigenfalls in Verwahrung genommen.

Reproduktion und Destruktion im "Modell Deutschland": die intensive Phase

Mit der Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen des deutschen Exportmodells Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre stößt diese bis dahin so erfolgreiche "Integrationsstrategie" der gleichzeitigen Spaltung und Öffnung durch kompensatorische Leistungen an "defekte" Individuen oder Gruppen an ihre Grenzen. Spätestens seit der Ölkrise und Weltwirtschaftsrezession 1973/74/75 haben sich die Integrationsprobleme der BRD gewandelt. Die Aufrechterhaltung der wesentlichen Strukturmerkmale der mit "Modell Deutschland" bezeichneten Gesellschaftsformation erforderte unter den sich verändernden internationalen Konkurrenzverhältnissen eine Modernisierungsstrategie, die mit gesellschaftlichen Destruktionsprozessen verbunden ist, die nicht kompensatorisch aufgefangen werden können.

Die veränderten Akkumulationsbedingungen drücken sich oberflächlich in beträchtlich reduzierten Wachstumsraten des BIP und den abnehmenden durchschnittlichen Veränderungsraten der Bruttoanlageinvestitionen aus. Der grundlegende Wandel besteht aber nicht so sehr in den relativ niedrigen Wachstumsraten, sondern in der sich modifizierenden gesellschaftlichen Bedeutung von Wachstum. Auch relativ hohe Wachstumsraten können gegenwärtig Vollbeschäftigung nicht mehr herbeiführen.

In diesen Zahlen spiegelt sich wider, daß der Akkumulationsprozeß in der Bundesrepublik etwa seit Mitte der 60er Jahre von seiner "extensiven" in eine "intensive" Phase eingetreten ist. Der in den 60er Jahren diagnostizierte wissenschaftlich-technische Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten und der Konjunktureinbruch von 1967 führten zu einer staatlich unterstützten Modernisierungspolitik des Kapitals. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am BSP stieg von 1,3% im Jahre 1962 auf 2,6% im Jahre 1976. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben wuchsen von 4,5 Mrd. DM im Jahre 1962 auf 27,3 Mrd. DM im Jahre 1977 mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 13%.

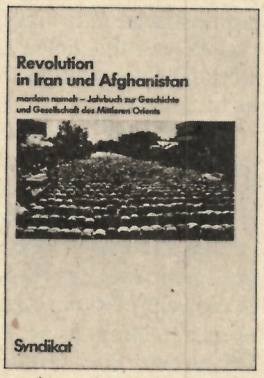
Seit 1971 übersteigen im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik, bis auf zwei Jahre, in denen die Steigerungsraten nahezu gleich sind, die jährlichen Veränderungsraten der Arbeitsproduktivität, gemessen als Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde, diejenigen der Nettoproduktion.

Gleichzeitig vollzieht sich eine grundlegende Veränderung in der Investitionsstrategie des Kapitals: Die Erweiterungsinvestitionen der Industrie erreichen 1970 mit 18 Mrd. DM einen Höhepunkt und fielen auf 6 Mrd. DM im Jahre 1976 zurück. Die Rationalisierungs-

Syndikat Frühjahr 1980

Die Staaten Westeuropas sind zu Einwanderungsländern geworden. Welche Probleme ergeben sich daraus für die neuen Vielvölkergesellschaften?
128 S., Kt., DM 16,–, ISBN 3-8108-0148-8

40 Portraits der ethnisch-regionalen Bewegungen Westeuropas, die unsere politische und kulturelle Landschaft immer stärker prägen.
355 S., Kt., DM 29,80, ISBN 3-8108-0149-6



Hintergrundinformationen zu den revolutionären Veränderungen im Mittleren Orient, wo religiöse Motive und Ideen sozial wirksam geworden sind, deren Tiefe sich aus der Tagesberichterstattung der Zeitungen nicht begreifen lassen.
Ca. 300 S., Kt., ca. DM 30,–, ISBN 3-8108-0147-X

»So manche rote Fahne, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung flattert, mag in Wirklichkeit ein aufgeschnittener Strohsack gewesen sein.«
263 S., Kt., DM 29,80, ISBN 3-8108-0119-4

Eine klassische Untersuchung über die finstere »Logik« des Rassismus und ihre Auswirkungen auf Bewußtsein und Verhalten der Betroffenen – geschrieben von der Symbolfigur vieler Intellektueller der Dritten Welt.
162 S., Kt., DM 24,–. ISBN 3-8108-0145-3

Über ein indianisches Volk und seine Freiheit, an dessen Unterwerfung die Missionare von damals wie die Entwicklungshelfer von heute gleichermaßen gescheitert sind.
148 S., 16 Abb., DM 24,–, ISBN 3-8108-146-1

Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, 6000 Frankfurt, Savignystr. 61

investitionen dagegen sind mit etwa 13. Mrd. DM pro Jahr seit den 60er Jahren ungefähr konstant geblieben, so daß sich die Rationalisierungseffekte relativ viel stärker auswirken.

Ursachen und Restrukturierung des "Modell Deutschland"

Der lange Nachkriegsaufschwung führte zu einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, zu einer Erhöhung der Reallöhne, zu einer Verteuerung seit 1973/74 der Energie- und Rohstoffkosten, zu Realisierungsproblemen einerseits durch entstandene Überkapazitäten und andererseits durch Grenzen in der effektiven Nachfrage (Marktsättigung) und schließlich zu einem immer größeren Kapitalbedarf und Risiko bei zukunftsträchtigen Investitionen. Die Folge all dieser Entwicklungen war und ist ein in allen kapitalistischen Metropolen zu beobachtender nahezu kontinuierlicher Fall der Profitrate.
Für die Gegenstrategien des Kapitals sind neue Rahmenbedingungen in Rechnung zu stellen:

- Die Entwicklung der Daten- und Informationsverarbeitung durch die Mikroelektronik hat ein Stadium erreicht, in dem sich die Produktionstechnologie im Investitionsgüterwie im Konsumgüterbereich und im Tertiärsektor "revolutionär" verändert. Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, der nicht von den Möglichkeiten der Automatisierung, der Daten- und Informationsverarbeitung betroffen wäre. Die enorme Verbilligung der mikroelektronischen 'hardware' ermöglicht eine zumindest vorübergehende Senkung der organischen Zusammensetzung und bedenkt eine massive Kapitalvernichtung.
- Der technische Fortschritt im Bereich der Verfahrenstechnologie ermöglicht eine nahezu beliebige Zerlegbarkeit von Produktionsprozessen. Jeder Produktionsschritt kann am kostengünstigsten Standort konzentriert werden. Da gleichfalls aufgrund der Entwicklung der Daten- und Informationstechnologie und der Verbilligung und Beschleunigung der Kommunikationsmöglichkeiten ein dezentralisierter Produktionsprozeß ohne Reibungsverluste organisierbar ist, besteht die Möglichkeit einer integrierten weltweiten arbeitsteiligen Produktion.
- Der Übergang von der Politik der Importsubstitution zur exportorientierten Industrialisierung in zahlreichen Ländern der kapitalistischen Peripherie macht die Nutzung der "billigen" Arbeitskräfte der unterentwickelten Gesellschaften durch das metropolitane Kapital immer attraktiver. Die Entwicklungsländer sind in einen Konkurrenzkampf um das multinationale Kapital eingetreten; sie überbieten sich in der Gewährleistung von Subventionen und Hilfsleistungen für das anlagesuchende internationale Kapital.
- Von den neuen Möglichkeiten der Automatisierung, der Internationalisierung der Produktion, der Erschließung "billiger" Arbeitskräfte in der Peripherie machen in erster Linie die schnellwachsenden multinationalen Konzerne Gebrauch, die zu **weltweiten Profitmaximierungsstrategien** übergegangen sind: Jeder Schritt des individuellen Kapitalkreislaufs wird an dem Ort durchgeführt, wo er den optimalen Beitrag zum Gesamtprofit des Konzerns abwirft.
- Der von privaten Profitinteressen angetriebene und dominierte dynamische Industrialisierungsprozeß der kapitalistischen Metropolen hat zu einem **Angriff auf die natürlichen Ressourcen** dieser Welt geführt, so daß ideologisch spätestens seit den Hochrechnungen des Club of Rome und machtpolitisch seit dem Boykott der OPEC-Staaten 1973/74 das hegemoniale amerikanische Akkumulationsmodell – die kapitalistische Verschwendungsökonomie – an seine Grenze stößt: Die Organisation und Entfaltung der Produktivkräfte durch das Kapital wird zunehmend konterproduktiv.

Um den weiteren Fall der Profitrate unter diesen neuen Rahmenbedingungen zu verhindern, hat das westdeutsche Kapital zusammen mit dem Staat eine umfassende Modernisierungsstrategie entwickelt, die spezifischen Zwängen des "Modell Deutschland" angepaßt ist. Ohne "billige" Rohstoff- und Konsumgüterimporte und ohne fortgesetzte monopolistische Extraprofite aus dem Verkauf von Waren mit einem hohen "added value", würde die Struktur des "Modell Deutschland" nicht aufrecht zu erhalten sein. Die eingeschlagene Anpassungsstrategie ist daher weltmarktorientiert und versucht durch die Behauptung und Neugewinnung von monopolistischen Positionen im Bereich der "intelligenten Produkte" und durch die Verbilligung und qualitative Verbesserung von komplexen Standardprodukten (z.B. Fahrzeugbau) eine Sonderstellung in der Weltarbeitsteilung zu behaupten. Die wichtigsten einzelnen Strategien zur Sicherung dieser Position sind:

- Umfassende und schnelle Einführung der Mikroelektronik; Übergang zur vollen Automatisierung weiter Teile des Produktionsprozesses, aber auch der Zirkulation und Distribution.
- Mit staatlicher Unterstützung (Wissenschafts- und Technologiepolitik) vorangetriebene Innovationen von "modernen" Produkten, Verfahren und Dienstleistungen, um die Schlüsselposition bei den Investitionsgütern in der Weltmarktkonkurrenz zu verteidigen.
- Aufgabe von unrentablen Produktionsbereichen und Aufnahme der Produktion im Ausland, entweder um Exportbeschränkungen zu umgehen und Konkurrenznachteile auszugleichen oder um an Weltmarktstandorten integriert für den Re-Import zu produzieren.
- Konzentration auf die Herstellung von 'intelligenten" Produkten und Produktionsschritten (Wissenschaft, Entwicklung, Planung, Konstruktion, Erprobung, Finanzierung, Versicherung, Vermarktung); Verlagerung der Produktion, die mit standardisierten Technologien arbeitet (Massenprodukte) und die nicht vollautomatisierbar ist.
- Volle Ausnutzung der Vorteile der Massenproduktion; verstärkte horizontale und vertikale Integration der Produktion; Ausschaltung von Konkurrenten, Marktabsprachen; Verschmelzung von Finanz- und Industriekapital.
- Intensivierung der Arbeit; Erhöhung des Lohndrucks durch einkommenspolitische Maßnahmen, durch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit, durch Abgruppierung und Dequalifikation, durch Lohndifferenzierung.

Wie erfolgreich auch immer, die Modernisierung des "Modell Deutschland" zu verlaufen scheint, sie hat Problemfelder verstärkt und soziale Kosten verursacht, die nicht mit dem Hinweis auf ihre Unvermeidbarkeit und zeitliche Begrenztheit gerechtfertigt werden können. Deren Folgewirkungen stellen zwar nicht notwendigerweise das "Modell Deutschland", das auch mit autoritären oder – bekanntlich – mit faschistischen Herrschaftsmethoden vereinbar ist, infrage. Sie gefährden jedoch den Sozialstaatsauftrag, und die von ihnen verursachten Konflikte können liberale Demokratieformen bedrohen.
Durch die weltmarktbezogene Anpassungsstrategie wurden vor allem folgende gesellschaftlichen Probleme verstärkt:

Überforderung des Staatsbudgets

Die von der Bundesrepublik eingeschlagene Anpassungsstrategie stellt an den Staatshaushalt steigende Forderungen, die sich zu einer Finanzkrise des Staates kumulieren können. Die in den letzten Jahren stark angestiegenen Verbindlichkeiten des Staates sind symp-

tomatisch. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte stieg von 125,9 Mrd. DM 1970 auf 328,5 Mrd. DM 1977. Der Zusammenhang zwischen den wachsenden Anforderungen an das Budget und der Anpassungs- und Modernisierungspolitik ist in vielen Bereichen offensichtlich, in manchen aber nur indirekt wirksam. Z.B.:

– Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zur Förderung "intelligenter" Exportprodukte und zur Modernisierung des Produktionsapparates;

– Subventionen zur Stärkung schwacher Exportbranchen und zur Glättung von Anpassungsprozessen von Industrien und Regionen, die von der zunehmenden Importkonkurrenz und dem Strukturwandel der internationalen Arbeitsteilung besonders betroffen sind;

– Aufwendungen für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch die neue Märkte geschaffen und der Export abgesichert werden, durch die aber auch Folgeprobleme der abhängigen Entwicklung der Peripherie gemildert werden müssen;

– Erschließung neuer und billiger Ressourcen, um die Außenabhängigkeit und Erpreßbarkeit zu vermeiden und um von der Inputseite her die Konkurrenzfähigkeit zu sichern;

– Steigende Lasten für die Erhaltung einer konkurrenzfähigen Infrastruktur und Umwelt;

– Steigende soziale Kosten für Arbeitslose und deren Umschulung, für das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge, um den entstehenden Marginalbereich unter Kontrolle zu halten;

– Wachsende Ausgaben für die Ordnungskräfte, die sowohl nach außen (Verteidigung) als auch nach innen (Polizei, Überwachung der Bevölkerung) das "Modell Deutschland" absichern müssen.

Die Finanzierung dieser wachsenden Staatsausgaben zur Anpassung des "Modell Deutschland" an sich verändernde weltwirtschaftliche Bedingungen wirft Probleme auf, weil weder die Staatsquote noch die Steuerquote beliebig erhöht werden kann. Was die Belastung der Kapitalseite anbelangt, so sind schon allein wegen der Notwendigkeit, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern und eine zumindest durchschnittliche Rendite der Weltmarktindustrie zu erhalten, der Besteuerbarkeit Grenzen gezogen. Auch die indirekte und direkte Besteuerung der Einkommen läßt sich in der Bundesrepublik kaum noch erhöhen; eher sind Steuersenkungen erforderlich. Denn:

Einerseits führt der Spaltungsprozeß der Arbeiterklasse zum Wachstum einkommensschwacher Schichten, die aus politischen, ökonomischen und ideologischen Motiven steuerlich zu entlasten wären; andererseits muß die Konsumnachfrage dem Produktionssystem korrespondieren, damit vom internen Markt her keine Nachfragelücken entstehen. Darüber hinaus sind Steuererleichterungen erforderlich, um der Kapitalseite die Ware Arbeitskraft zu verbilligen. Unter diesen Rahmenbedingungen staatlicher Haushaltspolitik sind die strukturellen Möglichkeiten und politischen **Chancen für eine kompensatorische Integrationsstrategie minimal.** Die Ressourcen werden verbraucht, um die Funktionsfähigkeit des "Modells" zu sichern. Für Kompensation besteht kaum ein Spielraum.

Trotz vieler Bemühungen und hoher raumwirksamer Direktinvestitionen des Bundes ist es nicht gelungen, die regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik zu verringern. Demgegenüber produziert diese Entwicklung neue Problemgruppen: strukturelle Arbeitslosigkeit, von der besonders die Jugendlichen hart getroffen werden; regionale Ungleichgewichte, besonders virulent in Ostfriesland und im Bayerischen Wald; Beschleunigung der Dequalifizierung, Umweltbelastung. All dies ist sattsam bekannt und braucht hier nicht mehr statistisch nachgewiesen zu werden.

Alternativen der Grenzsicherung: Öffnung oder Spaltung der Gesellschaft

Wo "Überschüssige" und "Abweichler" früher reibungslos wiedereingegliedert oder im Einzelfall stillschweigend aus dem Verkehr gezogen wurden, d.h. ohne die materielle und ideelle Reproduktion des "gesunden Kerns" zu beeinträchtigen, kommt es jetzt zu vielfältigen Interferenzen zwischen "Drinnen" und "Draußen".

Qualitativ insofern, als der gesellschaftlich verfügbare Reproduktionsfonds an Geld-/Sachleistungen – der berühmte Kuchen, den man nur einmal verteilen kann – nicht mehr ausreicht, um eine allgemeine Pazifizierung zu erkaufen: teils sind neue Verteilungskriterien erforderlich geworden (etwa: noch mehr Investition statt mehr Konsum), teils steigt systembedingt die Menge der reinen – nichtproduzierenden – Konsumenten rapide an, jedenfalls relativ, oft auch absolut (Alte, Kranke, Arbeitslose z.B.). **Qualitativ** derart, daß die sozialen Kosten des "intensiven" Akkumulationsprozesses inzwischen ein globales Belastungsniveau erreicht haben, das Kompensationen gleich welcher Art nicht mehr so einfach akzeptabel macht. Wer heute auf eine saubere Umwelt Wert legt oder die angebotenen Lebensperspektiven für trostlos hält, der hat für diese Verweigerung genügend Motivation ansammeln können, um gegen offizielle "Bestechungsversuche" weitgehend immun zu sein. Und die Evidenz seiner Opposition kann er auch anderen viel leichter nahebringen: weil, erstens, das altbewährte Stigmatisierungsargument – Systemzerstörer – gegen die Ankläger selbst zurückschlägt (Stichwort: Harrisburg) – weil und soweit, zweitens, der Protest sich aus "menschlichen" = bürgerlichen Quellen speist, deshalb keinen Geburtsfehler mit herumschleppen muß: was ihn "natürlich", d.h. bündnisfähig macht.

Das flexible Nebeneinander von Öffnungs- und Spaltungsstrategien weicht so zwangsläufig einer konfliktreichen Konfrontation. Wer soll die neu anfallenden Akkumulationskosten tragen? Eher alle Bürger aus "brüderlicher" Verbundenheit heraus? Oder sind der Solidargemeinschaft einschneidende Umverteilungsopfer zugunsten ihrer schwachen Mitglieder nicht zumutbar, so daß vor allem diese den Gürtel enger schnallen müssen – also eine diskriminierende Problemlösung? Weiter: Kann oder muß man es sich leisten, die Grundsatzkritik an den verschärften Durchsetzungsbedingungen des "Modell Deutschland" – letztlich am Modell selbst – offen, herrschaftsfrei zu **diskutieren** – auch auf das Risiko hin, besseren Argumenten nachgeben und den Status quo disponibel halten zu müssen? Oder empfiehlt es sich – im Interesse der Allgemeinheit und bevor sie unheilbar infiziert wird –, mit solchen Einwänden (gegen Wachstum, Leistung, Konsum etc.) kurzen Prozeß zu machen, weil sie den gesellschaftlichen Fortgang blockieren, ohne "realistische" Alternativen anzubieten? Ist folglich **Repression** die einzig adäquate Antwort?

Allerdings: selten in der politischen Auseinandersetzung stehen die Handlungsperspektiven einander derart unvermittelt gegenüber, wenngleich sie mit zunehmender Problemüberlastung ("Unregierbarkeit") sich immer deutlicher programmatisch profilieren und personell konkretisieren. Terrorismus- und Bürokratisierungskongresse, Grundwerte-Diskussion und Alternativkultur-Debatte, Energieszenarios und Verbändegesetzentwürfe waren Episoden der jüngsten Geschichte, die über spezielle Anlässe bzw. taktische Absichten hinaus Durchblicke auf gesellschaftliche Orientierungshorizonte und Lagermen-

talitäten eröffnet haben. Vor diesem Horizont wiederum reihen sich dann auch faßbare Entscheidungen von Parlamenten oder Administrationen ein in größere Zusammenhänge.
Das Gesamtbild des aktuellen Frontverlaufs gewinnt so Konturen aus einem Konglomerat abstrakter Perspektiven, theoretischer Erwägungen, richtungsweisender Absichtserklärungen, interessierter Appelle und handfester Beschlüsse. Seine Aussage ist eindeutig: Diskriminierung und Repression werden die Szene beherrschen.

Diskriminierung und Repression: Fiskalpolitik – Strukturpolitik – Arbeitsmarktpolitik – Umweltpolitik

Die Bundesrepublik hat für ihre Sozialstaatlichkeit einige hundert Milliarden Mark bezahlt und dabei in Kauf genommen, daß sich der Staat nicht nur inflationär verschuldet, sondern durch hohe Einkommenstransfers auch die eigentlichen Leistungsträger dieser Gesellschaft – Arbeitgeber wie -nehmer – empfindlich belastet: was solange über zyklische Veränderungen hinweg gutging, wie die Geschröpften über Preis-/Lohnaufschläge ihr Verwertungs-/Konsumniveau trotzdem zufriedenstellend ausbauen konnten.
Doch unter den neuen Bedingungen der verschärften Weltmarktkonkurrenz geht es ohne Einbußen nicht mehr ab: Gefordert ist eine "Revision der Staatstätigkeit" (SVG 1975/76) – fragt sich nur, auf wessen Kosten die **fiskalpolitischen** Neuerungen gehen. Das permanente Renten-Debakel kündet an, woher der Wind weht; jenes Haushaltsstrukturgesetz von 1975 spezifiziert, was als Trend sich abzeichnet: beschränkte Umverteilungssolidarität (Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), ansonsten vornehmlich "Reformen" zu Lasten der Außenseiter: sie werden indirekt am härtesten getroffen (Erhöhung der Mehrwertsteuer), ja sogar direkt diskriminiert (Einsparungen bei Umschulungsmaßnahmen, im Gesundheitswesen).
In Sachen: **Strukturpolitik** war Solidarität einst offizielles Programm: Der Gesetzgeber machte sich anheischig, für einheitliche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu sorgen. Doch: "das Postulat einer gleichartigen Entwicklung aller Teile der BRD ist aufgegeben worden. Die vielzitierten veränderten Rahmenbedingungen oder die knappen Ressourcen haben geholfen, dieses unrealistische Bild über Bord zu werfen." Man hat die naturwüchsigen Ungleichgewichte zwischen Verdichtungs- und ländlichen bzw. strukturschwachen Räumen als unter den gegebenen Akkumulationsbedingungen unveränderlich hingenommen. Mehr noch: was vorher regulierungsbedürftiger Defekt war – Diskriminierungen in der Infrastrukturausstattung, im Zugang zu den Arbeitsmärkten und in der Verkehrserschließung – entwickelt sich tendenziell zum strukturpolitischen **Güte**zeichen. Es steht für eine 'bewußte arbeitsteilige Standortplanung", mit der Zielsetzung, die Position der "Region BRD" im internationalen Wettbewerb zu stärken. "Einzelne Räume werden, wenn sie im Rahmen dieser Konzeption nicht mehr funktionstüchtig sind, mehr oder weniger 'stillgelegt' oder umfunktioniert." Diese abgehängten Regionen werden bestenfalls terminologisch integriert: die Unterentwicklung heißt jetzt "Vorrangfunktion" und wird dadurch zum Programm. Landwirtschaftliche Nutzung, Ansiedlung von ökonomischen Randgruppen, Nah- und Ferienerholung, Klimaverbesserung, Wassergewinnung, Staub- und Immissionsfilterung, wenn gar nichts anderes mehr übrigbleibt einfach stille Reserve oder schlichte Verödung.
Welche soziale Brutalität in diesem Programm steckt, merken die Bewohner des Saarlandes, des Bayerischen Waldes, der Eifel und des Zonenrandgebietes schon heute.
An der staatlichen Reaktion auf die Krise des **Arbeitsmarkts** fällt besonders auf, daß sie nicht einfach faktisch und verschämt diskriminiert, sondern im Verein mit interessierten Gesellschaftsinstanzen eine ideologische Offensive gegen ihre Opfer startet – unter Ausnutzung geläufiger Vorurteile: Faulenzerei, Drückebergerei, Arbeitsunwilligkeit.
Der Diffamierung folgt auf dem Fuß die Tat, denn: "Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung seiner Arbeitslosigkeit **schuldet** der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und -vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes" (BfA) – war konkret heißt: Mobilitätszwang, Dequalifikation, Lohneinbußen in praktisch unbegrenztem Ausmaß. Selbst wenn sich die "totale Mobilmachung" einstweilen noch nicht rein verwirklichen läßt – die diskriminatorische Tendenz liegt auf der Hand, wird fiskalpolitisch flankiert (s.o.: Abbau von Umschulungsmöglichkeiten) und schimmert auch da durch, wo die verlautbarte Absicht großzügig auf Integration statt Selektion eingestimmt scheint.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das diskriminatorische Bewältigungsmuster dominiert, weniger einer gezielten Benachteiligung wegen; sondern weil die politisch-ökonomische Reproduktionsfähigkeit der Bundesrepublik auf den "gesunden Kern" einer leistungsbereiten, disziplinierten, also zufriedenen Arbeitsbevölkerung angewiesen ist, die ihrerseits – gewerkschaftlich organisiert – die relativen Privilegien zäh, wenn auch mit abnehmendem Erfolg verteidigt.

Die Opfer des "Modell Deutschland" können sich natürlich wehren: sie haben das Recht dazu und es in legaler oder illegaler Weise ja auch schon öfters wahrgenommen. Welche Behandlung ihnen dabei zuteil wird, läßt sich nirgends deutlicher ablesen als im Sektor **Umweltpolitik.** Auf der einen Seite der "Atomfilz" (H. Brandt) aus Partei- und Gewerkschaftsmehrheiten, Wirtschaftsverbänden und Energieindustrie – darauf eingeschworen, daß Umweltschutzbelange zwar "angemessen" zu berücksichtigen seien, aber keinesfalls den Ausschlag geben dürften, wenn Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit auf dem Spiel ständen; auf der anderen fortschritts-, nicht einmal notwendig staatsfeindliche "Elemente", die unbekümmert gegen das von außen und oben oktroyierte "Gemeinwohl" ankämpfen.
Ob dieser Widerstand repressiv oder diskursiv gebrochen werden soll, erscheint dem "atom-industriellen Komplex" als reine Frage effektiver Herrschaftsausübung. Ginge es nach "dem" Kapital, wäre die Zeit reif, "mutig" das Notwendige zu tun und ohne viel Federlesen den gesellschaftlichen Konsens dafür zu formieren: Der Worte sind genug gewechselt, wer den Taten immer noch nicht zustimmen will, der ist kompromißlos zu eliminieren (BDI). Die politisch Verantwortlichen andererseits, über des souveränen Volkes Stimme nicht ähnlich hoch erhaben und schon aus bloßem Selbsterhaltungstrieb an breitestmöglicher Zustimmung interessiert, suchen einstweilen noch den "Dialog": "Parteien, Parlamente und Regierungen", forderte der damalige Foschungsminister Matthöfer, "sollten die Argumente der Bürgerinitiativen ernst nehmen, sich mit ihnen auseinandersetzen und berechtigten Bedenken entsprechen ..." Welche Einwände "berechtigt" sein könnten – dies zu entscheiden, darf freilich nicht in das Belieben der Bürger gestellt werden, weder ganz noch teilweise. "Im Interesse der Funktionsfähigkeit unseres Staates" und "unbeschadet des jedem einzelnen" garantierten Rechtswegs" haben sie pflichtschuldigst hinzunehmen, was die "demokratisch legitimierten zuständigen Instanzen" zu ihrem wohlverstandenen Besten bestimmen. Kurz und gut: Eine Diskussion anbieten, deren Argumente von **einer** Seite und nach vorgefaßten Beschlüssen gewogen werden sollen, heißt schlicht, mittels manipulativer Techniken den Zeitpunkt des repressiven Durchgriffs etwas hinausschieben. Wer nach dieser Bedenkzeit immer noch nicht parieren will, wird es dann umso härter zu spüren bekommen.

Fazit: Die Entwicklungsperspektive des "Modell Deutschland"

Gesellschaftsspaltung via Diskriminierung und Repression bildet das Stützkorsett des "Modell Deutschland". Auf sie verzichten, hieße das ganze Modell aufs Spiel setzen – was keines der "staatstragenden" Lager wollen kann. Politische Differenzen resultieren so nicht aus strategischen Alternativen, sondern verdanken sich taktischen Erwägungen begrenzter Reichweite: pariert das eigene Klientel nicht, empfehlen sich sorgsamere Behandlung, mehr Entgegenkommen und größere Langmut. Doch sind die Toleranzgrenzen der Öffnungsbereitschaft sehr eng gezogen, weil anders der "harte Kern" abzubröckeln droht, durch zuviel Umverteilung werden Leistungsanreize abgebaut, und Diskussionen, allzu nachgiebig geführt, verunsichern das gesunde Volksempfinden – was man sich angesichts eines kompromißlosen politischen Gegners schon gar nicht leisten will.
Je näher dieser kritische Punkt rückt, desto fester schließen sich die Reihen: dafür spricht das zusehends verengte Reaktionsspektrum in der Radikalenfrage ebenso wie die immer ungeduldiger erhobene Forderung nach Schluß der Kernenegie-Debatte. Vereinzelt werden zwar Skrupel laut – doch selbst wo sie ernstgemeint sind, der Zweifel findet wenig Anhänger – die (integrierten, gezielt entpolitisierten) "Massen" können ihrer Meinung nach genug verlieren, um am Status quo zu hängen. Und wenn man jene "Anderen", Nicht-Angepaßten schon eines harmlosen Konfettiregens wegen zum Teufel wünscht (Glotz 1979), dann haben sich "die großen Streitfragen der achtziger Jahre" eh' von selbst erledigt – für das "System" wenigstens.

JOSEF ESSER/
WOLFGANG FACH/
GEORG SIMONIS

★

DATENSCHUTZ

Alles unter Kontrolle

Verdatung – die Zukunft hat schon begonnen

Sichlich erschöpft betritt Frau M. durch die Türschleuse ihr Single-Appartement, zieht sich die Gasmaske vom Kopf, halftert die Sauerstoff-Flaschen ab und atmet erst einmal kräftig durch. Seit 4 Wochen schon hält die verfluchte Inversionswetterlage an – Frau M. hat allerdings größere Probleme: Sie ist gerade arbeitslos und sucht einen neuen Job.

Deswegen geht sie ins Wohnzimmer und auf die Datenkonsole zu, die mit dem Fernseher als Sichtgerät gekoppelt ist. Über Steckkontakt erfolgt Anschluß an das Euro-Kabelnetz. Frau M. schaltet das kleine Lesegerät an und schiebt den Ausweis hinein. Fälschungssicher und in der Größe einer Scheckkarte. Für den Dialogbetrieb mit Behördenrechnern ist die Ausweiseingabe seit 1995 Pflicht. Technisch möglich wurde dies durch die Entwicklung des "phonetischen Suchprogramms" in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Seitdem ist eine eindeutige Personenfeststellung allein mit Name, Adresse und Geburtsdatum möglich. Die Verwendung einer Personenkennziffer, wegen damals noch vorhandenem starkem Bürgerprotest nicht eingeführt, hat sich so erübrigt.

Der Schirm bleibt ziemlich lange dunkel, wahrscheinlich wegen zu starken Andrangs. Frau M. nutzt die Gelegenheit und zieht den Getränkewagen ans Terminal. Aus einem Ionenaustauscher rinnt Wasser genießbarer Qualität in ein Glas. Raffiniert kombinierte Ionenaustauschharze sind seit 5 Jahren für jeden Haushalt unentbehrlich geworden, weil die Überdüngung landwirtschaftlicher Böden zu einer Versalzung des Grundwassers führte.

Endlich erscheint auf dem Fernsehbildschirm die Zeile: "SAS-Konsole frei – Großrechenzentrum Bonn – Identifikation erfolgt – gib Befehle". Nun kann Frau M. durch Eingabe einer Nummer mit einem der 250 Behördenprogramme des Rechners einen Dialog führen. Sie wählt die 52, das Programm mit den neuesten Stellenausschreibungen. Auf dem Schirm erscheint: "Ohne PP keine Bearbeitung – PP-Erlaubnis über Sonogrammidentifizierung." PP bedeutet Persönlichkeitsprofil durch Datenverbund. Frau M. zögert. Schweren Herzens aktiviert sie dann doch das Mikrofon: "G...M... – PP-Erlaubnis erteilt."

Das Sichtgerät wird jetzt ganz schön lebendig. "Sonogramm identifiziert, folgende Daten erhalten:

"BfS (Bundesamt für schulische Datenverarbeitung): 3 Minuspunkte zur Persönlichkeitsbewertung.

BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz): Politische Bedenklichkeit IV, Einzeldaten ab Sicherheitsbereich 2.

Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung): Sperrvermerk wegen Überschreitung des Normalkredits.

ZPI (Zentraler Personenindex des BKA): Störung der öffentlichen Ordnung mit Beamtenbeleidigung, Kontrollauftrag wegen hohen Alkoholverbrauchs.

ZKB (Zentrale Kfz-Behörde): 7 Minuspunkte zur Persönlichkeitsbewertung wegen Verhalten im Straßenverkehr.

ZDK (Zentrale Datensammlung der Krankenkassen): 5 Minuspunkte der Persönlichkeitsbeurteilung. Körperliche Eignung: III. Einzeldaten nur für Strafverfolgungsbehörden.

BSGW (Bonner Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft): Aktive Gewerkschafterin, störte mehrmals betrieblichen Frieden. Vor Einstellung in Bereichen 5-15 ist abzuraten."

Nach dieser langen Latte von Negativmerkmalen schwant Frau M. bzgl. ihrer weiteren beruflichen Möglichkeiten nichts Gutes. "Vermittlung für EK 10 (Einkommensklasse) und SR II (Sicherheitsrisiko) möglich. Angebote unter Code PQS 13."

Das ist so ziemlich die schlechteste Klassifikation im Jahre 2004. Frau M. geht zur Hausapotheke und wirft sich ein Euphoricum ein ...

Fakten – eine klitzekleine Auswahl

Die Computerisierung droht heute dem Bundesbürger von den verschiedensten Seiten: Geheime Dienste, Polizei, Verwaltungen, Versicherungsträger und private Wirtschaft sind eifrigst dabei, elektronische Datenberge zur Profitmaximierung oder Effizienzsteigerung anzuhäufen. Der Informationszugriff im Nanosekunden-Tempo läßt damit Daten zu jedem beliebigen Zweck abrufen.

Hinter den exotischen Namen Inpol, Pios, Dispol, Nadis verbergen sich Programme und Datenspeichersysteme der Dienste und der Polizei, die das Skelett einer Maschinerie zur möglichen politischen Vollkontrolle der gesamten Nation darstellen. Schon jetzt sind in Nadis nach vorsichtigen Schätzungen 8-9 Millionen Menschen – also jeder 5. Erwachsene in der BRD – gespeichert, in Inpol laut ZEIT 4,7 Millionen.

Die Chance für allumgreifenden Datenverbundsysteme sind schon weit gediehen. So geht die Entwicklung der Verwaltungsautomation in eine Richtung, die eine Totalerfassung durch die Polizei erübrigt, denn mittlerweile ist die Bevölkerung fast ausnahmslos in staatlichen und privaten Datenbanken erfaßt.

- Das gesamte Einwohnermeldewesen wird sukzessive computerisiert. In Berlin, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz erfolgte schon die landesweite Verdatung. Da sich das Einwohnermeldewesen mehr und mehr in ein Einwohnerwesen wandelt, werden nicht nur Melde-, sondern auch Gesundheits-, Sozial- (s. Rahmengesetz eines Melderechts) und bald auch Steuerdaten zusammengefaßt.
- Die sogenannte Sozialdatenbank in Bonn hat die Sozialdaten von über 55 Millionen Menschen, also über 90% der Bevölkerung, mit höchstpersönlichen Daten wie Krankheitsberichte, beruflichen Fähigkeiten, Einkommen etc. elektronisch gespeichert.
- Der "Verband Deutscher Rentenversicherer" kompiliert detaillierte Angaben über 47 Millionen Bundesbürger.

Wenn wir erst alle verbunden sind ...

Nun könnte man annehmen, daß die einzelnen Datenbanken der jeweiligen Behörden gegeneinander abgeschottet sind. Dies stimmt nicht oder nur zum Teil. Zwar ist die direkte Kopplung der Systeme, der sogenannten Datenverbund, noch nicht die Regel, wird jedoch in einigen Bereichen schon praktiziert.

- So vermag die Abteilung Terrorismus des BfV ohne dazwischengeschaltete Kontrollen direkt bei Pios anzufragen, während die Staatsschutzabteilung des BKA ohne weiteres den Nadis-Computer befragen kann.
- Die Inpol/Befa-Systeme des BKA sollen mit den Adreßcomputern der Länder direkt gekoppelt werden. Personenkennziffern werden dadurch überflüssig.
- Zwischen BKA und Flensburg ist ebenfalls ein Datenverbund geplant.
- Vom BKA wird erwogen, die Daten von 700.000 Schülern und Studenten, BAFÖG-Beziehern, anzuzapfen; lediglich zu Fahndungszwecken wie es heißt – ja, ja, präventive Fahndung.
- Innerhalb der BRD soll nach Plänen von Sicherheitspolitikern selbst in möblierten Zimmern bald niemand mehr unterkommen, ohne daß der BKA-Computer befragt und gegebenenfalls Befa-Beschattung auslöst.

Begründet wird dies alles mit dem Rechtsinstitut für Amtshilfe. Gegen die extensive Auslegung der Amtshilfe, die die Trennung zwischen den Behörden aufhebt, gibt es wohl einige rechtliche Bedenken, die Praxis überrollt diese jedoch. Wie gezeigt, haben nämlich zumindest die Behörden des Geheimbereiches schon jetzt zu den meisten der über Bürger gespeicherten Informationen Zugang. Von der im Grundgesetz konzipierten strikten Trennung zwischen Polizei und Geheimbereich ist keine Rede mehr. Und was nicht über direkten Datenverbund klappt, geht völlig legal mit etwas größerer Zeitverzögerung über den Fahndungs- und Datenabgleich.

Ungeheuer arbeitssparend wird ab 1981 (s. FR 8./9.2.) der neue fälschungssichere Personalausweis sein. Mittels optischer Abtastung ist er – allen semantischen Tricks zum Trotz – maschinell lesbar. Durch Anschluß an die Melderegister über Landeskriminalamt/BKA und unter Zuhilfenahme phonetischer Suchprogramme hat sich ein Personenkennzeichen erübrigt. Taschenrechnergroße Lesegeräte mit Funkanschluß an ein Terminal ermöglichen die Kontrolle über einen Ortswechsel, z.B. wer wann wie lange im Ausland war: durch Amtshilfe des BGS und des Zolls in bewährter Manier.

Die innige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und geheimen Diensten

Der Datenaustausch der Dienste mit dem öffentlich-rechtlichen und privaten Sektor erfolgt aufgrund richterlicher Anordnung, über Kooperationsbereitschaft (nach dem Motto: sammelst du mir, sammel ich dir) oder über Verordnungen im sogenannten sicherheitsempfindlichen Bereich.

So forscht der Verfassungsschutz regelmäßig für Privatfirmen, vor allem im Rahmen des sogenannten vorbeugenden Sabotageschutzes für Rüstungsfirmen, die an den Informationsdienst des Wirtschaftsministeriums, die "Bonner Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft" angeschlos-

sen sind. Aber auch für andere Betriebe werden regelmäßig Mitarbeiter durchleuchtet: In Hamburg wurde bekannt, daß sowohl für Kaufhäuser als auch für Schlachthöfe und gar eine Brotfabrik Daten erhoben wurden. In Schleswig-Holstein wurde entdeckt, daß eine Firma über nahezu 2 Jahrzehnte Regelanfragen beim Verfassungsschutz über jeden neu einzustellenden Arbeitnehmer stellte.
Im Gegenzug machte sich das BKA auch bereits Datensysteme der Wirtschaft zunutze. Im Rahmen des Fahndungsabgleichs werden z.B. Kundenbänder elektronisch durchkämmt. So geschehen beim schon genannten "Verband Deutscher Rentenversicherer", wo aus den Abermillionen Daten 6.000 verdächtige Adressen als output verzeichnet werden konnten. Und Anfang Februar wurde bekannt, daß das BKA eine Rasterfahndung durchführte, indem sie sich der Speicherplatten mit Kundendaten von Elektrizitätswerken in Hamburg, Frankfurt, München und Berlin bediente. Allein in München wurden dem Landeskriminalamt Mitte 1979 ca. 30.000 Personenangaben übermittelt (Anm.: Dies ist vermutlich bloß die halbe Wahrheit. Die Selektion der 30.000 mußte in einem Vorlauf erfolgen und das Suchprogramm dafür dürfte auch vom BKA stammen).
Das Elektrizitätsprogramm ist nur eines von angeblich 16 Suchprogrammen, die sicher nicht nur für die Terroristenfahndung Verwendung finden: Mieter- (Bankgeheimnis!), Kfz-, Makler-, Finanzamtsprogramme etc.
Das hier Aufgezeigte sollte lediglich die Dimension verdeutlichen, erhebt aber nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil!

Exkurs: Profitmaximierung und Personalpolitik per Computer

Am 1.3. fand in Stuttgart eine Podiumsdiskussion "Ist es schon zu spät? – Orwell 1984" statt, bei der die "plakat"-Gruppe Mitveranstalter war. Die Darstellung von EDV-Konsequenzen auf staatlicher und betrieblicher Ebene in dieser Veranstaltung war eindrucksvoll und könnte ein Schritt sein, im Kampf gegen Repression neue Formen der Zusammenarbeit zu ermöglichen.
Obwohl im vorliegenden Artikel das Schwergewicht auf den staatlichen Sektor gelegt wird, soll wenigstens an dieser Stelle auch das Ausmaß und die Konsequenzen der Computerisierung in der Privatwirtschaft ganz kurz angerissen werden.
Der erste Bereich ist die fortschreitende Automation. Zu nennen wären: Vollautomatische Fertigungsabläufe, Fertigungsleitrechner zur Effektivierung betrieblicher Organisation, Taylorisierung im gesamten Bereich der Arbeitsvorbereitung und Konstruktion (z.B. computer aided design = CAD) sowie im Bereich der Verwaltung Einführung des Fließbandprinzips durch "elektronische Textverarbeitung".
Der 2. Bereich ist die Einführung von Personalinformationssystemen (Daimler, BASF). Durch ISA bei Daimler Benz z.B. (Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplanung; s. "express" Arbeitsmaterial März 1979) soll ein Informationsinstrumentarium geschaffen werden, das durch eine systematische Gegenüberstellung von Anforderungsmerkmalen der Arbeitsplätze und Eignungsdaten der Mitarbeiter (330!) eine Optimierung der Auswahl und Einsatzentscheidungen ermöglichen sollte: Keine menschengerechte Arbeitsplätze werden entwickelt, sondern arbeitsplatzgerechte Menschen ausgesiebt.
Was über den einzelnen Arbeitnehmer früher umständlich in den Personalakten vermerkt wurde, speichert sich heute auf Band oder Platte und ist sekundenschnell abrufbar. Außerdem können sehr viel mehr Daten über jeden Einzelnen und über einen sehr viel längeren Zeitraum zusammenhängend gespeichert werden. Die Daten jedes Einzelnen können firmenintern mit denen aller anderen verglichen werden (früher technisch faktisch unmöglich). Ein zukünftiger Verbund dieser Informationen mit anderen Datenträgern z.B. der Dienste wird enorm leicht. Die Beschäftigten werden für die Unternehmen in einem gesteigerten Maße verfügbar, ihre Arbeitskraft kann noch besser ausgesaugt werden.
Betrieblicher Datenschutz dagegen ist ein Witz. Datenschutzbeauftragte werden allein nach dem Willen der Unternehmer berufen oder abberufen. In der Praxis sind es meist die Leiter der EDV-Abteilung, die als betriebliche Datenschutzbeauftragte eingesetzt sind; d.h. den Bock zum Gärtner machen. Staatlichen Aufsichtsbehörden ist eine effektive Kontrolle kaum möglich. Betroffene Arbeitnehmer können sich nur dann an sie wenden, wenn sie die Verletzung ihrer Daten "begründet" darlegen.

Die Politik der inneren Sicherheit nach '45

Berücksichtigt man, aus welcher Tradition Amtsträger und Experten u.a. stammen, wundert es nicht, daß die formalen, durch das Grundgesetz garantierten Rechte im Laufe der Zeit eine stetige Einschränkung erfuhren. Seit Gründung der BRD vollzieht sich ein kontinuierlicher Ausbau des Staatsschutzapparates.
Dies läßt sich an der Entwicklung des Bundesgrenzschutzes, des BKA und des Verfassungsschutzes ebenso verfolgen wie am Beispiel der Notstandsgesetze und des politischen Strafrechts. Das meiste von dem, was die sozialliberale Koalition in verschärftem Tempo zum Abschluß brachte, war als Initiative schon zwischen 1950 und 1960 vorhanden, konnte aber erst im Rahmen der großen Koalition realisiert werden. Aktuelle Ereignisse, wie die Korea-Krise oder später die Anschläge der RAF waren stets Anlaß, bereits vorhandene Pläne umzusetzen. Dazu der damalige Innenminister Genscher am 22.6.72 im Zusammenhang mit Gesetzen zur Strafprozeßordnung, Grundgesetz, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz:
"Ich habe Anlaß zu der Feststellung, daß diese Gesamtkonzeption von Bund und Ländern nicht etwa, wie man heute gelegentlich in den Zeitungen lesen konnte, das Ergebnis der Besorgnis aus den Terrorakten der letzten Monate ist, sondern das Ergebnis langwieriger sehr gründlicher, objektiver und leidenschaftlicher Beratungen von Innenministern aller demokratischen Parteien, die sich ihrer Gesamtverantwortung für die innere Sicherheit unseres Landes gestellt haben."

Funktion der Inneren-Sicherheits-Politik

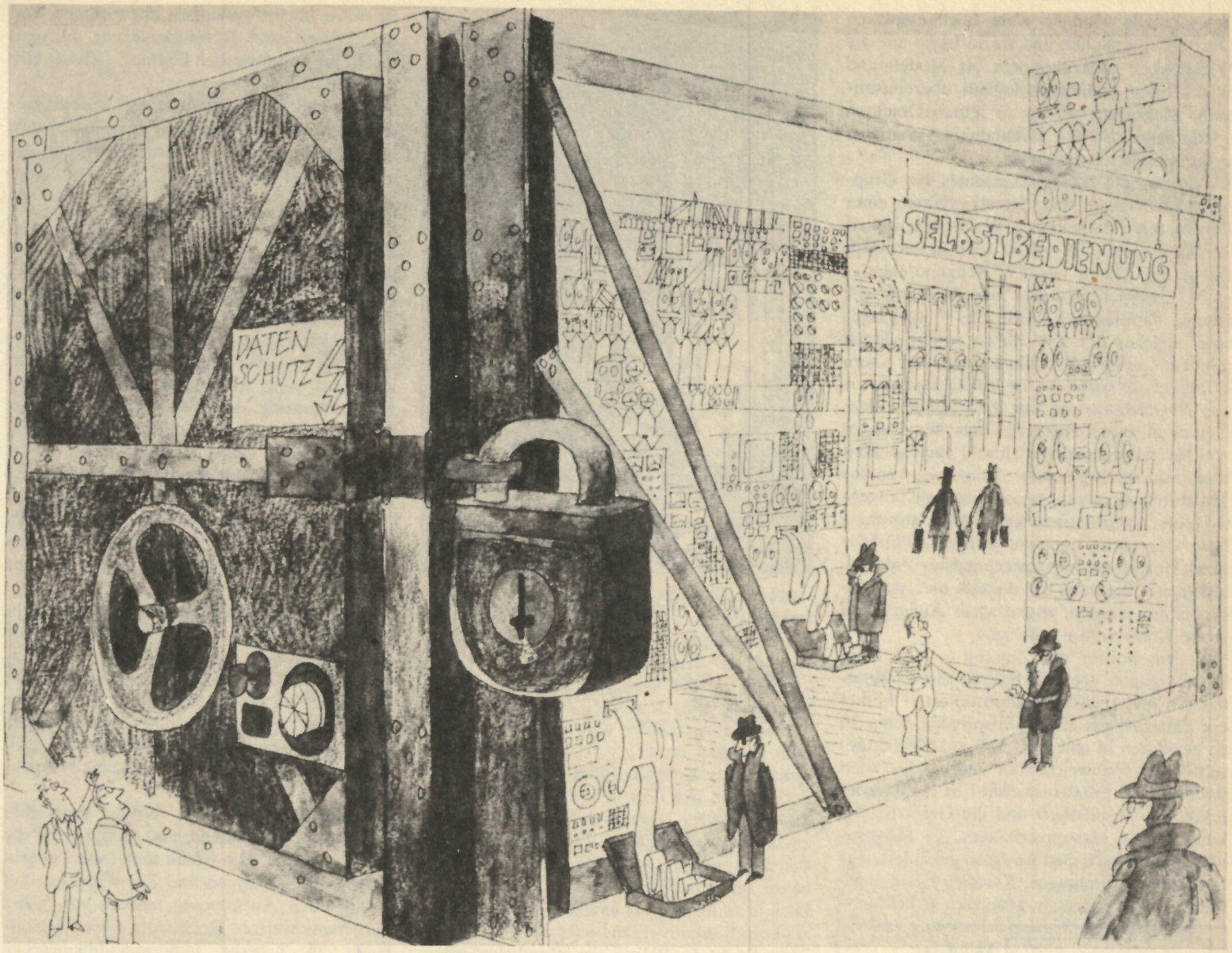
"Innere-Sicherheits-Politik" ist im Verständnis ihrer Träger wie vorbeugender Impfschutz. Wer immer nur auf den Gummiknüppel und die Maschinengewehre starrt, sieht am prophylaktischen Wesen des modernen Staatsschutzes vorbei. Das moderne Präventionsverständnis hebt darauf ab, nicht nur direkte Gefahren zu beseitigen, sondern vielmehr schon im Vorfelde zu arbeiten. Totalisierung konkreter und abstrakter Verdachtsmomente auf alle Individuen und erst nachträgliche Trennung der Spreu vom vermeintlichen Weizen durch Ausschlußverfahren sind die Konsequenz.
Eine enge Zusammenarbeit der Behörden, insbesondere der Polizei und der Dienste ist dazu notwendig. Bundesanwalt T. Träger charakterisiert dieses Zusammenspiel folgendermaßen:
"Der moderne Staatsschutz muß nahezu alle Bereiche des sozialen Lebens umfassen, wenn die mit immer neuen Methoden vorgetragenen Angriffe gegen unsere Staat abgewiesen werden sollen. Dies im Zusammenspiel aller hierzu berufenen Kräften zu erreichen, muß unser Ziel sein" (in: Das Parlament, 17.1.76, Seite 3).

Kernbereiche der Inneren-Sicherheits-Politik

Drei Kernbereiche einer Politik der "inneren Sicherheit" können ausgemacht werden:
1. Ausweitung des staatlichen Gewaltpotentials und seiner Einsatzmöglichkeiten. So entwickelte sich der Bundesgrenzschutz sukzessiv in eine militärische Bundespolizei, während die Polizei militarisiert wird, wie dies exemplarisch am "Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" bzw. anhand der einzelnen Landesgesetznovellierungen gezeigt werden kann (Totalisierung des Verdachts, Verwendung von Maschinengewehr und Handgranate, gezielter Todesschuß auf Anordnung).
2. Eingriffe im Rechtssystem zugunsten der Staatsorgane bzw. zu Lasten des einzelnen Bürgers, also Eingriffe in die Substanz der Grundrechte. Hier ist die Totalisierung des Verdachts im Musterentwurf, Einschränkung der Verteidigungsrechte, das Kontaktsperregesetz sowie die Zensurparagraphen zu nennen.
3. Ausweitung der Informationserfassung des Staates über seine Bürger, sowie eine neue Qualität an Überwachungsmöglichkeiten durch lichtschnellen Datenzugriff per elektronischer Datenverarbeitung und Datenverbundmöglichkeiten zur Totalerfassung. Die hieraus folgenden Konsequenzen sind gravierend wie alle Sträuße, Dregger und Todenhöfer zusammen, mit diesen eine Katastrophe!

Einige Wirkungen der Inneren-Sicherheits-Politik

All die eben genannten rechtlichen Verschärfungen haben zur realen Verbrechensbekämpfung herzlich wenig beigetragen, ihr Sinn liegt ja gerade auf einer anderen Ebene. Herold kommentiert:
"Beeinflussungen des Sicherheitsgefühls sind in vielfältiger Weise denkbar. Deshalb sollten bei allen staatlichen Maßnahmen die subjektiven Auswirkungen vorrangige Beachtung finden. So vermögen Verschärfungen des Strafrechts und Strafprozeßrechts durchaus das allgemeine Sicherheitsgefühl zu stärken, der effektive sicherheitsfördernde Einfluß ist indessen gering. Desgleichen bleiben massierten Kontrollen oder intensiven Fahndungseinsätzen der vom großen Aufwand her eigentlich zu erwartende durchschlagende Erfolg



meist versagt, die positive Beeindruckung der Bevölkerung ist dennoch meßbar." (FR. 3.5. 1979).
Einerseits wurde damit ein Klima erzeugt, das die wenigen liberalen Kräfte und die gesamte Linke in die Defensive drängte und das durch Angst und Resignation beherrscht ist. Zum anderen konnte im Sinne der Inneren-Sicherheits-Politik der Handlungsspielraum der Behörden stark erweitert werden. Sei es die Definitionsmacht darüber, was als Gefahr anzusehen ist oder welche Mittel anzuwenden sind (mit der Praxis der ex post-Legalisierung), sei es der tendenzielle Abbau getrennter Zuständigkeiten der Ämter in Staatsschutzfragen über das Mittel der Amtshilfe.

Die neue Qualität des Staatschutzes durch EDV

Wie gezeigt wurde, hat die Tendenz zum Überwachungsstaat ihre Ursache nicht in der Computerisierung. Diese Tendenz war jedoch bis zur Entwicklung leistungsfähiger Großrechner technisch begrenzt. Die Abermilliarden Einzelinformationen waren in irgendwelchen Archiven nach unterschiedlichsten Ordnungskriterien auf Karteikarten notiert. Sowohl das Auffinden der Informationen, als auch ihre Weitergabe per Amtshilfe brauchten Zeit oder waren unmöglich. Die Verschiebung von Daten in Form von Akten, Notizen und dergleichen, zwischen verschiedenen informationsverarbeitenden Stellen war umständlich, in jedem Fall erkennbar und hinterließ in der Regel Spuren durch Anfrage und Zustimmung, durch Abgabe- und Eingangsvermerke. Es war nicht einfach auf vorhandene Informationen zurückzugreifen, weil die Sucharbeit zeitraubend und kostspielig gewesen wäre. Infolgedessen verfügte man meistens nur über oberflächliche Information. Zudem waren die meisten informationsverarbeitenden Stellen nicht in der Lage, die verfügbaren Daten zu interpretieren und durch Deduktion neue Information aus ihnen abzuleiten.
Wurde früher nur im Falle "schwerer Straftaten" Karteien gefilzt, wozu ganze Beamtenhorden bereitgestellt werden mußten, so sind mit den Möglichkeiten der elektronischen Rechner Daten wegen ihrer lichtschnellen Verfügbarkeit zu jedem beliebigen Zweck abrufbar. Durch die Bewältigung riesiger Datenmengen im Nanosekunden-Tempo ist für den Zugriff und die Verschiebung von Informationen die "klassische" Begrenzung durch Raum und Zeit praktisch aufgehoben. Der Radikalenerlaßt könnte ohne maschinelle Grundlage kaum so greifen, wie wir es täglich erfahren. Der Datenabruf ist äußerlich nicht wahrnehmbar und hinterläßt keine Spuren. Selbst komplexe Sachverhalte, die bei herkömmlicher Informationsverarbeitung ein Übermaß an Menschenarbeit erforderten, werden beherrschbar. Über geeignete Programme, die z.B. eine mehrdimensionale Datenverknüpfung ermöglichen, werden Informationen elektronisch auf bestimmte Fragestellungen hin ausrecherchiert.
In den Augen der großen Überwacher haften den jeweiligen Systemen nur noch 3 Mängel an: 1. noch nicht alles Wissenswerte über jeden Bürger ist bisher verdatet; sei es, weil es bisher nicht erfaßt wurde, sei es, weil es noch in den altmodischen, bürgerfreundlicheren Karteien schmort. 2. Der ungehemmte Informationsfluß zwischen den einzelnen Datenspeichersystemen (Datenverbund) gestaltet sich häufig noch schwierig. Das hängt zum einen damit zusammen, daß die Computer-"hardware" (Programme und Speicherungssysteme) unterschiedlich organisiert sind. Es ist jedoch nur eine Frage der Zeit, bis die Systeme durch entsprechende Zwischenmodule und Übersetzungsprogramme voll adaptionsfähig zu machen sind. Zum anderen existieren noch ein paar rechtliche Barrieren ... Die elektronische Vollüberwachung, der gläserne Mensch durch Erstellung von Persönlichkeitsprofilen ist technisch gleichwohl möglich geworden, und in Hinblick auf Tradition und Struktur unserer Bürokratie wohl auch wahrscheinlich. Wer die Hysterie der Staatsorgane im deutschen Herbst '77 mitverfolgt hat, kann sich leicht ausmalen, daß die Möglichkeiten in einer angespannten innenpolitischen Situation voll genutzt werden. Es geht jedoch um noch mehr: um die "gläserne Gesellschaft" von kybernetisch gelenkten Schafen.

Von der elektronischen Staatshygiene zur elektronischen Diktatur

Die riesige Menge der jetzt zur Verfügung stehenden Informationen ermöglicht zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit,

sich aktuelle Modelle einer hochkomplexen Umwelt zu erstellen und sie so lange mit der Wirklichkeit rückzukoppeln bis Modell und Wirklichkeit phänomenologisch übereinstimmen. Menschen werden zu reinen Objekten systemtheoretischer Behandlung, Statisten kybernetischer Regelkreise.

So vermag die Sozialwissenschaft aus Gruppenzugehörigkeit das Sozialverhalten einer Person mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit vorauszusagen (z.B. wurde 1958 in den USA aus je 280 Daten von 239 Neugeborenen – meist Gruppenmerkmale wie Herkunft der Eltern, Familienverhältnise etc. – vorausgesagt, welches der 239 Babies später einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten mag. Kaum 2 Jahrzehnte später ist die Voraussage mit einer Abweichung von nur 3,5% eingetroffen. Genau in diese Richtung zielt der Ehrgeiz von Mr. Computer, wie Herold auch genannt wird, und seinesgleichen: Ausgehend von sogenannten Kriminalgeographien soll präventiv eine kybernetisch gesteuerte, störungsfreie Gesellschaft geplant werden. SPD-Mitglied Herold als hervorstechendster Protagonist dieser Richtung soll deshalb hier ausführlich zitiert werden, zumal seine Äußerungen große Kommentare erübrigen.

"... Die Polizei der Zukunft – von allen Staatsorganen der Wirklichkeit am unmittelbarsten und realistisch konfrontiert – besitzt ein einzigartiges Erkenntnisprivileg, Einsicht zu gewinnen in eine Vielzahl und Vielfalt gesellschaftlich abweichender und gesellschaftsfeindlicher Verhaltensweisen, in Strukturdefekte der Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeiten ihres Massenverhaltens ... Selbstgewählte Zwänge haben sie daran gehindert, ihre in Akten, Sammlungen, Karteien riesig angehäuften, nur repressiv genutzten Erkenntnisbestände **für eine Therapie der Gesellschaft freizusetzen** ... Mit Hilfe der Instrumente, die Soziologie, Kybernetik, Verhaltensforschung und Computer zur Verfügung stellen, könnten ... der Gesetzgebung rationale Erkenntnisse mit dem Ziel der Formulierung wirklichkeitsgerechter und praktikabler Normen geliefert werden ... Unter dem Einfluß polizeilicher Konsultation und Beratung würden Gesetz und Recht beständig umgeformt und angepaßt ... Dadurch könnte ein System entstehen, das befähigt, Problemen zuvorzukommen, bevor sie zutage treten, erst recht bevor sie bedrohlich werden."

Dies ist natürlich nur möglich, wenn die Polizei kein Exekutivorgan bleibt:

"Das Recht der Polizei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erhalten, schließt die Befugnis ein, sie mitzugestalten ... Die Polizei muß sich vom gewaltunterworfenen Objekt bloßer Vollstreckung zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen, zu einem Beratungs- und Konsultationsorgan für Politik und Gesetzgebung wandeln." (Beide Zitate: Herold, in: Die Polizei, Nr. 5/72, S. 133 f.)

Und warum das alles?

"Noch niemals in der Geschichte haben Terroristen dauerhafte Macht zu erlangen vermocht. Indessen belegt die Geschichte mit eindrucksvollen Beispielen, daß terroristische Erscheinungen Signalwirkung besitzen, Vorläufer sind für andere, in Breite und Tiefe die Volksmassen wesentlich stärker einbeziehende gesellschaftliche Veränderungen, die in ihrem Verlauf dann meist eine völlig andere als die ursprüngliche nehmen ...

Die objektive Betrachtungsweise ... (läßt) die eigentlichen Schubkräfte und Gestaltungsformen erkennen ..., die hinter dem durchaus beherrschbaren und nur vorgeschobenen **vordergründigen Teilproblem des Terrorismus** stehen ...Erst dadurch lassen sich Strategien und Taktiken entwickeln, künftige Gefahren aufzufangen, denn wie immer geartete Veränderungen oder Umwälzungen sind keineswegs zwanghaft oder gar eine Unabänderlichkeit. Zwar unterliegt jeder Wechsel bestimmten Gesetzen, gegen sie können aber durchaus andere Gesetzmäßigkeiten als Gegengewicht in Gang gesetzt werden ...

Alle Veränderungstendenzen (heute, d.V.) aber greifen auf Kleinkriegsmodelle zurück. Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte". (Zitate: Herold, FR. 3.5.79).

Die eigentliche "Heroldisierung" unserer Gesellschaft ist der Weg nicht zum Faschismus im klassischen Sinn, sondern der Weg in die elektronische Diktatur.

Was können wir konkret tun?

Zunächst sollte man sich nicht scheuen, die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen und natürlich auch um juristische Absicherungen kämpfen. Dazu wäre ein Forderungskatalog aufzustellen, z.B.: Einschränkung des Speicherungsrechts; Verdatung von möglichst wenig Informationen.

- Abschottung der Systeme untereinander durch bewußt unterschiedliche Organisationskonzepte sowie elektronische Sperren.
- Stärkung unabhängiger Kontrollorgane. Der Bundesdatenschutz hat z.B. lediglich 20 "Experten" und ist voll vom guten Willen der Behörden abhängig, ob und wie Einblick gewährt wird. Vom Geheimbereich ganz zu schweigen.

Man sollte sich von dieser Ebene jedoch nicht zuviel versprechen. Gerade eine unkritische Fixierung auf die rechtliche Ebene schafft einen affirmativen Bezug zum Staat und erweckt den Anschein eines neutralen Rechts. Weder Verfassung, Rechtssprechung noch der Staat sind jedoch gesellschaftspolitisch neutral. Bloßes Beharren auf Legalität hat keine Perspektive.

Öffenliches Bewußtsein, Kritik, politischer Druck und Widerstand sind immer noch die besten Waffen. Die Breite fehlt noch; es gibt viele kluge Analysen und Konzeptionen, auf den großen Aufschwung mußten wir bisher vergebens warten. Doch trotz dieses Alltagsfrusts in unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit, die uns leider sehr leicht apathisch und resignierend in die Ecke sinken läßt, sind kleine Erfolge in der Antirepressionsarbeit erzielt worden. Um nur ein Beispiel zu nennen: seit der Durchführung des Russell-Tribunals hat sich die Berichterstattung über die Entwicklung der Dienste, der Polizei und der elektronischen Datenverarbeitung in einem Teil der bürgerlichen Medien erheblich gebessert (Spiegel, Stern, FR).

Kleine Brötchen backen heißt nicht, daß langfristig keine Bewußtseinsblockaden aufgebrochen werden könnten. Gerade der in diesem Artikel behandelte Problemkomplex birgt die Chance in sich, stärker als bisher im Kampf gegen Repression betriebliche und staatliche Ebene miteinander zu verknüpfen. Nach der schon erwähnten Podiumsdiskussion in Stuttgart wurde zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen. Mit recht großer Resonanz. Solche Ansätze sind zumindest eine Möglichkeit Antirepressionsarbeit breit anzulegen. Nötig wäre jedoch auch eine überregionale Koordinierungs-/Verteilerstelle. Uns in Tübingen ist z.B. nicht einmal bekannt, ob irgendeine SB-Gruppe in dieser Richtung noch/schon arbeitet. Vielleicht kann da unser Prominentenkomitee "für Grundrechte und Demokratie" weiterhelfen?

Es bleibt zu hoffen, daß dieser Artikel einen Anstoß für weitere Diskussionen und Aktivitäten geben kann.

BERTHOLD METZANKE
ELMAR AUDRETSCH
MARGRET SPANIOL

Wider die Misere der Theorie ~ Perspektiven der Praxis

Weshalb das stabile Zeitalter vorbei ist und die alte Welt sich selbst negativ begreifen muß. Eine Antwort darauf, wie sich die Frage der revolutionären Aktion heute stellt.
Paperback, 16.80 DM

Andere Texte zur radikalen Theorie

Subrealistische Bewegung
Des Kaisers neue Kleider / Über die orientalische Revolution. 5.00 DM

Raoul Vaneigem
Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen
Paperback, 3. Auflage, 24.00 DM

Guy Debord
Rapport zur Konstruktion von Situationen
Reihe Flugschrift, 8.80 DM

Edition Nautilus
Hasselstr. 22 · 205 Hamburg 80

Geht's uns so schlecht?

Strauß und die Emotionalisierung von Politik

Kanzlerkandidat Strauß hat im Mai 1971 gesagt, er hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, ihn zum Bundeskanzler wählen zu müssen. Nachdem Strauß der Union neun Jahre später endlich verdeutlichen konnte, wer in dieser Zeit ihr bester Mann sei, wollen wir davon ausgehen, daß er nun jene schlimme Krise für gekommen sieht, die zu bewältigen offenbar allein er sich für fähig hält.

"Kassandras" wie Franz Josef Strauß verschließen ihre Augen nicht vor den Möglichkeiten katastrophaler Entwicklung, wie es der Bürger im Alltag gewöhnlich tut. Jene Kleinmütigkeit, aus dem Bestreben gespeist, sich im Hier und Jetzt ständig einigermaßen gut fühlen zu können, statt immer mit womöglich auch noch realistischen endzeithaften Alternativen im Kopf herumzulaufen, ist Strauß fremd. Er hat das Zeug, für alle zu formulieren, daß wir mit Helmut Schmidt auswegslos auf die Wahl zwischen "Krieg und Kapitulation" zutaumeln. Während dieser sich vor einer klaren Entscheidung für Amerika und gegen den Weltkommunismus drückt und das rechtfertigt mit Allerweltsweisheiten wie der, daß Gesten der Stärke die Aufgeregtheit der anderen Seite nur vermehren, hat Strauß vor derartigen Konfrontationen, vor Schwarz-Weiß-**Denken** zumindest gar keine Angst. Ist das nur Drastik?

Ende des staatsbürgerlichen Privatismus?

Die allgemeine Krise, die meistern zu können Strauß meint, geht auf Kosten des praktizierten "Modells Deutschland" hervor. Hauptproblem aus der Perspektive politischer Psychologie ist, daß eine ganz zentrale Voraussetzung für unsere bisherige Form staatlichen Krisenmanagements, der "staatsbürgerliche Privatismus", nicht mehr garantiert jene Kompensation bedeutet, welche entscheidende Mehrheiten angepaßt, anpassungsbereit, loyal zum Verharren in unpolitischen Nischen veranlaßte. Ja, staatsbürgerlicher Privatismus als Lebensform wird von der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt infrage gestellt. Dieses Kompensationsfeld privater Entfaltung im Konsumbereich der Freizeit wird heute vom langen Arm der Durchkapitalisierung erreicht: Forderungen nach Belastungs- und Dauerlernfähigkeit, nach Flexibilität und Mobilität, nach generalisierbarer Qualifikation, welche heute von der Arbeitskraft, vom "subjektiven Faktor" verlangt werden, haben massiv in jene Privatspähre einzugreifen begonnen. Das mit der Existenz jenes relativen Freiraumes verknüpfte insgeheime politische Stillhalteabkommen wird deshalb massenhaft aufgekündigt. Daraus ergibt sich ein latentes Protestpotential. Gruppen, die von der an Weltmarktkonkurrenzfähigkeit orientierten Entwicklung des "Prozesses der Rationalisierung" ökonomisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt und aufgrund steigender Kosten nicht mehr oder nicht zureichend vom System sozialer Sicherheit aufgefangen werden, fühlen sich entfremdet: Alte, chronisch Kranke (d.h. Frühinvalidisierte), arbeitslos Bleibende und Werdende, Frauen. Schlimmer noch: Auch ökonomisch voll Integrierte beginnen sich von zentralen gesellschaftlichen Mechanismen zu distanzieren, indem sie weiteres Steigen der Anforderungen im Tausch für mehr Geld verweigern: Sie fühlen sich von ihrer Arbeit bereits so verbraucht, daß sie mit der geldförmigen Kompensation in der verbleibenden Freizeit nichts mehr anzufangen wissen.

Eine andere Form der Marginalisierung und die Reaktion darauf sind unmittelbar politisch: Gegen die immer rasanter fortschreitende technische Beherrschung auch der menschlichen Natur und gegen die Umweltzerstörung versuchen Menschen, Werte zur Geltung zu bringen, die zwar aus der liberalen, der bürgerlichen Tradition dieser Gesellschaft stammen, aber zu deren naturbeherrschend-ökonomischen Seiten heute deutlich kontrovers stehen. Es geht dabei insbesondere um die inhaltliche Mitbestimmung der Bürger in allgemeinen Angelegenheiten, die faktisch-politisch eine immer geringere Rolle spielt. Schließlich kamm man die zunächst bedenkenlose Nutzung der Kernenergie als existentielle Bedrohung schlechthin ansehen.

Steigender normaler und illegalisierter kompensatorischer Drogengebrauch, zunehmende Abdrängung in Krankheit, Angst, Desorientiertheit und Sinndefizite, Rückzug in alternative Lebensformen, eine merkwürdige Mischung von Apathie und latenter, diffuser Protestbereitschaft sind das Ergebnis dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Unser Terrorismus muß bereits begriffen werden als Symptom der Tatsache, daß diese Probleme im wesentlichen noch immer nicht als möglichst breit zu diskutierende angesehen werden, deren Regulierung über die herkömmlichen sozialpolitischen Kompensationen defizitärer Nebenproduktionen unserer ökonomischen Entwicklungen hinausreichen müßte bis an ganz grundlegende Mechanismen unserer gesellschaftlichen Lebens: Ob insbesondere der in alle Poren unseres persönlichen Lebens dringende, in seiner ökonomischen Form besonders gut sichtbar werdende Rationalisierungsprozeß weiterhin der unbefragte "Sachzwang" bleiben soll, welcher uns in erster Linie regiert.

Eine Alternative zu Schmidt

Je nachdem, ob diese Fragen als diskussionsfähig angesehen oder unter herkömmlichen Überschriften, insbesondere antikommunistischer Prägung der Tendenz nach unterdrückt und in die Illegalität verbannt werden, stellt sich ernsthaft die Frage nach einer Alternative für Helmut Schmidt. Denn wenn wir uns mehrheitlich dafür entscheiden sollten, ganz andere Lösungen für unsere gesellschaftlichen Probleme **nicht** ins Auge fassen zu wollen, dann ist der Technokrat Schmidt mit seinem Innenminister, der einen ehemaligen Terroristen, einen Häftling auch noch, als öffentlichen Gesprächspartner akzeptiert, wahrscheinlich der weniger wirksame Katalysator für einen Übergang unseres politischen Systems zur offeneren Repression. Ist Franz Josef Strauß, ist seine Gefolgschaft geeignet, eine härtere Gangart zur Erhaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung an den Tag zu legen? Könnten sie das "Modell Deutschland" gleichsam rationalisieren, indem sie, und wenn ja, welche Kosten einsparen helfen?

Johannes Gross, dessen Strauß-Gegnerschaft mir neu wäre, konstatierte am 27.2.80 in der FAZ, daß von einem eigenständigen Strauß'schen Politikkonzept so wenig zu sehen sei, wie von einer entsprechenden Regierungsmannschaft und hebt hervor, daß der Bayer in wichtigen Punkten auf Parallelkurs zur Koalition liege. Die Krise, die der Gegenkandidat zur Legitimation erwarte, gäbe es zudem nicht. Da ich im Gegensatz dazu davon ausgehe, daß diese Krise unserer gesellschaftlichen Struktur als sich zuspitzende Dauererscheinung sich aus der Wahrnehmung davonschleichen kann, Katastrophenliebhabern wie dem Polemiker Strauß jedoch gegenwärtig bleibt, müssen wir wohl davon ausgehen, daß der Kandidat dennoch auf seine Chance lauert. Was ist für ihn die Krise, hat er wirklich keine Konzepte? Wiederholt, nicht nur in seiner Sonthofener Rede vom November 1974, wurde dargelegt, weshalb Strauß kein alternatives politisches Konzept vorlegt: Die ökonomischen Dilemmata insbesondere, in denen die Regierung gefangen ist, anerkennt auch er. Dazu gibt es eine redikale Alternative. Die eine ist die oben erwähnte Diskussionsmöglichkeit, ob die ökonomischen "Sachzwänge" weiterhin die obersten Determinanten unserer Politik sein sollen. Strauß liegt, wie wir wissen, die Realisierung einer anderen Möglichkeit eher. Eine Möglichkeit, die freilich nicht unbedingt als "radikale" Alternative zur Koalitionspolitik gesehen werden kann, obgleich sie dem Problem der gesellschaftlichen Unordnung auch

Sozialpolitischer Verlag SPV
Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36

an eine Wurzel geht, auf klassische Weise: Nicht danach fragend, ob man etwas an den Prinzipien ändern könne, nach denen wir leben, sondern indem Strauß hingeht und so aufzuräumen vorschlägt, daß von jenen, die von dieser ganz anderen Alternative reden ("diese Banditen") "bis zum Rest dieses Jahrhunderts..., keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen." So versprochen, wie bekannt, in Sonthofen.

Strauß und die 'primitive Urformel'

Könnte Strauß dieses Versprechen halten? Wie will er das bewerkstelligen? Es sieht nicht schlecht aus auf den ersten Blick. Sein ebenfalls in jener berühmt gewordenen Rede enthülltes Konzept der Emotionalisierung der Politik ist allerdings seiner Ansicht nach angewiesen auf "eine Art Offenbarungseid und einen Schock im öffentlichen Bewußtsein". Für diesen Fall sieht er seine Chance für die Wahlergebnisse von morgen, nämlich in der "Emotionalisierung der Bevölkerung", indem "die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art" mobilisiert werden.
Das Mittel dieser Emotionalisierung ist, über die Verwertung der Angst hinaus: "Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen... Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren... und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Daß es bei den anderen (gemeint ist insbesondere die SPD, aber auch die FDP, K.H.) eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden..."
Ganz ähnlich schilderte Joseph Goebbels in seiner bekannten Schrift über Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus das NS-Erfolgsrezept als Vereinfachung und Emotionalisierung. "An sich komplizierte Vorgänge des politisch-wirtschaftlichen Lebens" ... wurden "**vereinfacht und auf... primitive Urformeln zurückgeführt**." Hitler hat 1936 in einem Gespräch mit Bertrand de Jouvenel für seine propagandistischen Erfolge exakt das gleiche Rezept des Konfrontation schaffenden Schwarz-Weiß-Denkens genannt. Und Untersuchungen haben ergeben, daß der sachliche Anteil der Informationen seiner Reden ganz gering gehalten wurde. Ähnliches sagt der SPIEGEL von Strauß.
Wie man es nimmt, als "allgemeine Konfrontierung" oder als "primitive Urformel", jenes in einander ausschließenden Alternativen organisierte Bewußtsein ist auch vielen Bundesbürgern nicht fremd. Strauß ist vor allem glaubwürdig: Nach Infratest gilt er bei vier von fünf Bundesbürgern als einer, der die Dinge beim Namen nennt, "so wie sie sind". Martin und Sylvia Greiffenhagen haben in ihrer Kritik der politischen Kultur der Bundesrepublik eindrucksvolle Informationen zu dieser Schwäche für die Vereinfachung zusammengestellt. Strauß kann mit seinem Konzept der Emotionalisierung jedenfalls auf zureichend relevante Minderheiten rechnen. Insbesondere auf eine weitverbreitete Konfliktscheu und die grundsätzliche Fehleinschätzung der Rolle einer politischen Opposition, die herzklopfend eher als staatsgefährdend denn als gesellschaftlich notwendig angesehen wird. Dagegen hat Strauß ja offenbar beruhigende Mittel zur Hand. Solche weitverbreitete Unfähigkeit zum produktiven Konflikt führt ganz schnell zu der von Strauß favorisierten massenhaften Polarisierung in Gute und Böse. Wäre dieser Weg nicht ein probates Mittel, das Problem unserer gesellschaftlichen Ordnung durch Eliminierung der Terroristen, der "Pöbelhorde", der "Rowdyhaufen", "Gehirnprothesenträger", "Zerstörer", "Schüler von Doktor Goebbels", "Anhänger Heinrich Himmlers", der "besten Nazis" – so auf einer Wahlkampfversammlung zu lösen zu versuchen?

"Wir probieren es noch einmal: Ich bin ein besonnener Staatsmann und habe mich jederzeit voll unter Kontrolle".

Wie Gerhard Bliersbach in "psychologie heute" darlegte, nimmt die bundesrepublikanische Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen Schmidt und Strauß ohnehin wesentlich als Boxkampf, und dazu etwas außerhalb der Regeln, wahr. Warum nicht die Widersprüche unserer Gesellschaft durch einen wie immer gearteten Hinauswurf derjenigen regeln, die von den Kosten zu reden wagen, welche unsere heutige Ordnung, das "Modell Deutschland", verursacht? Eine derartige Entwicklung kann man zwar auch für ein deutlicher sichtbar werdendes Symptom der allgemeinen gesellschaftlichen Krise halten – in den Augen vieler, die auf Vereinfachung und Emotionalisierung verwiesen sind, erscheinen solche Zuspitzungen jedoch als Lösung der Krise.

So schlecht geht es uns nicht

Strauß ist kein Faschist. Auch wenn er sich als Verteidigungsminister Polizeikompetenzen anmaßte, um ein Publikationsorgan fertigzumachen, trotz aller politischen Hemdsärmligkeit und seiner Skandale; auch nicht, wenn er viele ausländische Freunde hat, die man eher als solche bezeichnen kann. Vor allem hat er sich ausdrücklich nie entschlossen, Politiker zu werden. Strauß steht heute im Rahmen demokratischer Institutionen. Es ist seine Grenze. Das macht den Unterschied. Im Erosionsprozeß der Politikformen und Rechtsnormen der liberalen Demokratie, im Prozeß der "Formierung", wie Ludwig Erhard es nannte, könnte er mit seinen bereits vorhandenen Polarisierungstendenzen dem Modell Deutschland jedoch, auch im Rahmen jetziger Spielregeln, entscheidende Anstöße geben; **zunächst** in diesem Rahmen. Im Zusammenspiel mit dem weitgehend diffusen Protestpotential könnte er jedoch auch größere Wirkungen haben. Weder er noch seine möglichen und wirklichen Anhänger, so würde man vielleicht ein weiteres Mal später sagen, hätten das, ehrlich, wirklich gewollt, was sich dann aus vielen Kleinigkeiten zusammenfügt. Faschismus, das ist heute mehr denn je die unbeabsichtigte Nebenwirkung absichtsvollen Handelns. Faschismus kristallisiert sich an den Nahtstellen zwischen dem wachsenden Unbehagen in unserer Kultur und der Bereitschaft, dafür einfache Erklärungen zu akzeptieren einerseits und starken Regierungen, die ihrer Funktion des Aufrechterhaltens von Ruhe und Ordnung zu naiv gerecht werden wollen. – Zyklon B war ursprünglich auch nur ein Schädlingsbekämpfungsmittel. Für Ratten und/oder Schmeißfliegen? Ich weiß es nicht. Wir sollten Strauß nicht in die Verlegenheit kommen lassen, sich, einmal an der Macht, weiter "staatsmännisch" beherrschen zu müssen. So schlecht geht es uns nun doch noch nicht. Und es gibt, wie wir sehen, durchaus eine Alternative.

KLAUS HORN

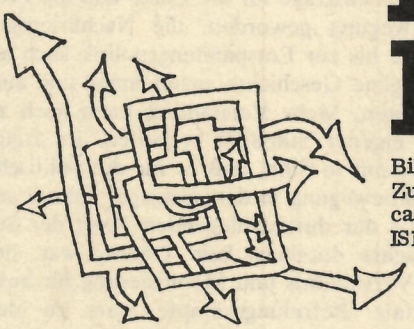
Der "Fall" Brückner

Eine aktuelle Dokumentation aus Anlaß der jüngsten Gerichtsentscheidungen im "Buback-Nachruf"-Prozeß und insbesondere im Disziplinarverfahren gegen Peter Brückner.
Mit Beiträgen von Brückner, Massing, Negt, Oertzen, Seifert.
Material zur Wiederankurbelung der Solidaritäts-Kampagne für Peter Brückner. 48 Seiten, DM 3,-- (gegen Vorauszahlung) bei Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Politische Literatur

Hermann L. Gremliza/
Heinrich Hannover (Hrsg.)

Die Linke



Bilanz, Analyse,
Zukunftsperspektiven
ca. 250 Seiten; DM 14,80
ISBN 3-87975-184-6

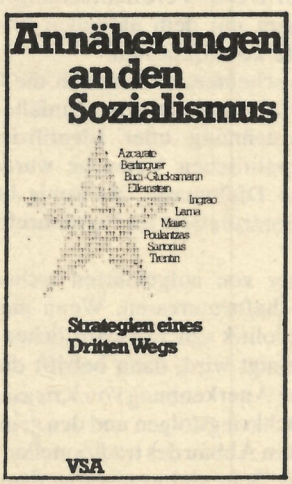
DIE LINKE - das ist keine einheitliche politische Strömung, das sind unterschiedliche politische Optionen. Dieses Buch soll und muß sie widerspiegeln: Es soll klären helfen, wo es Neuorientierungen der Linken geben kann und muß, wenn die achtziger Jahre kein "Jahrzehnt der inneren Reaktion" werden sollen.

In diesem Sinne aufgefordert sind:

Wolfgang Abendroth, Detlev Albers, Elmar Altvater, Günter Amendt, Peter Brückner, Olaf Diné, Lottemi Doormann, Christian Götz, W.F. Haug, Detlev Hensche, Jörg Huffschmidt, Arno Klönne, Oskar Negt, Henning Scherf, Gerhard Schröder und andere.

Annäherungen an den Sozialismus

Strategien eines Dritten Wegs zum Sozialismus
Herausgegeben von Joachim Bischoff und Jochen Kreimer.
Mit Beiträgen von Azcarate, Berlinguer, Buci-Glucksmann, Elleinstein, Ingrao, Lama, Maire, Poulantzas, Sartorius und Trentin
240 Seiten; DM 16,80
ISBN 3-87975-176-5



Programmatische Leitsätze und Kapitalismusanalyse der Linkssozialisten in der BRD
195 Seiten; nur DM 5,80
ISBN 3-87975-181-1

Ein Beitrag zur Verständigung der Linken auf eine konkrete politische Alternative

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

HEFT 3-80 (Mai) enthält:

Sozialistische Konferenz, Großes Palaver, Großer Ratschlag: Sozialistische Politik und die Ökologiebewegung

Kritik des Parteiprogramms der Grünen

Pro und Kontra Bahros ökologischem Humanismus

F.J.STRAUSS: sein Programm und seine soziale Basis. Und: Was tun gegen Strauß?

Frauen im DGB: Frauenbefreiung durch gewerkschaftlichen Kampf?

Ausländerpolitik des DGB: Türken raus?

Sozialistische Politik im Sozialstaat durch radikalere Tarifpolitik? Kritik des Korporativismus in der Arbeiterbewegung.

Kommentare/Zeitschriften/Notizen

HEFT 4-80 (Juni) enthält:

L. Magri: Für eine Selbstkritik der Linken!

"Noch einmal: Sozialdemokratie?" Streitgespräch mit E. MANDEL

GRAMSCI und die Intellektuellen. Überschüssiges Bewußtsein bei Mittelklassen?

Die Angestellten in der Gewerkschaft: Porträt von HBV und DAG

Die Zeitschrift **Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus** wird von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) herausgegeben, die sich mit verschiedenen Aspekten der Marxschen Theorie und ihrer Anwendung auf gegenwärtige kapitalistische Verhältnisse beschäftigen. In z. Z. neun Arbeitsgruppen, die jeweils ca. 25 Mitglieder umfassen, werden die Themen dieser Zeitschrift bearbeitet. Die Gruppen sind auf gemeinsame Diskussion, kollektives Arbeiten und Anerkennung des politischen Pluralismus innerhalb der Arbeiterbewegung verpflichtet. Die Koordinierung der Arbeitsprozesse und die Abstimmung der politischen Zielsetzungen erfolgt über die Redaktionsversammlung, die durch die Wahl von Vertretern aus den einzelnen Studiengruppen gebildet wird.

6x im Jahr/Abo DM 44.-/Einzelheft DM 9.-

Gesamtverzeichnis anfordern!

Postfach 501571 2000 Hamburg 50

VSA-Verlag, Hamburg

ENTSPANNUNG

Deutsche Fragen

Entspannung außen, Starker Staat innen?

Ein größeres Konfliktpotential zwischen den Weltmächten wirkte sich stets unmittelbar verschlechternd aus auf die Lebensverhältnisse an der Nahtstelle zwischen Ost und West, in den deutschen Staaten. Entspannung, Abrüstung, Ostpolitik, Deutschlandpolitik, all die Diskussionen und Hoffnungen auf ein reformatorisches Potential und Entfaltungsmöglichkeiten für innereuropäische Linke, ist das alles hinfällig, gescheitert, oder mindestens an einem historischen Wendepunkt? Ist auch die BRD auf dem Schnellweg in einen neuen Kalten Krieg – mit allen innenpolitischen repressiven Folgen?

Schließlich hat auch die Entspannungs- und Ostpolitik ein je nach Bedarf aktivierbares innenpolitisches Erbe des Kalten Krieges mitgeschleppt: im Zuge der Politik zur deutschen Frage wurden Feinderklärungen ausgegeben, die Linke verfolgt und unterdrückt. Die CDU/CSU sehnt offenbar verzweifelt die fünfziger Jahre wieder herbei und rechnet sich neue Chancen aus. Denn mit Entspannungs- und Ostpolitik wurde nur noch mehr offenbar, wie mit dem Knüppel der deutschen Frage auf republikanische Freiheiten eingedroschen wurde. Massenhafte Brief- und Telefonkontrolle; und ein juristisch und verfassungsgeschütztes maßgeregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten: typische Schlagzeile dazu: "Baum wehrt sich gegen generelle Verdächtigungen von DDR-Kontakten". Die neuere, nicht generelle, sondern sehr spezielle Maßregelung soll offenbar darin bestehen, die Linke auf einen deutschen Nullpunkt zu bringen. Der CDU war es natürlich vorbehalten, dies unverblümt zu sagen; daß die in der Bundesrepublik entwickelten Verfahren zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst notwendig seien, weil wir die deutsche Frage offenhalten wollen. Die SPD hat sich, wie bekannt, bequemt, ähnlich laut in dieses Propagandahorn zu blasen – und damit den Manövrierraum für die Linke und in unschöner Tradition ironischerweise für die eigene Politik bedroht.

Innenpolitische Feinderklärungen werden 1980 wieder hoch bewertet. CDU/CSU-Vertreter überbieten sich seit Monaten in wütenden Angriffen auf Entspannungs- und Ostpolitik. Hier lebt in neuer Schärfe ein überaus klarer rechts-links-Unterschied weiter. CDU/CSU sprechen von Verharmlosung der roten Gefahr, von der moskauer Fraktion in der SPD, usw., der Schritt zur Bürgerkriegs-Erklärung und zum Landesverrat scheint schon das logisch Nächste zu sein. Der FDP-Held Genscher profiliert sich dabei mit altbackenen atlantischen Bekenntnissen. Gemeinsam schlägt man auf die Grünen ein, die die Parteien verunsichern: Sie hätten zu nationalen und internationalen lebenswichtigen Fragen nichts zu melden.

Die Parteikräfte, deren international etablierte Verhältnisse ins Wanken geraten sind, verkennen offenbar den Grad der Politisierung der jetzigen Protestbewegung bei diesen Problemen und auch, daß aktives Interesse unter den aktuellen Umständen schneller sich entwickelt, wenn es nur richtig provoziert wird. Für die Linke und ökologische Protestbewegung ist sicher Abrüstung, Entspannung, Ostpolitik nicht der zentrale Faktor von Mobilisierung gewesen: Dazu bot sich diese Politik und die Art der großen Diplomatie auch nicht gerade an.

Die Parteien, die jetzt mit der internationalen Krise auf die Grünen und oppositionellen Linken einschlagen, treffen sicher keine starke Stelle; sie spekulieren sicher auch auf eine Protestbewegung, die von Kriegsangst und Repression gebannt, demoralisiert werden soll.

Sicher ist es so, daß die berühmten Denkmodelle für Deutschland- Ostpolitik nicht gerade in einem engen Verhältnis zu sozialen Bewegungen stehen und man sie nicht spontan zu den Tendenzen zu zählen bereit ist, die ein emanzipatorisches sozialistisch gesellschaftsveränderndes Potential entfalten und aufleben lassen könnten.

Aber auch bei den spektakulären Streitfällen an der politischen Oberfläche (Lieblingsthema des Spiegels: "Herbert Wehners Neues Deutschland"), sind Realitäten und Wahrheiten angesprochen, die bei einer in "nationalen" Fragen aus guten historisch aktuellen Gründen eher enthaltsamen Linken meist außen vor geblieben sind.

Es ist schließlich eine nicht nur für die Linke schmerzhafte Erfahrung, wie die Möglichkeit der gesellschaftlichen Verarbeitung des Faschismus blockiert worden ist.

In Deutschland standen nationale Fragen nahezu ausschließlich in reaktionärer nationalistischer Herrschaftstradition; die Vergangenheit ist keineswegs erledigt – oft genug hat die Linke den Mangel beklagt, daß es keine bedeutende geschichtliche Kraft einer republikanischen, demokratisch sich befreienden Bürgerklasse gegeben hat. Vorherrschend war das autoritäre Verhältnis zur Staatsmacht. Wenn neuerdings die Weimarer Republik immer wieder beschworen wird, dann bricht auch die Angst durch, die BRD könnte ähnlich unstabil dastehen – von rechts her also jede selbständige demokratische gesellschaftliche Bewegung schon als nationaler Verrat verfolgt und links Ausgrenzung; die klassischen Fraktionen der Arbeiterbewegung tun sich heute entsprechend schwer in der Ausübung staatlicher Macht und Autorität in beiden deutschen Staaten.

"Der Nationalsozialismus war es, der die Nation in ihren politischen Tod führte", hielt Alfred Andersch 1949 fest. Deutsche Tabuthemen, angstbesetzt: das "Weimar-Trauma" geistert umso mehr nach, je schwieriger die offiziellen Anstrengungen erscheinen, Faschismus und Kriegsfolgen als die ständigen Angstmacher zu bannen.

Klar wurde auf jeden Fall; es gibt kein zurück zu irgendeiner Art Nationalismus, was die 'deutsche' Frage angeht. Für die Linke schien die Frage eh erledigt, so hautnah sie auch die Konsequenzen der 'deutschen' Frage stets zu spüren bekommt. Inzwischen ist es jedoch zu einer Lebensfrage für die Linke und die Protestbewegung geworden, die Nachkriegsgeschichte bis zur Entspannungspolitik auch als ihre eigene Geschichte anzunehmen und aufzuarbeiten. Mehr Verständnis kann auch zu mehr eigener Stabilität verhelfen. Es ergibt mehr denn je Sinn, daß es für die politische Protestbewegung in den sechziger Jahren angesichts der durchschlagenden Kraft der Supermächte durchaus kein Umweg war, der über Verständnis und Mobilisierung für antikoloniale Befreiungskämpfe stets zu den "deutschen" Fragen der unmittelbaren Interessen von Gesellschaftsordnungen in BRD und DDR auch führte.

Hoffnungen?

Was aber kann der Anteil der Linken an Deutschlandpolitik, Entspannung und Ostpolitik sein. Unverkennbar die Schwierigkeit, überhaupt Anteil zu nehmen. Als es 1972 zu politischen Streiks und Demonstrationen kam – die sozialliberale Regierung sollte aus Anlaß der Deutschland- und Ostpolitik zu Fall gebracht werden – hatte die "Basis" aktives Interesse an der Frage bekundet, was für reale gesellschaftliche Veränderungen möglich wären. Die potentiell selbständige politische Aktion, der Eindruck einer möglichen Losbindung von der blockierenden Großmachtpolitik, das war wie ein Signal, das Zeichen für Hoffnung auf neue demokratische Bewegungen. Diese Hoffnungen mit der Aussicht auf linke Reformen brachen auf, sie sind nicht zu unterschätzen. Die SPD hat sie nur minimal produktiv machen können. Insgesamt hat die Linke nicht so recht etwas damit anfangen können, bis noch nachhaltiger sozialistische Proteste in der DDR, Veröffentlichungen und Ausbürgerungen mit dem aktuellen Problem der Geschichte konfrontierten.

Es konnte so scheinen, als ob auch die Linke speziell zur DDR nicht viel mehr Einfälle hätte als totale Ablehnung oder Identifizierung, denn die ostpolitischen Versuche wurden ja eher als ferne Diplomatie, als wenig brisant gesehen, weginterpretiert als "systemreformatorisch".

Als Sachwalter von aufgeklärten technokratischen Wirtschaftsinteressen. Wenn mal von links der Ostpolitik ein fortschrittlicher Charakter bescheinigt wird, dann betrifft das nur die realistische Anerkennung von Kriegsergebnissen und Nachkriegsfolgen und den gemäßigten Versuch zum Abbau des traditionellen Antikommunismus. Sehr viel weniger ist damit das Potential gemeint, das im Lösungsversuch aus der Ost-West-Umklammerung liegt, die auch

„... welch grausige Bestie!" tz, München

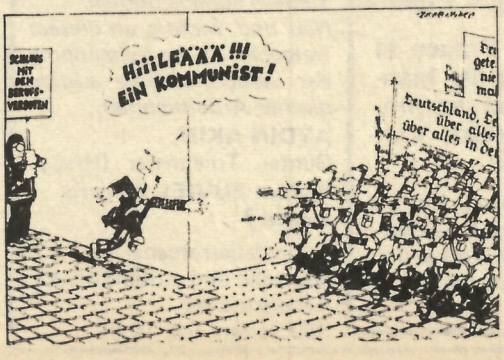
einen starken innenpolitischen Immobilitätszwang ausübt und speziell eine selbständiger werdende Linke in die Ecke scheuchen soll. Es wäre fatal, wenn die Linke die Demoralisierung als Unterstellung akzeptieren würde und nicht noch einmal versucht, selbstkritisch zu rekapitulieren.

Durch die Ostverträge war ein möglicher Weg anvisiert – in einer Aufbruchs- und Reformstimmung – aus dem gefährlichen Schlagabtausch heraus zu mehr (außen)politischer Handlungsfreiheit zu kommen. Doch gleichzeitig mußte natürlich der Druck der Bündnissysteme stärker hervortreten. Die neue Politik aber sollte langfristig durch Verträge und Vereinbarungen auch ein neues Sicherheitssystem vorbereiten, NATO und Warschauer-Pakt überwinden. Solches "Denkmodell" gilt ja inzwischen – wenn es nicht aus der Regierungskoalition kommt – fast schon als provokatorisch utopisch, wenn Grüne und oppositionelle Linke es vertreten, außerdem noch als lästig. Wie weit ist es schon vergessen, daß die Ostpolitik auch aus der Hoffnung entstanden ist, als Modell dienen zu können für Regelungen bei schwersten Interessengegensätzen internationalen Ausmaßes?

Kurz, der Status quo sollte nicht verschlechtert werden. Wenn jetzt die großen Militärmächte sich auf bloßen militärischen Blockpositionen wieder verhärten, dann ist für politische Initiativen in der BRD und Europa auch ein neues Feld geöffnet. Denn die Koalition steht unter dem Zwang, zu Verhandlungsschritten zu kommen, muß, aus Selbsterhaltung schon, Fähigkeit zur Entspannung demonstrieren, muß neue Beweise liefern. Kann eine Linke sich dabei behaupten, eine produktive Rolle spielen?

Entspannungs- und Ostpolitik benennen nur die Widersprüche

In jüngster Zeit hat jedenfalls der Nachrüstungsbeschluß wieder die Abhängigkeit der BRD überbetont – und jedenfalls nicht zur Popularisierung – im Sinne der Linken – von Entspannungsfragen beigetragen. Überdeutlich trat hervor, was Halbheit an der Ost- wie Deutschlandpolitik geblieben war: sie ist **Vertragspolitik** geblieben. Raum für eine unabhängigere Politik in Europa wurde kaum geschaffen, innenpolitische Veränderung blieb Reformstückwerkelei. Der Ansatz zu einer Euro-Linken ist nicht mehr als ein Ansatz. Die Abhängigkeit von der US-Vormacht drohend wie eh und je. Wie oft wurde beschworen, die Ostpolitik sei ohne Alternative – jetzt wirkt mehr denn je die US-Abhängigkeit alternativlos! Und nicht nur die FDP mit Genscher als dem außenpolitischen Gipfel der Einfallslosigkeit drückt die militärische Sicherheitspolitik immer wieder als Bremse durch – was den nicht-militärischen politischen Entspannungsspielraum noch mehr einengt.

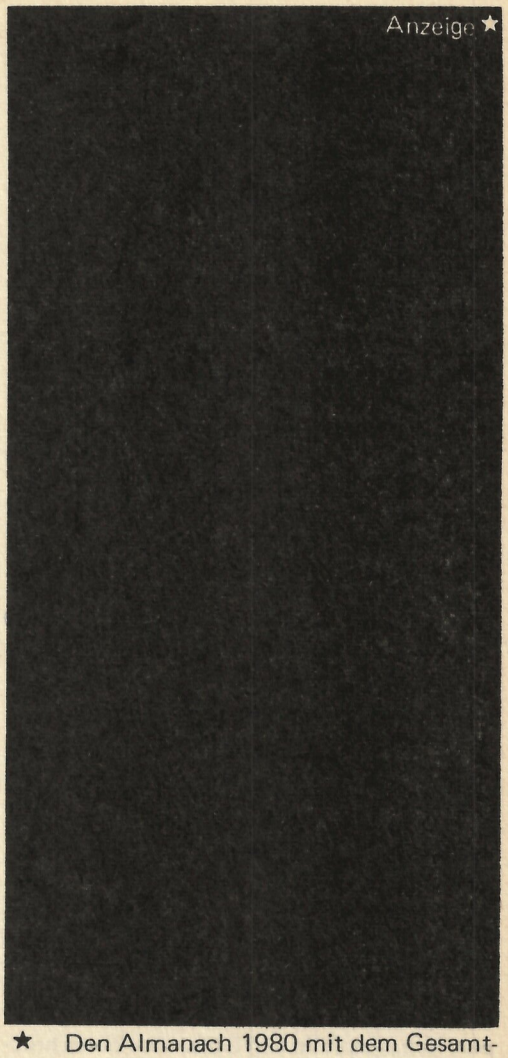


Eine Abkehr von der atlantischen Position wurde nicht eingeleitet. Und alles Werben um Länder der Dritten Welt, deren Befreiungskämpfe zu unterstützen der SPD stets möglichst spät eingefallen ist, hat nicht zu einer neuen, international die Ostpolitik ergänzenden, absichernden Struktur geführt.

Die neue Politik, die zu keinem neuen Internationalismus geführt hat, wie er sich als nötig darstellt, wurde von der alten Konstellation eingeholt, von der Block-Konfrontation, von den Besatzungsmächten mit all ihren festzementierten Vorbehalten. Die Koalition mag noch so sehr beteuern, keine Weltpolitik von der BRD her betreiben zu wollen, faktisch ist das Problem längst gestellt. Denn BRD wie DDR haben ja durch die Ostpolitik ihre Existenz immer konsolidieren können. Was ist aber mit den systemtranszendierenden Tendenzen? Auch Bahros Arbeit noch, provokativ und normabweichend unter den Bedingungen von BRD und DDR, hält fest, das Problem der Sicherheit durch Gleichgewicht der Abschreckung gehöre zu den Realien der verkehrten Welt. Aber er ist gleichwohl äußerst zuversichtlich in seinen Erwartungen. Er meint, die herrschenden Widersprüche wären auf Entlastung angewiesen ... Aber gesellschaftliche Veränderungen in Ost- und Westeuropa seien Vorbedingung, um den Rüstungswettlauf zu sprengen. Seine Argumentationen zum Eurokommunismus und zu den CSSR-Erfahrungen ist sicher weiter zu diskutieren. Seine Untersuchungen gehören unbedingt zum Anlaufen der Diskussion über das Gebiet, das an der Spitze Ostpolitik heißt. Aber es hat für viele Linke doch eher den Eindruck, daß Bahros Argumentation hierzu noch allzu kurz in rationalistisch verdünnten Thesen greift.

Zumal Akteure der Ostpolitik wie Egon Bahr mit einer starken Grundtendenz von traditionell nationaler Politik bei der Linken nicht den Eindruck fördern, hier gehe es um sozialistische Bewegungen, und der Eindruck kann täuschen, denn es können leicht die gesellschaftlich bewegenden Momente übersehen werden. Und wenn ein Bahr von Einheit redet, meint er sicher auch nicht die Einheit der Linken oder der Protestbewegung. Jedoch kommt es nun mal in der BRD mit schöner Regelmäßigkeit zu Skandalen, wenn Denkmodelle laut gedacht werden von SPD-Politikern. Der Skandal ist immer schon vorprogrammiert, da jede Initiative als möglichst entideologisiert und pragmatisch ausgegeben wird; d.h. nicht als politisch mobilisierend und Diskussionsthema für die breite politische Öffentlichkeit, sondern möglichst defensiv gegen eine aufheulende Rechte und gegen eine hoffende Linke. Dabei sind gerade seine Stärke Feststellungen, oder wie man von Zuständen zu Verträgen kommt. Nicht nur Bahr stellt z.B. fest, daß es keine Nachbarn gibt, die interessiert sind an den deutschen Einheit, obwohl man eher Antworten darauf hören möchte, wo dran denn der demokratische Sozialismus interessiert sei. Als Realist aus der Erfahrung zahlreicher Deutschlandniederlagen der SPD heraus, gibt sich Bahr eher bescheiden-defensiv und verweist auf die beiden Supermächte, die groß genug seien sich vorzustellen, man könnte auch ein einiges Deutschland in der Mitte Europas haben. Aber das könne nicht in der Form geschehen, daß die beiden Staaten zusammenkommen und ansonsten sich nichts ändert in West- und Osteuropa. Es ist nun schlicht eine ideologisch

Anzeige ★



★ Den Almanach 1980 mit dem Gesamtverzeichnis erhalten Sie *Stroemfeld/Roter Stern* gratis, hoffentlich nicht umsonst, Postkarte genügt: Postfach 180 147, 6 Frankfurt/M.

hochbesetzte Frage, wie das aussehen kann und was die kleinen Leute und Staaten für Vorstellungen und Ängste haben, wenn die großen sich was vorstellen.

Wenn innen- und außenpolitisch die Veränderungsimpulse, auf die auch eine Ost- und Deutschland-Politik aus sein muß, nicht umgesetzt worden sind, dann kommt eben nur heraus, daß die BRD von der eigenen Geschichte und von den internationalen Veränderungen verfolgt wird, statt selbständig einer konkreteren Politik zu folgen.

Eine eben durchaus "ideologische" politische Frage, wie weit der Spielraum geöffnet wird zwischen "mehr Demokratie wagen" und nationalem Trauma (wie es Willy Brandt ausgedrückt hat). Die SPD hatte selbst traumatische Erfahrungen mit der Deutschland- und Ostpolitik in der Nachkriegszeit – zwischen dem großen Pathos von Deutschlandplänen und dem schäbigen Agentenhaufen eines SPD-eigenen Ostbüros, das während des Kalten Krieges rege Untergrundarbeit in der DDR leistete, hat sich manche Hoffnung zerrieben. Denn in der SPD wirkten Spaltung der Arbeiterbewegung und in der Tat nationales Trauma nach. Bis zum Godesberger Programm hatte die SPD sehr viel mehr nationale Tendenzen aufgeboten als die auf absolute Westintegration ausgerichtete Union unter Adenauer. Wenn es heute so wirkt, daß Deutschland- und ostpolitische Initiativen um den heißen Brei der alten-neuen Kalten-Kriegs-Konstellation sich herumbewegen, dann muß man natürlich, fix wie Herbert Wehner, die deut-

sche Frage für nicht existent erklären.
Denn Distanz ist bei solcher Nähe zu den Fragen überlebenswichtig.
Die CDU-Politik der absoluten Westintegration hatte mit dem "politischem Tod der Nation" Schindluder getrieben: "ganz Europa östlich des Eisernen Vorhangs befreien" (Kanzler Adenauer).
Der damals durchaus konservative, aber redliche G. Heinemann sprach sich 1951 angstvoll aus gegen die Remilitarisierung: "Man hat unser Land in der Hand und kann es zum Aufmarschgebiet machen. Vom Osten nehmen wir das ohne weiteres an. Aber auch im Westen sprechen die Militärs offen aus, daß sie unser Land als ein Mittel der eigenen Verteidigung ansehen." Eine im Kern nicht gar so veraltete Anmerkung zu den aktuellen Schlachtfeldphantasien.
Uns bleiben die Auswirkungen einer finsteren Politik der Linken und Rechten der fünfziger Jahre und ein Erbe damals hoffnungsloser Kompromißvorschläge. Unwahrscheinlich ist eine Rückkehr zu diesen Konstellationen, wenn die Linke nur mehr Selbstbewußtsein und Selbständigkeit weiterentwickelt. Es könnte heute produktiv sein, daß die "Krise des Marxismus" hier schon mal qualvoll stattgefunden hat: als Krise der traditionellen KP-Politik. Die KPD glaubte seinerzeit, DDR und UdSSR im Rücken, noch im Niedergang auftrumpfen zu müssen – eine gespenstische Phrasendrescherei, ein Wortorkan ohne politische Bewegung, vom "Kampf aller deutschen Patrioten für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ... In unserer Partei verkörpert sich alles Edle und Gute, alles Fortschrittliche und Revolutionäre unserer Nation. Die Partei ist Zukunft, das Gewissen und die Ehre unseres Volkes." Einer der Hauptgründe, es wirkt unwahrscheinlich heute, für das Verbot der KPD war ihr Programm zur nationalen Wiedervereinigung. Von 300.000 Mitgliedern der Nachkriegszeit auf etwa 70.000 herunter bis Anfang der 50er Jahre, 1953 2,2% Wählerstimmen, nicht mehr im Bundestag vertreten. So kann die Stärke von DDR und Sowjetunion ins Auge gehen.
Für die Lebensverhältnisse in der BRD, für die politische Öffentlichkeit von schlimmster Wirkung: die Verfolgung. Hunderttausende eingeschüchtert, diskriminiert, unterdrückt, eingesperrt. Gespräche, Zeitungslektüre, DDR-Kontakte, alles diente zur Verdächtigung, Denunziation, für Ermittlungsverfahren. Der spätere Innenminister Maihofer ahnte noch nicht, wie bald er an diesem Erbe politischer Verfolgung unter veränderten Umständen teilhaben sollte, als er 1964 feststellte: Das könne "einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machen".
Ostpolitik sei, so heißt die Halbwahrheit, ohne Alternative. Es bleiben noch viele Fragen offen, die mehr denn je verdienen, von der Linken auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Es ist sicher unsinnig und leer-propagandistisch, von links her eine Neudefinition nationaler Interessen zu fordern, aber auch ein pauschales Kritisieren von Ostpolitik als technokratisches Schauturnen von Wirtschaftsinteressen würde nur die trübe klassische Konstellation von Spionage und Diplomatie noch verhärten Heute kann jede Initiative einer neuen innen- wie außenpolitisch relevanten Friedensregelung im mitteleuropäischen Rahmen auch ein neues Verhältnis unter anderem zwischen Sozialisten und Kommunisten entwickeln. Ökologische Protestbewegungen können da eine überaus notwendige Provokation sein. Wenn sie über Parteiprogrammpunkte hinaus politische Bewegung in die traditionelle Machtausübung bringen. Im Rahmen der speziellen BRD-Verhältnisse ist es sicher ein großes Problem, daß es der SPD nicht gelungen ist, Ostpolitik und Entspannung in der eigenen Partei populär zu machen, geschweige denn einen auch innenpolitisch stützenden Zusammenhang herzustellen, zu politisieren und zu mobilisieren. Paradox, wie ausgerechnet jetzt in der Krisensituation unter Kriegsängsten und Druck des US-Blocks nach Festlegung des Status quo durch die Ostpolitik, geradezu ein **Verhandlungszwang,** oder, wenn man will, eine Chance besteht, aus eben diesem Status quo sich herauszutasten.
Das ist sicher keine Zeit für theologische Linien-Expertisen und für leere Propaganda-Abgrenzungen. Aber für die Linke, für jede Protestbewegung, die ein emanzipatorisches Interesse hat, wird es alternativlos sein, die "deutschen Fragen" auch als Teil ihrer Geschichte aufzunehmen. Und das kann vorwiegend mit vorantreibender Kritik geschehen. In der jetzigen deutschen, europäischen Entwicklung schafft nicht zuletzt der Militarismus der Großmachtblöcke zwingende Gründe, sich am Streit entschieden und selbstbewußter jedenfalls zu beteiligen. Für Protestbewegungen und oppositionelle Linke, die sich in den letzten Jahren – trotz aller Schwierigkeiten – näher an den gesellschaftlichen Realitäten bewegen, zeichnet sich die Notwendigkeit ab, sich einzumischen.

DAVID WITTENBERG

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 24

Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Diese Zeitschrift für sozialistische Diskussion ist in sich selbst der Beweis für die neue Konvergenz unserer Kräfte und Konzeptionen, die wir so nötig haben. Nun noch mehr Einheit, mehr Verbindlichkeit in die linke Vielfalt zu bringen, über die Abgrenzungen hinweg zu dialogisieren und bei alledem die Vielfalt in der Einheit sogar noch zu vergrößern, jetzt, wo sich viele neu orientieren – das scheint mir die Chance der KRITIK in diesem Augenblick zu sein.

Rudolf Bahro

Olle & Wolter

DIE NEUEN BÜCHER SIND JETZT DA.

Verlag Olle & Wolter GmbH – Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Bitte fordern Sie unseren Prospekt an – Postkarte genügt.

„Eine unglaublich lustige Satire über das Patriarchat!"

Arne Ruth, **Expressen**

Gerd Brantenberg
Die Töchter Egalias
240 Seiten, DM 19,80

Ein Roman, der die fiktive Frauschaft der Frauen in „Egalia" schildert und die reale Herrschaft der Männer in den „Demokratien" meint. Ein außergewöhnliches Buch, das provoziert, zum Lachen reizt, Verwirrung stiftet und zum Nachdenken anregt.

Die Autorin: Gerd Brantenberg wurde 1941 geboren, lebt als Hochschullehrerin in Oslo und ist in der autonomen Frauenbewegung Norwegens aktiv. Sie ist Autorin mehrerer Werke, u.a. *Opp alle jordens homofile; Ja, vi slutter;* sie schrieb zahlreiche Artikel in Frauenzeitungen und -zeitschriften.

Mit diesem RATGEBER kann jetzt jeder seinen Lohnsteuer-Jahresausgleich optimal selbst ausfüllen!
Beispiele aus der Wirklichkeit Musterbriefe, Rechenexempel und zahlreiche Abbildungen helfen dabei Steuern zurückzuholen.
Neu und wichtig an diesem Ratgeber ist die Behandlung der Steuerprobleme ausländischer Arbeitnehmer.

AYDIN AKIN,
Günter Thielmeier (Hrsg.):
Warum ZUVIEL Steuern zahlen ?
Lohnsteuerratgeber für deutsche und ausländische Arbeitnehmer
300 Seiten, DM 16,80

STRATEGIE

Proletariat adieu?

Wie illusionär sind eigentlich die traditionellen Vorstellungen von Klassenentwicklung und Klassenkampf, von Subjekt und Verlauf sozialrevolutionärer Veränderungen, die man als "Linker" oder "Marxist" irgendwie im Kopf hat? Ist der heutige Kapitalismus überhaupt noch mit dem des 19. Jahrhunderts vergleichbar, und wenn nicht: ist Marx veraltet? Sind's die "neuen sozialen Bewegungen", auf die sich revolutionäre Hoffnungen setzen lassen oder sind sie nur vorübergehende Zeiterscheinungen in gesellschaftlichen Randbezirken? Und überhaupt: was heißt Revolution, wie soll man sich eine sozialistische Gesellschaft konkret vorstellen?

Viele Fragen und wenig Antworten, wenn man sich die gegenwärtige politisch-theoretische Diskussion ansieht. Nur eines scheint sicher: Die Vorstellung vom revolutionären Prozeß als Ergebnis einer quasi naturwüchsig ablaufenden "objektiven" Widerspruchsentwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die zugleich das Proletariat als revolutionäres Subjekt hervorbringt, die Annahme einer "Reifung" der Produktivkräfte für den Sozialismus und die politischen Organisations- und Strategiekonzepte, die sich mit einer solchen "Revolutionsphysik" verbunden haben, können getrost zu den Akten gelegt werden.

Nicht zuletzt die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gelehrt, daß der Kapitalismus die Produktivkräfte in einer Weise entwickelt, daß sie ein ernsthaftes Hindernis für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft darstellen. Die kapitalistisch bestimmte Technologieentwicklung ist eben nicht "neutral". Vielmehr zementiert sie notwendig herrschaftsbestimmte Arbeitsteilung und ein ausbeuterisches Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur. Und es kann nicht übersehen werden, daß die nach Marx wichtigste Produktivkraft, nämlich die assoziierten Produzenten selbst, in einer ungeheuer verzerrten und deformierten Weise "entwickelt" werden: durch Unterdrückung von sozialer Kreativität, Autonomie und solidarischen Verkehrsformen, durch vielfältige Arten der Dequalifizierung und psychischen Enteignung.

Die 'subalterne Klasse'

Von zwei Seiten her erweist sich daher die Vorstellung einer "Übernahme" der durch das Kapital entwickelten Produktivkräfte durch ein revolutionäres Proletariat als unhaltbar: weil diese Produktivkräfte, soweit es Maschinerie und Technologie angeht, gar nicht "übernommen" werden können, sondern grundlegend verändert, umgewälzt und neu entwickelt werden müssen, und weil das Proletariat sich nicht zu der selbstbewußten und autonomen revolutionären Klasse entwickeln kann, sondern zunächst einmal als eine der Fähigkeit zu selbständig-solidarischem und zielbewußt-gesellschaftsverändernden Handeln beraubte, "subalterne" Klasse (Bahro) erscheint.

Viele der alten Konzepte taugen einfach deshalb nicht mehr, weil der Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich ein anderer geworden ist. Den sozialen Konfliktfronten und -formen im entwickelten Kapitalismus liegt ein gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhang zugrunde, der durch eine weit vorangetriebene **Durchkapitalisierung** und **Durchstaatlichung** der Gesellschaft geprägt ist.

Wie Marx richtig gesehen hatte, ist die kapitalistische Entwicklung durch eine beschleunigte Umwälzung der Produktions- und Arbeitsprozesse gekennzeichnet (das ist die Sache mit dem Zwang zur relativen Mehrwehrtproduktion). Deren Folgen: Differenzierung, Fraktionierung und Spaltung der Arbeiterklasse, Taylorisierung und Intensivierung der Arbeit, erzwungene Mobilität, strukturelle Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt forschreitende Naturzerstörung sind immer deutlicher erkennbar. Zugleich wird der "Reproduktionsbereich" immer durchgängiger dem Kapitalverhältnis unterworfen und warenförmig organisiert, d.h. Konsum und "Freizeit" werden zum integralen Bestandteil des Kapitalverwertungsprozesses, die Reproduktion der Arbeitskraft wird zu einer bedeutenden Anlagesphäre für das Kapital. Das heißt, daß die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse und der Ausgleich für gesteigerten Arbeitskraftverschleiß und Entfremdung in der Arbeit gewaltsam in das Korsett kapitalistisch produzierter Waren- und Dienstleistungsangebote gezwängt wird, Lebensäußerungen bis in die kleinsten Verästelungen hinein enteignet und zum Objekt kommerzieller Vermarktungsstrategien gemacht werden.

Beschleunigte Umwälzung der Produktionsprozesse und Durchkapitalisierung bedeuten aber auch Zwangsmobilität, zunehmende Warenförmigkeit sozialer Beziehungen (z.B., indem immer mehr persönliche Dienstleistungen gekauft werden müssen) und damit die Auflösung "gewachsener" sozialer Milieus und Lebenszusammenhänge (Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, Familien, "Arbeiterkulturen"). Das erzeugt Vereinzelung, desorganisiert alte gesellschaftsstabilisierende Strukturen und zerstört hervorgebrachte Normen und Orientierungen. D.h., es gehen "Ungleichzeitigkeiten" verloren, aus denen gerade die frühe Arbeiterbewegung einen großen Teil ihrer Kraft bezogen hatte. Die Folge sind soziale und ideologische Auflösungserscheinungen, die nur dadurch aufgefangen werden können, daß der Staat in immer weitere gesellschaftliche Bereiche eindringt: regulierend, kontrollierend, sozialisierend, organisierend und subventionierend. Die Gesellschaft erscheint als zugleich atomisiert und nivelliert, wird geschichtslos und in eigentümlicher Weise "eindimensional".

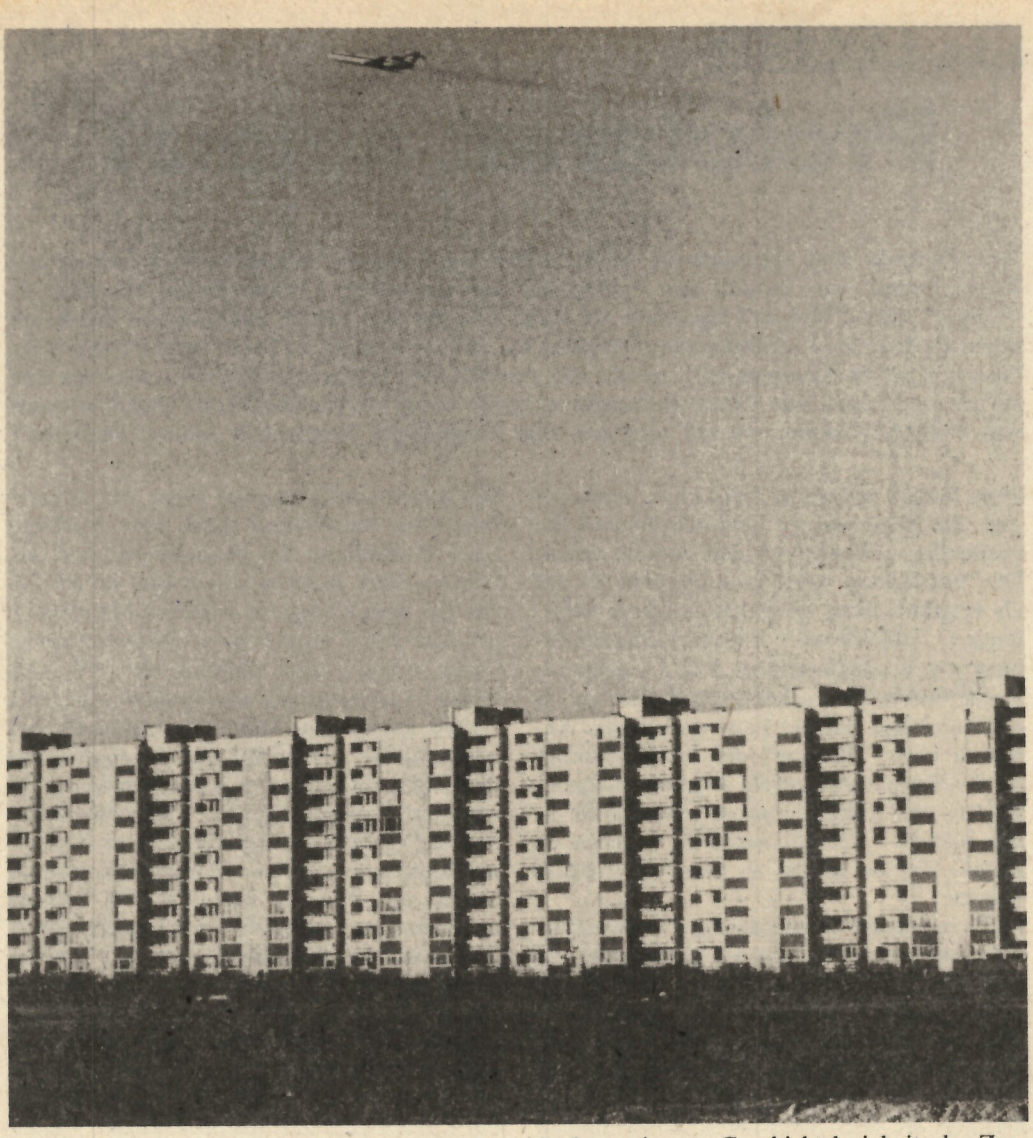
Armut durch Warenfülle

Mit "Fordismus" wird ein Entwicklungsstand der kapitalistischsen Gesellschaft bezeichnet, in dem die extrem taylorisierte Produktion von Massenkonsumgütern zu einem zentralen Element des Kapitalverwertungsprozesses geworden ist (Henry Fords Auto-Modell "T" bildet sozusagen den Anfang davon). Diese kapitalistische Durchdringung der Arbeitskraftreproduktion bedeutet, daß die Arbeiterklasse ihrer vor- und außerkapitalistischen Wurzeln beraubt und so etwas wie selber ein Produkt des Kapitals wird, von seinen Strukturen durchzogen und durch es geformt. Neben den Auswirkungen auf die Lage der Arbeiter im unmittelbaren Produktionsprozeß hatte diese Entwicklung zur Folge, daß traditionelle, quasi vorkapitalistische Formen der Produktion (z.B. häusliche und handwerkliche) und Reproduktion aufgelöst wurden. Ersetzung der Hausarbeit durch kapitalistisch produzierte Hausgeräte und damit Freisetzung vieler Frauen für Lohnarbeit, individueller Massenverkehr, der Aufbau einer Unterhaltungs- und Freizeitindustrie, wachsende Abhängigkeit von sozialen Sicherungssystemen in allen möglichen Lebenslagen sind Beispiele dafür. Für die Bundesrepublik ist diese Entwicklung noch einigermaßen neu und hat eigentlich erst nach dem zweiten Weltkrieg eingesetzt – theoretisch überdies noch kaum begriffen. Wichtig dabei

ist, daß nicht nur die soziale Lage, sondern auch das Bewußtsein der Menschen davon grundlegend berührt wurden. Das geht von der Veränderung der Familienverhältnisse über Lebensperspektiven bis hin zu Zeitbegriffen und Wertvorstellungen. Nicht zuletzt gleichen sich Arbeits- und "Frei"-Zeit, was Zeitdruck, Streß und Fremdbestimmung angeht, immer mehr einander an. Konsum und Freizeit werden zur Rackerei, die erhebliche Fähigkeiten und Energien bindet. Die gesellschaftliche und natürliche Umwelt wird immer umfassender kapitalistisch-warenförmig produziert, sei es in Form städtischer Fußgängerzonen oder von Katalogreisen, mit denen ein Stück scheinbar unberührter Natur gekauft wird.

Der fordistische Reproduktionszusammenhang ist also insgesamt dadurch charakterisiert, daß sich immer weniger gesellschaftliche Bereiche dem Diktat des Verwertungsprozesses entziehen, soziale Strukturen und Schichtungen fortwährend gewaltsam umgewälzt werden, stabile soziale Milieus mit eigenen Werten und Traditionen kaum mehr entstehen können. Das heißt auch, daß sich der kapitalistische Reproduktionsprozeß immer weniger auf nicht- oder vorkapitalistische Gegebenheiten (z.B. traditionelle Gemeinde-, Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen, Natur als "Gratisproduktivkraft") stützen kann, daß tendenziell die Reproduktion von Arbeitskraft **und** Natur zu einem gesellschaftlichen Projekt wird. Und das heißt unter kapitalistischen Bedingungen: zum Objekt monopolistischer Produktions- und Vermarktungsstrategien und staatlicher Regulierung. Und weil der Staat als Garant von Stabilität und Reproduktion der Gesellschaft immer bedeutungsvoller wird und damit in vielfältiger Weise als Verursacher gesellschaftlicher Unzuträglichkeiten erscheint, rückt er auch immer mehr in das Zentrum sozialer Konflikte.

Diese sozialen Konflikte werden durch den Mechanismus des "fordistischen" Reproduktionszusammenhangs in spezifischer Weise vervielfältigt und zugleich, was Motivationen und Beteiligte angeht, außerordentlich diffus. Mit traditionellen Vorstellungen von Klassenantagonismus und Klassenkampf sind sie jedenfalls kaum mehr zur Deckung zu bringen. Die Zerstörung traditioneller Berufe und gesellschaftlicher Zusammenhänge, das Verschwimmen der Grenzlinien zwischen dem "Proletariat" und den lohnabhängigen "Mittelklassen" durch Rationalisierung und Taylorisierung der Büro- und Verwaltungstätigkeiten, die zahlenmäßige Abnahme des Industrieproletariats zugunsten der Beamten und Angestellten im Staats-, Verwaltungs- und Dienstleistungssektor, beschleunigte Prozesse von Qualifikation und Dequalifikation, Arbeitsimmigration und schließlich die Spaltung der Gesellschaft in einen "Leistungskern" und ausgegrenzte Zonen der Peripherie, all das bewirkt soziale Differenzierungsprozesse, deren Grenzlinien zwar fließend sind, die aber jedenfalls vielfach quer liegen zu den "politökonomisch" definierten Klassenlinien. Zugleich produziert der "fordistische" Reproduktionszusammenhang aber auch Schäden, die sich nicht eindeutig "klassenspezifisch" auswirken. Die Zerstörung der Natur und die Verödung der Städte sind nur Beispiele dafür. Die Ausdehnung des Warenangebots kann über seinen beschränkten Nutzeffekt immer weniger hinwegtäuschen, führt aber bei fortwährender Intensivierung der Arbeit zu erhöhtem Arbeitskraftverschleiß – ein



destruktiver Zirkel, der nicht nur beim Industrieproletariat wird. Wachsender Streß, soziale Beziehungslosigkeit und der Ersatzcharakter des kommerziellen Waren- und Dienstleistungsangebots lassen deutlich werden, in welchem Maße diese Gesellschaft Armut **durch** Warenfülle erzeugt (Gorz).

Und schließlich bringt die Durchstaatlichung der Gesellschaft eine immer wichtiger werdende Verschiebung der Konfliktebene: durch staatliche Vereinnahmung regulierungsbedürftiger Bereiche, durch Verstärkung der repressiv-normalisierenden Einpassung in Arbeits- und Konsumverhalten, ausgrenzende Überwachung sich nicht anpassen wollender Individuen und Gruppen, ergibt sich eine Tendenz zur administrativen "Verwaltung", Manipulation und Verschiebung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen. So z.B., wenn Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungsprozesse staatlich subventioniert werden und zugleich deren Opfer (Arbeitslose, Verschlissene, Ausgeflippte) zu Objekten staatlicher "Fürsorge" und Überwachung werden. Durch repressive Regulierung und gezielte Subventionierung verhindert der Staat das Entstehen geballter sozialer Konfliktfronten (deutlich etwa bei der Handhabung des "Arbeitslosenproblems"). Die dadurch ausufernde Bürokratie verstrickt sich damit aber zugleich in eine Vielzahl von Kleinkriegen. Dies alles ist eine wesentliche Ursache für wachsende antibürokratische Ressentiments und eine grassierende "Staatsverdrossenheit".

Der Prozeß der "objektiven" Dezentralisierung und Aufspaltung der gesellschaftlichen Konflikte wird begleitet von einigen für den "fordistischen" Reproduktionszusammenhang kennzeichnenden subjektiven Prägungen und Deformationen: Geschichtslosigkeit, der Zerfall überkommener Werte, Zerstörung autonomer Fähigkeiten, weil immer mehr Lebensäußerungen in die Abhängigkeit von kapitalistisch produzierten Waren- und Dienstleistungsangeboten geraten u.v.a.m. Die warenförmige Ausbeutung von Triebregungen und Wünschen kennzeichnet einen für den fordistischen "Konsumerismus" typischen "psychologischen Kolonisationsprozeß", der Triebstrukturen freilich nicht nur kapitalistisch vereinnahmt (z.B. über Konsumwerbung), sondern damit zugleich immer auch mobilisiert und freilegt. Gesellschaftliche Wert- und Verhaltensmuster werden über Werbekampagnen, Verpackungen und kommerzielle Dienstleistungen transportiert und unterliegen damit zugleich den Bedingungen der Verschleißproduktion, sind instabil, uneinheitlich und fließend. In ihrem warenvermittelten Reproduktionszusammenhang erzeugt die kapitalistische Gesellschaft fortwährend Bedürfnisse und Möglichkeiten, die nur in Warenform, d.h. verzerrt und "kompensatorisch" befriedigt und eingelöst werden können und damit neue Bedürfnisse nach sich ziehen (z.B. den Verkehr, der Natur und Städte zerstört und damit Bedürfnis nach immer mehr Verkehr schafft). Dieser "Konsumerismus" ist aber kein eindimensionaler Prozeß: Er erzeugt immer auch Widerstände, Nichtanpassung, Verweigerung, subjektive Potentiale von Rebellion, die jedoch nicht eindeutig "soziologisch" verortbar sind, sondern fluktieren und zunächst instabil bleiben. Diese widersprüchliche Bedeutung von Subjektivität ist in einem auf fortwährende Intensivierung der relativen Mehrwertproduktion gestützten Verwertungszusammenhang struktu-

rell angelegt: es ist das Kapital selbst, das für Produktion und Konsum gleichermaßen in wie auch immer verzerrter Weise Subjektivität, Fähigkeiten, Bedürfnisse entwickeln muß, die immer auch "Überschießendes", nicht in den fordistischen Zirkel Integrierbares enthalten.

'Offensive Margiualität'

Ein zentraler Widerspruch dieser Gesellschaft scheint darin zu bestehen, daß sie zwar durch wachsende physische und psychische Zerstörungen gekennzeichnet ist, aber zugleich auch infolge ihrer immer spürbarer werdenen Blokkierungen, der offenen Fragwürdigkeit des von ihr produzierten "Fortschritts", ihren Zirkeln der Verschleißproduktion sowie der offenkundigen Fehlleitung von Reichtum und menschlichen Möglichkeiten auch immer mehr Widerstand und Protest hervortreibt, Widerstand und Protest allerdings, der punktuell und vielgestaltig, von unterschiedlichen Motivationen und Interessen getragen, jedenfalls kaum "objektiv" vereinheitlicht ist.

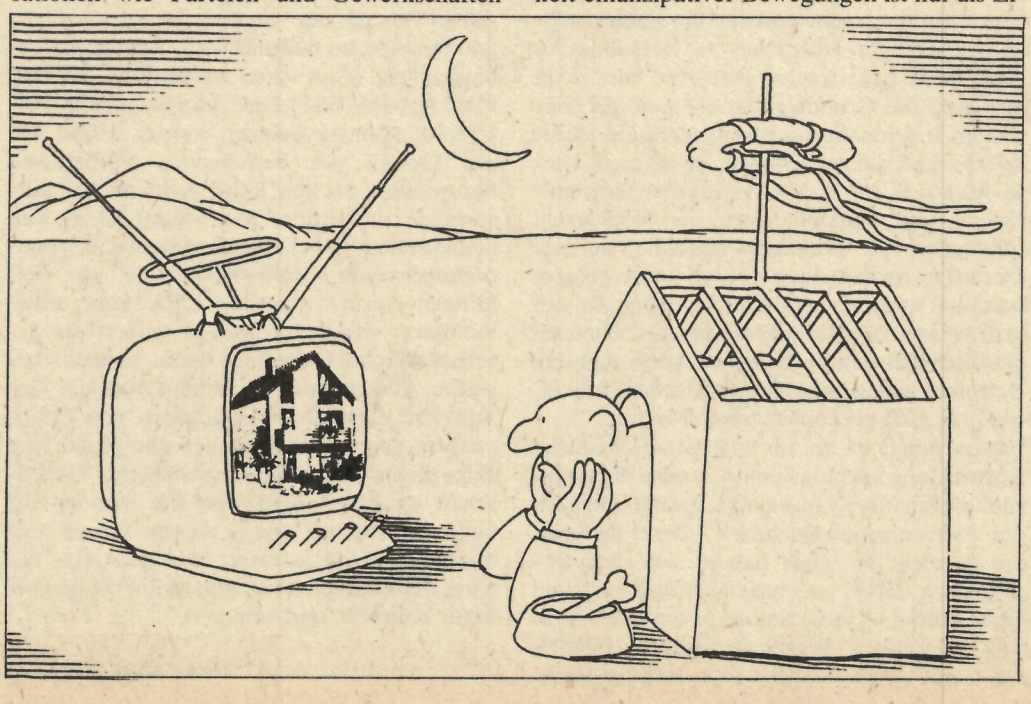
Es sind als die Prozesse der Spaltung und Ausgrenzung, der Zerstörung von Naturgrundlagen, der erzwungenen Mobilität, die Auflösung sozialer Zusammenhänge, die in Warenform gepreßten Bedürfnisse und Beziehungen, ein immer umfassenderes staatliches Krisen- und Konfliktmanagement, die Untergrabung von Wertmustern und die Beseitigung historischen Bewußtseins, die eine zentrale Ursache für die Zerfaserung der gesellschaftlichen Konflikte, für die Dezentralisierung und Segmentierung von sozialen Bewegungen sind. Offenbar führt halt die kapitalistische Entwicklung **nicht**, wie eine plumpe Marxismus-Tradition angenommen hatte, zur Herausbildung einer kompakten revolutionären Klasse mit klarer gesamtgesellschaftlicher Perspektive. Vielmehr häufen sich problem- und bereichsbezogene Konflikte und Bewegungen. Während die kapitalistische Gesellschaft auf ihren inneren Desintegrationsprozeß mit fortschreitender Zentralisierung reagieren muß (Monopolisierung, Durchstaatlichung), entspricht dem keineswegs die Herausbildung eines einheitlich handelnden, im "Grundwiderspruch" verankerten Klassensubjekts.

Von dem allgemeinen Durchstaatlichungsprozeß sind auch traditionelle Interessenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften nicht verschont geblieben. Ihre Bürokratisierung und Etatisierung schwächt die Integrations- und Legitimationskraft des etablierten Systems von Massenintegration und bildet so mit eine Ursache für die Entstehung außerinstitutioneller Formen unmittelbarer Interessenwahrnehmung in Bürgerinitiativen, spontanen Protest- und Streikbewegungen. Ihre "dezentrale", oft punktuelle und fluktuierende Erscheinungsform korrespondiert mit der auffälligen Verbreitung von politischer Apathie und diffusem Unbehagen, verbunden mit einer recht tiefgreifenden Krise der Ideologie. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß gerade in den entwickeltsten kapitalistischen Metropolen wichtige soziale Bewegungen und Kämpfe nicht (mehr) vom industriellen Proletariat als Klasse ausgehen, sondern dieses eher am Rande berühren und beeinflussen.

Jedenfalls müssen wir davon ausgehen, daß die Herausbildung sozialrevolutionärer Bewegungen und Prozesse heute weniger denn je einer "objektiven Logik" ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen zugeschrieben werden kann. Von ihrer Eigendynamik her führt die kapitalistische Gesellschaft eher in die Barbarei denn in den Sozialismus. Der Zusammenhang von Basis und Überbau, von ökonomisch-gesellschaftlicher Struktur und Bewußtsein ist komplizierter, offener und damit "politischer", als viele Marxisten geglaubt haben. Der strukturelle Ansatzpunkt für weitertreibende Bewegungen liegt in den Widersprüchen, daß die Gewalt des fordistischen Reproduktionszusammenhangs sowohl soziale Zusammenhänge fortwährend zerschlägt, Klassenlagen sowohl aufsplittert und einebnet, die Individuen zurechtstutzt und normalisierend einpaßt und **zugleich** subjektive Überhänge und Wünsche, vielfältige Orte der Rebellion, das Bewußtsein von Enteignung und Entfremdung, Sensibilität für das schreiende Mißverhältnis zwischen gesellschaftlichen Möglichkeiten und gesellschaftlicher Wirklichkeit hervortreiben **muß.** Nur geschieht dies eben punktuell und disparat, folgt keiner objektiven Logik, hat eine vielfach gebrochene und verzerrte Form, manifestiert sich nicht naturwüchsig in einem vordefinierten "revolutionären Subjekt".

Die Entstehung und verändernde Wirksamkeit emanzipativer Bewegungen ist nur als Ergebnis komplexer Lernprozesse zu denken, bei denen unterschiedliche Erfahrungen, Lagen und Bedürfnisse miteinander konfrontiert werden, Sensibilität für individuelle und gesellschaftliche Möglichkeiten, Phantasie für neue Formen des Arbeitens und Zusammenlebens erst noch entwickelt wird. Ihr Konstitutionsprozeß ist nicht nahtlos aus objektiven gesellschaftlichen Strukturveränderungen "abzuleiten", ist auch keine Frage von Agitation und Aufklärung, sondern bleibt das Produkt bewußten gesellschaftlichen Handelns im unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereich, kritischer Konfrontation und Reflexion von Erfahrungen, praktischer Politik im Alltag. **Daß** daraus eine gesellschaftsverändernde Kraft werden kann, ist dem fordistischen Reproduktionszusammenhang selbst geschuldet: weil er die Normalisierungs- und Einpassungszwänge fortwährend steigern muß, die Kluft zwischen Leistungszwang und realer Bedürfnisbefriedigung trotz wachsender Warenfülle immer weiter aufreißt, Lebenszusammenhänge zerschlägt und den Zirkel von Vernichtung **durch** Produktion ins Aberwitzige vorantreibt, muß er auch das Bedürfnis nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen verallgemeinern.

"Offensive Marginalität", das bewußte Heraustreten aus den Einpassungs- und Normalisierungszwängen der fordistischen "Leistungsgesellschaft" ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Sie erst ermöglicht es, alternative Formen des Arbeitens und Lebens zu entwikkeln, Wünsche und Bedürfnisse zu formulieren, sich konkret und praktisch mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen aus-



alternative

124 **INDULA oder ‹Die Zeiten werden härter›**

Neuere deutsche Sprachstrategien: Ein einig Volk . . . Zur Erklärung des Bundeskanzlers anläßlich der Schleyer-Entführung — Buback-Nachruf/Prozesse: Eskalation staatlicher Ermächtigung — Polizeirealismus: Praxis und Theorie einer neuen Sprache — Wenn Richter sich auf Linguistik und Kommunikationstheorie berufen.

125 **Pasolini:**
126 **Genosse Nichtgenosse**

Peter Kammerer: Der Traum vom Volk — Pasolini und die Klassengewalt in den römischen Vorstädten — Pasolini: Friaulische Gedichte / Römische Gedichte / «Die KPI an die Jugend!» (1968) — Pasolini aus der KPI ausgeschlossen / Chronik einer Verfolgung — Thomas Schmid: Pasolini kein Dissident.

127 **Der Wunsch nach Nähe**
128 **Neue Studenten. Neues Lernen?**

Leben in der Universität: Erziehung zur Distanz — Die Angst des Schweigers vor der Rede. Abhilfe: Erkenntnisse selber durchlebt. 3 Beispiele — Die ‹lost generation› an der Universität — Programmatische Sinnlichkeit und Erfahrung als Konstruktion von Nahwelten, die es nicht mehr gibt.

130 **Italienisches**
131 **post-politico**

Nachdenken über anti-institutionelle Kultur — Zwei Generationen der Militanz: Opposition gegen die '68er Opposition — Doppelaspekt der Marginalisierung — Antikapitalistische Kämpfe und Ideologie des ‹clean›. Von Radio Alice zu John Travolta — Die Kämpfe der Marginalisierten und die Antwort des Kapitals: ‹Verstreuung› der großen Fabrik.

Einzelnummer 6.— DM
Doppelnummer 8.— DM:
über jede Buchhandlung.
Jahresabonnement 25.— DM;
nur über den Alternative Verlag
1000 Berlin 15, Postfach 15 02 30

einanderzusetzen, gemeinsame Interessenlagen und Zielvorstellungen zu erkennen. Dies macht die Bedeutung aus, die Ökologie-, Alternativ- und Frauenbewegung bei all ihren – notwendigen – Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen heute haben. Daß diese "Bewegungen" in der BRD objektiv marginal sind und bisher z.B. im Bereich der Industriearbeiter kaum Fuß fassen konnten, ist nicht zuletzt der industriell (durch Parteien und Gewerkschaften) und ökonomisch (durch den westdeutschen Imperialismus) extrem stabil gehaltenen korporativistischen Struktur der Gesellschaft zuzuschreiben. Wegen der Stabilität des korporativistischen Blocks sind es eher in mehrfacher Hinsicht "privilegierte" Individuen und Gruppen (z.B. Jugendliche/Studenten und akademische Sozialisationsberufe), die diese Bewegungen vor allem tragen. Sie haben am ehesten die Fähigkeit und Möglichkeit, gesellschaftliche Sensibilität zu entwickeln, "auszusteigen", objektive Marginalisierungsprozesse offensiv und produktiv zu wenden.

Dies darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sehr viel weiter greift, daß die "bürgerlichen" Werte von Arbeit, Fleiß, Leistung und Ordnung allgemein instabiler geworden sind, der konsumeristische Zirkel (immer mehr arbeiten um immer mehr immer weniger Nützliches zu konsumieren) nicht mehr ganz fraglos akzeptiert wird. Daß dies auch die Grundlage für einen neuen politischen Irrationalismus und reaktionäre Mobilisierbarkeit darstellen kann, ist bekannt. Umso wichtiger ist es, daß veränderte Werthaltungen und Vorstellungen von veränderten Lebensformen **praktisch** gemacht werden. Derartige Bewegungen werden umso weniger marginal und minoritär bleiben, wenn sie sich kritisch und selbstkritisch mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen konfrontieren, Beispiele geben, gesellschaftliche Möglichkeiten praktisch erkennbar werden lassen.

Davon hängt es ab, ob eine gesellschaftliche Entwicklung in Gang kommt, welche die Grenzen "alternativer" Inseln überspringt und auch die "schweigende Mehrheit" derer berührt, die es nicht so leicht haben, sich dem fordistischen Zirkel zu entziehen. Erst aufgrund einer solchen Entwicklung, in der allmählich und massenhaft Wertvorstellungen, Bedürfnisse und Lebensweisen sich ändern, ist so etwas wie das Entstehen einer "neuen" revolutionären Bewegung überhaupt denkbar. Dies ist sicher ein langwieriger und komplizierter Prozeß, der von vielerlei Rückschlägen und Sackgassen bedroht wird. Aber er ist unumgänglich, wenn schon bestehende "alternative" Arbeits- und Lebensformen oder die Ansätze dazu davor bewahrt werden sollen, von der Gewalt der bestehenden Verhältnisse unterlaufen, an den Rand gedrückt und zerschlagen zu werden. Was wichtig ist, ist also nicht intellektueller Avantgardismus, abstraktorganisierende "Vereinheitlichung" der vielfältigen Ansätze oder die Entwicklung revolutionärer Strategien, denen vorerst die gesellschaftliche Grundlage fehlt, sondern bewußte Alltagspraxis an vielen Orten der Gesellschaft, kritisches Aufarbeiten von Erfahrungen, gegenseitiges Lernen und praktisches Experiment. Wie eine "sozialistische" Gesellschaft aussehen wird und wie man zu ihr kommt, wird sich erst in diesem Prozeß herausstellen. Und je klarer und konkreter das wird, desto mehr werden davon überzeugt sein, dafür eintreten und kämpfen.

JOACHIM HIRSCH

Kommunikationen

Die Städte sind unbewohnbar, die Neubauviertel menschenfeindlich. Davon war viel die Rede. Aber inzwischen haben die Bewohner begonnen, eine eigene Kultur, neues Leben in den „Wohnsilos" aufzubauen. Mit Volksfesten und Selbsthilfegruppen, in den Institutionen sozialer Arbeit und auf dem Marktplatz, in Bürgerhäusern und Kommunikationszentren.

Sozialarbeiter und Pädagogen müssen sich auf diese Kommunikationen und neuen Verständigungen einlassen. Nur dann können sie verändern helfen, ohne zu belehren. Es gibt hier Positionen zu besetzen und festzuhalten (und das heißt immer auch „Posten", Arbeitsplätze).
SOZIALMAGAZIN macht dazu realistische Vorschläge, nennt Beispiele, stellt gelungene Projekte vor – Berichte, die wir mit Sozialpädagogen und Kulturarbeitern und Bewohnern gemeinsam erarbeiten.
Jugendliche und Kinder wollen nicht mehr fleißig und ausdauernd für „Ziele" kämpfen. Das nehmen (linke und rechte) Pädagogen sehr übel. Dafür finden sie keine Worte: Für die Kommunikationen in Jugendhäusern, für die oft nicht-sprachlichen Verständigungen beispielsweise auf Pop-Festivals für den kampflosen Widerstand in Schulen, Heimen und Arbeitsämtern. Höchstens Stigmata: „narzißtisch, konsumhörig, flipper".
Wir glauben, daß dieser Umgang mit einer neuen Generation in verständnisloser Resignation ausläuft.
Wir versuchen zu zeigen, daß es auch eine realitätsfähige Form von Sich-Wehren sein kann, in Erziehungsinstitutionen „die Klappe zu halten".
Wir behaupten, daß in Discos und Kinos und Motorradclubs neue Selbst-Bilder und Tagträume entstehen, daß dieser Konsum auch Schöpfung neuer Sinne und Kommunikationen ist. Das passiert täglich, vor unseren Augen, vor den Augen der ratlosen Pädagogen.
Wir erarbeiten mit Jugendlichen Hinweise auf diese neuen Prozesse, wir versuchen, ihnen eine Sprache zu leihen, die auch Pädagogen verständlich ist.

Das sind zwei Beispiele dafür, was wir unter Arbeitshilfe, Praxishilfe verstehen: Begreifen, das die Resignation ersetzt. Vorschläge für ein Berufsverständnis von Sozialarbeitern und Pädagogen, das die Herrschaftsstruktur pädagogischer Hilfe unterläuft, aber im professionellen Alltag lebbar bleibt.

Unsere Themen sind:

Die Angst der Helfer
Über Omnipotenz und Ohnmacht in sozialen Institutionen.

Gestaltarbeit und Pädagogik
Neue Ansätze in Beratung und Ausbildung.

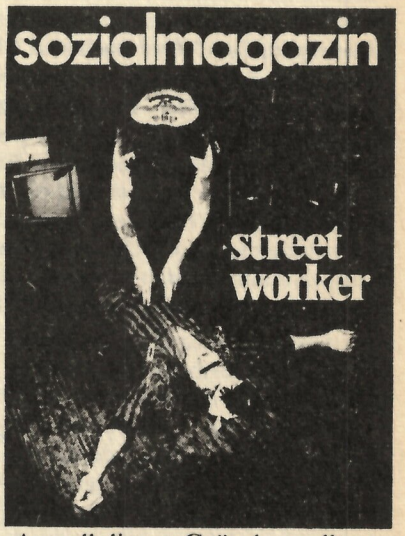
Anthroposophische Erziehung
Neue und hilfreiche Erfahrungen in Heilpädagogik und Berufsausbildung – das Leben ein Fest.

Beziehungsarbeit
Über die täglichen Lügen in der sozialen Praxis.

Erzieher-Gefühle
Die Unterdrückung eigener Gedanken und Gefühle macht manchmal stumm.

Der Rest der Fähigkeit, zu lieben
Über Nähe und Distanz zwischen Pädagogen/Psychologen und der Klientel: eine Balance, die gelernt werden muß.

Wir machen für eine neue Pädagogik eine in Inhalt und Form ungewöhnliche Zeitschrift – wir verstehen uns als Teil neuer Kommunikationen, auf die eine herrschaftsfreie Pädagogik setzen könnte.



Aus all diesen Gründen sollten Sie das SOZIALMAGAZIN kennen. Unser Probeabonnement erleichtert Ihnen die Entscheidung. Wenn Sie uns den Testcoupon ausgefüllt zurücksenden, erhalten sie das SOZIALMAGAZIN zunächst 4 Monate lang zum Vorzugspreis von DM 10,– (inkl. Porto).
Wenn es Ihnen nicht gefällt, schreiben Sie nach Auslieferung des dritten Heftes. Die Lieferung wird dann automatisch eingestellt. Wollen Sie es weiterbeziehen, brauchen Sie nichts zu tun. Nach Ablauf des Probeabos liefern wir das SOZIALMAGAZIN zum günstigen Jahresbezugspreis von DM 40,– (plus Versandkosten) weiter.

Testcoupon ausfüllen und einsenden an: SOZIALMAGAZIN, Beltz-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Testcoupon

Ja, ich möchte das SOZIALMAGAZIN kennenlernen. Schicken Sie mir zunächst das Probeabonnement (4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,– inkl. Porto. Nach dem dritten Heft entscheide ich mich, ob ich das SOZIALMAGAZIN auch weiterhin beziehen möchte.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

1135

BÜRGERINITIATIVEN

"Wenn die Leute ihre Alltäglichkeit nicht mehr leben können, dann beginnt eine Revolution"

Die politische Provokation der Bürgerinitiativen

Das Titel-Zitat stammt von Henri Lefèbvre, dessen – leider bei uns wenig gelesene – Beiträge zum "modernen" Alltagsleben viele der in den "neuen sozialen Bewegungen" wirksamen Protestmotive und Phantasien aufschlüsseln können. Den Begriff "Revolution" in den Zusammenhang von Bürgerinitiativen zu stellen, erscheint verwegen. Sind sie politisch nicht viel zu harmlos und biedermännisch? Und doch sind Bürgerinitiativen eine sich ausbreitende Form von Widerstand gegen die Angriffe von Staat und Kapital auf das Alltagsleben der Menschen. Die Alltäglichkeit ist zu einer prekären, krisenanfälligen Ebene geworden. Die "Balancearbeit" zwischen den Anforderungen aus der Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit einerseits und den Kompensationsversuchen in sozialen Beziehungen ist heute anspruchsvoller und schwieriger. Die Gegenwehr ist jedoch nicht nur defensiv auf die Erhaltung des Bestehenden ausgerichtet. In ihr werden auch Hoffnungen auf veränderte soziale Strukturen, auf ein anderes Leben freigesetzt. Lefèbvres "Die Revolution ist auch nicht mehr, was sie mal war", geäußert im Gespräch mit einer jungen französischen Kommunisten vor der Niederlage der "Volksfront", ist nicht resignativ gemeint, sondern fordert uns dazu auf, traditionelle Revolutionsvorstellungen abzuschminken.

Es fing alles ganz harmlos an. Im Windschatten der Protestbewegung löckten auch brave Bürger gegen den Stachel. Staatliche Maßnahmen wurden nicht mehr einfach hingenommen, institutionelle Veränderungen gefordert ("Verändert die Schule jetzt!" u.v.a.m.) und maßvolle bis radikale Selbsthilfe (Hausbesetzungen) praktiziert. Als Auswirkungen einer "Säkularisierung" der überwiegend studentischen Protestbewegung schienen Bürgerinitiativen politisch zunächst als deren Kontrapunkt. Als "rationale Gegenpole" zur Radikalität der Studentenbewegung begrüßten die Parteien der ersten sozialliberalen Koalitionsregierung die neue "reformerische Massenbasis" außerhalb des dahinsiechenden Parteilebens. "Doppelstrategie" und "Vertrauensarbeit" sollten den Dampf der Basisaktiven in die energiearmen Kanäle institutioneller Reformpolitik leiten, sie beleben und vorantreiben. In der kurzen Episode des Versprechens, "mehr Demokratie zu wagen", wurden die Aktivbürger prämiert, ihr Widerstand als Signal für reformbedürftige gesellschaftliche Zonen gesehen und weitgehend toleriert. Diese Zeiten sind lange vorbei.

Entgegen aller Unkenrufe, die ihr Gedeihen an jenes Reformklima gebunden sahen, hat sich die Zahl der Bürgerinitiativen auch unter den Bedingungen des "Modell Deutschland" enorm vergrößert. Die Schneisen in den die Geschichte der Bundesrepublik nachhaltig prägenden "staatsbürgerlichen Privatismus" sind wesentlich breiter geworden. Es ist heute strittig, ob es mehr Aktive in den Bundestagsparteien oder in Bürgerinitiativen gibt. In der Wertschätzung der Bevölkerung rangiert die neue Form politischer Praxis in vielen Bereichen weit vor den politischen Parteien. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger erklärt in Umfragen, bei gegebenem Anlaß in einer Bürgerinitiative mitzumachen – dreimal mehr, als zu einem Parteieintritt bereit sind. Wenn heute von politischem Protestpotential die Rede ist, rangieren Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung an erster Stelle; die Ansätze der Linken erscheinen demgegenüber minoritär.

Im Gestrüpp der Einschätzungen

Der offensichtliche empirische Erfolg des "Konzepts" Bürgerinitiative gibt allerdings keine Antwort auf die Fragen nach der politischen Brisanz und den Entwicklungsperspektiven. In den politischen Lagern herrscht großes Durcheinander. Alt- und Neukonservative sind begeistert über die Renaissance traditioneller Wertvorstellungen. Alltag, Natur, Nähe, Nachbarschaft der poli-

Nähe, Nachbarschaft, Heimat, Gemeinschaft, Technikkritik und Selbsthilfe sind die angestammten Themen einer konservativen Kapitalismuskritik, die durch die Bürgeraktionen zu einer neuen Blüte gelangten. Reaktionäre Strömungen lassen sich jedoch weniger für einzelne Bürgerinitiativen nachweisen, sichtbar werden sie in einzelnen Umweltschutz-Dachverbänden (Weltbund zum Schutze des Lebens) und in verschiedenen politischen Formierungsansätzen bei den Grünen. Ohne die Erfolge der Bürgerinitiativen könnten sie jedoch nicht existieren. Es fällt leicht, die braunen Tupfer auf dem grünen Gewand auszumachen. In Niedersachsen konnte die Grüne Liste Umweltschutz in ehemaligen NPD-Hochburgen besonders gut abschneiden, in Rheinland-Pfalz haben junge Nazis starken Einfluß im Landesverband der "Grünen".

Das herrschende Zweieinhalbparteien-Kartell hat längst seine Krallen ausgefahren, auch wenn es sich gelegentlich sanftpfötig gibt. Während der rechte Flügel von Landplage, Initiativen-Kriminalität, Begehrlichkeit, Anspruchsinflation redet und in grellen Farben die drohende "Unregierbarkeit" an die Wand malt, wenn dem Treiben der Bürgerinitiativen nicht entschlossen Einhalt geboten wird, versucht auch der linke Flügel die politischen Leistungen der Parteien und der Repräsentativstrukturen als politische Ordnungsvorstellungen mit der Weihe der Unantastbarkeit zu versehen (So jüngst Wolfgang Roth, früherer Juso-Vorsitzender, in seiner ZEIT-Replik auf Claus Offe). Sicher, gegen Bürgerinitiativen hat man eigentlich nichts, wenn sie die eingespielten Entscheidungsstrukturen nicht infrage stellen, sich im Vorfeld der Politik als verständige Gesprächspartner bescheiden, nicht auf der Durchsetzung ihrer Interessen bestehen – also in Forderungen und Aktionsformen harmlos und kooperativ bleiben. Nach anfänglicher Verunsicherung und diversen Integrationsbemühungen hat die etablierte politische Kultur dichtgemacht. Am Schicksal der Diskussionen um die Erweiterung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich (Verbandsklage, Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen, Stärkung der kommunalen Ebene etc.) läßt sich unschwer ablesen, daß im "Modell Deutschland" an eine politische Integration der Bürgerinitiativen nicht mehr zu denken ist. Staatliche Sparpolitik, die "Investitionsstau"-Parole und die Gegenmobilisierung von Teilen der Gewerkschaften sind dafür weitere Indikatoren. Wenn repressive Kontrolle und politische Eindämmung als aktueller Generalnenner sozialliberalen Umgangs mit Bürgerinitiativen gelten können, so verkünden die Unionsparteien Schlimmeres: den Basisaktivitäten wird prinzipiell jede politische Legitimität abgesprochen, wo sie ins tendenziell allumfassende Gehege staatlicher Politik geraten. "Auch eine sogenannte Selbst-

hilfegruppe kann zwar die öffentliche Hand entlasten, sie schmälert jedoch, wenn dies nicht für bestimmte Bereiche politisch ausdrücklich gewollt ist, das Vertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Kommune", heißt es in einer CDU-Handreichung für Kommunalpolitiker. Diesen Strategien liegt die Vorstellung zugrunde, daß der Herausforderung der Bürgerinitiativen durch ein besseres Parteimanagement, durch eine Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der bestehenden massenintegrativen Apparate (Parteien, Verbände, Verwaltungen etc.) begegnet werden kann, sie eigentlich da überflüssig sind, wo sie mehr als die Belebung verlorener Nachbarschaft und die Befriedigung individueller Nähewünsche anstreben.

Jene vorpolitische, letztlich staatstragende Bürgerkultur, das Reservat, in das die Bürgerinitiativen abgedrängt werden sollen, war auch das erste Bild, das sich ein Großteil der westdeutschen Linken von den neuen Akteuren machte. Mit der "proletarischen Wende" kamen klassentheoretische Verdikte hinzu: kleinbürgerliche Bourgeois-Initiativen, allenfalls tauglich als Stütze von Reformillusionen. Die schlichte Tautologie "Bürgerinitiativen sind Bürger-Initiativen" genügte weitgehend für den politischen Alltag. Interessant wurden sie erst, wo sie zu regelverletzenden Aktionen griffen und mit der Staatsgewalt in Konflikt gerieten. Zu "Volkskämpfen" stilisiert, wo weder Klassenbasis noch die konkreten Inhalte, sondern einzig die Gegnerschaft zum bürgerlichen Staat zählte, wurden Bürgerinitiativen zeitweise zum Objekt von selbsternannten Avantgarden. Jedoch jene Gruppierungen, die auszogen, das "Volk" zu führen, wurden gerade durch die Konfrontation mit der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung in ihrem politischen Selbstverständnis so nachhaltig erschüttert, daß auch ihre organisatorischen Gerippe ins Wanken gerieten oder zerfielen.

Bürgerinitiativen als "neue soziale Bewegung"

In den Diskussionen der Linken deutet sich gegenwärtig ein Konsens darüber an, daß es sich bei Bürgerinitiativen, Ökologiebewegunge, Alternativprojekten und der neueren Frauenbewegung um neue und eigenständige soziale und politische Strömungen handelt, die zwar teilweise auf eine lange Vorgeschichte und Tradition zurückblicken können, unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen aber ein ungeahntes, lebendiges Konfliktpotential jenseits des institutionalisierten Klassenkampfs entfalten. Die traditionellen Revolutionskonzepte scheinen nachhaltig erschüttert, die Hoffnung auf progressive sozialrevolutionäre Entwicklungen nährt sich – wo sie noch aufkeimt – weitgehend an der experimentellen Vielfalt der "neuen sozialen Bewegungen". Doch dieser Konsens ist mehr als trügerisch. Wir sind sowohl theoretisch wie praktisch-politisch in einer unsicheren und offenen Situation, wo wir uns vor allem vor einem kurzschlüssigen "Jetzt wählen wir die Sicherheit" hüten sollten. Dazu einige Anmerkungen:

Schon der Begriff "neue soziale Bewegungen" ist Ausdruck arger Verlegenheit. "Soziale Bewegung" erinnert vor allem an die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung, die sich gegen und mit der kapitalistischen Produktionsweise und der neuen Gesellschaftsformation entwickelte und, aus einer Vielfalt von organisatorischen und politischen Ansätzen schließlich ökonomische und politische Großorganisationen in Form von Massenparteien und Gewerkschaften hervorbrachte. Meint der Zusatz "neu" eigentlich, daß wir Beteiligte und Zeugen eines ähnlichen historischen Konstitutionsprozesses einer breiten sozialrevolutionären Bewegung sind, die dabei ist, ihre eigenen Institutionen ("parlamentarischer Arm"), ihre eigene "Ideologie" ("grün") und entsprechende Symbole, Lebensentwürfe und alternativen Modelle hervorzubringen – analog des historischen Vorbilds? Proletariat adieu, es lebe das neue "Proletariat"?

Oder ist das "Neue" dieser Bewegungen radikaler zu fassen? So hat z.B. Joachim Hirsch in seinem Beitrag für diese Ausgabe darauf hingewiesen, daß wir es wohl mit einem sehr tiefgreifenden Formwandel in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu tun haben ("Sicherheitsstaat", Krise des "Neofordismus"), der nachhaltigen Einfluß auf die ent-

Rotbuch

Kl. Jarchow/N. Klugmann
Heumarkt
Versuche anderen Lebens zwischen Stadt und Land
Rotbuch 221 · 144 Seiten · 9 Mark (Abo 8)

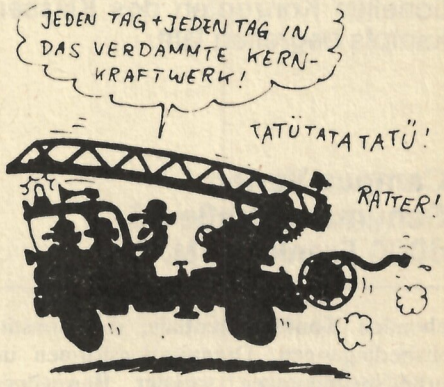
Thomas Borchert (Hg.)
Belegschaft sucht Käufer
Ein Konkurs und was man dagegen tun kann
Rotbuch 223 · 144 Seiten · 9 Mark (Abo 8)

Ernest Callenbach
Ökotopia
Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999
Rotbuch 200 · 224 Seiten · 12 Mark

Jean Carpentier
Aufwiegelung zur Gesundheit
Aufzeichnungen eines französischen Kassenarztes
Rotbuch 217 · 160 Seiten · 9 Mark (Abo 8)

Hellmuth Schehl
Vor uns die Sintflut?
Ökologie, Marxismus und die herrschende Zukunftsgläubigkeit
Rotbuch 167 · 96 Seiten · 6 Mark (Abo 5)

David Cooper
Die Sprache der Verrücktheit
Erkundungen ins Hinterland der Revolution
Rotbuch 193 · 176 Seiten · 12 Mark (Abo 11)

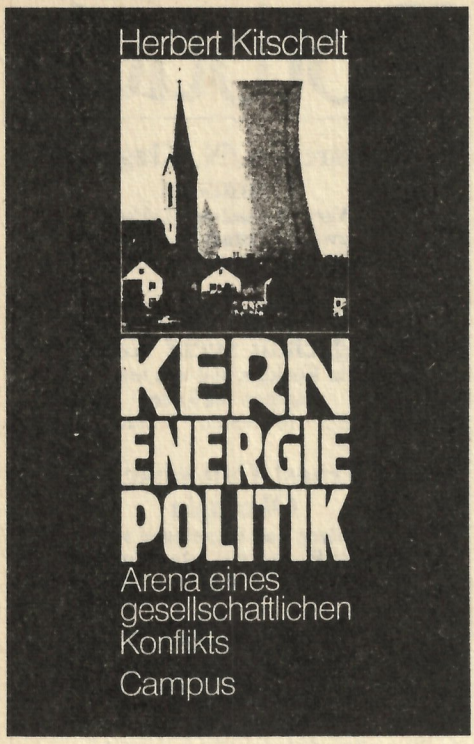


Kursbuch 33:
Ökologie und Politik
oder Die Zukunft der Industrialisierung
192 Seiten · 7 Mark (Abo 5)

Prokla 34:
Ökologie und Marxismus
160 Seiten · 9 Mark (Abo 8)

Prokla 39:
Technologie, Ökologie und Arbeiterbewegung
192 Seiten · 9 Mark (Abo 8)
ersch. Juni 80

Über die anderen Titel unseres Programms steht einiges in unserem kostenlosen Almanach »Das kleine Rotbuch«.
Postkarte genügt:
Rotbuch Verlag · Potsdamer Str. 98 · 1 Berlin 30



Herbert Kitschelt
Kernenergiepolitik
Arena eines gesellschaftlichen Konflikts
Vorwort von Claus Offe
1980. 388 S., DM 34,–

Diese erste gesellschaftspolitische Analyse sowohl der „offiziellen" Atom-Politik als auch der Antikernkraftbewegung ist wegweisend für die Erforschung eines Politikbereichs, der sich nicht mehr mit traditionellen Konzepten des Klassenkampfs begreifen läßt.

Campus Verlag
Schumannstraße 65
6000 Frankfurt/M.

Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen
Buro · Hirsch
Kitschelt · Narr
Negt · Offe
Roth u.a.
Campus

Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen
herausgegeben von Roland Roth, mit Beiträgen von Andreas Buro, Carlo Donolo, André Gorz, Joachim Hirsch, Herbert Kitschelt, Brice Lalonde, Claus Leggewie, Margit Mayer, Lutz Mez, Wolf Dieter Narr, Oskar Negt, Claus Offe, Birger Ollrogge und Roland Roth.
1980. 232 S., DM 15,–.

Denkanstöße für die politische Diskussion.
Die Linke und die Wahlen – Schmidt oder Strauß: gehupft wie gesprungen? – Ökologiebewegung und ihr parlamentarischer Arm – Bürgerinitiativen und/oder Parteien – Alternativbewegung als politische Alternative – Auf der Suche nach neuen Politikformen.

stehenden Konfliktpotentiale, die Konstitutionsbedingungen, Organisationsformen und Verlaufsbedingungen sozialer Bewegungen haben muß. Die Heterogenität und Partikularität sozialen Protests, die gerade für die Bürgerinitiativen so charakteristisch ist, erscheint aus der Sicht als gesellschaftlich notwendig und politisch produktiv. Dezentralität, Basisdemokratie, Selbstverwaltung, Kritik an Großtechnologien und bürokratischen Apparaten sind einige gemeinsame Stichpunkte aus dem Bürgerinitiativmilieu. Sie richten sich auch gegen die traditionellen, "vereinheitlichenden" Organisationsformen, die von der Repräsentation von Interessen leben.

Lernprozesse in Bürgerinitiativen stehen offensichtlich quer dazu: sie beziehen sich auf konkrete unmittelbare Interessen, basieren auf Selbstorganisation und gemeinsamen Aktionen, vermitteln zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus und Altersgruppen, bieten Chancen zur praktischen Gesellschaftsanalyse und Selbstaufklärung, bringen Gegenentwürfe und Alternativvorstellungen hervor und erzeugen solidarische Nähe, die auch das Alltagsleben der Beteiligten, Familienverhältnisse und Nachbarschaften positiv verändern können. Ob und wie eine politische und organisatorische Verallgemeinerung der Bürgerinitiativinteressen und die der übrigen "neuen sozialen Bewegungen" möglich ist, ohne auf Organisationsmodelle zurückzugreifen, die sich gegenüber den neuen Formen und Inhalten als kontraproduktiv erweisen müssen, ist eine völlig offene Frage. Gegenüber den Diskussionen um eine "Partei neuen Typs", die auch im Zusammenhang mit der grünen Parteigründung gelegentlich aufkam, ist nicht nur aufgrund der aktuellen Erfahrungen mit diesem Versuch Skepsis geboten. Die vorsichtigen, lockeren und bereichsbezogenen Kooperationsansätze der Bürgerinitiativen deuten darauf hin, daß wir erst am Beginn eines historischen Lernprozesses stehen, in dem sich erst sehr allmählich angemessene politische Formen herausbilden können.

"Die Revolution ist auch nicht mehr, was sie mal war!"

Aus dieser Sicht ist Walter Mossmann zuzustimmen: "Die Bürgerinitiativen sind ein selbständiges Element in unserer politischen Kultur, und ich hätte gern, daß wir sie weiterentwickeln, quer zu sämtlichen Institutionen der politischen Willensbildung, die es gibt. Ohne diesen Widerspruch zu sämtlichen zentralistischen Instanzen, wie Staat, Parteien, Konzerne und wie die Apparate alle heißen, kann ich mir eine künftige Gesellschaft nicht vorstellen, die unsere jetzigen Probleme lösen muß." In dieser Aussage stecken Einschränkungen (Bürgerinitiativen sind **ein** Element) und politisch hoffnungsvolle Verallgemeinerungen (Strukturen einer künftigen Gesellschaft).

In ihrer Wahrnehmung von Alltagsinteressen und -konflikten handeln Bürgerinitiativen in einer gesellschaftlichen Sphäre, die politisch von den verstaatlichten Parteiapparaten verwaist zurückgelassen (Verlust der Parteimilieus, des "Lagers" etc.) und nicht zuletzt dadurch zu einem zentralen Konfliktherd wurde. Die Zangenbewegung von Durchstaatlichung und Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche hat das "Unbehagen an der Modernität" über die Aktiven der Jugend- und Protestbewegung hinaus in weiten Teilen der Bevölkerung verstärkt. Verunsicherung und Funktionsverluste familialer Strukturen, Anonymität und Vereinzelung in Trabantensiedlungen und Vorstädte, Verlust von Sinn und biografischen Perspektiven, ständiger Mobilitäts- und Anpassungszwang, Beeinträchtigungen der gewohnten Lebensbedingungen durch Sanierungen, Verkehrsentwicklung, Umweltzerstörung, Dequalifizierung, Leistungs- und Qualifikationsdruck in Büros und Fabriken haben das Alltagsleben für viele zu einem prekären und bedrohten Gebilde gemacht, das gegen weitere Beeinträchtigungen verteidigt wird. Dem resignativ-anpassungsbereiten "Es muß halt sein" ist in breiteren Teilen der Bevölkerung ein durch den ständigen Modernisierungsdruck erzeugtes, kritik- und aktionsbereites "Muß das sein?" gefolgt.

Die alltägliche Gegenwehr in Bürgerinititiven ist dabei in ihrer Reichweite vielfach blokkiert. Trotz einzelner Erfolge bleiben die grundlegenden ökonomischen und politischen Strukturen zunächst weitgehend unangetastet, zumal Interessenpolitik innerhalb der Institutionen und Betriebe nicht in der Form von Bürgerinitiativen denkbar ist. Aber auch die Konfliktinseln addieren sich nicht von selbst, sondern sind zunächst wechselseitig isoliert und abgeblockt, wie die verschiedenen Sphären des Alltagslebens für den Einzelnen selbst. Verallgemeinerungs- und Politisierungsprozesse müssen jedoch durch dieses Nadelöhr alltäglicher Interessen hindurch. Diese "alltägliche Revolution" hat nicht die Faszination von Barrikadenkämpfen und erscheint oft recht "unpolitisch". Sie ist außerdem durch den Ausbau des Sicherheitsstaats, seiner informativen und repressiven Apparate bedroht. Die Möglichkeit von Bürgerinitiativen zu erhalten, ist deshalb eine notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende Voraussetzung, um sozialistische Perspektiven offen zu halten.

ROLAND ROTH

Den Arbeitsfeldansatz verwirklichen

Wir haben den folgenden Beitrag nach jahrelanger Mitarbeit im Arbeitsfeld Gesundheitswesen und im SB geschrieben, haben dort an den Diskussionen der letzten Jahre teilgenommen und wollen nun versuchen, einige uns wichtig erscheinende Aspekte hier auszuführen. Keineswegs erheben wir den Anspruch, die Gesamtheit der Vorstellungen im AFG hier wiederzugeben. Wir wollen in dieser Sondernummer links zum Großen Ratschlag und für den Gesundheitstag in Berlin neue Ansatzpunkte zur notwendigen Fortführung der Diskussion liefern, aber auch zu der Entwicklung einer breiteren Zusammenarbeit von Gesundheitsarbeitern (gerade auch nach Berlin) beitragen.

"Der ganze Mensch, dessen Eigenschaften, Fähigkeiten, Interessen, Bedürfnisse durch den kapitalistischen Produktions- und Verwertungszusammenhang zerrissen sind, steht am Ende des revolutionären Umwälzungsprozesses, nicht am Anfang."
(Oskar Negt)

Aus dem Blickfeld des AFG halten wir den Arbeitsfeldansatz keineswegs, wie vielfach behauptet, für gescheitert. **Er scheint uns vielmehr noch gar nicht richtig begonnen worden zu sein!**
Im Hinblick auf das AFG sind wir dabei, aus dem Arbeitsfeld eine politische Linie zu entwickeln – **Gesundheit zum politischen Ziel zu machen.**
Insofern sind wir besonders daran interessiert, mit den anderen AFern und dem ganzen SB in einen engeren Kommunikationszusammenhang zu kommen und in diesem Sinne den Berliner Gesundheitstag und den Großen Ratschlag zu nutzen.

Totalität im Spätkapitalismus

Ein wichtiger Bereich unserer Diskussion umfaßte die Einschätzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, wie sie den arbeitenden Individuen gegenübertritt: Der Spätkapitalismus in den Industriestaaten ist gekennzeichnet durch Parzellierung und Atomisierung der Menschen und ihrer Lebenszusammenhänge. Vorweg ein für diese Einschätzung wichtiges Zitat von Oskar Negt (Keine Demokratie ohne Sozialismus, Suhrkamp 76):
"Die hochindustrialisierten kapitalistischen und sozialistischen Länder haben, werden die ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Prozesse gesamtgesellschaftlich in den Vordergrund gerückt (Monopolbildung, Investitionslenkung und Kontrolle der Planerfüllung), eine Tendenz zur Zentralisierung, die, getragen von Klasseninteressen oder von Interessen privilegierter Gruppen und Schichten, fast zwangsläufig bürokratische Strukturen hervortreibt und den Staatsapparat stärkt." ...
Es geht also nicht einfach darum, die Massen an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sie zu informieren und sie zur Mitarbeit zu motivieren. Es geht vielmehr um das zentrale Moment ihrer Selbstbefreiung.
Die kapitalistische Produktionsweise ist zu einer kapitalistischen Lebens- und sogar Sterbensweise geworden. Über die immer totalere Durchplanung, Rationalisierung und Kontrolle in allen Wirtschaftssektoren wurden über 90% der Bevölkerung zu Waren: Arbeitskräften, käuflich erwerbbar. Über die immer weitere Expansion in alle Bereiche des Lebens, wie Wohn- und Freizeitindustrie, immer totalere "Verdatisierung" individueller Eigenschaften, immer höheren Naturverschleiß, immer größere Abfallberge und schließlich immer höheren Naturverschleiß, immer größere Abfallberge und schließlich immer höheren Energieverbrauch um all den Wahnsinn am Laufen zu halten, wurden die Reservate immer kleiner. Da, wo es noch natürliche Lebensräume – und Weisen gibt, sind sie Museen. Und schließlich sind es die Produktivkräfte selber, die immer schärfer geplant, nur noch diese lebensfeindliche, kapitalistische Lebensweise neu produzieren. Am meisten leiden darunter die Produzenten.
Über die vermehrte Totalisierung werden sie immer weiter in vergesellschaftete Zusammenhänge verstrickt. Im gleichen Maße aber, wie die Welt immer enger, die Kommunikation der Machtzentren immer dichter wird, verstehen wir immer weniger von den Zusammenhängen.
Im höchsten Vergesellschaftungsgrad einstiger Privatheit sind wir am meisten in den privaten Konflikten gefangen, blicken nicht mehr durch. Uns sind die Zusammenhänge verlorengegangen.
Unser tägliches Erlebnis heißt: Zersplitterung in die verschiedensten Kompartimente, das Resultat ist die vielfache Zerrissenheit in uns selbst: Produktion, Dienstleistung, Ausbildung, Konsum, Freizeit, Familie, Sexualität, Geschlechterrollen, Beziehungen, Umweltzerstörung ...
Diese Bereiche haben jeweils ihre besondere Eigendynamik und prägen durch das unvermittelte Nebeneinander von äußerst unterschiedlichen Verhaltensanforderungen entscheidend die Alltagserfahrungen der Individuen. Sie stellen in ihrer Unbeständigkeit und Zerrissenheit den subjektiven Niederschlag der objektiven gesellschaftlichen Irrationalität und Totalität dar.

Wiedergewinnung des gesellschaftlichen Ganzen: Der Interessenansatz

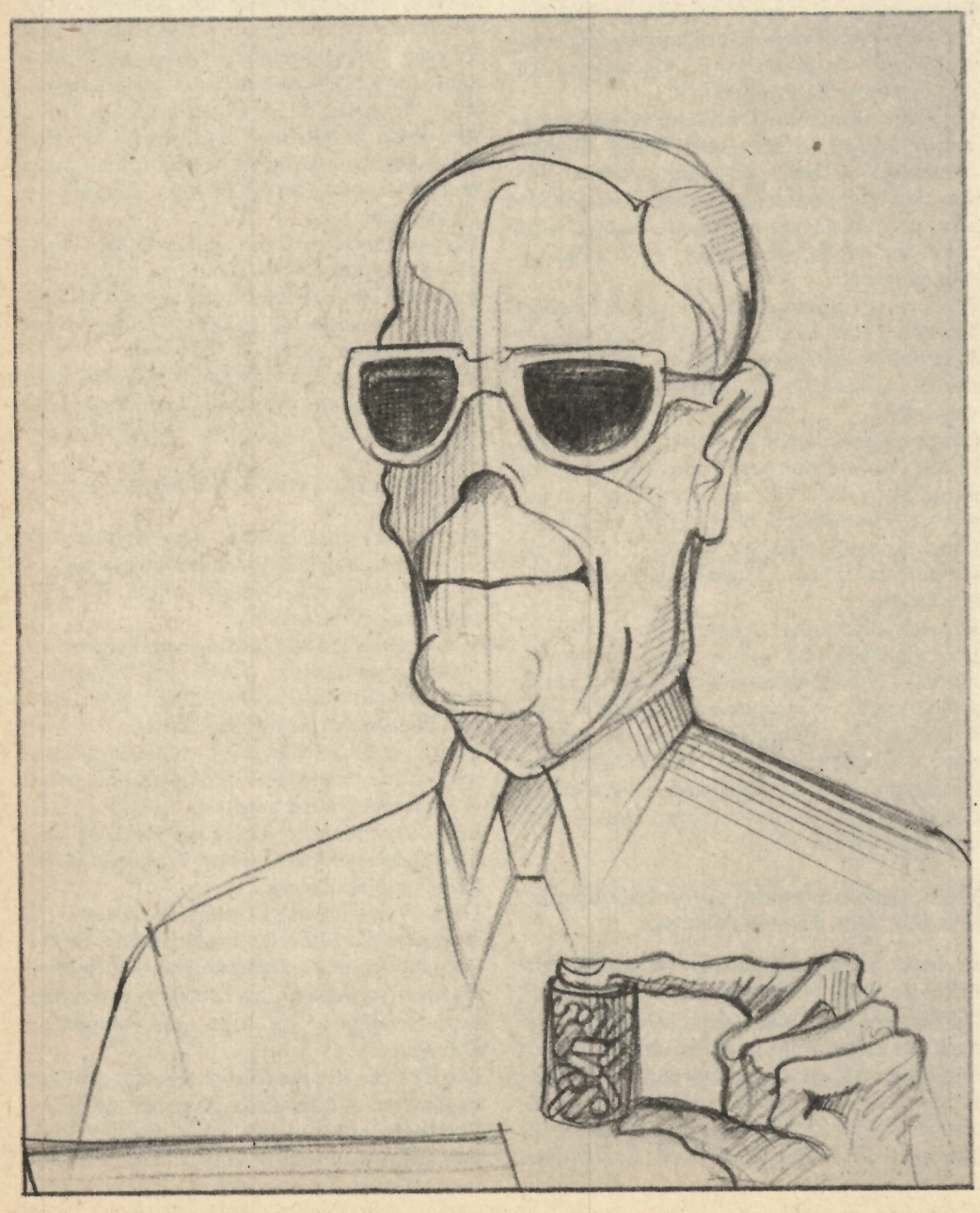
In dieser Situation komplexester gesellschaftlicher Totalität bei entsprechender individueller Zerrissenheit stellt sich natürlich die Frage nach der Gegenwehr und nach der politischen Organisierung dieser Gegenwehr.
In dem Arbeitsfeldansatz, nämlich "nach Interessen, nicht nach Köpfen organisieren", sehen wir hierfür eine Möglichkeit. Er stellt den ursächlichen Zusammenhang gesellschaftlicher Organisation auf den Kopf, die individuelle Erfahrbarkeit davon jedoch auf die Füße. Das Beispiel des Arbeitsfeldansatzes lautet: Das Spezielle im Erleben einzelner Personen und Arbeitszusammenhängen ist auf Grund des Gesetzes der Totalität ein wie auch immer verzerrtes Abbild des Allgemeinen einer sich sowohl widersprüchlich als auch historisch in Sprüngen entwickelnden Gesellschaft.
Gerade in einer Situation höchster gesellschaftlicher Komplexität, die dem Individuum Orientierung, Identität und Sinnzusammenhänge immer stärker zu zerschlagen droht, kann demokratisch sozialistische Politik nicht von oben, d.h. auch, nicht von der Abstraktheit des gesellschaftlichen Ganzen mit seinen Klassenantagonismen begonnen werden. Je stärker das Bewußtsein in den oben genannten Dimensionen zerstört ist, um so weniger kann davon ausgegangen werden, daß objektive Klassenzugehörigkeit (bei aller Umstrittenheit der Klassenanalyse für die heutige BRD) bereits das subjektive Interesse und die Bereitschaft zum politischen Handeln beinhaltet.
Auf der anderen Seite haben gerade die Erfahrungen mit der Massenpsychologie des Faschismus gezeigt, wie sehr individuelle Partialinteressen (zu falschen Zielen) genutzt und mobilisiert werden können. Und auch eine ganze Branche lebt von der Erkenntnis, wie wichtig Partialinteressen sein können: Wenn wir in der Werbung eine schöne blonde Frau in grünblauem, sauberem Meerwasser baden sehen, so knüpft das durchaus an unser subjektives Interesse an einer unzerstörten Natur mit ihrem Erhol- und Erlebniswert an. Hier wird dies dann lediglich versucht, über einen bedingten Reflex an das Surrogat – Seife Fa – zu knüpfen.
Partialinteressen existieren also immer noch. Die Energien, die wir für sie zu mobilisieren imstande sind, stammen aus unseren Bedürfnissen, die ihrerseits wieder objektgerichtete Abkömmlinge unserer Triebe sind.
Wenn nun sozialistische Politik die Gestaltung von Wahrheiten in gesellschaftlichem Rahmen ist, so gibt es für diese Wahrheiten drei Dimensionen:
- individuelle (Triebe, Bedürfnisse, Interessen);
- gesellschaftliche (die Koordination und Interaktion der individuellen Dimension);
- historische (die Dynamik in der Verknüpfung der beiden ersten).

Von der individuellen Dimension bleiben uns beim gegenwärtigen Stand von Zerstörung die Partialinteressen. Ihr Bezug zu den inneren Wahrheiten wurde angedeutet.
Für die gegenwärtige gesellschaftliche Dimension wurde eine Skizze der Unkoordiniertheit und Desintegration gegeben.
Eine Verknüpfung dieser beiden Dimensionen findet sich nun meines Erachtens in Erlebnis und Erfahrung.
Diese Verknüpfung ist besonders deutlich in intellektuellen Berufen im Berufsfeld. Selbstverständlich ist sie darüber hinaus auch überall sonst vorhanden, bis hinein in unsere Liebesbeziehungen, da sogar mit besonderer Sprengkraft.
Die Theorie des Arbeitsfeldansatzes geht nun davon aus, daß im Erlebnis (einer sinnlichen Wahrnehmung von sich selbst in einer Situation außer sich selbst), eine zumeist sehr verzerrte Wahrheitsdimension in ihrer Verknüp-

fung von Bedürfnis und Interesse einerseits und gesellschaftlicher Situation, in der es erlebt wurde, andererseits besteht. Aus diesem Erlebnis kann deshalb in theoretischer Verallgemeinerung (d.h. Entwicklung der Gehalte, die dazu führten, daß die Situation so wurde, wie sie war) in erster Näherung Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen hergestellt werden.
Wird diese Reflexion nun wieder auf die praktische Lebens- und Arbeitssituation bezogen, so kann man – um das Wissen um Zusammenhänge bereichert – wieder handelnd eingreifen, macht wieder Erlebnisse auf einer neuen Reflexionsstufe.
Diese ganze Abfolge – Erlebnis, Reflexion, Handlung zusammengenommen, sollte erst Erfahrung genannt werden – wird zwar mit sich, seinen Interessen und der gesellschaftlichen Struktur, die so erkannt werden kann. Dabei schafft die Handlung immer wieder das Erlebnis auf der nächsten Stufe, Erfahrung ist also ein vielfacher Prozeß.
Bis hierhin klingt dies alles recht abgehoben psychologisch, wo bleibt die politische Komponente?
Wenn (um zu pointieren, könnte man sagen: und nur wenn) wir unsere politischen Ziele so konkretisieren können, daß sie – an Bedürfnis und Interesse anknüpfend (und zwar subjektiv-lebendig, nicht objektiv-unvermittelt) Erlebnis und – wichtiger – Erfahrung mit gesellschaftlichen Widersprüchen ermöglichen, dann kann es gelingen, daß unsere Kollegen, Klienten, Mitmenschen (schließlich auch wir selbst) aus ihren Interessen heraus sich selbst organisieren, in Gegenwehr ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Wenn dies massenhaft geschieht hieße das: das gesellschaftliche Ganze wiedergewinnen.

Eine Gesellschaft, die so organisiert wäre, hieße: Sozialismus

Verstehen wir den Arbeitsfeldansatz als Wegmodell zur Wiedergewinnung des gesellschaftlichen Ganzen im konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhang, so müssen wir natürlich auch wissen, wohin der Weg gehen soll. Dies greift auf eine Kapitalismuskritik zurück und beinhaltet gleichzeitig Wertsetzungen und Zielvorstellungen von einer neuen Gesellschaft.
Ohne hierauf näher einzugehen, finden wir doch für die Orientierung auf ein solches Ziel zwei Denkanstöße Bahros besonders wegweisend: 1. Der Verweis auf die Abhängigkeit der Realisierung von Utopien vom "konkreten historisch-kulturellen Entwicklungsstand der Produzenten und der Produktion". Es ist ebenso lapidar wie wichtig, wenn er feststellt, "daß die Individuen hinweg von der Ebene ihrer subalternen Teilfunktionen auf die des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs erheben können". (Die Alternative S. 524).



2. Das "Produktionsziel reiche Individualität" (dazu gehören u.a. Einheit von Arbeits- und Bildungsprozeß, Eröffnung eines Freiheitsspielraumes für Selbstverwirklichung auch im Reich der Notwendigkeit). Hier schließt sich der Weg ans Ziel an und findet der Arbeitsfeldansatz seine Zielrichtung in der Utopie, hier ist das Mittel, also das Wegmodell, in seinem inhaltlichen Wollen auch der Zweck.
Von diesem Stand aus ist es nun auch relativ einfach, Fehlentwicklungen des Arbeitsfeldansatzes zu kritisieren und falsche Kritik zurückzuweisen. An einigen Beispielen soll dies erläuternd versucht werden.

Arbeitsfeldansatz heißt nicht Berufsfeldansatz

Wenn in den letzten Jahren der Arbeitsfeldansatz manchmal als berufsständisch-reformistische Organisationsform mißverstanden wurde, so dann, wenn in besonderen Frustrationsphasen der Blick über den Tellerrand der eigenen Fesseln auf das Allgemeine und auf die Ziele nicht mehr gelang. Dies verweist aber auf die tatsächlichen Schwächen der sozialistischen Bewegung, ist Ausdruck von zuwenig Arbeitsfeldansatz, nicht seine Scheiterns! Zugleich zeigt sich hierin die Wichtigkeit von 'Gegenöffentlichkeit', also von Institutionen und Organisationszusammenhängen, die immer wieder als Orientierungshilfen dienen können. Bildlich gesprochen: Auf unserem Weg ist es manchmal so finster, daß wir Leuchttürme benötigen: Dies können Alternativprojekte sein, aber auch Bloch-Tage in Tübingen oder eben der Große Ratschlag, oder, für das Arbeitsfeld Gesundheitswesen, der Gesundheitstag in Berlin.

Arbeitsfeldansatz heißt, an Partialinteressen ansetzen, nicht bei ihnen stehenbleiben

Es wurde manchmal kritisiert, man müsse erst das Verhältnis der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche zum gesellschaftlichen Gewaltzentrum, dem Staat, abklären, um daraus die Interessen der Betroffenen abzuleiten. Dies mißversteht den Arbeitsfeldansatz von einer anderen Seite: Es geht ja um emanzipative Momente und um Energien, die aus den Partialinteressen (die als Rest der Individualität zu verstehen sind) freigesetzt werden können. Die Analyse in Bezug auf den Staat ist gerade Aufgabe der nach Interessen organisierten Menschen selbst. Hierin liegt ja gerade die Chance, selbst unter den Bedingungen der "Erosionskrise" noch sozialistische Politik zu wagen. Es ist doch gerade die Erfahrung der "K-Gruppen-Scene", daß sozialistisches Bewußtsein kein Hut ist, den man sich aufsetzen kann. Es entsteht vielmehr im Erfahrungsprozeß, der durch den Interessenansatz eingeleitet werden soll.

Arbeitsfeldansatz meint nicht die geschlossene Gesellschaft der netten, ausgeflippten und alternativen Typen

Dies ist ein Mißverständnis des Arbeitsfeldansatzes, das selbst häufig in lokalen AFG (G wie Gesundheitswesen)-Gruppen erlebt wurde. In solchen Gruppen war jede Äußerung allgemeiner Zusammenhänge schon stalinismusverdächtig. Hier konnte jedes Gespräch um seine politische Dimension entwaffnet werden mit Sätzen, wie: "Was hat das

denn hier und jetzt mit mir zu tun? Davon spür' ich doch jetzt garnichts!"
Oder noch entwaffnender: "Da hab ich jetzt aber keine Böcke zu, also tut ihr mir Gewalt an, wenn ihr trotzdem darüber sprecht!" Dies sind Probleme, die in Gruppen entstehen, wenn zuwenig beachtet wird, welcher unterschiedliche Stand an Erfahrungen vorhanden ist, wenn die Partialinteressen eben gleich für das Ganze genommen werden und nicht als das erkannt werden, was sie sind: entfremdete Rudimente, aus denen erst wieder das Wesen ausgegraben werden muß.
Bedenkt man, daß dies Erfahrungen aus Gruppen sind, in denen Genossen und Kollegen mit ähnlichem Ausbildungsstand und auf etwa gleicher sozialer Stufe miteinander umgehen, so läßt sich ermessen, wie schwierig und geduldfordernd dieser Ansatz z.B. im sozialpädagogischen Bereich sein muß. Dies bedeutet die Forderung: "Erfahrungen herstellen", sie erfordert nicht nur das "richtige" politische Bewußtsein, sondern darüber hinaus auch große pädagogisch-didaktische Fähigkeiten, also auch Expertenwissen und Können, das eingebracht werden muß. So läßt sich auch verstehen, warum relativ früh am Beginn der Formulierung des Arbeitsfeldansatzes didaktisch gefärbtes Modell (der Erwachsenen- und Arbeiterbildung) stand (Oskar Negts Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen').
Zusammenfassend bleibt also die These: **Der Arbeitsfeldansatz ist ein Wegmodell zum Ziel einer Neuen Gesellschaft.**

Schwierigkeiten auf dem Weg – Am Beispiel AF Gesundheitswesen

Auch in den Dienstleistungsinstitutionen des Gesundheitswesens ist der Doppelcharakter von Gebrauchs- und Tauschwert, von Hilfeleistung und sozialer Steuerung, von Solidarität und Ausbeutung, von menschlicher Zuwendung und Ware vorhanden.
1.) Wenn auch mit Verspätung gegenüber den produktiven Industrien hat uns jetzt die Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungswelle erreicht. An der Taylorisierung unseres eigenen Arbeitsalltages erleben wir täglich selbst die Widersprüche dieses Systems.
2.) Weit ab von den Ursachen der Erkrankungen, erleben wir, wie in vielen Situationen unsere therapeutischen Handlungen ungenügend sind, das Moment von Herrschaft, und Kontrolle, mit dem wir 'unseren' Patienten gegenüberstehen, aber immer stärker wird.
Diese Entwicklungen haben zu spektakulären Aktionen und Publikationen geführt, der Zusammenhang wird aber kaum je gesehen und analysiert.
So können wir über die "Ärzteprozesse" gegen unmenschliche Bedingungen bei überlanger Arbeitszeit, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit lesen, finden Thesen über die Herrschaft der Experten bis zu den Halbgöttern in Weiß, von Illich bis Hackethal, starre auf Naturheilmethoden, Akkupunktur und Selbsthilfegruppen, suchen in uns das Helfersyndrom und vieles mehr.
Im Arbeitsfeld Gesundheitswesen im SB-Rahmen haben wir auf überregionaler Ebene in den letzten zwei Jahren die meisten Energien daran gesetzt, die Verwirrung, die in der linken Gesundheitsszene entstanden ist, aufzuarbeiten und zu analysieren. Die wichtigsten Arbeitsergebnisse erscheinen nun im Info Gesundheitswesen Nr. 17 – Politisches Ziel: Gesundheit. –

Zur Lage im Gesundheitswesen

Die Ausweitung des technologisch-industriellen Umgangs mit menschlichem Leiden, die Ökonomisierung und von oben betriebene Spar- und Rationalisierungspolitik macht sich nun auch in den Gesundheitsberufen selbst bemerkbar:
Mit intensiverer (Apparate-)medizin, gleichzeitig kürzeren Liegezeiten und Verminderung des Personals wird eine massive Arbeitsintensivierung spürbar. Im Rahmen der ausgedehnteren Anwendung auch sehr teurer Großgeräte (z.B.: Computertomographie) wird auch über den Zwang zur Geräteauslastung eine Tendenz zur Verlängerung des Arbeitstages wirksam, d.h., weitere Zunahme von Schichtarbeit. Mit Zunahme des spezialisierten Wissens wird – besonders für Pflegeberufe und medizinisch-technische Berufe u.a. eine Monotonisierungs- und Dequalifizierungstendenz wirksam (Paradebeispiel: MTA im Labor, Hebammen). Im Klima der vermehrten Technisierung einerseits und der verstärkten Arbeitshetze andererseits kommt zunehmend stärker eine Sinnkrise auf: Was soll das eigentlich alles? – Häufig genug werden allzu defekte Patienten mit allzu wenig psycho-sozialer Vorbereitung auf ihr Behindertenleben entlassen, allzuoft findet der Tod – von niemandem verarbeitet, aber beileibe nicht unbemerkt – hinter verschlossenen Türen statt. Wenn dazu auch noch – qua "Krankenhausbedarfsplanung" Arbeitsplatzunsicherheit kommt, finden wir uns leicht mit unseren Patienten solidarisiert, bevor wir die Lage noch begriffen haben: selbst im Krankenbett!
So ist auch die außerordentliche Häufung des Arbeitsplatz- oder gar Berufswechsels etwa in der Krankenpflege zu verstehen und ist ein Zeichen, in welchem Ausmaß diese Entfremdung auch subjektiv erlebt wird.

Die Behandlung von Kranken und Krankheiten einerseits und der Kampf um Gesundheit als politische Forderung andererseits

Es liegt auf der Hand, daß wir in diesem Zusammenhang ständig auch mit den Fragen, was ist das, Gesundheit, Krankheit? konfrontiert sind. Diese Diskussion ist aber in der Abstraktheit nach Begriffen fragend wenig fruchtbar; klar ist uns, daß wir ein dynamisches, auf die jeweilige Verfassung der gesamten Gesellschaft verweisendes Konzept benötigen, wobei Krankheit als Abwehrprozeß von Bedrohungen, Gesundheit aber auch jedenfalls als aktiver Zustand verstanden werden muß.

"Helfersyndrom" oder "Omnipotenzproblem"

Das Problem der Behandlung von Kranken und Krankheiten führte uns aber auch zu sehr ergiebigen Diskussionen: Wenn in der Krankenbehandlung der Doppelcharakter von Tausch- und Gebrauchswert enthalten ist, so kann es bei sozialistischen Zielsetzungen ja nicht einfach um die Abschaffung dieser Tätigkeit gehen (die auch den Gebrauchswert abschaffen würde). Wir können uns also nicht mit dem Ziel 'Abschaffung der Experten' und

2000 ★ Verlag

Neues aus den Arbeitsfeldern Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro

Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN

Schwerpunktthema:
UMWELT UND GESUNDHEIT

16 Offenbach/Stuttgart Dezember 1979 Doppelnummer Preis DM 5,–

Anlaß zum Thema war das in vielen Bundesländern ausgestrahlte Funkkolleg mit gleichem Titel. Der erste Teil des Heftes setzt sich kritisch mit dem dargebotenen Unterrichtsstoff und den in ihm enthaltenen Ideologien auseinander. Der zweite Teil handelt von Gesundheitszerstörung am Arbeitsplatz, verbringen wir doch mehr als die Hälfte der bewußt erlebten Zeit in dieser Umwelt. Und sie ist immer noch die schädigenste, am dringendsten der Veränderung bedürftige – und letztlich – in ihren ökonomischen Grundlagen – Ursachen für das ganze übrige Elend. Ausschnitte davon – und von der Gegenwehr bringt der dritte Teil, der mit Gesundheitszerstörung in natürlicher und sozialer Umwelt überschrieben ist. Daß wir auch hier von den Erfahrungen ausländischer Gruppen lernen können, zeigen die Interviews mit Vertretern einer französischen und amerikanischen Gruppe, die eine intensive Zusammenarbeit von Arbeitern und Gesundheitsarbeitern entwickelt haben.
80 Seiten, broschiert, DM 5,--.

★

Humanisierung des Gesundheitswesens – Berichte – Konzepte – Alternativen
Der 240 Seiten umfangreiche Materialband ist nach folgenden Schwerpunkten gegliedert: Neue Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Gesundheitswesen ● Kooperative Praxis und alternative Zielsetzungen ● Verbände, Initiativen und Zeitungsprojekte, ● Literaturhinweise. Ein nützliches Handbuch für Sozial- und Gesundheitsarbeiter, Laien, Gewerkschafter, Ausbilder und Auszubildende.
240 Seiten, DM 13,--.

damit Abschaffung der Expertenherrschaft zufriedengeben, sondern müssen den Zusammenhang zwischen Expertentum und Herrschaft zunächst genauer analysieren. Dies geschah in einer überregionalen Arbeitsgruppe in der Auseinandersetzung mit dem Ursprung der Arbeitsteilung, der Differenzierung von vertikaler und horizontaler Arbeitsteilung. Wir kommen hierbei durchaus nicht zu der Forderung, jegliches Expertendasein abzuschaffen, sondern eher zu Vorstellungen über den gut ausgebildeten Gesundheits- (bzw. Krankenbehandlungs-)Facharbeiter, der seine spezifischen Kompetenzen einbringt, es aber nicht mehr nötig hat, Patienten zu bevormunden und zur Passivität zu verurteilen, weil Aufklärung und Hilfe zur Selbsthilfe als rehabilitative und als präventive Konzepte immer am Anfang und am Ende jeder Krankenbehandlung (= Herausführen aus einer Akutkrise, in der Selbsthilfe nicht mehr funktioniert) stehen.

Auf der anderen Seite haben wir unsere Ängste untersucht, die massiv da entstehen, wo wir den Anspruch auf das Alles-können-wollen aufgeben, uns einerseits als Facharbeiter mit eigenen Wünschen und Bedürfnissen sehen und andererseits Gesundheit zu einer politischen Forderung erheben, die nur alle gemeinsam durchsetzen können. In der internen Arbeitsfeld-Diskussion kursiert für dieses Problem der Begriff "Omnipotenzproblem". Dies scheint ein Problem zu sein, das eng mit unserer Sozialisation verknüpft ist, aber wohl auch schon der vorberuflichen. Unser "Helfersyndrom" bringt uns in die sozialen Berufe, und dort drohen wir auszuflippen, wenn wir erkennen müssen, daß wir nicht die Gesellschaft heilen können und glauben dann nach dem Alles-oder-Nichts-Prinzip, daß wir nun gar nichts mehr können.

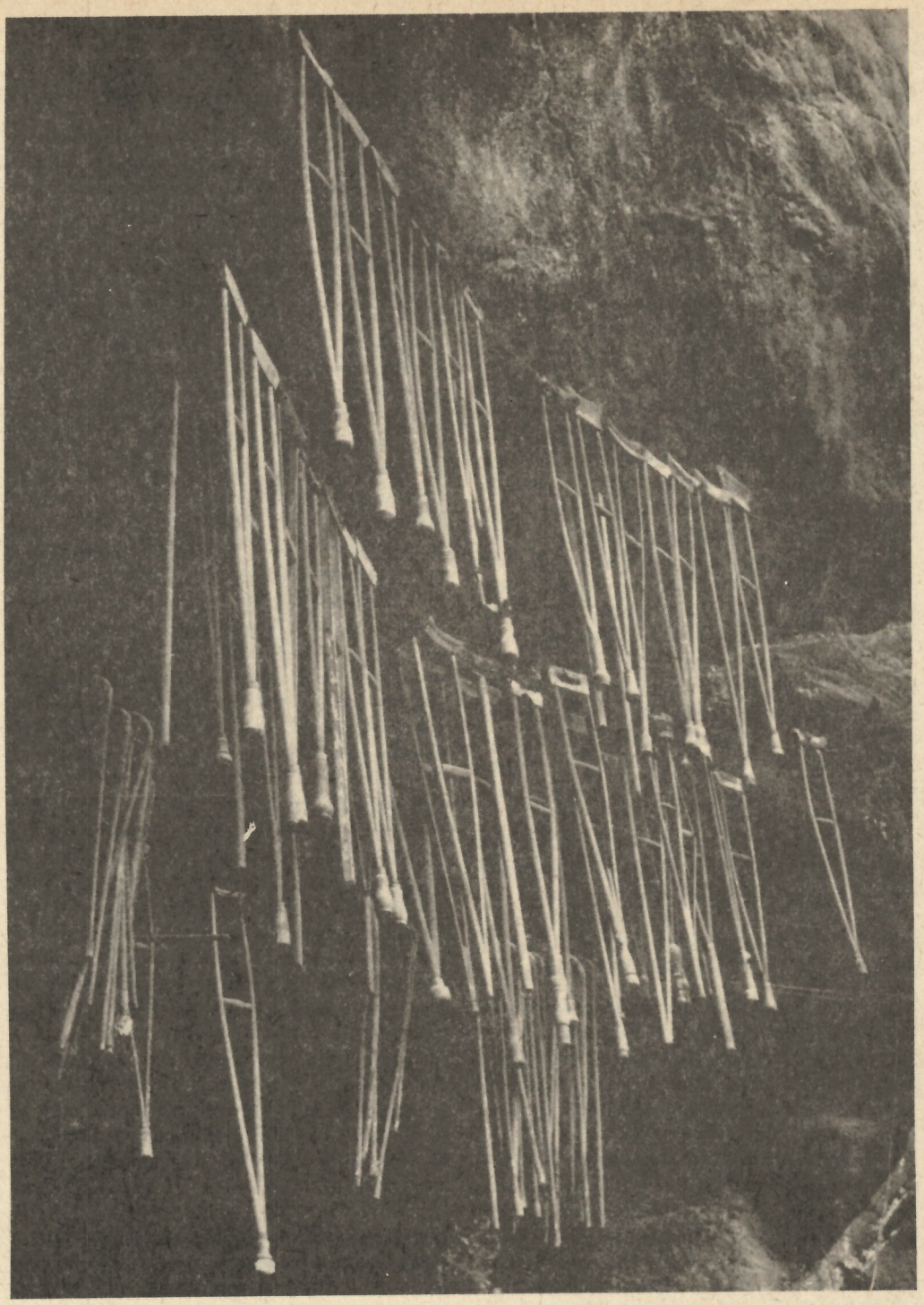
Die konsequente Anwendung der Arbeitsfeldidee auf das Gesundheitswesen heißt indes eher: Heilen wollen wir lernen, so gut es geht, und das nahe an den Betroffenen, dann aber wie gute Experten mit Fachkompetenz. Heilen von Erkrankten und Krankheiten.

Die Gesellschaft heilen – das geben wir euch allen zurück, das ist unser Problem nicht mehr als eures, das können wir nur zusammen, das ist das Allgemeine, das wir in unserem konkreten politischen Tun konstituieren müssen. Soweit die Ebene des Nachdenkens, der Analyse, der Interpretation. Um im Bild der Schaffung von Erfahrung zu bleiben: Dies ist in skizzenhafter Vergröberung die Reflexion unserer bisherigen Erlebnisse.

Nun aber zu den **Handlungen, Vorhaben, Zielsetzungen:**

Die Veränderung bei den im Gesundheitswesen Beschäftigten sind beschrieben worden als zunehmender Einbruch der moralischen Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber. Dies hat Energien freigemacht für gewerkschaftliche Aktionen: Die Aktion "Humanität im Krankenhaus für Patienten und Personal" von der Gewerkschaft ÖTV ist zwar in vielen Orten voll in die Hosen gegangen, weil sie – leider allzu gewerkschaftstypisch – nur von oben organisiert war, sie setzt aber dennoch in ihrer Richtung wichtige Signale: Abschaffung falscher Hierarchien, Forderung nach besserer Ausbildung, Aufhebung der Trennung von Diagnose, Therapie und Pflege, mehr Personal um die wichtigen psychosozialen Aspekte überhaupt berücksichtigen zu können.

Auf anderer gewerkschaftlicher Ebene sind



die "Ärzteprozesse" bekannt geworden. Sie werden – wenn sie (vermutlich diesen Herbst) vor dem Bundesarbeitsgericht verhandelt und wenn sie positiv entschieden werden – ganz erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen schaffen: Mit der dann notwendigen Vermehrung von Arztstellen wird der heute so beklagte Studentenüberhang unterkommen, die "Ärzteschwemme" wird Realität, aber es wird auch immer schwieriger sein, die Halbgottanerkennung zu erhalten. Dies kann zur Normalisierung dieses Berufsbildes führen, der erzeugte Wissensüberschuß in medizinischen Fragen müßte sich Ventile schaffen – warum nicht in Aufklärung, Prävention, Anleitung von Selbsthilfegruppen?

Nachdem es jahrelang verschiedene, mehr oder minder hilflose Versuche gegeben hat, die elitäre und reaktionäre Front der Standesvertreter und Standesfürsten aufzubrechen, deuten sich nun erfolgreichere Formen der Selbstorganisation an: Der Gesundheitstag in Berlin – bewußt parallel zum deutschen Ärztetag veranstaltet, scheint zu einer Großdemonstration der Unzufriedenen zu werden, die aber nicht nur protestieren (1974 in Hamburg hielt der weißbekittelte Demonstrationszug noch bei jedem Rot an der Fußgängerampel an!), sondern auch sich auf ihre eigenen Kräfte besinnen. Die Veranstaltung mit einem Riesenprogramm, alles in Selbstorganisation und koordiniert vom Gesundheitsladen in Berlin, könnte Signalwirkung haben. In einigen anderen Städten sind bereits Initiativen zur Gründung von Gesundheitsläden (als Kommunikations- und Organisationszentrum, als selbstverwaltete Institutionen der Gegenöffentlichkeit) gebildet.

Eine Menge Gruppenpraxisinitiativen haben sich gebildet, auch wenn sie stiller als früher vor sich hin arbeiten. In und außerhalb des AFG hat sich ein Kommunikationszusammenhang gebildet, und der ist auch wichtig für den Erhalt und die Fortentwicklung dieser Initiativen, damit hier nicht nur Unternehmen neuen Typs entstehen und der politische Bezug z.B. zu dem umliegenden Stadtteil verlorengeht (mehr nachzulesen in Info 12, Gesundheitspraxis).

Oder im Rahmen der psychiatrischen Arbeit

FORTSETZUNG SEITE 33

SCHULE

Bei wem stimmt's denn hier nicht?

Stets, wenn etwas obsolet ist in einer politischen Organisation, stehen die post-festum-Kritiker bei Fuß, haben es schon immer gewußt und gesagt, analysieren geschichtslos die Geschichte des vorgeblichen Scheiterns. Häufig sind es gerade diejenigen, die sich am längsten gegen eine Bestandsaufnahme gewehrt haben, die sich auch heute wieder, ohne lange nachzudenken, in die nächste Aktivität stürzen und dann hinterher wiederum alles genau gewußt haben. Nachdenken, historische Veränderungen zu analysieren, theoretisch zu reflektieren, scheint als unpolitisch abgetan zu werden. Konkret meine ich die Diskussion über den derzeitigen Zustand des Arbeitsfeld Schule.

"Wenn man morgens sechs Stunden Schule gemacht hat, dann Konferenzen, Arbeiten korrigieren, vorbereiten etc., dann kann, dann will man nichts mehr mit diesem Kram zu tun haben. Auch am Abend in der politischen Gruppe noch Schule ? Nein Danke!" Dies oder ähnliches hört man in der letzten Zeit immer häufiger, und darin steckt sicher sehr viel Wahres, weiß Gott. Aber das kann so kein Argument gegen das Arbeitsfeldprinzip sein. Ich kann mich an Zeiten erinnern, als man gar nicht genug bekommen konnte von der Diskussion über die Arbeit in der Schule, über die Arbeit mit Kollegen, mit Schülern, mit Eltern, über Lehrpläne, über... Aktionen wurden geplant, vorbereitet, ausgeführt. Bei überregionalen Treffen der Lehrer war es häufig schwierig, geeignete Räumlichkeiten zu finden; es gab zu viele Anmeldungen. Und das alles neben der Schule, werktags, an Wochenenden. Vielleicht hat der eine oder andere noch einen Terminkalender von damals. So einfach kann es also nicht sein mit der "Naturnotwendigkeit" des Scheiterns des Arbeitsfeldansatzes.

Ein zweiter Grund für den obsoleten Zustand ist zu hören: "In diesem organisationsbornierten Traditionalismus ist die individuelle Emanzipation nicht realisierbar." Zwar ist es sicher richtig, daß die Dogmatisierung des Undogmatischen zu ähnlich prinzipialistischen Zwängen, zur Sektenbildung führen kann wie Kadergruppierungen aller Art. Aber irgendwie muß es doch an uns gelegen haben, an unserer mangelnden Reflexion, daß aus einem eher politisch-emanzipierten Ansatz berufsständischer Traditionalismus wurde. Kein Kader, kein Programm hat uns gezwungen, dies oder jenes zu tun. Wenn wir unsere politische Arbeit in der

---

FORTSETZUNG VON SEITE 32

hat die italienische demokratische Psychiatrie fruchtbare Auswirkungen. In die Diskussionen der Fachgruppen z.B. die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie ist Bewegung gekommen. Allerdings scheint hier die Arbeit sich schon bald an den Grenzen zu stoßen, wo nicht die Therapie verbessert, sondern nur die gesellschaftliche Organisation des Zusammenlebens verändert werden kann.

Vieles muß hier unerwähnt bleiben, vor allem die kleinen, zeitlich begrenzten Initiativen, die Informationsveranstaltungen, die auch gerade den Beschäftigten selbst, besonders im Pflegebereich, erst das Gefühl von Stärke vermitteln. Dann die Ansätze von Betriebszeitungen, Patienteninformationen, die kleinen Grabenkämpfe um Stationsbesprechungen, die Ansätze zu Selbsthilfegruppen.

Um diese ganzen Erfahrungen aufzuarbeiten, uns gegenseitig zu helfen und Vereinzelung zu überwinden und neue Projekte zu diskutieren, treffen wir uns mit interessierten Kollegen in lokalen Arbeitsfeldgruppen und tauschen uns überregional auf Tagungen aus. Was uns davon wichtig erscheint, findet schließlich seinen Niederschlag in den Info Gesundheitswesen und den internen Rundbriefen.

Wir halten es aber auch für wichtig, unsere Vorstellungen und Probleme in die lokalen Sozialistischen Zentren oder alternativen kommunalpolitischen Bündnisse einzubringen. Oft ergeben sich erst daraus gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen über mangelnde Personalbesetzung in den Krankenhäusern, wegen schlechter Versorgung alter und kranker Menschen oder auch gegen die Schließung einzelner Krankenhäuser.

Wir wollen uns keineswegs überschätzen, sehen aber auch trotz vieler frustrierender Erfahrungen einige **konkrete Ansatzpunkte für lokale Arbeitsfeldarbeit und durchaus die Möglichkeit, daraus eine Kommunalpolitik im eigentlichen Sinne zu entwickeln.**

Was wir bereits mit Totalität im Spätkapitalismus beschrieben haben, läßt sich auch so charakterisieren, daß Produktivkräfte sich zu Destruktivkräften entwickelt haben und die Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft bedrohen.

Gesundheitszerstörung am Arbeitsplatz, in der natürlichen und sozialen Umwelt – Den Kampf um Gesundheit zum politischen Ziel machen

Die Zerstörung von Natur als Folge der Industrialisierung und Technisierung begegnet uns in vielfacher Weise: durch verunreinigte Luft oder Gewässer, durch Lärmbelästigung, durch AKW's, durch den Schadstoffgehalt der Nahrungsmittel usw.

Inzwischen hat sich die Konzeption einer Arbeitsmedizin bei den wesentlichen Gewerkschaften Italiens und Frankreichs durchgesetzt. Bezugsmaßstab ist dort nicht mehr die traditionell medizinische Verkürzung des Gesundheitsinteresses auf die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen im Produktionsprozeß, sondern neuer Wertmaßstab werden die gewachsenen personellen und kollektiven Reproduktionsbedürfnisse der Beschäftigten in ihrer Lebensperspektive. Das Gesundheitskonzept der CFDT (Frankreich) ist durch drei Merkmale gekennzeichnet, die auch Leitlinie unserer Überlegungen werden könnten:

- Gesundheit ist nich ein passiver Zustand des physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens, sondern ein aktiver, dynamischer Zustand.
- Er drückt sich aus in der autonomen Fähigkeit eines jeden (und nicht nur der Spezialisten).
- sich in seinen individuellen und sozialen Beziehungen und Aktivitäten in der Gesellschaft (und nicht nur im Betrieb) zu entwikkeln.

Das bedeutet, daß die Bestimmung dessen, was krank und was gesund ist, nicht mehr allein in den Händen professioneller medizinischer Instanzen (Ärzteschaft und Sozialversicherung) liegt, sondern um die Gesundheitskompetenz der Belegschaft selbst erweitert werden muß. Damit kann das subjektive Element der Befindlichkeit in ein betrieblich handhabbares Konzept von Belastung und Beanspruchung umgesetzt werden.

Keineswegs utopisch sind die Vorstellungen in der BRD; in den Gewerkschaften entwikkelt sich ansatzweise etwas in dieser Richtung und empirisch belegt ist ein wachsendes Interesse der Arbeiter und Angestellten an ihrer Gesundheit.

Arbeitermedizin statt Arbeitsmedizin eröffnet für uns neue Perspektiven der Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern aus den verschiedenen Branchen. Gerade weil dieser Bereich bisher so vernachlässigt wurde, bedarf es noch vieler Anstrenungen, und wir wollten hiermit erst einmal Perspektiven aufzeichnen und Interesse wecken.

Die Arbeitermedizin macht den Kampf um Gesundheit zu einem wichtigen Bestandteil betrieblicher Auseinandersetzungen. Eine gesellschaftliche Analyse muß den Kapitalismus als Ganzes neben anderen Aspekten als lebensfeindliches Prinzip für alle Bereiche des Lebens erfassen. Zwar lassen sich – je nach Stellung im Arbeitsprozeß – unterschiedliche Risiken für die einzelnen Gruppierungen arbeitender Menschen erkennen, **die Unmöglichkeit zur Gesundheit ist aber allgemein!** Ein Kampf um Entwicklung von Gesundheit umfaßt als politisches Prinzip alle Menschen. Er ist ein politischer Kampf, nicht nur in den Köpfen einiger Gesundheitsarbeiter, sondern er muß Bestandteil sozialistischer Praxis aller werden. Er muß überall dort stattfinden, wo sich Möglichkeiten zur Gegenwehr eröffnen und wo Menschen bereit sind, ihn selbst aufzunehmen.

Man könnte diesen Anspruch auch auf den Nenner bringen: Es gilt für alle Betroffenen, die moralischen Ansprüche auf der einen und das Leiden auf der anderen Seite offensiv gegen die verordnete Praxis zu wenden und die Diskussionen und Lernprozesse einzuleiten, die für eine andere Praxis Voraussetzung sind.

REINHARD LAUX/SUSO LEDERLE

SPUREN
Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

SPUREN präsentiert im Juni:

Kino Mythen

von „Big Sleep" zu „Messidor" -
Bogarts Revolver und Carpenters Alpträume
Natur-Idyllen
Montage-Konzeptionen
Abenteuer eines Filmkomparsen

Außerdem:
Jürgen Fuchs über Sprachterror
Sartres letztes Interview
Trifonow: Sowjetliteratur ohne Weihrauch
Rock in Opposition - gegen die anglo-amerikanische Musikindustrie
sowie 12 Seiten Magazin.

Ab 12. Juni
im Buchhandel und
per Direktbestellung bei uns.
Oder gleich abonnieren!

COUPON
- Bitte schicken Sie mir das Filmheft 3 / 80 gegen DM 7,-- in Briefmarken.
- Schicken Sie mir doch mal ein Heft zur Ansicht.
- Ich möchte SPUREN abonnieren und brauche unbedingt eine Abo-Karte.

SPUREN / Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft
Palanter Straße 5 b,
5000 Köln 41 /
Telefon 0221 / 44 42 04

ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts ernst nehmen wollen, und sie muß ernstgenommen werden, denn sie war nicht erfolglos, sind wir, so scheint es mir, irgendwann einmal auf den falschen Zug gesprungen, oder – noch schlimmer – wir haben alle Züge fahren lassen. Ein drittes Argument drückt am deutlichsten aus, was auch die vorherigen meinen: Resignation. "Was haben wir paar Leutchen schon erreicht? Außerdem ist der ganze Ansatz sowieso viel zu amorph." Und schon steht in den Startlöchern eine neue Partei. Verständliche Müdigkeit nach zehnjähriger Kleinarbeit vor Ort, Schwanzeinziehen vor staatlicher Allmacht, vor überholt geglaubter Entdemokratisierung des Arbeitsplatzes wird aufbereitet zu einem neuen-alten Glauben an die parlamentarischen Möglichkeiten der sozialistischen Bewegung, zu einer Art Kreuzchensozialismus. Sicher ist richtig, daß einige wesentlichen sozialen Bewegungen über viele Genossen und die Arbeitsfelder hinweggegangen sind. Aber ist da nicht vielmehr, anstatt das falsche Organisationsprinzip zu beschuldigen, das Problem in der Stagnation unserer politisch-historischen Reflexion zu suchen? Irgendwann haben wir uns abgeschottet gegen die Realität, haben Neues nicht mehr wahrnehmen können und sind irgend stehengeblieben.

Ich möchte hier den Versuch einer Bestandsaufnahme machen, möchte – gewiß verkürzt, ganz gewiß provokativ – nachzuweisen versuchen, daß uns nicht ein falsches Organisationsprinzip fehlgeleitet hat, sondern daß uns ein Prinzip überrollt hat, weil wir aufgehört haben, nach diesem Prinzip zu handeln, weil wir prinzipiell geworden sind und aufgehört haben, theoretisch zu reflektieren, was wir politisch getan haben, warum wir es getan haben und was neu zu geschehen hat.

Wie ich schon oben erwähnt habe, gab es eine Zeit, in der Lehreralltag und politische Arbeit als Lehrer sehr wohl in Einklang zu bringen waren. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre waren in Teilen der Bundesrepublik die Handlungsspielräume im staatlichen Schulbereich sehr groß. Sozialisten waren geradezu aufgefordert, ihre Vorstellungen einzubringen. In Hessen galt das z.B. für die Gesamtschuldiskussion, für die Neuerarbeitung von Lehrplänen, von Unterrichtsreihen. Nicht ohne Grund gehörten in jenen Jahren die Reihe Roter Pauker und der SLB-Info zu den auflagenstarken Rennern des Sozialistischen Büros. Die staatliche Schulpolitik gestattete der studentenbewegten neuen Lehrergeneration experimentelle Freiheiten, von denen gestandene Lehrergenossen nicht zu träumen gewagt hatten. An der Frankfurter Ernst-Reuter-Schule etwa wurde das Direktorialsystem als verlängerter Arm der Schulaufsichtsbehörde abgeschafft; die Lehrer wählten ihre Schulleitung selbst und auf Zeit. Der Geldfluß für Reformprojekte schien nicht zu versiegen. Handeln in der Schule und für die Schule war gleichermaßen politisches Handeln. Fachbereichskonferenzen für Gesellschaftslehre an eben jener Ernst-Reuter-Schule verliefen ähnlich wie die Diskussionen im Sozialistischen Lehrerbund. Selbst in der ständisch-orientiert vor sich hindämmernden Lehrergewerkschaft konnte die Linke allmählich Fuß fassen und Einfluß gewinnen.

Aber dann – vor lauter reformgeschmückten Bäumen sahen wir den gesamtgesellschaftlichen Wald nicht mehr – begann uns die politische Wirklichkeit unmerklich zu überholen.

Politische Tendenzwende auch in den Schulen

In Frankfurt hielten wir ungebrochen optimistisch, als wäre die Realität der Ernst-Reuter-Schule die Realität der Schullandschaft überhaupt, das Fähnlein der Gesamtschule hoch, als die hessische SPD ihrem scheinbar geliebten Kind eine Backpfeife nach der anderen versetzte; wir führten lange und ausführlich eine Thesendiskussion über die Möglichkeiten sozialistischer Schularbeit, über die Qualitäten eines sozialistischen Lehrers, als die Rechte, und nicht nur sie, wieder ihren "Mut zur Erziehung" hervorkramte; wir besetzten Gewerkschaftsposten auf Bezirksebene, als der Bundesvorstand der GEW an die Usurpation der Landesverbände ging.
Daß Genossen, vor allem aber Genossinnen wegblieben (letztere wurden fast ausnahmslos in der Frauenbewegung aktiv), wurde als unpolitisches Aussteigen oder "Gesundschrumpfen" bezeichnet. Das lange Austoben, die relativen Erfolge während der Reformphase, hatte uns blind werden lassen gegenüber gesamtgesellschaftlichen Veränderungen; diese Abkapselung hatte uns unsensibel werden lassen für andere politische Ansätze. Wer nicht war wie wir, war ein politischer Dummkopf. "Wir sind schon auf dem richtigen Weg. Wir müssen jetzt eben etwas kleinere Brötchen backen, einen langen Atem haben, dann geht es schon wieder aufwärts."
Dann ging es auch, zumindest personell, kurzfristig wieder aufwärts. Nach dem Pfingstkongreß 1976 wurde in Frankfurt unser üblicher Tagungsraum im Club Voltaire fast zu klein. Aber da kam zum großen Teil eine neue Lehrergeneration, anders politisch sozialisiert, mit anderen studentischen Erfahrungen als die älteren Genossen. Da sie die erfolgreiche Schul- und Gewerkschaftsarbeit nicht erlebt hatten, wurden diese Institutionen von ihnen ganz anders, vor allem weniger idealisiert, rezipiert. Ihre Aktivitäten wurden bestenfalls altväterlich-wohlwollend behandelt. Ich erinnere mich noch sehr wohl an die Diskussion im Frankfurter Arbeitsfeld Schule über das nach dem Pfingstkongreß von jüngeren Genossen gegründete Lehrerzentrum. "Laß die jungen Leut' mal machen" war das Fazit, materielle Zuwendungen wurden beschlossen, ein erfahrener Genosse als Beobachter und Berater abgestellt. Als die "jungen Leut' " dann wirklich machten, als sie über Alternativen zur Schule nachdachten und ihr Alltagsleben zu organisieren begannen, als sie gar auf unsere langen Erfahrungen pfiffen, wurde das als unpolitisches Spontitum abgetan und die politischen Verbindungen abgekappt.
Zwanghaft hielten wir an dem doch einst so erfolgreichen Arbeitsfeldprinzip fest, ohne zu merken, daß sich durch unsere Arbeit gesellschaftlich nichts mehr bewegte, daß wir simpelste Standespolitik machten. Wir stellten zwar erstaunt fest, daß die Bedürfnisse zu Beginn der 70er Jahre nicht mehr mit unseren heutigen zu vereinbaren waren, aber wir merkten noch nichts. So griff dann noch im letzten Jahr das Frankfurter Arbeitsfeld Schule in die Mottenkiste der Frankfurter Lehrerbewegung und veranstaltete einen Frankfurter Lehrertag. Das allgemeine Unbehagen sollte breiter diskutiert, neue Genossen rekrutiert werden. Der Arbeitsaufwand war groß, der Erfolg gleich Null. Zwar gab es die üblich gut besuchte Podiumsdiskussion, das Fest war toll, aber sonst

war nichts gewesen. Wer glaubt, wie vor 10 Jahren, noch erfolgreich eine Diskussion über Schulalltag und -wirklichkeit organisieren zu können, muß entweder die – real-sozialistischen – Weihen des Weltgeistes genossen haben oder verkennt vollkommen, daß Tun nicht unbedingt politisches Handeln ist, daß eine tanzende Masse selten schon soziale Bewegung ist.
Aus dieser Perspektive – die Publikationsstrategie habe ich gar nicht erst erwähnt; das Info Arbeitsfeld Schule unterscheidet sich weder äußerlich noch inhaltlich vom einstigen SLB-Info – sind die eingangs erwähnten Zitate sicherlich richtig! Sicherlich ist nicht jedes Bedürfnis politisch, aber ebenso sicher kann sozialistische Politik nicht vorbeigehen an den emanzipativen Bedürfnissen des Handelnden. Wird die Weigerung, Realität wahrzunehmen, zum Prinzip, dann nehmen die kleinen Brötchen allmählich Sandkorngröße an. Und so sitzt denn ein Häufchen Aufrechter im Club Voltaire – saßen sie nicht schon vor 76 da? – und denkt darüber nach, was "so ansteht".

Fazit

Selbstverständlich bin ich nicht im Besitz jenes Patentrezepts, das der eine oder andere für sich glaubt gefunden zu haben. Ich verlange das auch nicht von mir; ich kann und will dies auch nicht allein tun. Zu viele Genossen haben sich, allein auf den Weg gemacht und dabei, so meine ich, hoffnungslos verirrt.
Da sind die einen, die sich in die innere Emigration begeben haben. Sie haben sich, mit Marx im Kopf, Alternativpädagogik im Herzen, aber den autoritären Leistungsknecht in der täglichen Schulmappe in der Institution zum Überwintern fertiggemacht und warten, vielleicht noch, auf bessere Zeiten. Ich mag ihnen nicht unterstellen, zu lange sind wir gemeinsam gegangen, daß sie zu der Einsicht gelangt sind, der Weg zum Sozialismus sei nun einmal steinig, sei nun einmal nur mit Disziplin und Ordnung zu begehen.
Ein anderer Teil ist ausgestiegen oder steigt gerade aus. Sie können die täglichen Frustrationen des Lehrerdaseins nicht mehr ertragen (als gäbe es dies in anderen Berufen nicht ebenso). Sie sind nicht mehr willens und fähig, Konflikte an ihrem Arbeitsplatz auszuhalten, Konflikte mit Schülern, mit Kollegen, mit der Schulaufsicht, Konflikte mit ihrer eigenen Vorstellung von linker Pädagogik, als gäbe es die noch, als wäre sie in den staatlichen Schulen je möglich gewesen. Die Erkenntnis einer veränderten historischen Realität, der riesengroßen Diskrepanz zwischen ihren Vorstellungen und der Wirklichkeit von Schule war für sie ein solches Aha-Erlebnis, daß sie nun glauben, dies als neue Heilslehre wie Missionare aller Welt mitteilen zu müssen. Ich respektiere die Entscheidung eines jeden Aussteigers, kann sie verstehen, da mir der Schulalltag nichts Fremdes ist. Ich weigere mich aber hierin eine neue politische Programmatik zu sehen.
Ich möchte hingegen mit Lehrergenossen darüber diskutieren, wie ich mich, ohne mich völlig aufzugeben, in der Institution Schule dennoch realisieren kann, woran ich mich orientieren kann und soll, ohne in ständische Bornierthiet zu verfallen. Ich brauche dazu ihre Erfahrung und Solidarität.
Eine andere Gruppe von Genossen sieht in der Schularbeit nur noch die materielle Basis für ihre subjektive Bedürfnisbefriedigung. Sicherlich ist es befriedigend, das Harfespiel zu erlernen, an eigenen Töpferscheiben und Webstühlen zu arbeiten, den Garten der kürzlich erworbenen Datscha zu bepflanzen und zu pflegen; sicherlich ist es erholsam, durch die einsame Bergwelt Alaskas zu wandern, Sri Lankas unverbrauchte Natur zu bestaunen, sich am Strand der Malediven zu aalen; sicherlich ist es genußvoll, zum gedünsteten Lachs einen Elsässer Riesling, zum Lammrücken einen Chablis, zur ausgewählten Käseplatte einen hervorragenden Bordeaux zu schlürfen oder im Herbst eine Tour durch Frankreichs sternegeschmückten Restaurants zu machen; sicherlich ist es bedeutsam, ab und an individuelle Nabelschau zu halten, Therapien dieser oder jener Art zu veranstalten (wenn möglich auf Kreta, bitteschön), die Beziehung neu zu überdenken. Ziel unserer politischen Vorstellungen und unseres politischen Handelns sollte in der Tat die Aufhebung des entfremdeten Individuums, sollte die physische und psychische Genußfähigkeit sein. Aber ich kann doch nicht das Ziel erreichen wollen über das staatliche Bonussystem für angepaßtes Wohlverhalten, zumal dies auf tönernen Füßen steht. Ich will mich auch nicht vereinzeln lassen durch das Ausleben zugewiesener Statussymbole. Ich möchte mich dennoch einmischen, auch meinen Alltag verändern im gemeinsamen Handeln mit den Genossen. Ich brauche dazu ihre Erfahrung und Solidarität.
Sicher kann jeder, je nach Frontverlauf, noch andere Rückzugsgefechte benennen. Mir fallen noch die schon erwähnten Kreuzchensozialisten ein, dann die Aktionshüpfer, die jeden Furz am Arsch der Welt schon für ein neues Grandola halten. Ich glaube allerdings, daß uns das allemal nicht weiterbringt auf dem Weg zur Realisierung unserer Vorstellungen. Münchhausen konnte sich zwar am eigenen Zopf aus dem Morast ziehen, aber der Mann hieß eben Münchhausen. Ich weiß auch, daß große moralische Appelle uns nicht weiterhelfen. Ich weiß nur, daß wir allesamt nicht so weiterwurschteln können, sonst werden wir vereinnahmt, gerade von denen, die wir zurecht für unsere Gegner halten. Ich möchte mit den Genossen die Vergangenheit aufarbeiten und unsere politische Zukunft neu bestimmen. Ich brauche dazu ihre Erfahrung und Solidarität.

HELMUT BURGWINKEL

anabas

Anabas-Verlag, Unterer Hardthof, 6300 Gießen

Lehrer kalender

Die Ausgabe 1980/81 (von August 1980 bis Juli 1981) bringt auf 352 Seiten ein anregendes Kalendarium mit Notizen zu Schule, Alltag und Politik – mit vielen Karikaturen, Fotos, Collagen. Dazu Materialien für Vertretungsstunden, eine große Übersicht über Unterrichtseinheiten mit Bezugsquellen und Informationen für Klassen mit vielen Gastarbeiterkindern.
Gebunden, flexibler Einband, 8,50

Hinz/Mittig/Schäche/Schönberger (Hrsg.)

Die Dekoration der Gewalt

KUNST UND MEDIEN IM FASCHISMUS

Architektur, Stadtplanung und NS-Siedlungspolitik, Industrie- und Arbeitsdarstellungen in der NS-Kunst, historische Festzüge und das von ihnen intendierte Geschichtsbild, Warenästhetik, Design, Produktionsästhetik („Amt Schönheit der Arbeit"), Fotomontage, Reklame, die Rolle von Bild und Lichtbild im Medienverbund werden untersucht.
276 Seiten, üb.300 Abb., DM 28,–

WILLIAM HOGARTH

Das graphische Werk

Hogarth (1697–1764), englischer Maler, Kupferstecher, Radierer und Kunsttheoretiker, ist der Schöpfer der modernen Karikatur – ein bedeutender Realist und scharfer Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft.
Pb., ca.320 S. Gorßformat, ca.300 Abbildungen, ca. DM 29,80 (Juli 80)

Zuwendung als Lohnarbeit

Bild: Grützke

Der folgende Artikel – es handelt sich dabei um einen Vorabdruck aus "päd.extra sozialarbeit" – befaßt sich in einer Art Bilanz mit der derzeitigen Situation der Beschäftigten in sozialen Institutionen. Deutlich wird dabei, daß sich die Ebenen der Auseinandersetzung allmählich verschieben: wo noch – auch unter politisierten Sozialarbeitern – in den letzten Jahren vorrangig die Frage der Professionalisierung und damit auch die Wahl der geeigneten Methoden und therapeutischen Verfahren im Vordergrund standen, geht es jetzt offenbar zunehmend um die Frage des Überlebens in der Institution.

Bei der Interpretation beider Tendenzen fällt allerdings eines auf: das Problem des Nutzens und der Legitimität von Institutionen wird dabei kaum berührt; während Methodendiskussionen davon ablenkten, indem sie die Bewältigung von Interaktionen in den Vordergrund stellten, geht es hier eher um die Rolle des Sozialarbeiters und dessen Beziehungssystem, also Reduktion des Problems auf die kleinste Einheit, nämlich sich selbst. Konsequent hat diese Art der Analyse auch zur Folge, daß die Ausweitung der sozialen Dienste auf nahezu alle Lebensbereiche von den Autoren als gesellschaftlich notwendig betrachtet werden muß. Nur kann diese Ausweitung eben verschiedene Ursachen haben, nämlich die Produktion von Nachfrage durch die Institution und ihre Experten selbst, indem sie für unzählige alltägliche Konflikte ihre Dienstleistungen als unabdingbar anbiete und somit dazu verführen, Problembewältigungen aus dem Alltag auszuklammern und an diese zu delegieren; als Ursache kann auch mitwirken die Neudefinition von Normalität und damit dessen, was als behandlungsbedürftig gilt, also die Ausdehnung von psychologischen Interpretationen sozialer Probleme.

Die Klärung der Frage des Überlebens in einer kaum erträglichen Lage, in der sich der Sozialarbeiter befindet, erfordert daher sicher nicht nur die Analyse der Widersprüchlichkeit, in der er sich faktisch befindet (einerseits Emotionalität zu vergeben, andererseits Lohnarbeit zu betreiben); auch nicht das enge Zusammenrücken der Kollegen, indem man sich gegenseitig Wärme unter Professionellen gibt. Vielmehr muß diese Analyse darüber hinaus die Legitimität und Sinnhaftigkeit sozialer Institutionen in Frage stellen, die Konfliktmanagement nach außen und innen betreiben, vorrangig der eigenen Selbsterhaltung dienen und den Dienstleistungsempfänger strukturell ignorieren. Der zweifelnde Verweis der Autoren auf alternative Projekte besteht hier sicherlich zu Recht, da sie aufgrund bisheriger Erfahrungen oft kein Gegengewicht zur traditionellen Sozialarbeit darstellen, sondern offenbar bestenfalls ihre fortgeschrittenste Form

CHRISTA SONNENFELD

1. Sozialarbeit als Beziehungsarbeit

Nicht mehr materielle Fürsorge für Randgruppen ist die vorrangige Aufgabe der Sozialarbeit, sondern die orientierende Lebenshilfe für beinahe jedermann: vom Beratungsgespräch und gezielten Bildungsangeboten über Gestaltung von Freizeit bis hin zur Übernahme von Erziehung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Alten.

Die Notwendigkeit derart umfassender staatlicher Lebenshilfen ist entstanden mit der Zersetzung sozialer Lebenszusammenhänge und mit der tiefgreifenden Veränderung gesellschaftlicher Verhaltensanforderungen:

- zum einen haben bäuerliche und handwerkliche Produktionsformen im Verhältnis zur Lohnarbeit an Bedeutung verloren, hat die Erwerbstätigkeit der Frauen zugenommen, sind gewachsene Nachbarschaften und Milieus durch Verkehrs- und Stadtplanung zerstört worden und haben traditionelle Wertsysteme jegliche Plausibilität verloren, ohne durch neue ersetzt worden zu sein;
- zum anderen stellen die klassischen Arbeitstugenden wie jahrzehntelange Treue zum Unternehmen und konstante Fixierung auf eine Arbeitstätigkeit keinen tauglichen Kompaß für die Lohnabhängigkeit mehr dar. Notwendig ist die Bereitschaft, seine Arbeitskraft mobil zu halten, sich auf ständige Veränderungen einzustellen und sich in dem Dickicht komplexer sozialstaatlicher Regelungen zurechtzufinden.

Die durch das Zusammenwirken dieser Entwicklungen desorientierte und sozial isolierte Kleinfamilie ist mit der Aufgabe überfordert, Kinder auf die gesellschaftlichen Verhaltensanforderungen vorzubereiten.

Bezahlte Arbeitskräfte (Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher etc., die wir im folgenden "Beziehungsarbeiter" nennen) müssen professionell die Leistungen erbringen, die vormals Familie und sozialer Lebenszusammenhang naturwüchsig bereitstellten.

Ist bereits der private Bereich der Familie aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausgegrenzt, steht aber noch durch die gemeinsame Bewältigung von Reproduktionsaufgaben in einem materiellen Zusammenhang, so gewinnt professionelle Beziehungsarbeit meist als zusammenhanglose "reine" Emotionalität und Beziehungsbereitschaft einen weitaus höheren Grad an Künstlichkeit; sie dient als "soziales Schmieröl" für eine zergliederte Lebenspraxis.

Die Arbeitskraft von Beziehungsarbeitern soll Qualitäten zur Verfügung stellen, die sonst fast ausschließlich in die Sphäre der Privatheit verwiesen sind: emotionales Interesse, Zuwendung, Bereitschaft sich persönlich einzulassen. In besonderer Weise ergibt sich hier ein Widerspruch zwischen dem geforderten Arbeitsinhalt und der gesellschaftlichen Organisation dieser Tätigkeit als Lohnarbeit. Erfordert industrielle, handwerkliche und administrative Lohnarbeit nur ein begrenztes instrumentelles und funktionales Interesse am Arbeitsinhalt, so ist der Beziehungsarbeiter genötigt, seine Gesamtperson als Arbeitsmittel einzusetzen. Daran ändern alle Versuche nichts, diese Tätigkeit durch Professionalisierung und Ausbau methodischen Wissens sozialtechnisch handhabbar zu machen, um sie den üblichen Verwertungsbedingungen von Lohnarbeit anzugleichen. Der besonders krasse Widerspruch zwischen Form und Inhalt von

Beziehungsarbeit kann ebensowenig durch die These von der "Gleichgültigkeit der Lohnerzieher" (Heinsohn/Knieper) gelöst werden, die allein aus der formalen Seite Folgerungen für Verhalten zieht und damit die inhaltlichen Verhaltenszwänge nicht berücksichtigt.

2. Verwaltete Schicksale, schmuddeliger Alltag und Sesselpädagogik

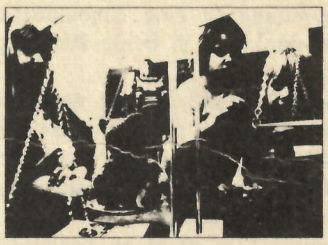
Die Problematik von Beziehungsarbeit erfährt eine unterschiedliche Verdichtung je nach Arbeitsschwerpunkt, Adressatenkreis und institutionellem Rahmen. Hinsichtlich der Tätigkeitsmerkmale sozialer Arbeit lassen sich im wesentlichen drei Schwerpunkte unterscheiden: administrative, sozialpädagogische und therapeutisch-beraterische Tätigkeiten.
Eine überwiegend **administrative Tätigkeit**, wie sie nach wie vor von einem Großteil der Sozialarbeiter in den Ämtern verrichtet wird, steht in besonders ausgeprägter Diskrepanz zu dem in der Ausbildung mittlerweile durchgängig vermittelten Berufsbild des psychosozialen Fachmannes. Der Rahmen von Raum und Zeit wird durch die Logik der Verwaltung definiert. Gegenüber der besonderen emotionalen Qualität von Beziehungsarbeit dominiert hier der Zwang, Menschen und Schicksale zu verwalten. Die damit abverlangte, oftmals an Zynismus grenzende Gefühlsneutralität schafft für die Sozialarbeiter eine Kränkung ihres beruflichen Selbstbildes, die viele durch Abstumpfung und die Übernahme spezialer Rationalisierungsmuster zu verkraften versuchen. Andere bauen sich zur Entlastung eine Nische sozialpädagogischer Betätigung in ihre berufliche Praxis ein (z.B. eine Frauengruppe von Sozialhilfeempfängerinnen, Beratung einer Jugendwohnung, Konzentration auf bestimmte Problemfamilien etc.).
Was hier den Verwaltungsjob aushaltbar machen soll und eine attraktive Abwechslung darstellt, bedeutet für die Beziehungsarbeiter im **sozialpädagogischen Arbeitsfeld** den Streß fortwährender Alltagsbewältigung mit Kindern, Jugendlichen, Familien, Alten oder Kranken.
Extrem ist diese Belastung in stationären Einrichtungen wie Heimen, aber auch z.B. im Bereich der offenen Jugendarbeit in Freizeitheimen. Kennzeichnend für diese Tätigkeiten ist die Diffusität der Abläufe: für alles zuständig zu sein, nichts "richtig" machen zu können, umfassend verfügbar sein zu müssen, das Gefühl zu haben, keine "wirkliche" Pädagogik im Sinne gezielter Problembearbeitung zu betreiben.
Am ehesten vergleichbar ist die Arbeit der "öffentlichen Mütter und Väter" (Aly) der von Hausfrauen. Mit ihr teilt sie zudem die gesellschaftliche Unterbewertung, was für Fachoberschulabsolventen mit einem ingenieurähnlichen Qualifikationsniveau eine besondere Kränkung ihres beruflichen Selbstwerwertgefühls bedeutet.
Die mit der inneren Logik des sozialpädagogischen Alltags verbundene Raum-Zeit-Struktur sperrt sich gegen die verregelte Form von Lohnarbeit und läßt sich nicht bruchlos formal-starren Regelungen anpassen, die den inhaltlichen Erfordernissen von Beziehungsarbeit entgegenstehen. Deshalb sind die Beziehungsarbeiter in diesem Bereich nicht selten gezwungen, den formal vorgegebenen Rahmen von Raum und Zeit zu überspringen und Mehrarbeit zu leisten, um Arbeitsziele ansatzweise erreichen zu können (z.B. in einer Krise der Jugendzentrums-Arbeit mit den Jugendlichen ein Wochenende wegzufahren.)
Dagegen haben Sozialarbeiter in **therapeutisch-beraterischen Funktionen** eine weitaus größere Chance, ihre Arbeitssituation der anerkannter, qualifizierter Berufe anzupassen. Klinischer Rahmen, klares "setting", ausgewählte Methoden, programmierter Zeitablauf, Erfolgskontrolle und eingrenzbare Belastung rücken sie in die Nähe von Ärzten und Psychologen, freilich immer eingebunden in Institutionen und ohne die Möglichkeit des Kleinunternehmens Privatpraxis.
Die hier erheblich eingeschränkte Belastung – nämlich in der klinischen Beratungsfunktion nicht der Zerrissenheit des Alltags der Klienten ausgesetzt zu sein – bringt die Beziehungsarbeiter andererseits um die Möglichkeit der Einwirkung auf diesen Alltag, verurteilt sie zu einer abgehobenen "reinen" Interaktionsbeziehung, in der es überhaupt kein gemeinsames Drittes mehr gibt und in deren Gestaltung Sozialarbeiter speziell ausgebildeten Therapeuten unterlegen bleiben müssen. Solange sozialtherapeutische Konzepte "vor Ort" eine seltene Ausnahme darstellen, muß der Versuch, den Klienten bei der Integration seiner Erfahrungsbereiche zu unterstützen, sich in der Regel darauf beschränken, eine ungesicherte Hoffnung zu vermitteln.
Das genuine Feld des Beziehungsarbeiters ist also mit gleitenden Übergängen zwischen bürokratischer Verwaltung und Psychotherapie vor allem in der sozialpädagogischen Alltagsbewältigung angesiedelt, auf die wir im weiteren hauptsächlich Bezug nehmen.

3. Objektive Anforderungen und psychische Belastung

Professionelle Beziehungsarbeit unterliegt der Prämisse, individuell zu bearbeiten, was gesellschaftlich produziert wird, und zwar in einem institutionellen Rahmen, der selbst das individuelle Eingehen auf die Erfordernisse der Betroffenen strukturell behindert. Der Rahmen ist für die Beziehungsarbeiter allerdings durchaus ambivalent, nicht nur Hindernis. Er ist zugleich Schutz vor der totalen Verausgabung, die einträte, hätten die Beziehungsarbeiter die ständig gemachten Beziehungsversprechen wirklich einzulösen. Damit trägt er dem objektiven Lohnarbeiterstatus Rechnung, der auch die Beziehungsarbeiter zur Schonung ihrer Arbeitskraft zwingt. Dieser Rahmen ermöglicht es z.B. einem 22-jährigen Sozialarbeiter, der persönlich noch weitgehend auf der Suche nach seiner Lebensform ist, mit Kindern und Jugendlichen als "Experte" zu arbeiten, ohne erzieherischen Erfahrungshintergrund, aber mit der Autorität der Institution im Rücken. Er kann sich dies zutrauen, weil er weiß, daß er nicht allein die Verantwortung trägt.
Aber: die eingeschränkte Verantwortung des einzelnen Beziehungsarbeiters und die Aufteilung der Beziehung zum Klienten nach der Eigengesetzlichkeit institutioneller Struktur auf mehrere professionelle Schultern (z.B. in einem Viererteam, das für eine Heimgruppe zuständig ist) läßt die persönliche menschliche Erfahrung zwischen dem Sozialpädagogen und dem Betroffenen nur bruchstückhaft zu. Eine mögliche positive Entwicklung, falls es dazu kommen sollte, ist damit auch nicht auf die Personalität des Einzelnen zurückzu-

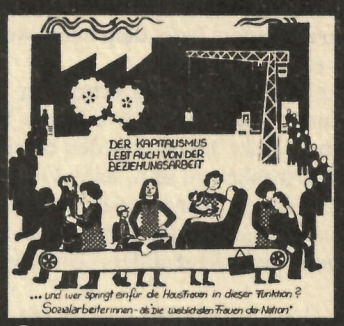
Bei Vorauszahlung (Scheck/Briefmarken) portofreie Zusendung, Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

INFORMATIONSDIENST ARBEITSFELD SCHULE



Schwerpunktthema:
KINDHEIT UND LERNEN
* Berichte und Protokolle des Glockseeschul-Kongresses *
Ausserdem: Der Kinderstaat - Ein sozialkundlicher Erfahrungsbericht und Berichte aus der GEW Westberlin
40
Offenbach, im März 1980
Einfachnummer, Preis DM 6,–

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



♀ Schwerpunktthema:
FRAUEN UND SOZIALARBEIT
23
Offenbach im Juni 1979
Doppelnummer · Preis DM 8,–

Info Arbeitsfeld Schule, Heft 40
KINDHEIT UND LERNEN
● Berichte und Protokolle des Glockseekongresses – aus den Arbeitsgruppen: Kindheit in den 70er Jahren – Kindheit/Tätigkeit/Gegenstandsbezug – Pädagogische Arbeit mit Arbeiterkindern – Elternarbeit – Probleme geschlechtsspezifischer Sozialisation ● Der Kinderstaat – ein sozialkundlicher Erfahrungsbericht ● GEW Berlin ●
88 Seiten, broschiert, DM 6,–.

In Vorbereitung:
Info Arbeitsfeld Schule, Heft 41
AUSLÄNDERKINDER IN DEUTSCHEN SCHULEN
(erscheint Ende Mai 1980)
Info Sozialarbeit, Heft 26
NEUSTRUKTURIERUNG SOZIALER DIENSTE
(erscheint im Juni 1980)

führen, kann also nicht zu einer befriedigenden Bestätigung werden.
Für die Überprüfung der Beziehung zum Klienten gibt es ohnehin recht unsichere Kriterien, da sie sich nur in sehr geringem Maße an der Bewältigung gemeinsamer konkreter und gegenständlicher Aufgaben festmachen kann (das Frühstück im Heim gestalten oder eine Fête im Jugendzentrum organisieren).
So entsteht ein unentwirrbares Gemisch von einerseits Aufwertung und Bestätigung durch das Wissen um die eigene Wichtigkeit für die Zuwendungsbedürfnisse der Klienten und andererseits Erfolglosigkeit und Entwertung durch die strukturbedingten Begrenzungen.
Zugleich bleiben die durch die Beziehungsintensität zwangsläufig auch auf Seiten des Beziehungsarbeiters geweckten Bedürfnisse nach Nähe, Gegenseitigkeit und Verständnis weitgehend unbefriedigbar. Die sozialpädagogische Beziehung ist eine Einbahnstraße, die allenfalls punktuell in beide Richtungen befahrbar ist.
Der Fließbandeffekt ständig neuer Klienten trägt dazu bei, sich mit der Ausweglosigkeit dieses Dilemmas abzufinden. Es ist auch durch eine aufgesetzte politische Anspruchspädagogik (gemeinsame sozialistische Zukunft irgendwann) auf Dauer nicht zu bewältigen, erst recht nicht in Zeiten politischen Roll-backs.
Aus diesen widersprüchlichen Faktoren ergibt sich die hohe psychische Belastung professioneller Beziehungsarbeiter: es ist notwendig, auf die Erwartungen der Betroffenen partiell einzugehen und dabei den Mißerfolg immer schon einzukalkulieren. Man tut es dennoch, um sich die Zuwendung der Klienten zu erhalten, die man braucht, um arbeitsfähig zu bleiben. Die damit verbundenen kleinen Teilerfolge schaffen die "unendliche Vorlust", die den Beziehungsarbeiter motiviert, "weiter dran zu bleiben", auf den letztlichen Erfolg hinzuarbeiten, von dem man weiß, daß er nicht eintreten wird.
Diese Leistung ist nur zu erbringen um den Preis einer Abspaltung des eigenen lebendigen Selbst, einer Leugnung des eigenen Bedürfnisses, fröhlich zu sein, seine Gefühle ausleben zu können, seine Möglichkeiten zu erfahren und sich nicht fortwährend an den Erwartungen des Gegenübers orientieren zu müssen.
Unabhängig von der Biographie des Einzelnen und seinen tatsächlichen Verarbeitungsformen setzen diese Verhaltensanforderungen dem Beziehungsarbeiter einen Rahmen psychischer Belastung, der die Elemente einer latenten Depression beinhaltet. Wie psychoanalytische Untersuchungen vermuten lassen, trifft diese strukturell vorgegebene Tendenz auf Individuen, bei denen häufig eine Bereitschaft zu dieser Form psychischer Verausgabung für den anderen bereits in der biographisch begründeten Motivation für Sozialberufe vorhanden ist.

4. Auswirkungen auf das "Privatleben"

Verbinden andere Lohnabhängige mit Freizeit und Privatleben die Hoffnung auf emotionale Geborgenheit, soziale Kontakte etc., so ist all dies für den Beziehungsarbeiter Gegenstand seiner professionellen Bemühungen, allerdings mit der beschriebenen Tendenz zur Einseitigkeit. In diesem Sinne wird er schon in seiner Arbeitszeit auch als Privatperson beansprucht; bei der in der Arbeit und im Privatleben geltenden Vorrangigkeit von Emotionalität wird die Grenze zwischen den beiden Bereichen uneindeutig. Eindeutig ist die Grenze allerdings im Hinblick auf das emotionale Nachholbedürfnis, mit dem der Beziehungsarbeiter nach Hause kommt: er wünscht sich wirkliche Gegenseitigkeit und die Möglichkeit, sich passiv fallen zu lassen. Die für die Privatsphäre angestrebte Gegenseitigkeit kommt aber nur schwerlich zustande. Die professionelle Rolle, ständig reifer Erwachsener mit Überblick sein zu müssen, und die berufsbedingte Sensibilisierung für zwischenmenschliche Beziehungen stellen eine Überforderung dar, die in der Reaktionsbildung nicht selten zu einer übermäßig ausgeprägten regressiven Bedürftigkeit in der Privatsphäre führt. Die Aufspaltung von reflektiert-vernünftiger und regressiv-bedürftiger Emotionalität wird als problematische Zerrissenheit erlebt.
Um diese Zerrissenheit abzuschwächen, versuchen Beziehungsarbeiter, die Grenze zwischen ihrer Arbeit und ihrem Privatleben punktuell zu überwinden, vor allem dort, wo es möglich ist, eigene Interessen in die Arbeitstätigkeit zu integrieren (z.B. das Auto mit Jugendlichen reparieren, eine Foto-AG im Jugendzentrum machen). Wird ein den Beziehungsarbeiter wie den Klienten gleichermaßen interessierender gemeinsamer Gegenstand gefunden, kann die Belastung der einseitigen Beziehung herabgesetzt werden. Darüber hinaus wird zu einzelnen Klienten nicht selten ein Stück privater Nähe hergestellt, wodurch allerdings zusätzlich belastende konfliktträchtige Verstrickungen entstehen können.
Noch problematischer ist die Grenzverwischung in die andere Richtung, aber ebenso oft anzutreffen: nämlich den professionellen Zugang zu Beziehungen auch in der Privatsphäre nicht aufgeben zu können und mit Freunden und Bekannten, zumeist auch aus der "Psychobranche", endlose und sich verselbständigende "Beziehungsklärungen" zu betreiben.

5. Umgangsformen mit der Problematik

Den größten Einfluß auf die Ausprägung und Verdichtung des emotionalen Nachholbedürfnisses hat die Kooperation mit den Kollegen am Arbeitsplatz, deren Gestaltung wesentlich von den institutionellen Bedingungen abhängig ist. Je größer die Möglichkeiten kollektiver Selbstreflexion, der gemeinsamen Bearbeitung der Probleme und der daraus entstehenden Belastung, desto erträglicher wird professionelle Beziehungsarbeit.
Zudem sind Kollegen, mit denen ein intensiver Austausch besteht, in besonderer Weise geeignete Adressaten für die im Kontakt mit den Klienten entstehenden Kompensationsbedürfnisse. Es kommt dann zu einer Vielzahl informeller Bindungen, die über den beruflichen Bereich hinausreichen, vom sogenannten "Klüngel" bis hin zur beruflich-privaten "Sektenbildung" der Mitarbeiter einer Institution, die ihre ganz eigene Form der Verselbständigung gefunden haben.
Die informelle Kooperation am Arbeitsplatz ermöglicht aber auch Strategien, mit denen die Arbeitsbelastung subtil unterlaufen werden kann. Dies geschieht eher in Arbeitsbereichen, in denen die Distanz zu den Klienten größer und der Zugang zu ihnen formalisierter ist. Die praktizierten Formen "informeller Sabotage" (vor allem in Behörden und Verwaltungen) weisen dann durchaus Parallelen zu den von der Betriebssoziologie für den industriellen Sektor beschriebenen Phänomenen auf. Man denke etwa an das Streichholz in der Telefongabel, das dem Vorgesetzten die Nichtbeanspruchung und dem Klienten die Überbeanspruchung suggerieren, oder auch an die dringenden Konferenzen, zu denen man von Kollegen plötzlich gerufen wird, wenn es mit einem Klienten im Büro etwas zu laut zugeht.
Dagegen sind Beziehungsarbeiter, die in einen intensiven Alltag mit den Betroffenen eingebunden sind, mehr auf Arrangements mit den Klienten selber angewiesen, wenn sie sich Möglichkeiten der Entlastung schaffen wollen (z.B. flexiblen Umgang mit der Dienstzeit). Ein derartiges Zusammenwirken setzt Belastbarkeit des Klienten voraus: er darf sich nicht allzu abhängig vom Beziehungsarbeiter fühlen (mit den "reiferen" Jugendlichen in einer ausgelagerten Wohngemeinschaft eher möglich als mit einer Gruppe "Neuer" im Heim).
Diese kooperativen Entlastungsmöglichkeiten können aber wenig daran ändern, daß professionelle Beziehungsarbeit im intensiven alltäglichen Kontakt nur für einen begrenzten Zeitraum auszuhalten und überhaupt ansatzweise effektiv zu leisten ist. Es sei denn, man rettet sich in eine masochistische Identifikation mit der Institution oder in neurotische Bindungen zu einzelnen Klienten.
Dem Beziehungsarbeiter, der die alltägliche Nähe zum Klienten verlassen will, bieten sich verschiedene Möglichkeiten: Entweder er steigt ganz aus der Sozialarbeit aus, oder er steigt in der Institution auf bzw. qualifiziert sich qua Zusatzausbildung, Studium o.ä. vom Klienten weg. Einige Beziehungsarbeiter entwickeln dagegen eigene Einrichtungen und alternative Projekte, um den Zwängen der Institution zu entgehen. In diesen Projekten wollen sie den Versuch machen, die professionell geweckte Sensibilität für psychische Verelendung und die Hoffnungen auf alternative Zwischenmenschlichkeit im alltäglichen Vorgriff auf andere gesellschaftliche Bedingungen konkret werden zu lassen. Ob die speziellen Belastungen, die im begrenzten Rahmen eines Projektes in der Auseinandersetzung mit den Außenbedingungen und dem psychischen Binnendruck entstehen, auf Dauer weniger anstrengend sind, muß zumindest bezweifelt werden.

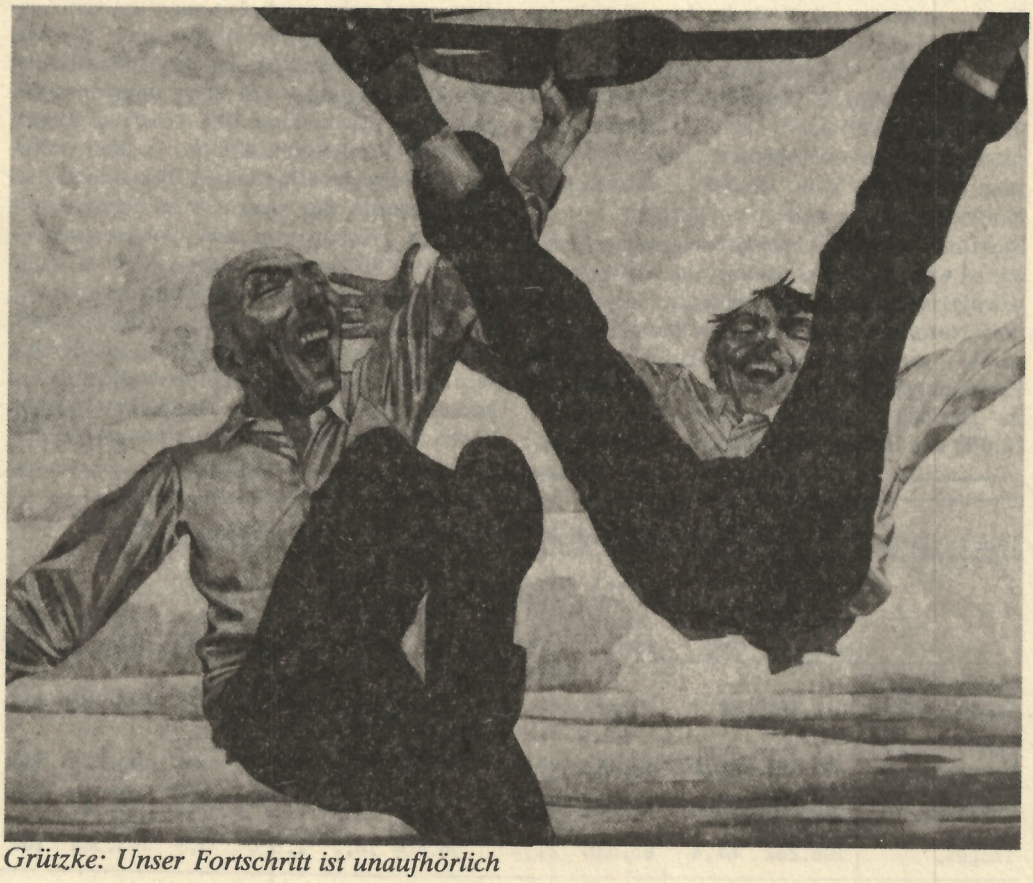
RENATE BLUM-MAURICE
ERHARD WEDEKIND

(Vorabdruck aus päd.extra)

TECHNISCHE INTELLIGENZ

Meßdiener des Fortschritts?

Zu Beginn der sechziger Jahre eröffnete Serge Mallet eine große Debatte innerhalb der westeuropäischen Linken mit seinen Thesen zur "Neuen Arbeiterklasse", die der Veränderung des traditionellen Proletariats im Spätkapitalismus Rechnung trugen. Intensiviert wurde die Diskussion vor allem durch Marcuses breit gelesenes Buch "Der eindimensionale Mensch", in dem er überzeugend nachwies, daß die Produktivkräfte ihre Unschuld verloren haben: Technik und Technologie tragen unter Bedingungen entfremdeter Arbeit zur größeren Beherrschbarkeit der Menschen bei. In der Protestbewegung der sechziger Jahre wurde Wissenschaft als Produktivkraft auch unter dem Gesichtspunkt künftiger Berufsrollen im Hinblick auf den "Langen Marsch durch die Institutionen" diskutiert. Welche konkreten Organisationsformen aber den Wissenschaftlern bevorstanden, war weitgehend unbekannt. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zwingen zu neuen Überlegungen.



Grützke: Unser Fortschritt ist unaufhörlich

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit etwa eine halbe Million Ingenieure und Naturwissenschaftler, ungefähr 600.000 Techniker aller Art, jeweils etwa 100.000 Laboranten und Technische Zeichner sowie ca. 125.000 Industrie- und Werkmeister. Natürlich sind derartige Zahlen für sich genommen ziemlich blutleer. *Rein quantitativ* gesehen jedenfalls scheinen die Hoffnungen nicht ganz unbegründet gewesen zu sein, die vor 10, 15 Jahren vielerorts auf das kritische Potential der "Technischen Intelligenz" gesetzt worden sind.

Wie sehr diese Hoffnungen empirisch enttäuscht wurden, ist bekannt. Die Ursachen hierfür dürften Teil des komplexen Bedingungszusammenhangs sein, der zu der inzwischen sehr weitreichenden Entzauberung der Wissenschaft (als Destruktivkraft) und der korrespondierenden Bestürzung über die menschen- und naturfeindlichen Planierungsfolgen insbesondere der großtechnologischen Realisierungsformen geführt hat.

Die Hoffnungen auf die soziale und politische Funktions-Tüchtigkeit der Technischen Intelligenz waren seinerzeit in zwei – nur teilweise konträren – Interpretationen gefaßt worden:

1. Der These von der "neuen Arbeiterklasse" (als neuem, gleichsam höherqualifizierten "revolutionären Subjekts").

● mit der wohl pointiertesten Fassung in der Theorie Sohn-Rethels, derzufolge sich in den Trägern der technischen Intelligenz so etwas wie eine "neue gesellschaftliche Synthesis" vollziehe, d.h. eine auch personell identifizierbare Verfügung über den Zusammenhang des gesellschaftlichen Wissens, mit der folgenreichen Zusatzannahme einer möglichen Reintegration von geistiger und körperlicher Arbeit.

2. Der Annahme einer strukturell grundlegenden "Proletarisierung" auch der neuen, fachlich qualifizierten Fraktionen der Klasse, die ihre Subsistenz ausschließlich über den Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware gewinnen kann.

Die inzwischen erkennbaren Bedingungen, Mechanismen und Folgen der sozialstrukturellen Durchorganisation und systematischen Einbindung "der technischen Intelligenz" in die vorherrschenden Formen der Kapitalverwertung legen natürlich zumindest die Vermutung nahe, daß beide Thesen grund-falsch gewesen sind. Nicht in dem Sinne, daß sie konkret-historische empirische Bedingungen nicht zureichend berücksichtigt hätten. Das wäre als Kritik etwas zu billig. Sondern grund-falsch im Sinne ihrer *systematischen theoretischen Begründung*.

Was mit dieser Kritik gemeint ist, läßt sich in **drei Thesen** zusammenfassen:

1. Die *grundlegenden Strukturveränderungen in der gesellschaftlichen Organisationsform des Wissens* wurden auch nicht im Ansatz mitbedacht, obwohl der Zusammenhang von enormer quantitativer Ausweitung der Tätigkeitsbereiche, in denen technische Intelligenz funktional gefordert wurde, und den in den materiellen Produktionsbedingungen/-verhältnissen institutionalisierten Kontroll- und Herrschaftsinteressen (s. Braverman) zumindest die Notwendigkeit hätte vorgeben müssen, auf grundlegende Veränderungen in der *Gesellschaftsformation* zu achten.

2. Die mittelbar und unmittelbar durch diese Veränderungen (in der gesellschaftlichen Organisationsform des Wissens) auch im *Bereich der unmittelbaren Produktion* ausgelösten – bzw. von diesen erst ermöglichten – Strukturveränderungen wurden nicht einmal geahnt. (Was heute unter den Stichworten "elektronische Miniaturisierung", "Prozeßautomatisierung", "Integration von software und hardware", EDV-Verbundsysteme allmählich zusammenwachsender Produktions- und Organisationssteuerung, "Personal-Informationssysteme" usw. diskutiert wird, ist ja prinzipiell nicht mehr als "rein technologische Revolution" zu begreifen, sondern als grundlegende Veränderung der sozio-technischen Organisationszusammenhänge, mit einem sich allmählich verändernden Stellenwert der materiellen Produktion.

3. Nur wenn man die in den beiden ersten Thesen angedeuteten Strukturveränderungen systematisch berücksichtigt, wird es möglich, den spezifischen Charakter dessen zu kalkulieren, was "Verfügung über das gesellschaftliche Wissen" heißt: Die 1. These impliziert eine Organisationsform des Wissens, in der die konkreten Personen – die einzelnen Ingenieure oder Physiker – immer weniger als Träger/"Subjekt" des Wissens bestimmt werden können, sondern Generierung, Transformation und Anwendung des Wissens immer mehr als organisatorisch geregelter Funktionszusammenhang des Wissens definiert sind. **Die Organisation verfügt über "die technische Intelligenz" durch die Art und Weise, in der sie** die Technische Intelligenz **denken läßt**. Das aber ist zugleich nur möglich – und das bedeutet wohl eine neue Formation des Widerspruchs von Tauschwert und Gebrauchswert ("Funktionswert", s.u.) –, wenn der Zusammenhang der aufgespaltenen, klein-geheckselten und hochspezialisierten Einzel-Operationen (der sozusagen "immer schon" in der Verfügungsgewalt des organisierten Einzelkapitals ist) als *notwendiger Arbeitszusammenhang* den Arbeitsgruppen von Ingenieuren und Technikern, den Projektgruppen u.dgl., mindestens so weit verfügbar ist, daß sie die ihnen vorgeschriebenen Funktionen realisieren können.

Alle drei Aspekte haben, in dem Maße, in dem sie richtig bestimmt sind, beträchtliche Konsequenzen für die Begründung von politischsen Strategien, die die Technologie nicht nur alternativ von außen her substituieren wollen, sondern (zugleich auch) von innen her die Erzeu-

gungs- und Verwendungsbedingungen dieser Technologie bestimmen und deren mögliche immanente Widersprüche ausmachen wollen. Bevor solche Überlegungen überhaupt angestellt werden können, soll zumindest skizzenhaft bzw. pointilistisch eine grobe Begründung der in den beiden ersten Thesen behaupteten Strukturveränderungen versucht werden. In einem ersten Schritt sollen zunächst einige "Fakten" zusammengestellt werden, die (in allgemeiner Form) das Ausmaß von Konzentration und Zentralisation andeuten, das vor allen Dingen für den Tätigkeitsbereich gilt, in dem die "gestaltende Kraft" der Technischen Intelligenz sich noch am ehesten auswirken könnte: der Bereich von "Forschung + Entwicklung", also der Bereich der Erzeugung und Anwendung wissenschaftlichen und technischen Wissens. Ohne daß die Grenze allzu rigide aufgerichtet werden soll, sollen dann in einem zweiten Schritt einige Überlegungen sozusagen zur Binnenstruktur der Organisation von "Forschung und Entwicklung" im Kontext von Produktion und Vertrieb – s. "Fertigungsüberleitung", "Projektmanagement", "Wertanalyse-Gruppen" u.dgl. – folgen.

Die Wirklichkeit der Techniker

In vergleichbaren Argumentationszusammenhängen liegt eine der vernachlässigten Schwierigkeiten darin, sich zureichend darüber zu verständigen, worüber man reden und streiten will: Von dem "Physiker, den man schon seit langem sehr gut kennt" bis zur grundsätzlichen "Idee geistigen schöpferischen Arbeitens" – aber auch bis zu sinnlosen Zahlenfriedhöfen – gibt es sicher jeden nur denkbaren Wirklichkeitsbezug, vor dessen Hintergrund Kontroversen über die Technische Intelligenz (z.B.) ausgetragen werden. Im folgenden soll versucht werden, mit Hilfe einiger Daten den Wirklichkeitsbereich, auf den sich die hier vorgestellten Überlegungen vorwiegend beziehen, allmählich genauer zu bestimmen. (Tabelle 1)
Nimmt man die Zahlen nicht allzu ernst, hat man hier eine ministeriell abgesegnete Abgrenzung des professionellen Forschungspotentials der BRD, also in Umrissen die institutionell eingebundene "wissenschaftlich-technische Intelligenz" des Landes. An den Größenordnungen, die allein die Tabelle andeuten soll, ist zweierlei bemerkenswert:

- Nur etwa ein Drittel des gesamten Forschungspotentials wird von Wissenschaftlern und Ingenieuren gebildet (rechte Spalte); der hohe Anteil von "technischem" und "sonstigem" Personal verweist auf Kooperationsbeziehungen, die berücksichtigt werden müssen, jedenfalls, wenn über Technische Intelligenz im Zusammenhang mit der Trennung von "geistiger und körperlicher Arbeit" gesprochen wird.
- Fast zwei Drittel des gesamten "Potentials" der BRD sind in den Sektor "Wirtschaft" eingebunden; was immer an Überlegungen über Formen der Forschungsorganisation und Tätigkeitsbedingungen der Technischen Intelligenz angestellt wird: Ein Schwerpunkt der empirischen Bedingungen liegt hier.

Die Angaben über den "Sektor Staat" in der Tabelle 1 beziehen sich vor allem auf die öffentlich (Bund, Länder) finanzierten Großforschungseinrichtungen (GFE) – insbesondere die 12 in der AGF (Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen), von denen nur vier der wichtigsten in der Tabelle 2 aufgeführt sind – sowie die beiden wichtigsten westdeutschen Forschungsgesellschaften (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft).
Setzt man die Zahl der Beschäftigten (2. Spalte) in Relation zu der in der 1. Spalte aufgeführten Zahl der Institute, so erhält man einen Eindruck von der Größenordnung dieser Forschungs-Betriebe oder gar-Fabriken (wenn man an die zugehörige technische Ausstattung und die Arbeitsformen denkt): 50, 80, 100, in Einzelfällen aber auch einige hundert Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker u.a. arbeiten in Kooperationsformen und unter organisatorischen Bedingungen zusammen, für die die Assoziationshöfe von Begriffen wie "geistige Arbeit", "Kreativität" usw. kaum mehr angemessene Vorstellungen von den konkreten Bedingungen hervorrufen dürften.
Noch eindrucksvoller ist die Intensivhaltung und Kompaktlagerung der Technischen Intelligenz in den industriellen Großkonzernen (vgl. die Tabelle 3). Allein fünf Konzerne haben (in aller Welt) mehr als 10.000 Stück Technische Intelligenz zusammengetragen – wenn man die Tätigkeit im Bereich "Forschung + Entwicklung" als Kriterium akzeptiert.
Sieht man sich die Verhältnisse etwas genauer an, so wird diese Zuordnung nun wieder fragwürdig: Nicht einmal die Hälfte der Ingenieure und Naturwissenschaftler des Siemens-Konzerns – der weitaus größten Aufhäufung von Forschungspotential in der BRD – arbeiten im Bereich "Forschung und Entwicklung" (9.200 der insges. 21.200 Ingenieure und Naturwissenschaftler; vgl. die ff. Tab. 4). Etwa jeder vierte Hochschulabsolvent (23 %) und ungefähr jeder dritte (32 %) Fachhochschulabsolvent, der in diesem Unternehmen 1976 beschäftigt war, arbeitet im Vertrieb und in der Anlagenprojektierung.
Damit rutscht nun die Darstellung vollends in den Bereich des Banalen ab: Was hat die Tätigkeit, insbesondere im Vertrieb – bei der man an Handelsvertreter denken mag oder an "Kundenbetreuung" – noch zu tun mit den anspruchsvollen Hoffnungen und Erwartungen, die mit dem Begriff der "Technischen Intelligenz" verbunden wurden, die ihrerseits Prototyp eines emphatischen Konzepts von der reintegrierenden und gestaltenden Kraft "geistiger Arbeit" sein sollte? Sie hat. Und sogar zweierlei.
Zum einen geht es um den quantitativen Ausdruck einer außerordentlich starken Tendenz der Umstrukturierung der groß-industriellen Arbeitsbedingungen i.S. einer immer weitergehenden Ausdünnung der Arbeit im unmittelbaren Produktionsbereich. In den politischen und wissenschaftlichen Diskussionen beachtet wurde die starke Ausdifferenzierung und der Ausbau von arbeits-*vorbereitenden* und kontrollierenden Tätigkeiten im weitesten Sinne: Arbeits- und Fertigungsvorbereitung, Forschung und Entwicklung, Zeitwirtschaft, Qualitätskontrolle, Wertanalyse u.dgl. Bei diesem Bereich läßt sich leicht vorstellen, daß es sich hier um **gestaltende** Tätigkeiten handelt, deren Zusammenhang eben einen neuen gei-

Tab.1: Forschungspotential (Personen) der Bundesrepublik Deutschland, 1975

	Sektoren									
	Wirtschaft		Hochschule		Staat		Sonst.		Insges.	
	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%
Wissenschaftler u. Ing.e	61.582	59,3	25.617	24,7	15.9o8	15,3	75o	o,7	1o3.857	1oo
Technisches Personal	59.585	59,4	22.667	22,6	17.744	17,7	28o	o,3	1oo.276	1oo
Sonstige	65.o65	65,6	16.744	16,9	16.952	17,1	49o	o,4	99.251	1oo
Insges.	186.232	61,4	65.o28	21,4	5o.6o4	16,7	1.52o	o,5	3o3.384	1oo

Quelle: Bundesforschungsbericht VI, S. 43o

Tab. 2 : Staatlich finanzierte Großforschungseinrichtungen Daten, 1977)

	Anzahl der Institute/ Forschungs-zentren	Beschäftigte Personen			Etat
		insges.	davon: Wissenschaftler	Techn. Personal	
Max Planck-Gesellschaft	49	6.346	1.696	2.617	574
Fraunhofer-Gesellschaft	25	1.84o	(7oo	689	155
DFVLR - Dt.Forschungs- u. Versuchsanstalt für Luft- u. Raumfahrt	5 FZ 26	3.155	1.oo7	1.238	278
KfK - Kernforschungszentrum Karlsruhe	36	3.211	1.519	596	292
KFA - Kernforschungs-Anlage Jülich		3.39o	1.386	598	311
GMD - Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung	11	613	278	274	51,5
Staatssektor insges.		53.46o	17.1o3	9.32o	

Quelle: Bundesforschungsbericht VI

stigen **Gestaltungszusammenhang** ("Konstitutions"-Zusammenhang) zu ergeben scheint (s.u.).

Sehr viel weniger aufregend ist in dieser Hinsicht natürlich der "banale" Vertriebsbereich (in dem z.B. bei Siemens im Inland ca. 40.000 Menschen beschäftigt sind; im Ausland nahezu noch einmal so viele; zusammen nahezu jeder dritte Beschäftigte), der insbesondere in den Elektronik- bzw. EDV-Unternehmen inzwischen teilweise den größten Anteil der Beschäftigten bekommt. Ein kleines, banales Beispiel am unteren Ende der Skala der Unternehmensgröße mag das noch einmal belegen: (Tabelle 5)

Systematisch aber ist ein anderer Aspekt dieses "Vertriebs"-Problems viel interessanter: Kein Mensch käme auf die Idee, die wesentlichen Bestimmungsgründe der Tätigkeit im Vertrieb an den konkreten Personen festmachen zu wollen. Wie groß der Handlungs- oder Dispositionsspielraum bei dieser Arbeit auch immer sein mag, es ist völlig selbstverständlich, daß der Zusammenhang dieser Tätigkeiten durch den objektivierten Organisationszusammenhang der jeweiligen Wertbildungs- und (vor allem) Wertrealisations-Bedingungen gesetzt ist, die die konkreten Handlungen der einzelnen Mitarbeiter der Vertriebsorganisation vorweg in ihren Grundkonturen festlegen, diesen Zusammenhang als solchen überhaupt erst begründen. Zugleich läßt sich das spezifische Strukturierungsprinzip dieser großzügig ausgebauten Vertriebs- und Niederlassungs-Organisationen näher bestimmen *als grundlegende Veränderung der ehemaligen anonymen Markt-Funktionen, die nunmehr als institutionell geregelte, tendenziell auf Dauer gestellte Kooperationsformen organisiert werden.* Was im Bereich des "Investitionsgüter-Marketing" bereits eine jahrzehnte-alte Praxis ist – Schulbeispiel: institutionalisierte Zusammenarbeit zwischsen Maschinenbau-Firmen, den Kunststoffabteilungen der chemischen Industrie und der Textilindustrie bei der Konstruktion und Produktion neuer Textilmaschinen – wird inzwischen, entsprechend modifiziert, in immer größeren Marktsegmenten praktiziert; damit verbunden ist eine Rücknahme der traditionellen Dominanz der Kaufleute in diesem Bereich bzw. eine systematische Integration von kaufmännischen und technischen Aspekten in der Form integrierter Vertriebs-Funktionen. Damit werden nun allerdings auch im Vertriebsbereich "Gestaltungs-Funktionen" erkennbar – wie sie der Technischen Intelligenz allgemein zugesprochen werden –, aber eben in einem objektiv verbindlich vordefinierten Organisationszusammenhang, der durch die Kapitalverwertungsimperative bestimmt ist. Für den Bereich der unmittelbaren Produktion ist die Tatsache eines entsprechend objektivierten Organisationszusammenhangs seit langem bekannt. Nur im FE-Bereich im weiteren Sinne: in dem für die Verwertung des Kapitals immer wichtiger gewordenen "Gestaltungsbereich", dem vornehmlichen "Spielraum" der Technischen Intelligenz also, sollte das nicht gelten?

Stellt man die Frage so, wird sie fast zwangsläufig in eine andere Form überführt: Wie wird dieser Verfügungs- und Kontrollanspruch des Kapitals unter den spezifischen Anforderungen einer "immateriellen", "geistigen Arbeit" so umzusetzen versucht, daß die Technische Intelligenz ihren Funktionswert im Rahmen der Kapitalverwertung tatsächlich realisieren kann, aber eben in einer Art und Weise, deren Mechanismen durch den organisierten Funktionszusammenhang einer aufgeklärten Kapitalverwertung gesetzt werden?

Bereits vorweg kann vermutet werden, daß gerade auch hierfür die über den "Vertrieb" funktionsgerecht vermittelten Marktanforderungen eine ähnlich wichtige Rolle bei der organisatorischen Einbindung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten spielen, wie es (auf der anderen Seite, naheliegenderweise) der Produktionsbereich tut: Die – im Spannungsverhältnis von funktions-spezifischer Zentralisierung und möglichst weitgehender Dezentralisierung – an den Anforderungen der Fertigung ("Fertigungsüberleitung") festgezurrte Organisation der "Forschung und Entwicklung" ist bereits seit der Mitte der 60er Jahre ein Gemeinplatz im Rahmen gängiger Unternehmungsstrategien.

Vom Ende der Kreativität

Gemessen an den Arbeitsbedingungen in der unmittelbare Produktion, hatte die Arbeit der Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler in den Forschungslabors, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen der Industrie lange Zeit einen ausgesprochen luxuriösen Charakter. Wissenschaftlich/technisch-kreative Arbeit galt selbst in der Industrie bis weit in dieses Jahrhundert hinein als ein Typus von Arbeit, dem möglichst große Spielräume zugestanden werden mußten – und konnten, solange man sich der Loyalität der Techniker und Ingenieure gegenüber den Unternehmensinteressen zu versichern wußte (und solange deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl so klein war, daß die hier anfallenden Personalkosten betriebswirtschaftlich vernachlässigt werden konnten). Es gibt wohl kaum eine andere Gruppe von Lohnabhängigen in der industriell entwickelten kapitalistischen Produktion, die eine so hohe *Identifikation mit den Inhalten ihrer Arbeit* ausgebildet hat wie die Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker ("Besessenheit an der Entwicklung des technischen Fortschritts") und eine vergleichbar starke, mit ihrem beruflichen Selbstverständnis gekoppelte, Leistungsmotivation mitbringen. Dies war systematisch wohl *ebenso sehr Voraussetzung wie Folge* der Organisation von Arbeitsbedingungen der Technischen Intelligenz, die durch relativ große Spielräume ("Spielwiesen") der Selbstorganisation, Arbeitsautonomie, Dispositionsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen gekennzeichnet war. Nicht so sehr der entfaltete kapitalistische Arbeitsprozeß mit seinem repressiven, die Arbeitskraft zerstörenden Implikationen begründete die Grundstrukturen des betrieblichen Erfahrungszusammenhangs der Technischen Intelligenz – obwohl natürlich auch deren Tätigkeiten von Beginn an, zumindest lose und mittelbar, in den allgemeinen kapitalistischen Produktionszusammenhang eingebunden waren –, sondern der weitgehend von den arbeitenden Subjekten notwendigerweise selbst zu organisierende und zunächst noch wesentlich an ihr Wissen und ihre technisch-wissenschaftliche Kompetenz gebundene Arbeitsprozeß und die damit auch gesetzten intellektuell-kreativen Anforderungen bestimmten die Grundkonturen betrieblicher Alltagserfahrung.

Spätestens seit Mitte der 60er Jahre tritt immer deutlicher zutage, daß der "Hauch des Unantastbaren" – den die Rationalisierungsexperten der Arbeitswissenschaften aus ihrer Sicht in den Konstruktions- und Entwicklungsabteilungen witterten – und der damit verbundene Nimbus des Nicht-Planbaren, der Eindruck der prinzipiell nicht-rationalisierbaren krea-

Tab.3: Industrielle Großforschung (Beschäftigte), 1978

Chemische Industrie:	Insgesamt	dav.: Forschung u. Entwicklung
Hoechst Welt	179.546	13.5oo
Bayer Welt	179.ooo	rd. 11.ooo
BASF-Gruppe	115.4o8	1o.1oo
Elektroindustrie:		
Siemens Welt (1979)	334.2oo	üb. 3o.ooo
AEG Konzern	162.8oo	1o.5oo
Bosch (1977)	11o.459	6.27o
Maschinenbau:		
GHH/MAN-Gruppe (1979)	84.589	4.4oo

Tab.5: Personalstruktur in einem kleinen Computerunternehmen (CTM Konstanz, Teil der Diehl-Gruppe), 1979

	abs.	in %
Produktion	65	13,8
Verwaltung	55	11,7
Entwicklung (Hard- u. Software zus.)	12o	25,5
Vertrieb und Marketing	23o	48,9
Zusammen	47o	1oo

Quelle: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 8.4.198o

Tab. 4 : Siemens AG - Verteilung der Ingenieure und Naturwissenschaftler nach ihren Aufgabengebieten (Stand: 3o.9.1976)

Aufgabengebiete	Hochschulabsolventen in %	Hochschulabsolventen abs.	Fachhochschulabsolventen in %	Fachhochschulabsolventen abs.
Forschung und Entwicklung	ca. 6o	4.35o	ca. 35	4.85o
Fertigung	11	8oo	27	3.75o
dav.: Montage, Inbetriebnahme, Wartung	4	3oo	1o	1.4oo
Vertrieb und Anlagenprojektierung	23	1.68o	32	4.45o
Sonst.	6		6	
Insges.	1oo	7.3oo	1oo	13.9oo

Quelle: SIEMENS - Informationen für Ingenieure und Naturwissenschaftler, 1977 S. 18/19

Literatur für den Gewerkschafter

Wolfgang Däubler
Gewerkschaftsrechte im Betrieb

Argumentationshilfen für die Praxis in Betrieb und Verwaltung
Juristische Taschenbücher
2. Auflage 1980, ca. 320 Seiten, kartoniert, ca. DM 24,80.
ISBN 3-472-11100-3
Erscheint Mai 1980

Die 2. Auflage verarbeitet Literatur und Rechtsprechung seit dem Erscheinen des Bandes im Juli 1978.

Manfred Leiss
Rationelle Betriebsratsarbeit

Organisationsformen – Geschäftsführung – Interessenvertretung
Reihe Juristische Taschenbücher
196 Seiten, kartoniert, DM 14,80.
ISBN 3-472-15003-3

Der Band gibt für die praktische Betriebsratsarbeit und die Frage, wie diese im Sinne der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen am besten organisiert werden kann, eine Orientierung und Hilfe.
Praktische Beispiele und Materialien wie z. B. Betriebsvereinbarungen, Mustergeschäftsordnungen, Frageraster usw. runden den Charakter des Bandes als Hilfe für die tägliche Betriebsratsarbeit ab.

Streikfreiheit und Aussperrungsverbot

Zur Diskussion einer gewerkschaftlichen Forderung
Mit Beiträgen von K.-J. Bieback/H.-J. Böhlk/D. Hensche/O.-E. Kempen/J. Moneta/U. Mückenberger/R. Wahsner/H. Weigand/H.-H. Wohlgemuth/H. Wolter mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter.
Reihe Demokratie und Rechtsstaat, Band 42
336 Seiten, kartoniert, DM 19,80.
ISBN 3-472-08005-5

Aus dem Vorwort von Heinz Oskar Vetter: »Die Aussperrung ist ein Mittel gegen den sozialen Fortschritt. Die Aussperrung zerstört das Streikrecht.«
Die aktuelle juristische und gewerkschaftspolitische Diskussion in dieser Auseinandersetzung wird in diesem Band dargestellt.

Friedrich Gottschalk/Heinz Gürtler
Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

Gesetzliche Grundlagen, Interessen und Möglichkeiten mit einem Vorwort von Gerd Muhr, DGB
218 Seiten, kartoniert, DM 14,80.
ISBN 3-472-15005-X

Betriebsräte, aber auch Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und -beauftragte, gewerkschaftliche Funktionsträger usw. sind mit einer Reihe von Arbeitsschutzproblemen konfrontiert. Der Arbeitsschutz ist aber nicht einheitlich und übersichtlich geregelt, sondern auf eine Vielzahl von Rechtsvorschriften verstreut. Diese Situation nimmt der Band zum Ausgangspunkt, und will einen Überblick über die wichtigsten Fragen und wesentlichen Probleme des Arbeitsschutzes verschaffen.

Luchterhand

tiven Arbeit schwinden. In der Industrie vollzieht sich gegenwärtig eine tiefgreifende Reorganisation und Umstrukturierung der Forschungs- und Entwicklungsbereiche, die die Arbeitsbedingungen bis in die Strukturierung der Einzeltätigkeiten hinein verändert. Für technische Angestellte typische Arbeitsprozesse in Konstruktion, Entwicklung und Forschung werden unter fertigungstechnischen, produktions- und marktökonomischen Kriterien enger und verbindlicher in die Unternehmensorganisation eingebunden; das gilt sowohl im Verhältnis zur unmittelbaren Produktion als auch in der Beziehung zu den unternehmensspezifischen Markt- und Vertriebsstrategien. Ein besonderer Schwerpunkt dabei ist die Einrichtung eines speziellen "Projektmanagements", das gleichsam mit der Funktionsbestimmung der Arbeitsvorbereitung die Entwicklungs- und Forschungstätigkeiten zu steuern und zu kontrollieren hat. Von der Idee eines Produkts, der Zieldefinition, der Formulierung der Entwicklungsaufträge, über die Erstellung von Prototypen, bis zu Serienreife und der Fertigung organisiert ein solcher Funktionsbereich nach strengen "procedures" den Gesamtzusammenhang der Arbeitsabläufe, fixiert und kontrolliert mit Hilfe von Kosten- und Zeitbudgets, entscheidet gegebenenfalls über technische Details, über Eigen- oder Fremdproduktion von Vorprodukten und Bauteilen usw. Alle Informationen, die vom "Markt" kommen – "Kundenwünsche", für absetzbar gehaltene Stückzahlen, am Markt noch durchsetzbare Herstellungskosten, technische Innovationen – werden beispielsweise in einem solchen Funktionsbereich zu einem "input" für die Entwicklungsabteilungen verarbeitet, der für diese unter Umständen sehr verbindlich gemacht werden kann.
Auch wenn es sich bei dem gerade skizzierten Beispiel um eine unternehmensspezifische Formation handelt, sind derartige organisatorische Ausdifferenzierungen und Kompetenzerweiterungen doch insoweit generalisierbar, als sie auf *verändertes Niveau der Objektivation und Vergesellschaftung dieser Form "geistiger Arbeit"* verweisen, angesichts deren quantitativen Ausdehnung und innerer Ausdifferenzierung die alte relativ unmittelbare Kooperationsform der Selbstorganisation und relativen Arbeitsautonomie immer stärker überformt wird. Solche Formen der Funktionsorganisation sind Ausdruck von spezifischen Veränderungen in den Kapitalverwertungsbedingungen, deren Imperative zunehmend *als Funktions- bzw. Nutzwertbestimmungen* die konkrete, technisch-wissenschaftliche Arbeit definieren, wobei sie zunehmend bis in die Struktur der einzelnen Tätigkeiten hinein wirksam werden.
Eine andere Form des systematischen Abbaus vorhandener Autonomiespielräume konstruktiver und entwicklungstechnischer Arbeitsprozesse setzt, ähnlich forciert, an Problemen der "Fertigungsüberleitung" ("manufacturing engineering") an: Produktentwicklung und Anwendung neuester Technologien und Materialien lassen sich unter vorgegebenen Kosten-, Zeit- und Qualitätsbestimmungen – verschärft durch den Druck der internationalen Konkurrenz und des beschleunigten "moralischen Verschleißes" neuer Technologien – nur dann noch als verbindliche **Produktplanung** durchhalten, wenn die verschiedenen Aspekte organisatorisch systematisch miteinander verknüpft werden. Die produktions-technische und -ökonomische **Machbarkeit** von Entwicklungen wird schon im (frühest möglichen) Stadium der konzeptionellen Entwürfe und Mustererstellung geprüft, um von vornherein Standardisierungsmomente und Rationalisierungsansätze (für die Produktion) zu finden. Die Chancen für eine automatisch gesteuerte Fertigung von Einzelteilen, beispielsweise, hängen nicht nur von den verfügbaren Produktionstechnologien ab, sondern zugleich auch davon, daß das jeweilige Fertigungsteil von Anfang an "rationalisierungsadäquat" konstruiert wird, d.h., daß es sowohl seine gebrauchstechnische **Funktion** in einem Aggregat erfüllt wie auch den Anforderungen der fertigungstechnischen Rationalisierung entgegenkommt, d.h. in einer Weise konstruiert wird, die der wertanalytischen Durchkalkulation adäquat ist.
Als Instrument zur Vermittlung von markt- und produktionsökonomischen Anforderungen in die Konstruktions- und Entwicklungsarbeit hinein hat die sogenannte "Wertanalyse" in den industriekapitalistischen Großunternehmen inzwischen eine beträchtliche Bedeutung erlangt. Als betriebswirtschaftliche Rationalisierungsmethode zielt die "wertanalytische Betrachtung" zunächst vor allem auf Kostensenkung und Kostenkontrolle. Die systematische Analyse von Materialien, Verfahren und konstruktiven Auslegungen dient der Minimierung der Entstehungs- bzw. Produktionskosten und der Steigerung der Produktivität. Die Vermittlung von markt- und produktionsökonomischen Anforderungen bei der Entwicklung von neuen Produkten und Produktionsverfahren wird in der Form von Wertanalyse (und "Wertgestaltung") dadurch zu realisieren versucht, daß die ökonomischen und technischen Anforderungen beider Seiten auf der Basis von "Funktionswert-" bzw. "Nutzwert-"Bestimmungen kommensurabel gemacht werden. Schon in der ersten Phase der konzeptionellen Konkretisierung werden Gebrauchswerte in Funktionsbestimmungen übersetzt, die die Vergleichbarkeit alternativer technologischer Lösungen unter Aspekten der Kostenstruktur und der Ertragssteigerung zu einem quantifizierbaren Problem machen. Systematisch dringen mit der wertanalytischen Betrachtung *als Methode* – z.B. über die Vorgabe von Kosten- und Zeitbudgets – Kriterien der Kapitalverwertung als Funktionsbestimmungen in die konkreten Arbeitsprozesse der technischen Angestellten ein und werden, auch auf diese Weise, konstitutiv für ihren betrieblichen Erfahrungszusammenhang.
In diesen immer häufiger verwendeten und strategisch immer systematischer eingesetzten Organisationsformen der Wertanalyse-Gruppen (mit Mitgliedern unterschiedlicher Spezialqualifikation), der Projektteams und dergleichen ist im übrigen aber zugleich auch eine Vielzahl von strategisch wichtigen **Kooperationsformen** entwickelt worden, in denen der spezifische Charakter der zunehmenden Vergesellschaftung funktions-differenzierter geistiger Tätigkeiten besonders anschaulich zum Ausdruck kommt – und auch als solcher **erfahrbar** wird. Eher noch, als in den funktionsspezifisch immer mehr eingeengten Einzeltätigkeiten der spezialisierten Fertigungs-Ingenieure, Zeitwirtschaftler und dergleichen, dürfte auf der Ebene der Kooperationsform solcher – aus den Unternehmungshierarchien

partiell ausgegliederter – Arbeitsgruppen die Chance bestehen, auch unter den veränderten Organisationsbedingungen einen Überblick zu gewinnen über den Gesamtzusammenhang der Produktion, jetzt sogar bis in den Bereich der "Marktbedürfnisse" hinein (aus denen nun aber zugleich immer weniger von dem zu erkennen ist, was einst als "Gebrauchswert" über den Markt vermittelt werden sollte).

Jedenfalls: Was aus diesem integrierten Verbundsystem von Produktion, Vertrieb/Marketing und Entwicklung als funktionswert-orientierte Bestimmung der "Waren" hervorgeht, impliziert zugleich ein *verändertes Verhältnis von Tauschwert und Gebrauchswert.* Denn das Festzurren der Funktionen von "Forschung und Entwicklung" an die Verwertungsbedingungen des Kapitals bedeutet systematisch vor allem ein In-Regie-Nehmen der Gebrauchswertseite der Produkte und den Versuch der kapitaladäquaten Umformung von "Gebrauchswerten" in "Funktionswerte". Nachdem im "Gebrauchswert" in seiner kapitalistischen Definition immer schon zunächst einmal "zahlungsfähiger Bedarf" gemeint war und nur über diese Vermittlung gesellschaftliche "Bedürfnisse" einbezogen werden konnten, liegt in der skizzierten Strukturveränderung eine noch weiterreichende Trennung von Bedürfnissen und Produktion. Die *kritische "Authentizität"*, die in der Gebrauchswert-Orientierung aber immer noch möglich war, wird damit nahezu außer Kraft gesetzt. Anders formuliert: In dem Maße, in dem – aus der Perspektive der großen Einzelkapitale – der Gesamtzusammenhang von Wertproduktion und Wertrealisation immer systematischer **geplant** wird, geschieht das auf der Basis von Planungskriterien und Organisationstechniken, die die Orientierung der Produktion an sozialen Bedürfnissen fast undenkbar machen.

Dieser – gegen die Orientierung an sozialen Bedürfnissen sich weit immunisierende – Abstraktions-Mechanismus der Produktionsorganisation aber *wirkt nach innen zugleich destruktiv auf die in diesem Rahmen noch mögliche "geistige Arbeit"*: Das Vordringen der Zeitwirtschaft auch in die Strukturierung dieser Arbeitsprozesse – d.h. die zeitökonomische, auf Produktions- und Marktstrategien abgestimmte Planung von kleinen Arbeitsschritten und Detailaufgaben – setzt die analytische Zerlegung komplexer geistiger Tätigkeiten voraus, um planbare und realisierbare Leistungs-Vorgaben für einzelne Arbeitsschritte zu definieren. Erst die analytische Durchdringung komplexer geistiger Tätigkeiten ermöglicht die Bestimmung routinisierbarer, formalisierbarer und standardisierbarer Anteile und die Definition technisch-kreativer Tätigkeiten im engeren Sinn.

Durch Selbstaufschreibung ihrer gesamten Arbeitsvollzüge (einschließlich ihrer Zeit- und Kooperationsstruktur) mittels formalisierter Verfahren – wie analytische Arbeits- und Leistungsbewertung, Stellen- und Funktionsbeschreibungen, technische Dokumentationen etc. – haben die Techniker und Naturwissenschaftler in der Industrie *die funktionierende Selbstorganisation ihrer Arbeit offengelegt und damit rationalisierbar und relativ unmittelbar beherrschbar gemacht.* Die Nachbildung der Elemente und Strukturen geistiger Arbeitsprozesse ist nämlich Voraussetzung dafür, technische Kompetenz und naturwissenschaftliches Wissen zu enteignen und dem Management die Kontrolle über diese Arbeitsprozesse zu sichern. Darin zeigt sich zugleich eine Widersprüchlichkeit, die für diesen Typus geistiger Arbeit charakteristisch ist: Die Organisierung und Realisierung der Arbeit ist ohne die aktive Kooperationsbereitschaft der Ingenieure und Naturwissenschaftler nicht möglich.

Ist also ihr Arbeitsprozeß zunächst von nebeneinanderstehenden Elementen der Selbstorganisation und solchen der von außen bestimmten Strukturierung definiert, so erfahren sie andererseits die fortschreitende Zergliederung ihrer Tätigkeiten und die Durchsetzung von Planungs- und Kontrollsystemen als *Ausdruck einer sich gegen sie kehrenden Objektivierung des Arbeitsprozesses.* Verfahren wie das "Management by objectives" oder das "Management by exceptions" erinnern an diese Widersprüchlichkeit, allerdings aufgebrochen zum Partizipationsmodell in der Verfügung des Management.

Für den strukturellen Wandel in den Arbeitsbedingungen der technischen Intelligenz unter den heutigen industrie-kapitalistischen Verhältnissen lassen sich vor allem drei empirische Trends angeben:

- Prozesse fortschreitender Arbeitsteilung, Schematisierung und Standardisierung von Arbeitsinhalten, unter Einschluß EDV-spezifischer Mechanisierungen, bilden vor allem in den mittleren und unteren Qualifikationsbereichen der technischen Angestellten Formen repetitiver Tätigkeiten aus. In ihnen kommen am stärksten Tendenzen der Angleichung von gewerblicher und technisch(angestellter) Lohnarbeit zum Ausdruck, die sich – und das sei zur allgemeinen Proletarisierungs- bzw. Angleichungsthese einschränkend hinzugefügt – nicht auf die soziale Lage insgesamt und auch nicht auf den konkreten Erfahrungszusammenhang betrieblicher Arbeitsbedingungen insgesamt beziehen, sondern auf die Tatsache und die Mechanismen der Objektivation und wesentliche Strukturierungsprinzipien der Arbeitsprozesse.

- Die für (hoch-)qualifizierte technische Angestelltentätigkeiten traditionelle Verbindung von Vorstellung/Idee, planvoller Organisation inhaltlich interessierter Ausführung – Kennzeichen ihrer bisherigen spezifischen Arbeitsautonomie – löst sich immer mehr auf und wird in einer sich zunehmend objektivierenden Kooperationsform nach veränderten Kriterien zusammengesetzt.

- Für die Mehrheit der Technischen Intelligenz, auch mit partiell-innovativen Funktionen, wird als Folge dieser Tendenzen die Arbeit sich auf die Tätigkeit von ausführenden Sachbearbeitern reduzieren und zunehmend ein Typus des technischen Detailarbeiters sich herausbilden, deren Kooperationszusammenhang ihnen als vom Kapital gesetzter Plan entgegentritt, innerhalb dessen sie als Träger spezifischer Detailfunktionen "immaterieller Produktionsprozesse" mit ungeahnter Kompaktheit und Intensität in Verfügung gehalten werden, deren quantitative Größenordnungen sich bereits abzeichnen – wenn es der Technischen Intelligenz (oder doch wesentlichen Teilen der Technischen Intelligenz) nicht gelingt, die neuen Vergesellschaftsformen der Kooperation und die Fähigkeiten und Anforderungen inhaltlich-anspruchsvoller Tätigkeiten als *neue Formen einer sozialen Selbstorganisation der Arbeit zu erkämpfen.*

Produktion für soziale Bedürfnisse?

Diese allgemeinen Tendenzen sind inzwischen bereits sehr deutlich ausgeprägt: Die **Fragmentierung** des naturwissenschaftlich-technischen (und sozial-technischen) Wissens geschieht in einer Art und Weise, die daraufhin ausgelegt ist, *die Kombination dieser Wissens- und Kenntnis-Teilchen nur auf einen ganz bestimmten Verwendungszusammenhang hin möglich zu machen:* dem funktions-wert-orientierten Kapitalverwertungsinteresse, das dieser Organisationsform seine Gestalt gegeben hat, und das selbst über die "Marktvermittlung" (in der Form ausgeklügelter Vertriebsapparate) eine Orientierung an den *gesellschaftlichen Bedürfnissen immer weniger zuläßt.*

Zumindest drei bemerkenswerte, strukturell gegenläufige Tendenzen gegenüber diesem fast totalitären Abstraktionsprozeß, dem die neuen Formationen der Produktionsorganisation unterworfen sind, sind demgegenüber festzuhalten:

1. Mit der Zusammenballung naturwissenschaftlich-technischer Kompetenz gerade in den (transnational operierenden) Großkonzernen ist zwangsläufig ein *Prozeß fortschreitender Vergesellschaftung der Organisation der Wissensproduktion* verbunden, der zwar – wie dargestellt – dominiert wird durch die Kapitalverwertungsinteressen, der aber zugleich gekennzeichnet ist durch vielfältige *neue Kooperationsformen*, in denen der traditionell unsoziale Charakter der Vorstellungswelten von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren (gerade in Deutschland) in völlig neue Erfahrungszusammenhänge verwickelt wird.

2. Die über Generationen in Ausbildung und relativ priviligierten Arbeitsbedingungen aufgebaute *arbeits-inhaltliche Orientierung* impliziert Anforderungen und Erwartungen an die Arbeitsbedingungen, die zumindest defensiv als Abwehr von Verhaltenszumutungen und als Interesse an der "Besitzstandswahrung" virulent werden dürften. (Es wäre im übrigen fatal, wenn vorgeblich linke Strategien jenen Fehler wiederholten, den sie bereits in bezug auf die Facharbeiter hinlänglich praktiziert haben: aus der abstrakt-theoretischen Feststellung einer "vom Kapital objektiv gesetzten Gleichgültigkeit gegenüber dem lebendigen Arbeitsvermögen" kurzzuschließen, die "progressivste" Antwort darauf sei eine totale Selbst-Instrumentalisierung der "Träger der Ware Arbeitskraft", und jede inhaltliche Beziehung zu seiner eigenen Tätigkeit sei lediglich ein Zeichen von Anpassung. Auch wenn das subjektive Bedürfnis an "inhaltlich interessanter Tätigkeit" an sich ein durchaus zweischneidiges Kriterium ist, läßt sich angesichts der skizzierten objektiven Entwicklungstendenzen doch wohl mit Sicherheit sagen, daß veränderte Vorstellungen von den Bedingungen und Formen der Organisation der Produktion – "Produktion für soziale Bedürfnisse" (s.u.) – nur auf der Basis eines erneuerten **inhaltlichen** Verständnisses des Zusammenhangs von Produktion - Bedürfnissen - Zerstörung (bzw. Vermeidung von Zerstörung) gedacht werden können.)

3. Zum spezifisch "immateriellen" Charakter geistiger Tätigkeiten gehört es, daß der virtuelle Zusammenhang auch weitgehend fragmentierter Einzelarbeiten nicht vollständig abgezogen werden kann – vor allem, wenn hinter diesen spezialisierten Denkvorgängen außer-

ordentlich kapitalintensive Produktionsvorgänge stehen, in denen fehlerhafte Gesamtkonzeptionen zu schwerwiegenden Verletzungen von Kapitalverwertungsinteressen führen müssen. Eine spezifische Konsequenz dieser Bestimmung liegt darin, daß die **Verfügung** über die Prozesse und Produkte geistiger Tätigkeit – trotz aller Patent- und Lizenzregulierungen, und auch trotz der zum Teil prohibitiven Klauseln in den Arbeitsverträgen – der Natur der Sache nach nie so vollständig und bedingunslos sichergestellt werden kann, wie das üblicherweise bei materiellen Gütern der Fall ist. Es bleibt sozusagen immer noch die Chance, eine "gute Idee" in anderer Form zu verwenden, als es im Rahmen der immer rigider werdenden Wirtschaftlichkeitserwägungen der Großkonzerne möglich ist.

Zusammengenommen begründen diese drei Tendenzen vielleicht wirklich so etwas wie eine neue Chance für ein ernstzunehmendes Konzept der "Produktion für soziale Bedürfnisse", wie es exemplarisch – und, wie wir glauben, mit unabsehbaren Konsequenzen – bei Lucas Aerospace (vgl. die Artikel von Mike Cooley) versucht wird. Bei aller gebotenen Vorsicht, die spezifischen politischen Vorbedingungen dieses phantastischen Experiments verallgemeinerbar einzuschätzen, scheint es doch kein Zufall zu sein, daß es – von Naturwissenschaftlern, Technikern und Arbeitern zusammen – in einem Großkonzern entwickelt wurde, in dem zudem die Arbeit mit den neuesten (elektronischen) Technologien selbstverständlicher Bestandteil des Produktionsprogramms ist.

Vergleichbare Ansätze in der Bundesrepublik Deutschland fehlen bisher. Uns scheinen aber Organisationsversuche, wie sie von der AIN (Arbeitsgemeinschaft der Ingenieure und Naturwissenschaftler in der Industrie) – bezeichnenderweise von den FE-intensiven Niederlassungen der AEG in Ulm und der Siemens AG in München aus – unternommen werden, und die sich allmählich immer (selbst-)bewußter um die inhaltlichen Bedingungen ihrer Arbeit und (in Ansätzen auch) um die gesellschaftlichen Konsequenzen ihrer Tätigkeit zu kümmern beginnen, in vieler Hinsicht bemerkenswert zu sein.

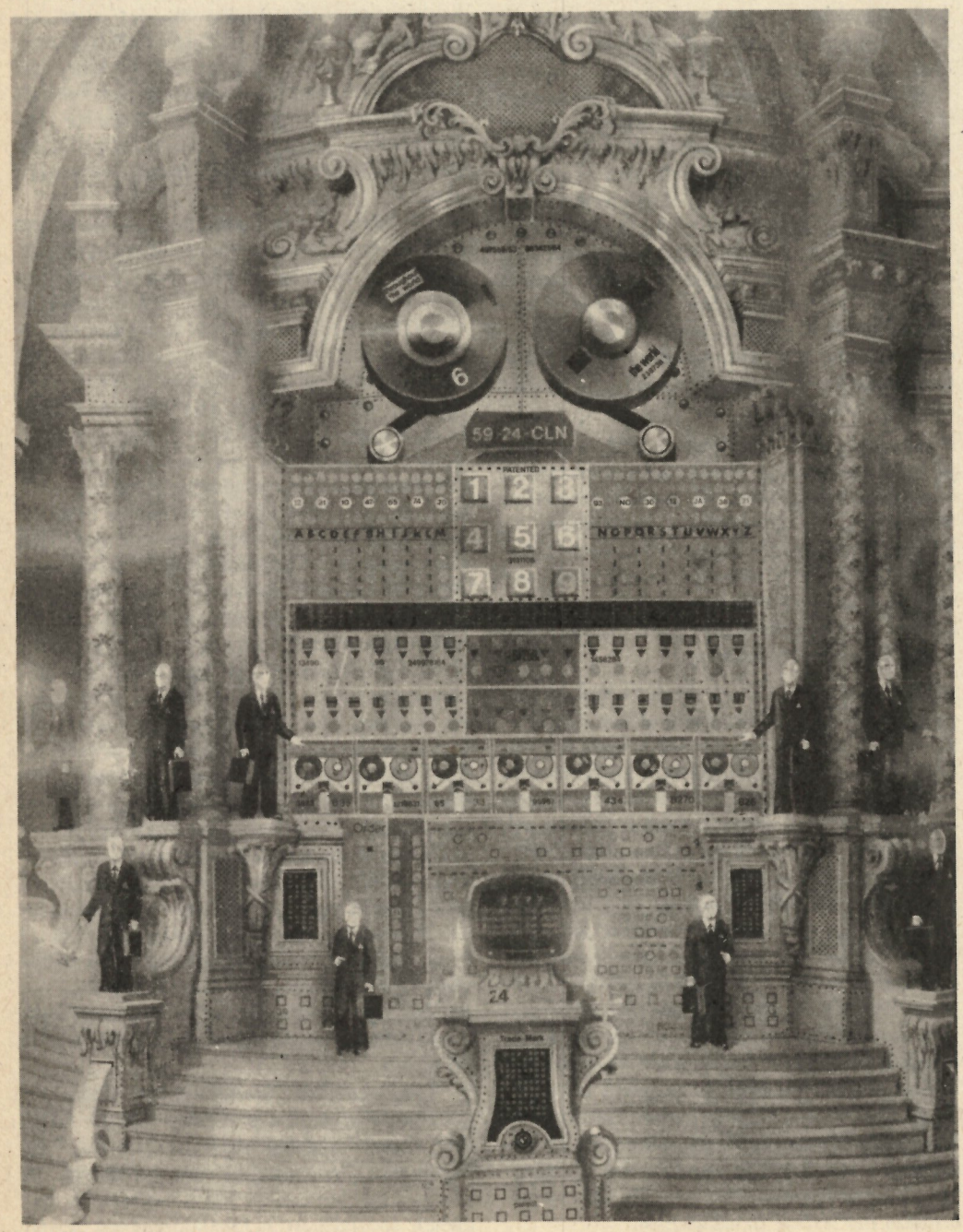
Zumindest für die bundesdeutsche Diskussion sind drei einschränkende Zusatzbemerkungen erforderlich, um allzu grobe Mißverständnisse zu vermeiden:

1. Die Traditionen der Privilegierung, der Unternehmens-Loyalisierung und der Erzeugung einer un-politischen Perspektive/Mentalität der ausschließlich fachbezogenen Sachlichkeit (sowie die neuen Formen eines instrumentellen Zynismus, die seit einigen Jahren in den immer abstrakter definierten Leistungserbringungs-Fabriken der Schulen und Hochschulen erzeugt werden) begründen zusammengenommen eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, daß grundlegende Veränderungen der Produktionsorientierung "aus dem Schoß" der alten kapitalistischen Organisationsformen heraus entstehen könnten. Veränderte Formen werden sich dort nur dann entwickeln und durchsetzen können, *wenn sie von außen her unter einen möglichst großen Druck gesetzt werden.* (Es ist in jeder Hinsicht bezeichnend, daß selbst in einem so krisen-geschüttelten Konzern wie der AEG die Idee, von den bei Lucas Aerospace in England entwickelten Gegenstrategien zu lernen und sich nicht völlig defensiv an die Strategien des Kapitals zu klammern, offensichtlich nicht im Unternehmen selbst entwickelt wurde, sondern von der Bürgerinitiative östlicher Untermain.)

2. Dieses Beispiel ist zugleich ein (weiterer) Beleg dafür, daß die hier diskutierten neuen Orientierungsformen in Bezug auf die "Produktion und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums" immer mehr bestenfalls neben der etablierten deutschen Gewerkschaftsorganisation mit ihrem bedingungslosen Instrumentalismus entwickelt werden kann – wobei die Gewerkschaftsspitzen (zumindest) sich inzwischen offensichtlich in einem Maße den dominierenden Kapitalverwertungsinteressen angeschmiegt haben, daß es zunehmend so aussieht, als seien die notwendigen grundlegenden Umorientierungen nur mehr gegen den Gewerkschaftsapparat realisierbar.

3. Hingegen scheint uns an dem Lucas-Aerospace-Beispiel auch bemerkenswert zu sein, daß es hier gelungen ist, einen sinnvollen Kooperationszusammenhang zwischen Ingenieuren, Technikern, Naturwissenschaftlern und Facharbeitern zustandezubringen. Gerade in dem Maße, in dem der Gewerkschaftsapparat für diesen gesamten Problemzusammenhang unansprechbar wird, wäre es lebenswichtig, die Kenntnisse, Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter – die keineswegs, wie eine verbürgerlichte Soziologie seit Jahrzehnten glauben machen will, "nur am Geld" interessiert sind, sondern denen ihre inhaltlichen Interessen an ihrer Arbeit je neu, mit unglaublicher Konsequenz, ausgebleut werden – so weit es irgend möglich ist in die zu entwickelnden Gegenstrategien einzubeziehen. Und zwar in einer Form, in der – wie Cooley am Beispiel Lucas Aerospace beschreibt – die Wissenschaftler auch von den Arbeitern zu lernen in der Lage sind. Zusammengenommen ergibt das auch in diesem Bereich eine nennenswerte Chance, jene Formen behutsamer Politisierung zu entwikkeln, in denen an konkreten Interessen und Bedürfnissen, Kenntnissen und leidvollen Erfahrungen angeknüpft werden kann; Formen inhaltlich orientierter Politisierung nämlich, in denen unterschiedliche Inhalte nicht nur dadurch miteinander in Beziehung gebracht ("kommensurabel gemacht") werden können, daß sie auf ein höheres Abstraktionsniveau gejagt werden – wo sie leichter in Verfügung genommen werden können, *sondern die in ihrer inhaltlichen Verschiedenheit nebeneinander bestehen bleiben können.*

LOTHAR HACK/ECKART TESCHNER



Meßdiener des Fortschritts

STRATEGIE

Form und Inhalt der Politik
– Ein fiktives Gespräch –

Nachdem schon viele Argumente für und wider eine grüne Partei, mit den vielen Schattierungen diverser Stellungnahmen zu den Wahlen, zur SPD, zu Strauß usw. wiedergegeben wurden, haben wir (Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack) im März einen Tag diskutiert und versucht, unsere "Position", die bekanntermaßen im Gegensatz zu Parteiaufbau und grün-bunter Wahlbeteiligung steht, mit Argumenten der anderen "Seite", die also für eine Beteiligung bzw. Unterstützung der Grünen o.ä. plädiert, zu konfrontieren. Aus dieser, unserer erneuten Reflexion zu den Problemen von Form und Inhalt der Politik ist dieser Beitrag entstanden, den wir im Gewande eines "Streitgesprächs" formuliert haben. Obwohl dieser "Disput" fiktiv, also durchgängig von uns geschrieben ist, hielten wir eine solche Art "dialogischer" Darstellungsform für brauchbar, weil wir glauben, die zum Teil stark verhärteten Fronten dadurch ein wenig unterlaufen bzw. lockern zu können. Dabei nehmen wir zugleich in Kauf – gerade weil unsere negative Einschätzung gegenüber der grünbunten Parteiorganisation sowie der zunehmenden Parlamentsorientierung der Linken im Prinzip fortbesteht –, daß unser "Kontrahent" in diesem "Disput", mit seiner Sicht der Dinge "notwendigerweise" kürzer wegkommt als wir. Es ist schon unsere Absicht, mit diesem fiktiven Disput letztlich unsere Argumente in der Auseinandersetzung mit den wichtigsten Gegenargumenten – so wie wir diese Gegenargumente bisher verstehen – so zu verdeutlichen, daß sich daraus eher Ansatzpunkte für weitere Diskussionen ergeben, als wenn wir lediglich einen Prinzipienartikel mehr verfaßt hätten. Nun gibt es in der Partei- und Wahldiskussion inzwischen Hunderte Argumente. Wir konzentrieren uns hier bewußt auf einige Kernargumente und versuchen, eher die prinzipiellen Probleme deutlich zu machen. Die Aktualität ändert sich so rasch, unsere Stimmungen schlagen so schnell um, daß man sich daran nicht festmachen kann. Will man überhaupt eine Position vertreten, die nicht wie eine Nußschale auf den Wellen der Ereignisse schwimmt, dann muß man sich und seinen Ort prinzipieller bestimmen und diese prinzipiellen Bestimmungen jeweils durchsichtig auf die wechselhaften Zustände zu beziehen suchen.
Also, versuchen wir's mal. Schlüpfen wir in die Rolle des Genossen A, Sozialist, der schon seit Jahren politisch arbeitet und es hier und heute für wichtig hält, die Grünen zu unterstützen, und lassen wir uns dann selbst, als den Genossen B, zu Wort kommen.

Genosse A.: Wenn ich heute für die Grünen in der Bundesrepublik eintrete und meine, es käme darauf an, daß sie auch erfolgreich an den kommenden Bundestagswahlen teilnehmen, dann tue ich dies nicht, weil ich die Grünen in jeder Hinsicht "dufte" finde. Ich habe etliche Probleme mit denen. Die Zusammensetzung paßt mir nicht recht. Es sind etliche Gruppen und Personen beteiligt, mit denen ich ansonsten eigentlich nichts gemein habe. Das haben ja auch jetzt die Programm-Konflikte erneut gezeigt. Aber all diese Vorbehalte, die ich habe, scheinen mir zweitrangig, wenn ich den zentralen Konflikt heute betrachte: den Konflikt zwischen den Kapital- und Wachstumsinteressen einerseits, die Natur und Menschen immer weiter ausbeuten, und den tatsächlichen humanen Interessen andererseits, die diese Ausbeutung von Natur und Mensch, die in eine Katastrophe treibt, endlich stoppen wollen. Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, "grün oder tot" lautet die Alternative. In der Tat ist die Gattungsfrage gestellt. Da muß man sich auch mit Leuten zusammentun, sofern sie in der Beantwortung dieser Frage gleich denken, die einem sonst nicht ins Konzept passen. Alle anderen Unterschiede verblassen angesichts dieses vorrangigen Problems.

Genosse B.: Ich finde zunächst, daß Du die Probleme innerhalb der Grünen herunterspielst, Probleme, die für den politischen Erfolg der Grünen über die Wahl hinaus – nehmen wir einmal an, sie kommen über die fünf Prozent – ausschlaggebend sein werden. Die unterschiedliche politische Zusammensetzung ist doch kein Pappenstiel. Die Widersprüche in zentralen Fragen gehen oft so tief, daß man sie entweder unter den Teppich kehrt oder man bügelt, wie in Saarbrücken gehabt, eine erhebliche Minderheit unter. Und: eine andere Umweltpolitik wird doch nicht in den Wolken gemacht, sondern auf einer sehr konkreten Ebene mit diesen oder jenen Maßnahmen und Instrumenten, vor dem Hintergrund dieser oder jener Konzeption. Nun bin ich wahrlich nicht einer, der auf vereinheitlichte Programme fixiert ist. Was ich aber höchst bedenklich finde, das ist die Taktiererei, die Abgrenzungspolitik so oder so, die machtpolitische Abstimmungsmaschinerie, alles Mechanismen, die wir (wenn auch weniger chaotisch) von den etablierten Parteien kennen. Selbst wenn der Inhalt der grünen Politik zum Teil o.k. ist, so ist es doch die parteiförmige Organisation, die die politischen Inhalte wie eine Dampfwalze überrollt.
Und nun zur sogenannten Gattungsfrage. Zuerst ist es bekanntlich ein altes politisches, zum Teil auch immer wieder berechtigtes Spiel, so zu tun, als ob es just in der anstehenden Frage und zum gegenwärtigen Zeitpunkt um eine Frage von Leben und Tod gehe. Um nur einige Beispiele aus der jüngeren Geschichte aufzugreifen. Adenauer hat bekanntlich damit ein Gutteil seiner Politik legitimiert: die Bundesrepublik sei gefährdet wie noch nie – Kommunismus oder CDU. Aber auch wir haben damit gearbeitet: "Lieber rot als tot", lautete eine der Parolen der Ostermarschbewegung. Gegen die Notstandsgesetze haben wir seinerzeit ebenfalls argumentiert, daß die Bundesrepublik am Scheideweg zu einem faschistoiden oder einem liberaldemokratischen Staat stehe. Dieses Spiel aber ist gefährlich, so überzeugt man auch von der Richtigkeit der eigenen Position sein mag. Denn mittel- und langfristig handelt es sich gewiß bei Atomrüstung oder nicht um Lebensfragen und Tod. Kaum aber sofort. Die Glaubwürdigkeit einer Bewegung und ihre längerfristige Fähigkeit zu überzeugen, hängt aber daran, daß sie keine schlechte Propaganda betreibt. Auch beim Umweltproblem handelt es sich – da stimmen wir völlig überein – letztlich um eine Frage, wer wie über- und weiterlebt. Deswegen verdient sie auch all unser Engagement. Gefährlich aber ist es, so zu tun, als würde diese Frage mit dem Aufbau einer grünen Partei und mit den Bundestagswahlen 1980 entschieden.
Entscheidend aber ist schließlich, daß noch gar nichts darüber ausgesagt ist, wie man am ehesten Erfolg hat, die Entscheidungen über die ökologischen Verhältnisse zu beeinflussen, wenn man sie als Lebens- und Todfrage hier und heute behauptet. Gerade wenn dem so ist, muß es nicht unbedingt der richtige Weg sein, eine grüne Partei aus dem Boden zu stampfen und mal abzuklopfen, wie stark die Wählerresonanz ausfällt. Es gilt vielmehr, die Konsequenzen zu bedenken, die das grüne Wahlengagement für die politischen Machtkonstellationen und damit für längerfristige ökologische Politik nach den Bundestagswahlen hat als auch den überzeugendsten Weg zu wählen, der mittelfristig die größten Änderungen verspricht. Und das ist für mich nach wie vor der außerparlamentarische Ansatz, der unsere ganze Kraft erfordert, damit mit Bürgerinitiativen, berufsbezogenen Arbeitsfeldern, kommunaler Politik etc. immer mehr Bürger für eine kontinuierliche politische Arbeit engagiert werden sollen.

Genosse A.: Mir scheint, indem Du gerade in dem zuletzt Gesagten das politische Intervenieren auf die außerparlamentarische Basisarbeit reduzierst, daß Du noch immer nicht begriffen hast, worum es heute geht. In diesen Jahren, also im Verlauf der nächsten Legislaturperiode des Bundestages, stehen Entscheidungen darüber an, ob neue Energie primär mit Atomkraftwerken gewonnen wird, oder ob man sowohl Energie drastisch einspart als auch nach anderen, weniger gefährlichen Quellen Ausschau hält. Deswegen muß man jetzt politische Verhältnisse schaffen, damit morgen die Entscheidungen in unserem Sinne laufen. Das ist das eine. Das andere ist, daß nie zuvor in der Bundesrepublik ein so hohes ökologisches Bewußtsein herrschte und außerdem viele Gruppen, zugegebenermaßen aus unterschiedlichen Beweggründen, mit den herrschenden Parteien unzufrieden waren. Wenn man diesen Bewußtseinsstand und diese Unzufriedenheit jetzt nicht ausnützt und durch Wahlerfolge und entsprechende organisatorische Mechanismen stabilisiert, dann versäumt man vielleicht eine einmalige, d.h. nicht wiederkehrende historische Chance. Ich meine, daß wir eine solche Gelegenheit nicht schlafmützig verbummeln dürfen, nur weil wir Tausende von kleinen, kleinlichen Bedenklichkeiten nicht abschütteln können. Wer jetzt, weil vielleicht nicht alles so läuft, wie er es sich wünscht, passiv bleibt, der macht sich geradezu schuldig in einem politischen Sinne.

Genosse B.: Man kann sich auch selbst unter Dampf setzen und behaupten, die anderen kochten. Aber Spaß beiseite. Ich meine, daß diese Hektik, die nun auch aus Deinen Worten spricht, ungeheuer gefährlich ist. Ihr behauptet: "Jetzt oder nie" und sucht damit alle Einwände, die geäußert werden und die ihr vielleicht insgeheim bei Euch selber äußert,

zu zertrampeln. Gewiß, darin stimmen wir überein, es gibt Bedenklichkeiten, Skrupel, Ängste vor jeglichem Risiko, die jede Aktivität von vornherein zunichte machen und als eine Art sich selbst erfüllende Prophetie wirken. Aber zwischen solcher Art Bedenklichkeiten und Zweifel an der angeblich einmaligen historischen Chance, die alle anderen Überlegungen beiseite schieben läßt, bestehen doch himmelweite Unterschiede. Uns als Sozialisten kann es doch nicht einfach um einen vielleicht möglichen Wahlerfolg gehen, uns muß es doch darum gehen, wer an einem solchen Wahrerfolg beteiligt ist und was man mit demselben überhaupt machen kann. Da fangen eben die Einwände an durchzuschlagen. Die Grünen ziehen heute schon Kräfte von den Bürgerinitiativen ab. Die Grünen setzen abgehoben bei Landtags- und Bundestagswahlen an und sind gerade nicht Repräsentanten, organisatorische Spitze einer realen Bewegung, sondern sie suchen widersprüchliche Strömungen für ihren Zweck, der zunächst nur der Wahlerfolg ist, auszunutzen. Die Grünen können als eine so abgehobene Partei – da ist die SPD sogar basisverankerter, auch wenn sie ihre Basis nach dem Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus von oben nach unten regiert – z.B. in Bremen, Stuttgart oder gegebenenfalls gar in Bonn kaum etwas bewirken. Wie kann man sich anmaßen, sich zum parlamentarischen Sprecher einer immerhin nicht mehr übersehbaren sozialen Bewegung zu machen, obwohl diese Bewegung ganz anders vorgeht, unten ansetzt, den Kampf außerparlamentarisch und vor Ort führt und sich zudem aus Menschen aus den verschiedensten Organisationen, Parteien, Gruppen sowie Nichtorganisierten zusammensetzt. Eingebettet in parteilich-parlamentarische Zwänge werden die Grünen m.E. in der Tat recht bald zum Hemmschuh der realen Basisbewegung; sie müssen außerdem, wenn sie in den Parlamenten sitzen, eine ziemlich abgehobene und auch ziemlich einflußlose Randpartei werden, die sich entweder auf die Bonner Verhältnisse einläßt oder aber bald sang- und klanglos wieder eingeht.

Genosse A.: Wieder scheinst Du einfach nicht begreifen zu wollen, worum es geht und immer aus Möglichkeiten schon negative Tatsächlichkeiten zu machen. Wer würde nicht zugeben, daß die jetzige Organisationsform relativ vorläufig ist. Auch ist es richtig, daß die verschiedenen Bewegungen, von denen eine grüne Partei gegenwärtig profitieren kann, noch nicht die einheitliche, von unten nach oben strukturierte Bewegung darstellen, die wir alle wollen. Du argumentierst aber doch wie einer, der Angst hat, sich auf einen Prozeß einzulassen. Die Sachlage ist doch folgende und als solche dynamisch, d.h. als eine Entwicklung zu sehen. Die Grünen suchen gleichsam den Rahm der gegenwärtigen Unzufriedenheit und des neuen, wenn auch z.T. sehr unterschiedlich begründeten Umweltbewußtseins abzuschöpfen. Schon indem sie dies in einer Wahlkampagne zu tun versuchen, politisieren sie einen Teil der Unzufriedenen. Wenn die Wahl vorbei ist, nützen die Grünen ihren Erfolg, ihre dann vorhandenen Informationen und ihren Apparat, um die Basis entgegen dem Verfahren der herrschenden Parteien zu informieren und nach und nach die Basis so zu konsolidieren, daß dann tatsächlich von einer basisbezogenen Partei gesprochen werden kann. Wenn man aber die gegenwärtige Chance nicht nützt und nicht auf einen Übersprungeffekt von einer aktiven parlamentarischen Vertretung zur Basis setzt, dann werden sich auch die verschiedenen Bewegungen an der Basis nach und nach totlaufen. Denn ohne parlamentarische Vertretung, ohne Einfluß auf die Gesetze und ohne Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle bürokratisch-gerichtlicher Verfahrensweisen muß sich die ökologische Bewegung notwendig über kurz oder lang ihre Hörner abstoßen. Und dann sind die herrschenden Parteien wieder ganz unter sich.

Genosse B.: Deinen Vorwurf kann ich zurückgeben. Obwohl Du scheinbar sehr konkret argumentierst: Bundestagswahl jetzt, grüne Partei usw., bleibst Du ungeheuer abstrakt und wischst immer erneut meine Einwände wie lästige Fliegen beiseite. Du merkst nämlich in Deinem Erfolgselan gar nicht, daß Du so tust, als agierten die Grünen in einem schwerelosen Raum, den sie nach und nach für ihre Zwecke häuslich einrichten könnten. Du übersiehst hierbei völlig, daß nicht die Grünen die Bedingungen setzen, sondern daß der Bedingungsrahmen schon existiert und die Grünen kaum umhin kommen, sich auf ihn einzurichten.

Du siehst m.E. nur die grüne Partei (oder auch bunte oder alternative) in der Entwicklung, wie Du sie gerne haben möchtest. Aber Du siehst nicht die durchaus auch dynamische Einwirkung der herrschenden Verhältnisse und der Prozeßformen gegenwärtiger Politik auf die Grünen und ihren politischen Spielraum, ihre Eigenart, Politik treiben zu können. Selbst wenn man die Parlamentarismus- und Parteienkritik, wie sie etwa Ende der 60er Jahre, vor und während des Höhepunkts der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung, geäußert worden ist, nicht ohne Abstriche hinnimmt, selbst dann kann man nicht so tun, als wäre man nicht von dieser, der Bonner Welt und könne sich deren Zwängen völlig entziehen. Die Parlamente, in denen bekanntlich die zentralen Entscheidungen allenfalls nachvollzogen werden, sind selbst überaus bürokratisiert. Um in diesem Rahmen überhaupt auftreten und eine Rolle spielen zu können, und sei es nur eine Gastrolle, muß man sich in diesem bürokratisierten, von der Exekutive dirigierten Fuchsbau zurechtfinden. Man findet sich nur zurecht, wenn man sich über kurz oder lang auf die herrschenden Spielregeln einläßt. Zu hoffen, die Grünen könnten als abstrakte Speerspitze einer nicht rückgekoppelten Bewegung diesem Apparat ihre noch gar nicht vorhandenen

NEUERSCHEINUNG:

Freiheit + Gleichheit

Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht

Mit dieser Streitschrift sollen Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik im Spiegel der Menschenrechte als unmittelbar geltende Normen gezeigt werden. Die gewordene Wirklichkeit der Menschenrechte aufzuspüren heißt aber, sie in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufzusuchen, sprich: bei den Majoritäten und Minoritäten der Bundesrepublik. Die Gefährdung der Grund- und Menschenrechte hat viele Dimensionen, vom Betrieb bis zur Polizei, vom 'Atomstaat' bis zur Friedensfrage, von der Meinungsfreiheit bis zu den Berufsverboten, von den zahlreichen 'Minderheiten' (Alte, Kinder, Strafgefangene, Obdachlose, Homosexuelle, Ausländer, Zigeuner ...) bis zur längst nicht verwirklichten Gleichberechtigung der Frau.

Das Heft 1 der neuen Schriftenreihe "Freiheit + Gleichheit" bringt folgende Beiträge ● Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack: Menschenrechte, Bürgerrechte, aller Rechte ● D. Helmut Gollwitzer: Der Kampf für Menschenrechte – heute noch zeitgemäß? ● Ute Gerhard/Eva Senghaas-Knobloch: Was heißt Gleichberechtigung? ● Wolfgang Däubler: Menschenrechte im Betrieb ● Rüdiger Lautmann: Homosexuelle als Indiz ● Klaus Horn: Medizinische Versorgung und Menschenrechte ● Helmut Ortner: Wer bestraft wird, verliert sein Bürgerrecht ● Hans Heinz Heldmann: Unsere ausländischen 'Mitbürger' ● Ingeborg Drewitz: Die Vergangenheit liegt nicht hinter uns ● Thomas Blanke: Der 'innere Feind' in der Geschichte der BRD ● Albrecht Funk: Welche Sicherheit schützt die Polizei? ● Ulrich Albrecht: Soldaten und Demokraten – eine bleibende Differenz? ● Mechthild Düsing/Uwe Wesel: Die Feste der freien Advokatur wird gestürmt ● Dokument: Notwendigkeit und Aufgaben für das Kuratorium für Demokratie und Menschenrechte in der BRD ● Dokument: Zum Prozeß gegen Brigitte Heinrich ● Dokument: Egbert Jahn: Gutachten zum politischen Standort der DFG-VK.

130 Seiten, Illustriertenformat, fester Umschlag, DM 12,--

Herausgeber und Bezugsadresse: Initiative für ein Kuratorium für Demokratie und Menschenrechte in der BRD, c/o Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal
(gegen Vorauszahlung; Scheck, Briefmarken, Bargeld o.ä. beilegen)

Spielregeln aufzwingen, ist ein Traum, der sehr schnell im Alptraum enden kann.
Mit alledem will ich nicht sagen, daß man auf jegliche Organisation oder alle Einwirkungsversuche auf herrschende Prozeduren verzichten sollte. Alle außerparlamentarischen Aktivitäten zielen letztlich auch auf das etablierte Parteien- und Institutionengefüge. Aber selbst eine Aktion wie das Russell-Tribunal, das direkt darauf angelegt war und damit auch gewissen Erfolg hatte, gegen die politische Repression auf staatstragende Institutionen Einfluß zu nehmen, war primär auf außerparlamentarische Mobilisierung hin angelegt. Man muß sich also sehr genau überlegen, wie man eine Bewegung mittelfristig so organisiert, daß die Interessen der Basis durch die Betroffenen selbst vertreten in der Tat die zentrale Rolle spielen. Und sehr genau muß man darauf achten, daß der eigene Einflußversuch nicht umgekehrt wird. Ein Parteiversuch wie der der Grünen, so wie er jetzt läuft, also von oben aufgesetzt, von einer Avantgarde, sei sie nun "wertkonservativ" oder "linksradikal", vorangetrieben und zudem auf ein paar Dutzend Abgeordnetensitze im Bonner Parlament fixiert, läuft leicht Gefahr, von den staatlichen Institutionen instrumentalisiert zu werden und selbst um des parlamentarischen Überlebens willen die Basisbewegung zu instrumentalisieren.
Genosse A.: Du fährst ja schweres Geschütz auf, wobei mir da einiges spekulativ zu sein scheint, weil Du zu sehr von der gegenwärtigen Situation und von den aktuellen Gründungsschwierigkeiten der Grünen ausgehst, aber die längerfristigen politischen Möglichkeiten einer alternativen Partei übersiehst. Aber ich will nun mal Dein eigenes Konzept, das Du freilich noch gar nicht entfaltet hast, in Frage stellen. Wir leben bekanntlich nicht in der besten aller Welten, so daß man nicht so tun kann, als könne man über eine "absolut" richtige oder eine "absolut" falsche Strategie reden. Vielmehr kann man nur zwischen einer wahrscheinlich besseren und wahrscheinlich schlechteren Strategie wählen. Und da bleibe ich bei meiner Behauptung, daß Du viel blauäugiger argumentierst als wir dies tun. Wir sehen jedenfalls bei unserer Vorgangsweise eine reelle Wirkungschance. Bei dem, was Du als andere Möglichkeit im Hintergrund zu haben scheinst, bleibt doch nahezu nichts übrig. Man buddelt ein wenig hier oder dort wie ein Kind im Sandkasten herum, schreit den einen oder anderen Erwachsenen, der vorübergeht, an, aber man begibt sich in diesem Fall jeder Einwirkungschance auf den Straßenverkehr, weil man dauern den großen Tod auf die Vorstellungswand malt. Was hast Du, was habt Ihr denn zu bieten? Stadtteilarbeit, schön, nichts dagegen, machen wir auch. Nach Interessen organisieren. Schön als Idee, hat vielleicht auch eine Weile ein klein wenig funktioniert, während der Schönwetterzeiten der Reformeuphorie. Aber was bringt das denn heute. Wo funktioniert ein Arbeitsfeld richtig, wo wurde wirklich Stück um Stück eine politische Bewußtseinsarbeit geleistet und eine mögliche Bewegung aufgebaut? Selbst wenn ich die dickste Brille aufsetze, vermag ich nichts, aber auch gar nichts zu sehen, außer einigen idealistischen Vorstellungen und kleinkrämerischer Stückwerkarbeit, die im Hinblick auf alle wichtigen Fragen, auf alle Probleme, deren Lösung lebensentscheidend ist, völlig irrelevant bleiben. Deine Politik sieht mir so aus, als habe sie ein sozialistischer Spitzweg erfunden, der vermeint, man könne mit solcher Biedermeierei Brandstifter am Werk hindern.
Genosse B.: Ich will Deinem Angriff nicht ausweichen, obwohl ich finde, daß Du auf meine prinzipiellen Einwände, die nämlich bedeuten, daß das "Unternehmen" grüne Partei heute und so voraussetzungslos kein kalkuliertes, sondern ein nichtkalkuliertes, ja fast ein im negativen Ende prognostizierbares Risiko darstellt, doch hättest eingehen sollen. Aber laß mich ein paar Worte zu dem Politikansatz sagen, aus dem das SB entstanden ist und mit dem meines Erachtens, auch als die Wellen der Repression schon hochschlugen, noch relativ gut gearbeitet hat, einen Politikansatz zudem, den wir in den Bürgerinitiativen, in der Frauenbewegung, also auch "außerhalb" des SB, wiederfinden und den ich auch heute noch prinzipiell als richtig ansehe.
Zunächst scheinen Du und ich andere Erwartungen von dem zu haben, was gegenwärtig für Sozialisten in dieser Republik und in dieser internationalen Situation zu erreichen ist. Ich habe gewiß genau so große Ansprüche wie Du, ich will mindestens genau soviel ändern, und ich weiß auch, daß jeder Tag eine Entscheidung bringen kann, die für uns als Linke und nicht nur als Linke tödlich zu sein vermag, z.B. wenn die USA verbrecherischerweise einen Krieg anzetteln, den sie jetzt die ganze Zeit schüren, nicht zuletzt mit Hilfe von Rüstungsexport. Aber es hat keinen Sinn, gerade wenn die Situation objektiv relativ verzweifelt ist, politisch zu verzweifeln und halt irgend etwas zu tun. Es macht auch keinen Sinn und wirkt allenfalls komisch, wenn wir die Pose eines weltpolitischen oder auch nur bundesrepublikanischen Subjekts annehmen, obwohl uns doch alle Muskeln und Knochen dafür fehlen. Für eine angemessene Bestimmung dessen, was wir vermögen, wäre es sehr wichtig, daß wir endlich erkennen, daß und warum wir schwach sind (trotz fünf oder sechs Prozent Proteststimmen).
Nun meine ich nicht, daß wir über unsere Schwäche jammern, daß wir angesichts unserer Schwäche auch in Sachen vernünftiger, notwendiger Umweltpolitik resignieren sollten. Wohl aber meine ich, daß wir in einer Pose der Scheinstärke Gefahr laufen, letztlich auch das Maß an Politisierung und Einwirkungschancen zu verspielen, das wir schon haben und das, wenn wir stetig und zielbewußt politisch arbeiten, zunehmend erreichbar wäre. Christian Semmler hat gerade in einem Interview in der FR nach der Auflösung der KPD eine Reihe von Punkten genannt, die sie falsch gemacht hätten. Ihm war hier durchgehend zuzustimmen. Das Schlimme daran ist nur, daß alle diese Fehler von Anfang an sichtbar waren und daß Semmler aus seiner Analyse der Fehler nicht die richtigen Folgerungen zieht, so daß zu befürchten ist, daß er sie an anderer Stelle und in anderer Weise wiederholt. Diese Fehler wurden nicht zuletzt aus Ungeduld geboren, aus dem bloßen Willen, ein politisches Subjekt zu spielen, ohne daß man bemerkte, wie sehr man Objekt war, Objekt der eigenen abstrakten Organisationsweise (und im Falle der KPD auch des Verfassungsschutzes).
Nun will ich Dich nicht mit Christian Semmler vergleichen; ich weiß, Du hattest mit der K-Gruppen-Politik nie etwas am Hut. Aber, abgesehen von einer nicht mit voluntaristischen Illusion beleuchteten und verzerrten Situationsanaylse scheinst Du doch zu übersehen, daß sozialistische Politik gerade inmitten einer sich verdichtenden kapitalistischen Gesellschaft, die die Menschen auch innerlich auszehrt, nur wirken kann und nur eine sozalistische zu sein vermag, wenn Ziel und Mittel strikt übereinstimmen. Wir müssen mit den Massen Politik machen und nicht für sie. Das heißt nicht, daß wir "mit den Massen irren" müssen, eingebunden wie sie nun einmal sind in diese Gesellschaft. Wohl aber heißt es, daß wir nur durch die Art unseres Konzepts nach und nach, hier und dort und, wie zu hoffen ist, in absehbarer Zeit dann hier und dort etwas mehr, Politisierungsprozesse in Gang zu setzen vermögen, um langsam von unten nach etwas weiter oben aufsteigend politische Prozesse und Entscheidungen zu beeinflussen. Wenn wir uns vorstellen, daß eine sozialistische Gesellschaft, die die Probleme der Menschen human zu lösen ermöglicht, nur eine dezentral organisierte, auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung basierende sein kann, dann darf sich unsere Organisation, die mitarbeiten will an der Transformation in eine sozialistische Gesellschaft gerade nicht der herrschenden institutionellen Krücken bedienen, die ohne daß wir es wollen, zu unserem Rückgrat werden könnten.

SOZIALISMUS DISKUSSION

Der „links"-Reprint 'Sozialisten und Demokratie" will eine Diskussion wiederaufgreifen, die den politischen Hintergrund für praktische Auseinandersetzungen mit politischer Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen abgibt. Mit diesem Titel ist ein Spannungsfeld angesprochen, das vielen Linken Identitätsprobleme bereitet. Die Broschüre ist Teil des Versuchs, grundsätzliche Auseinandersetzungen über das Thema "Sozialisten und Verfassung" neue zu beleben.
Mit Beiträgen von E. Altvater, B. Blanke, J. Hirsch, J. Huhn, A. Klönne, W.-D. Narr, O. Negt, G. Schäfer, J. Seifert u.a.
96 Seiten, DM 7,–

VERLAG 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort zu Schönwetterbehauptung bzw. Reformeuphorie gesagt werden. Wenn die zentrale Politikformel des SB "nach Interessen organisieren", das hieß ja nicht ein borniertes Berufskonzept, nur für Schönwetter taugte, dann stünde es noch schlechter, als ich annehme, für alle Arten von verändernden und auch sozialistischen Aktivitäten. M.E. ist aber das Gegenteil der Fall. Basisarbeit, nah und konkret, das ist selbst in Widerstandszeiten die einzige gewesen, bei der noch etwas lief. Das gilt übrigens auch für die autoritäre illiberale Nachkriegsperiode. Die aktive Selbstvertretung von politischen Interessen, wie sie beispielsweise schon in den Anfängen der Kriegsdienstverweigererbewegung, später beim Ostermarsch betrieben wurde, und die auch einiges in Bewegung setzte, hatte dieses Politikverständnis zur Basis. Gemessen an der großen Protest- und Aufbruchsbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ist es, heute betrachtet, gewiß wieder schwerer geworden. Aber deswegen ist das Konzept doch nicht falsch geworden, so wie der Sozialismus als humanes Versprechen, das einzige, das es gibt, nicht falsch geworden ist, weil der Kapitalismus so kräftig und so lange überlebt hat und weil der Stalinismus und Poststalinismus den Sozialismus zu einer "realen" Ideologie verhunzt haben.

Genosse A.: Ich weiß ja, lieber Genosse B., daß alles, was hier geschrieben ist, durch Deinen Kopf gegangen ist und daß meine Argumente ziemlich unterrepräsentiert bleiben. Da ich annehme, daß Du kein politisch Resignierter bist, also an dem von Dir propagierten Konzept politisch weiterarbeitest, will ich nun nicht unterstellen, daß Deine Kritik an den Grünen und Dein Festhalten an einem zumindest nach meiner Meinung von den Realitäten in Frage gestellten Konzept einfach unter Rationalisierung einzuordnen ist. Aber zweierlei fällt mir auf. Zum einen redest Du, wenn es um den "Arbeitsfeldansatz" und das "nach Interessen organisieren" geht, ziemlich um den heißen Brei herum, bringst also nichts Konkretes, und zum andern bleibst Du schlicht die Antwort schuldig auf die Frage und Tatsache, daß die grünen, bunten und alternativen Partei- und Wahlversuche doch aus der sozialen Bewegung heraus und durch die Erfahrung entstanden sind, daß außerparlamentarische Aktion nicht ausreicht und daß es einer Doppelstrategie bedarf, um auf das Parteienkartell – zum Beispiel im Sinne eines Atom-Moratoriums – einzuwirken.

Soweit ich unseren "Disput" bisher verstanden habe, bewegst Du Dich bei aller Argumentation, wenn es um das von Dir vertretene "Basiskonzept" geht, doch ziemlich auf der Ebene von Meinung und Spekulation. Die Basisbewegung war immerhin in einer Sackgasse, und in Bremen und Baden-Württemberg haben die Grünen nun auf Anhieb über fünf Prozent geschafft. Hunderttausend Menschen haben ihnen ihre Stimme gegeben. Diesen offensichtlichen Erfolg kannst Du doch nicht einfach ignorieren. Auch wenn sich jeder denken kann, daß in der tagtäglichen Parlamentsarbeit nun eine Menge neuer Probleme auftauchen, so ist das Wahlergebnis doch ein eindeutiges Zeichen dafür, wieviele Menschen inzwischen erkannt haben, daß die Umweltzerstörung gestoppt werden muß und daß gerade die Parlamentswahl auch eine Möglichkeit ist, den Etablierten mal zu zeigen, daß sie nicht ungestraft so weitermachen können wie bisher. Kämen die Grünen in den Bundestag – und manches spricht inzwischen dafür, daß sie das schaffen –, dann wäre dies ein Riesenerfolg auch für die außerparlamentarische Basisbewegung und vor allem eine strategische Chance, der SPD klarzumachen, daß sie auf eine Wahlgefolgschaft gerade auch der Linken nicht mehr so einfach wie früher rechnen kann, sondern daß sie handfeste Zugeständnisse machen muß, wenn sie weiter regieren will.

Genosse B.: Zuerst etwas zu dem, was Du zuletzt gesagt hast. Das wäre eigentlich eine extra Diskussion wert. Denn dahinter stehen Fragen nach dem Erfolgskalkül. Da müßte man den Strauß-Effekt der Grünen ebenso ansprechen (die Grünen blieben knapp unter fünf Prozent), wie die Wahrscheinlichkeit der Großen Koalition (wenn die Grünen ins Parlament kommen). Beide Ergebnisse wären m.E. für die politischen Ziele, für die wir arbeiten und kämpfen, eindeutig ein Rückschlag. Und es gibt auch zahlreiche Beispiele dafür, daß rein außerparlamentarisch agierende Bewegungen, was ja nicht ausschließt, daß man zugleich auf die bestehenden Institutionen einwirkt, wenn man sie über eine längere Zeit durchgehalten hat, auch Erfolg haben. Das trifft auf die Ostermarschbewegung (Entspannungspolitik) oder auf die Protestbewegung (Ablösung des CDU-Staates) zu. Die weltweite Antikriegsbewegung in Sachen Vietnam ist – zum Glück – nie darauf gekommen, sie zu parlamentarisieren, und sie hatte doch erheblichen Einfluß auf den Meinungsumschwung in der Bevölkerung, die anfänglich überwiegend die US-Aggression für richtig hielt, und sie hat auch entscheidend dazu beigetragen, daß die USA den Vietnamkrieg schließlich aufgeben mußten. Du kannst auch nicht einfach unterstellen, die Anti-AKW-Bewegung sei in einer Sackgasse. Sie hat ungeheuer viel in Bewegung gebracht, zum Teil auch auf dem gerichtlichen Weg, Moratorien durchgesetzt und überall, wo neue Pläne bekannt werden, organisiert sich jeweils sofort Widerstand. Auch hier ist der Meinungsumschwung in weiten Kreisen der Bevölkerung weitaus zahlreicher als fünf Prozent grüne Wahlstimmen. Die grünen Wahlstimmen erfassen m.E. nur einen Bruchteil von dem, was die außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung an Bewußtseinsumschwung in Gang gebracht hat. Mein Erfolgskalkül wäre es, diese Opposition nun nicht auf eine neue Parteischiene zu orientieren, sondern daran mitzuarbeiten, daß sie sich in überschaubaren Zusammenhängen, also unten und vor Ort, zunehmend aktiviert und politisiert.

Genosse A.: Also, wie gehabt, "Arbeitsfeldansatz", kleine Brötchen backen, kein Risiko eingehen und so vor sich hinwerkeln bis zum Sankt-Nimmerleinstag?!

Genosse B.: Zunächst, was die Frage mit dem "Arbeitsfeldansatz" betrifft – Du sagtest, ich würde um den heißen Brei herumreden: Der Begriff ist selbst durch die Organisationsdebatte des SB, aber auch zum Teil durch eine enge Praxis der Arbeitsfelder – weil wir überwiegend ein Intellektuellenverein sind – ziemlich zum Schlagwort verkommen. Sich in Arbeitsfeldern politisch zu engagieren, das habe ich nie bloß berufsborniert verstanden. Ein Arbeitsfeld ist für mich jede politische Interessengruppe, die konkret Basisarbeit macht. Also eine Betriebs- und Gewerkschaftsgruppe, ein Kinderladenprojekt, eine Bürgerinitiative, ein Antimilitarismuskomitee usw., das alles steckt für mich inhaltlich im "Arbeitsfeldansatz" drin.

Und eine Arbeitsfeldgruppe Gesundheitswesen, das heißt für mich nicht nur Pfleger und Arzt, sondern das heißt auch Kranke, Gewerkschaftsarbeit, Verbesserung des kommunalen Gesundheitswesens, Kampf für ein menschliches Krankenhaus, soziale und medizinische Versorgung durch Kollektivpraxen usw., und vor allem heißt das auch Bezug nehmen auf die gesellschaftliche Realität durch Analyse der Faktoren, die immer mehr Menschen krank machen, heißt Entwickeln alternativer Konzepte für ein humanes Gesundheitswesen.

Ich meine übrigens, daß es nicht allzu viele Mühe macht, eine Art "Erfolgsbilanz" und eine potentiell revolutionäre Perspektive des "Arbeitsfeldansatzes", der wie gesagt letztlich Basispolitik meint, nachzuweisen, wenn man nur über den eigenen Organisationstellerrand hinausschaut. Wir sollten uns mal darauf besinnen, daß es noch nie in diesem Land so viele linke Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Juristen, Hochschullehrer o.ä. gab. Wir haben zur Zeit in fast jeder großen Stadt eine Alternativzeitung (meist mit beachtlichen Auflagen). Es gibt in großer Zahl und Vielfalt alternative Projekte, z.T. institutionell eingebundene (Glocksee-Schule), z.T. genossenschaftlich organisierte (ASH). Wir haben eine linke Kulturszene, die weit über die Linke hinausstrahlt. Und dann die Bürgerinitiativen, das wohl größte "Arbeitsfeld". Auch im Betriebsbereich sind die linken und antikapitalistischen Kräfte nicht völlig erfolglos geblieben, obwohl dieser gerade sehr wichtige Bereich besonders wegen der gewerkschaftlichen Staatsloyalität eine schwach entwickelte Stelle im Basiskonzept ist. Alles in allem, von einem solchen qualitativen und quantitativen Sprung der Linken wagten wir während der Adenauer-Ära nicht einmal zu träumen. Du warst damals froh, wenn Du einen Rechtsanwalt gefunden hattest, der Dich wegen der Strafanzeige, weil Du die Protokolle vom 20. Parteitag der KPdSU im Bücherschrank hattest, verteidigte.

Meines Erachtens steckt da eine Menge an Potential und Kraft drin. Aber weil wir dies meist unterschätzen und viel zu schnell Basisaktionen, die nicht baldigen und kontinuierlichen "Erfolg" zeitigen, für "gescheiter" erklären, fasziniert uns nun der rasche Stimmenerfolg der Grünen, obwohl nur unklare Vorstellungen darüber bestehen, was dieser eigentlich politisch besagt. Also, wir sollten uns nicht auf den oft mißverstandenen "Arbeitsfeldansatz" als die alternative Politikform einengen lassen, sondern Arbeitsfelder als wichtigen Teil der sozialen und politischen Basisbewegung verstehen. Diese Bewegung ist höchst unterschiedlich. Viele Gruppen und Initiativen sind isoliert. Meine Perspektive ist nun aber nicht die einer grünen Partei, um mit den Etablierten auf dem Felde, das sie voll beherrschen, in Konkurrenz treten zu wollen, sondern die Zusammenführung und gemeinsames Vorgehen von Basisansätzen dort zu versuchen, wo es überschaubar und demgemäß auch basisnah zugeht und wo wohl auch die politischen Hebel einmal angesetzt werden, wenn wir eine neue sozialistische Gesellschaft als eine von unten organisierte verstehen, also auf kommunaler Ebene. Sobald im Stadtteil, in einer Kommune, einer Stadt genügend "Vorarbeit" geleistet ist, eine linke Infrastruktur und eine lebendige Organisation besteht, dann kann es durchaus sinnvoll sein und z.T. gibt es ja auch schon gelungene Beispiele (Stuttgart, Erlangen), an Kommunalwahlen teilzunehmen. Dann wird man nicht mehr riskieren, daß man von einer bürokratisierten Institution aufgesogen wird, dann kann man vielleicht begründet davon ausgehen, daß man die bestehende Institution jedenfalls teilweise für eigene Ziele, insbesondere für eine weitere Politisierung, umfunktionieren vermag. Aber auch in diesem Felde wird uns der Erfolg gewiß nicht in den Schoß fallen, zumal diejenigen, die die Bürokratie und den Staat beherrschen, die das Gewaltmonopol, den Gewaltapparat und die veröffentlichte Meinung besitzen, unserem Treiben nicht tatenlos zusehen, wie wir tagtäglich spüren müssen. Aber es führt kein Weg am "langen Marsch" vorbei, auch wenn mancher ihn zu früh aufgibt. Denn wenn die Betroffenen nicht bereit sind, die Bedingungen selbst zu ändern, wenn wieder einmal darauf gesetzt wird, Stellvertreter handeln zu lassen, anstatt selbst zu handeln, dann werden sich die parlamentarischen Hoffnungen schnell als ein Strohfeuer erweisen, das dort, wo in der Tat der Kampf für die bessere Gesellschaft geführt werden muß, also an der Basis, demobilisiert und letztlich neue resignative Tendenzen produziert.

Genosse A.: Wenn Du den "Arbeitsfeldansatz" als basisorientierte Interessenpolitik so weit interpretierst, wie Du es eben getan hast, so kann ich Dir in vielen Punkten zustimmen, daß die Arbeit nicht vernachlässigt werden sollte. Aber meines Erachtens reicht Basisarbeit allein nicht aus und sie stößt je eher an Grenzen, je weniger wir auf der Ebene der großen Politik präsent sind. Daß uns diese Präsenz zur Zeit noch fehlt, ist auch ein Zeichen unserer Schwäche. Diese Schwäche aber gilt es zu überwinden, und dabei müssen wir auch Wagnisse eingehen und z.B. bereit sein, auf dem Feld der Partei- und Parlamentsarbeit Erfahrungen machen, die uns verschlossen bleiben, wenn wir uns da wie in den letzten Jahrzehnten raushalten oder mit dem immer beschworenen Hinweis auf die undemokratische Fünfprozentklausel raushalten lassen. Unterstellen wir einmal gemäß Deiner Prognose, die 'Sache' "grüne Partei" gehe mittelfristig schief. Warum willst Du denn nicht wenigstens das Experiment wagen, denn hundertprozentig sicher kannst Du doch auch nicht sein? Auf alle Fälle kommt – und sei es auch nur kurzfristig – Bewegung in die erstarrte Parteienlandschaft, was wir bereits nach Bremen und Baden-Württemberg, feststellen können. Schon um dieses frischen Luftzugs willen lohnte es sich, so meine ich, auf die Grünen zu setzen. Wenn man immer nur kalkuliert und nie probiert, dann kann man auch nie etwas gewinnen. Wir müssen doch endlich einmal heraus aus unserem Getto. Betrachte nur die Beachtung, die wir als Grüne auch in der bürgerlichen Presse finden. Das allein ist doch schon ein Erfolg. Und überhaupt: wie sollen Lernprozesse laufen, wenn man es nicht praktisch ausprobiert?

Genosse B.: Es wäre schön, ich könnte wenigstens hier Deinen Wünschen und Hoffnungen folgen. Aber es geht meines Erachtens nicht um den vorhandenen oder mangelnden Mut zum Experiment. Meine Kritik läuft doch darauf hinaus, und nun wiederhole ich mich, und es gibt auch bereits genügend Warnzeichen, die im Parteiaufbau-"Wahlerfolg"-Programm-Eifer übersehen werden, daß dieses grüne Experiment einerseits auf der Parlamentsebene so gut wie nichts bewirken wird und andererseits die Basisbewegung nicht nur schwächt, sondern ihr auch eine falsche Orientierung gibt. Auch in der Frage von Lernprozessen machst Du es Dir etwas einfach. Es ist ja nicht so, daß ich nur Lernprozesse vor mir habe, sondern ich habe auch bereits Lernprozesse hinter mich gebracht, die es auch erleichtern, die Möglichkeiten und Gefahren der Grünen vorausschauend zu beurteilen. Also, mir kommt es darauf an, um mit einem Buchtitel von Alexander Kluge zu sprechen, "Lernprozesse mit tödlichem Ausgang" zu verhindern. Gerade weil es so wichtig ist, daß Linke als einzelne und Gruppen auch hin und wieder Erfolgserlebnisse haben können, gerade weil es so entscheidend ist, daß wir nicht bei der linken Nabelbeschau stehenbleiben, müssen wir darauf achten, daß sich die "Erfolge" nicht allzu schnell als Mißerfolge herausstellen, und vor allem müssen wir aufpassen, daß die Erfolge auch solche Erfolge sind, die zu unseren Zielen passen. Wenn wir unseren Erfolgsmaßstab von den Herrschenden übernehmen, dann sind wir nicht aus einem linken Grenzbezirk in die Gesellschaft "eingebrochen", vielmehr sind wir ein gefährliches Stück weit in der bestehenden Gesellschaft aufgegangen. Wir hätten dann wie der alte Krösus ein Land "erobert" und gar nicht bemerkt, daß es unser eigenes gewesen ist, das erobert wurde, das wir also verloren haben. Betrachtet man sich die veröffentlichte Meinung über die Grünen einschließlich der angestrebten Funktionalisierung zu der zum eigenen taktischen und strategischen Nutzen erwünschten vierten Partei durch Biedenkopf, Strauß u.a., dann läßt sich meines Erachtens recht deutlich erkennen, wie schwerkraftmäßig das herrschende Institutionen- und Parteiengefüge auf die Grünen wirken. Es ist absehbar, daß das bißchen "frischer Luftzug", den die Grünen jetzt noch aufwirbeln, auf dieser Ebene der Parteien- und Parlamentslandschaft aufgesaugt wird.

Also, ich vertrete noch einmal entschieden

die These, daß selbst wenn sich weiterer "Wahlerfolg" einstellte, der politische Auftrieb, den Du und viele sich erhoffen, nur von kurzer Dauer sein wird. Und meine Sorge wegen des Katzenjammers, der folgen wird, ist groß. Ich befürchte, die Zahl derjenigen, die noch besser zu wissen meinten als zuvor, daß man ja doch nichts tun könne und deswegen in Privatisieren und Resignation "machen" könne, nähme erschreckend zu. Um dieser Gefahr zu begegnen, halte ich es für ungeheuer wichtig, die Kritik an der grünen Partei, die Gefahren, die ich in diesem Experiment sehe, bereits heute deutlich auszusprechen und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Wenn Form und Inhalt der Politik, wie ich meine, ein Paar Stiefel sind, dann werden sozialistische Inhalte letztlich über unmittelbare Erfahrungen, d.h. eine konsequente Interessenpolitik von der Basis her erkämpft. Hier und heute bewirkt m.E. partei- und parlamentsorientierte Politik, wenn sie von Sozialisten zudem in grünem Gewande übernommen wird, daß die Genossen, wenn sie den jetzt eingeschlagenen Weg weiter verfolgen, den gestirnten "sozialistischen Himmel" zwar noch über sich wähnen, aber dennoch praktisch in der Form und bald auch im Inhalt die Politik dieser Gesellschaft betreiben. Das mag hart klingen, aber ich befürchte, es wird sich bewahrheiten, ganz zu schweigen von den negativen Folgen für den politischen Aktionsraum der Basispolitik, den eine Strauß-Regierung oder auch eine Große Koalition im Vergleich zu heute ganz erheblich einschränken würde.

Nachbemerkung: Genosse A und B sind sich in diesem "Disput" nicht näher gekommen, obwohl sie doch in der Analyse gesellschaftlicher Gefahren und auch in den langfristigen sozialistischen Zielen weitgehend übereinstimmen. D.h. aber auch, daß wir weiter miteinander reden müssen, denn nicht alles, was wir pro und contra vorgebracht haben, ist so gesichert, daß es nicht durch neue Erfahrungen revisionsbedürftig werden könnte.

WOLF-DIETER NARR/
KLAUS VACK

STRATEGIE

Verschlungene Pfade

– Lernprozesse und Emanzipation –

Es gibt historische Situationen, in denen die gesellschaftlichen Kräfte sich polarisiert gegenüberstehen, in denen massenhaft bestehendes Bewußtsein politisch gegen das Herrschaftssystem durchzusetzen ist. Zentrale Führung durch Kaderorganisationen kann hierbei eine entscheidende Rolle spielen, wie sehr auch immer ihre Handlungsstruktur künftige Entwicklung belasten mag. In der Industriegesellschaft der Bundesrepublik ist diese Situation nicht gegeben. Bewußtsein hat sich bisher nicht massenhaft um eine politische Alternative polarisiert. Diese erscheinen vielmehr bisher wenig konkret. Die auf sie gerichteten Hoffnungen beruhen auf sehr unterschiedlichen Erwartungen und Motivationen. Große Teile der Bevölkerung empfinden Verunsicherung und Orientierungslosigkeit angesichts krisenhafter Zuspitzungen und Sinnentleerung im eigenen Lebensbereich, allgemeine oder punktuelle Probleme regen zu Protest- und Selbstorganisation an, auch zu Widerstand, aber alles dies sind erst Ansätze, die qualitativ neue gesellschaftliche Strukturen erst hervorbringen können, wenn sie sich entfalten und tief in die Gesellschaft eindringen, Bewußtsein verändern. Dies ist nur in sozialen, emanzipatorischen Massenlernprozessen möglich. Ihre Gestaltung hat Vorrang.

Protest- und soziale Bewegungen wie auch sozialistische Politik müssen unter solchen Vorzeichen sich der Bedingungen und der Formen des Verlaufs sozialer Lernprozesse vergewissern, um sich mit ihren politischen Entscheidungen und Verhaltensweisen förderlich auf sie beziehen zu können.

Zur Motivation von Lernprozessen

Lernprozesse bedeuten, sich einzulassen auf Unbekanntes, Unsicherheit auf sich zu nehmen und Vertrautes, das bisher Umwelt und Identität konstituierte, fahren zu lassen. Das Sicheinlassen auf soziale Lernprozesse ist mithin nicht selbstverständlich. Ohne hinreichend motivierenden Anlaß finden sie nicht statt.

Die Kenntnis der Motivation ist ein wichtiger Schlüssel, um sich in und zum Lernprozeß so zu verhalten, daß er sich emanzipatorisch entfalten kann. Hier einige Beispiele von Motivation aus der jüngsten Vergangenheit:

- Unmittelbare Betroffenheit veranlaßte die Bauern von Wyhl, sich gegen das geplante Kernkraftwerk zu wenden, das ihre landwirtschaftliche Reproduktionsbasis bedrohte.
- Verstärkte Bedeutung gewinnen "postmaterialistische" Werte wie unversehrte Natur, Sinnhaftigkeit von Arbeitsprozessen, Selbstbestimmung und -verantwortung, solidarische statt kunkurrenzhafter Umgangsformen usw. vor allem für diejenigen, deren materielle Lebensbasis im Einzelfall oder innerhalb der sozialen Zugehörigkeit hinreichend gesichert scheint. Neue Bedürfnisse – die natürlich auch alte und früher schon vorhandene sind – gewinnen Priorität und werden zum motivierenden Ansporn, wie gegenwärtig in Teilen der Ökologiebewegung.
- Unsere moralische Identität begründet sich auf Normen und Werte, denen wir uns verpflichtet fühlen. Die Sozialisation in der bürgerlichen Gesellschaft und die Legitimation von Herrschaft in ihr sowie ihre Tradition vermitteln diese moralische Identität. Auf der Basis dieser Werte und Normen konnte der Antikommunismus gedeihen, da der 'reale Sozialismus' im Bewußtsein der Bundesbürger gegen sie verstieß. Wie aber, wenn die bürgerliche Gesellschaft selbst sich immer offensichtlicher zynisch gegen ihre eigenen Wertmuster verhält, wenn die Freiheit der Meinung zur Meinungsfreiheit der Herrschenden wird, die Souveränität des Volkes (Demokratie) zum Wahltagsritual und die Verteidigung der Freiheit zum Völkermord in Vietnam? Dann droht der Verlust der eigenen Identität. Im Bewußtsein des Einzelnen entspinnt sich ein Kampf zwischen Legitimationsideologien zur Sicherung des bisher sicher Erscheinenden mit den Wahrnehmungen des sensibilisierten moralischen Individuums, das auf seine Werte und damit seine Identität nicht verzichten kann und deshalb gezwungen wird, sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die davon abweicht, auseinanderzusetzen. Ich vermute, daß dieser innere Konflikt die wichtigste Motivation der außerparlamentarischen und studentischen Protestbewegung der 60er Jahre gewesen ist.
- Ähnlich zu der zuletzt angedeuteten Motivation ist jene, die die vielfältigen Möglichkeiten und den überquellenden Reichtum der Industriegesellschaft erkennt, aber sich gleichzeitig von diesem Reichtum und von einer ihm entsprechenden achtungsvollen Behandlung ausgeschlossen fühlt. Die autoritäre Hierarchie in Schulen und Betrieben, Behörden und beim Militär, aber auch in der Familie, und Unterdrückung im sexuellen Bereich hat so zum Protest geführt. Die Schüler- und Lehrlingsbewegungen in den 60er Jahren mit ihren Protestformen der langen Haare oder der neuartigen Musik sind hierfür Beispiele.

Diese Beispiele aus sozialen Lernprozessen lassen die analytische Bedeutung von Motivation bereits erkennen. Was die Bauern von Wyhl motivierte und was eng mit Tradition teils konservativer, teils aufmüpfiger Art verbunden war, motiviert andere Teile der Gesellschaft nicht in gleicher Weise. Die Tragfähigkeit der Motivationen wird unterschiedlich sein, ebenso die Reichweite der Lernprozesse. Die Bürgerinitiative, die durch die Forderung nach einer Spielstraße an Stelle einer Durchgangsstraße motiviert wurde, hat geringere Lernchancen als die Protestbewegung, die auf der Normenverletzung durch den Vietnamkrieg beruht. Die erstere ist durch technische Zugeständnisse integrierbar, die letztere kaum. Die Kenntnis von Motivationen erlaubt deshalb Einschätzungen darüber, welche Teile der Gesellschaft von einer bestimmten Problematik erfaßt werden können, welche Reichweite und welche Integrierbarkeit in das bestehende System gegeben sind, und gestattet Überlegungen darüber, wie die Bedingungen im Lernprozeß selbst gestaltet werden sollten, um eine emanzipatorische Entfaltung des begonnenen Lernprozesses zu sichern.

Verbrauchte Motivationen

Das simple Beispiel der Spielstraße zeigt, daß Motivationen begrenzt sein und administrativ eingefangen werden können. Auch die Gegenläufigkeit von Motivationen kann zur Unterdrückung von Lernansätzen führen. Wichtigstes Beispiel der Gegenwart ist der für viele real erscheinende Zielkonflikt zwischen Arbeitsplatzsicherung und der Produktion von Kernkraftwerken. Doch weiter: Auch Motivationen, die zu einer weitgreifenden Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft führen, können 'verbraucht' werden. Mit der Abarbeitung an dem Wertsystem und der Realität der bürgerlichen Gesellschaft und der schließlich erreichten Erkenntnis, daß diese ihre eigenen Werte nicht ernstnimmt, ja ständig gegen sie handelt, hört der oben genannte Werte-Konflikt in unserem eigenen Bewußtsein auf. Erzeugt die unerhörte Brutalität amerikanischer Kriegsführung in Vietnam moralischen Protest und damit Motivation, so wird heute das ständige Foltern in großen Teilen der westlich-dominierten Welt achselzuckend mit der Bemerkung beiseite geschoben,dies sei für den Kapitalismus kennzeichnend. Die sonderbare Reprivatisierung und zum Teil auch Entpolitisierung von einstmals engagierten 'Altgenossen' weist auf diesen Vorgang des Verbrauchs von Motivation im Lernprozeß selbst. Eine dauerhafte Motivation, die zu langanhaltendem Engagement im sozialen Lernprozeß und der damit verbundenen politischen Arbeit führt, bedarf – so die These – positiver Bindungen, die für die Gestaltung des Lebens des einzelnen und seines sozialen Zusammenhanges von so großer Bedeutung sind, daß er diese und ihre Voraussetzungen mit all seinen Kräften verteidigt. Kritik der bestehenden Gesellschaft, Klage über ihre Brutalität, Unterdrückung und die von ihr erzwungene Deformation der Gesellschaft und des einzelnen reicht also nicht aus, wenn nicht Ansatzpunkte neuer emotionaler Einbindung und Identitätsbildung entstehen. Hier liegt die fundamentale und nicht nur etwa kosmetische Bedeutung der Umgangsformen innerhalb der sozialen Lernbewegungen; ob sie nur alte Formen konkurrenzhaften Verhaltens mit neuen verbalen Mänteln fortsetzen oder ob sie dem Engagierten ein Gefühl von solidarischem Aufgehobensein vermitteln können. Hier liegt auch die Bedeutung von Gegenkultur, die ebenfalls nicht nur gesellschaftskritisch wirkt, sondern auch Alternativen vor- und nachzeichnet.

Dies alles will sagen, daß die Entfaltung alternativer Lebenszusammenhänge, Projekte, Umgangsformen, ein wesentlicher Bestandteil dauerhafter Motivation ist, in ihnen wird der Mittel-Ziel-Zusammenhang für den einzelnen erkennbar. Positive neue Einbindung heißt freilich nicht, herausgehen aus der Gesellschaft, sich zurückziehen in ihre Nischen. Sie muß überlegt und entwickelt werden aus den je unterschiedlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen, in denen soziale Bewegungen ihre Veränderungsprozesse entfalten.

Zu bedenken bleibt auch, daß Motivation des Individuums nicht auf abstrakte Veränderung der Gesellschaft gerichtet ist, auch nicht bei weit gediehenem Politisierungsprozeß. Dem einzelnen geht es auch dann immer auch und völlig zu recht um seine Selbstverwirklichung. Selbst wenn positive, neue soziale Bindungen greifen, so wird davon nur ein Sektor seiner sozialen Existenz erfaßt. Ein meist weit größerer Teil ist weiter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen unterworfen, muß sich mit ihnen ständig auseinandersetzen, ja auch seine Kompromisse machen. Die Reflexion über Lernprozesse und ihre Gestaltung darf solche Momente nicht übersehen, muß die Belastbarkeit von Motivation und ihre Grenzen als einen wesentlichen Teil des Prozesses selbst begreifen. Dazu gehört auch die Beachtung der besonderen Lebens- und Arbeitsumstände der einzelnen sozialen Gruppierungen und ihrer je besonderen Art der Wahrnehmung und Verarbeitung sozialer Realität und Probleme. Arbeiter und Studenten, im Privatbetrieb Angestellte und Sozialarbeiter oder Landwirte können im Lernen und vielleicht noch wichtiger im Anwenden des Gelernten nicht über den gleichen Kamm geschoren werden.

Keine 'historische Notwendigkeit'

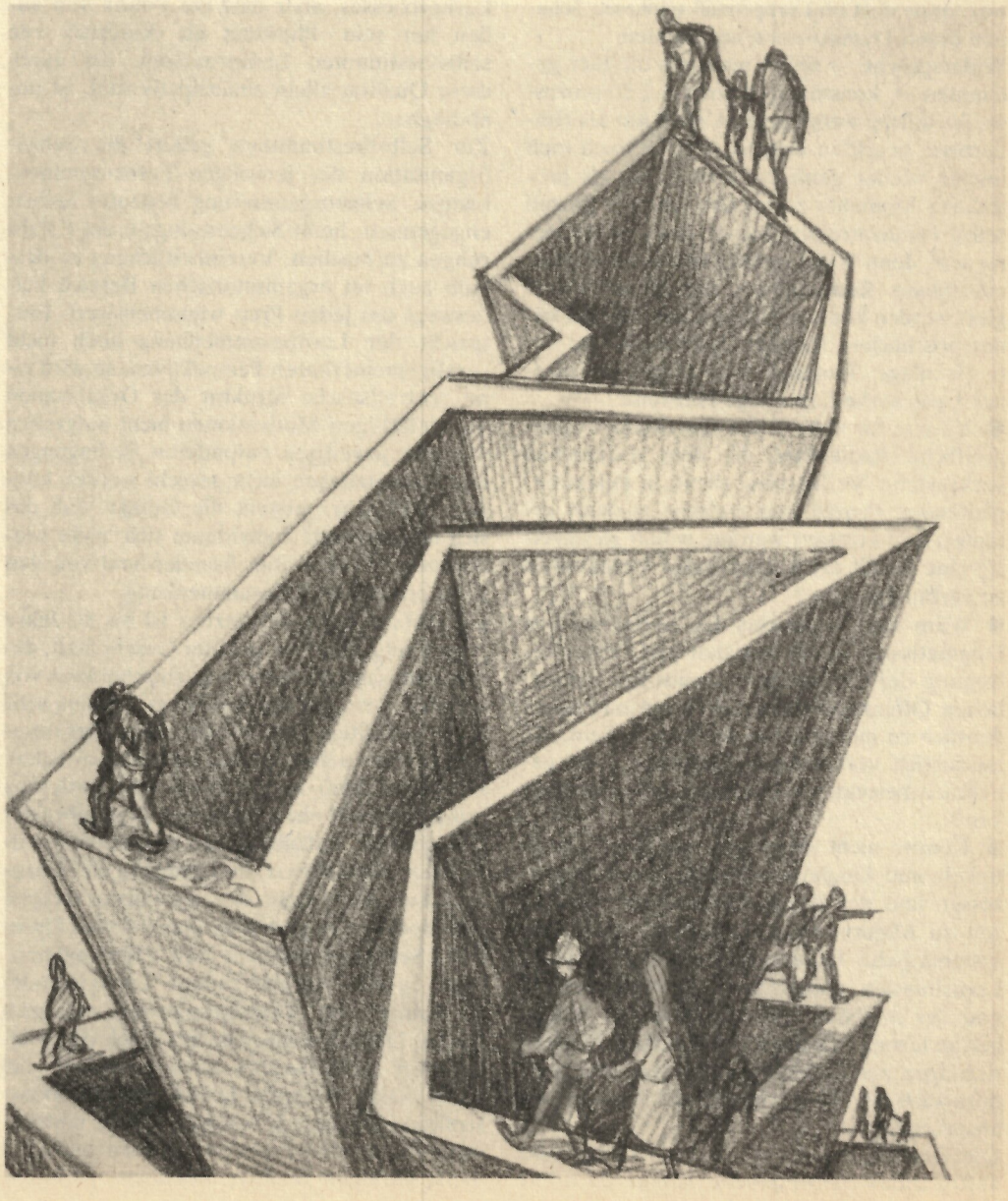
An krisenhafte Erscheinungen im Kapitalismus ist von der Linken immer wieder die Hoffnung geknüpft worden, daß sie notwendig zu sozialrevolutionärer Zuwendung der betroffenen Massen führen müßten. Diese Hoffnung hat meist getrogen, auch gegenwärtig ist solche 'Notwendigkeit' nicht erkennbar. Ihrer Erfüllung steht entgegen, daß erstens die Entwicklung des Kapitalismus und die Durchsetzung seiner Verkehrsformen nicht nur Widersprüche hervorgetrieben, sondern auch die Gesellschaft und alle ihre Teile im Sinne der Konkurrenz- und Warengesellschaft deformiert hat. Deformation heißt hier auch Beraubung von Fähigkeiten des Menschen, seine emanzipativen Interessen als die Interessen seiner Selbstverwirklichung zu erkennen. Zweitens hat die hoch entwickelte kapitalistische Industriegesellschaft nicht zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft geführt, Proletariat und Kapitalisten stehen sich nicht in breiter Front gegenüber, sondern zu einer Partikularisierung von Konflikten mit gegenläufigen und zeitlich sich immer wieder verschiebenden Fronten. So ist das Allgemeine im spezifischen Konfliktfall immer schwerer zu erkennen. Problemabarbeitung kann sich dadurch leicht auf einzelne Reformschritte beschränken. Drittens sind die Mechanismen zur Integration oppositioneller Bewegungen vielfältig und schwer in Wirkungsweise und Richtung zu durchschauen. Umlenkung von radikalen Ansprüchen zu systemimmanenten Veränderungen erfolgt oft, ohne daß dies wahrgenommen wird. Dann kann der Kampf um die grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei 'Human-Relation'-Maßnahmen enden, der um Abrüstung bei der aufrüstungsfördernden Rüstungskontrolle und der um Sicherung ökologischer Lebensbedingungen beim professionellen Naturschutz.

Zwar kann die Abarbeitung an Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft immer zum Zentrum der Probleme des Kapitalismus führen, aber sie muß es nicht. Jede Hoffnung auf Automatismus ist illusionär. Soziale Lernprozesse müssen deshalb als zieloffen verstanden werden. Emanzipatorische Orientierung können sie nur gewinnen und behalten, wenn ihre Arbeit, die gleichzeitig ihren Lernprozeß darstellt, von außen und innen ständig kritisch analysierend begleitet wird. Die gegen Kritik gewandte Forderung nach Einheit und äußerlicher Geschlossenheit muß aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Widersprüche in Lernprozessen

Die analytische Begleitung sozialer Lernprozesse als Voraussetzung für ihre emanzipatorische Entfaltung kann nicht davon ausgehen, daß hier mit einfacher, gerader, linearer Meßlatte zu messen ist. Weder verlaufen solche Prozesse geradlinig, noch unmittelbar funktional. Sie sind vielfach in sich widersprüchlich. Das was vorantreibt, erzeugt gleichzeitig ein Hindernis, tut eine Sackgasse auf. Hierfür Beispiele in Stichworten:

- Mobilisierung unter fest eingefahrenen Verhältnissen bedarf häufig hoher Radikalität und intensiver punktueller Konzentration auf bestimmte Fragen. Pazifistische gewaltlose Aktionen gegen die Atombewaffnung, Provokationstechniken der Studenten, illusionäre, aber mitreißende Hoffnungen und schnelle gesellschaftliche Veränderung in Protestbewegungen sind Beispiele für Verdichtung und Intensivierung von Widerstand und Protest zur Mobilisierung. Sie ergreifen die Phantasie, sie machen aufmerksam, sie können Barrieren durchbrechen! Aber gleichzeitig enthalten sie ein Moment des Scheiterns, des Sektierertums und der sozialen Isolierung. Da die Erwartungen überspannt, die Anforderungen an den einzelnen überzogen und der Schritt voraus im Vergleich zum herrschenden Bewußtsein soweit greift, daß kaum jemand folgen kann, wird zwar das Aufrütteln erreicht, aber die Umwandlung in kontinuierliche, sich ausweitende Lernprozesse behindert.
- Soziale Bewegungen sind dem enormen Druck der herrschenden Kultur und Kulturapparate ausgesetzt. Ihm können sie nur standhalten durch Gegenakkulturation, die Erfahrungen als Tradition weitergeben und vermitteln kann. Wie dringend diese Aufgabe im Lernprozeß ist und unter welch ungeheurem Druck sie zu erfüllen ist, zeigt ein Blick auf die riesige Sozialisations- und Ideologisierungsmaschine der bürgerlichen Gesellschaft, die alles zerfasert, umwendet und integriert, was nicht ständig öffentlich erläutert, verteidigt und weiten Teilen der Gesellschaft nahegebracht werden kann. Die Kehrseite der Gegenakkulturation besteht so in der ständigen Versuchung der unzulässigen Vereinheitlichung von Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem Lernprozeß, der Überspielung der vielfachen inneren Gegensätze und Differenzierungen zwecks besserer Vermittlung und Verteidigung und schließlich der Dogmatisierung zur vermeintlichen Herstellung von Si-



cherheit für das Bewußtsein der Protestbewegung. Alles dies schränkt jedoch notwendig Lernfähigkeit ein und kann damit den Lernprozeß abwürgen.

● In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind in Westdeutschland mehrere Wellen sozialer Protestbewegung aufgekommen, die keineswegs immer von den gleichen sozialen Kräften getragen wurden. Die Veränderung des Akkumulationsprozesses und seiner politischen Bedingungen haben die unterschiedlichen Anlässe hierzu geliefert. Keine dieser Wellen hat die ganze Gesellschaft intensiv erfaßt oder gar eine Vereinheitlichung von Bewußtsein in großen Teilen von ihr herstellen können. Solche Feststellung unterschätzt nicht die große Bedeutung jeder einzelnen dieser Wellen auf gesellschaftliche Veränderung, aber sie überschätzt auch nicht die Tiefe der Wirkungen. Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Lernprozesse waren so ein bestimmender Bestandteil der Bewußtseinsänderung in Westdeutschland. Dies bedingte, daß die einzelnen Wellen des Lernprozesses zueinander gerieten. Am deutlichsten wurde dies in den 60er Jahren in der Auseinandersetzung zwischen Ostermarsch-Kampagne und Studentenbewegung und in den 70ern in den Dominierungsversuchen ökologischer Ansätze durch früher entstandene sozialistische oder kommunistische Gruppen. Dabei wurde erkennbar, daß das, was die einen erlernt oder erfahren zu haben glaubten, nicht den anderen einfach rational zu vermitteln war, ohne dort im Lernprozeß schweren Schaden durch Demotivation anzurichten.

Widersprüche – sicher mehr als die hier genannten – konstituieren soziale Lernprozesse. Sie dürfen weder negiert, noch nur als Hindernisse begriffen werden. Der Versuch muß immer wieder gemacht werden, sie als produktive Momente zu nutzen, um den Prozeß selbst voranzutreiben. Sicher, das wird schwierig sein, denn Widersprüche sind ja nicht leicht einsehbare Rechenfehler, die schnell korrigiert werden können, sondern beruhen auf widersprüchlicher Realität, Erfahrung und Interessenlage. Trotzdem hier einige, aus eigener Unsicherheit, nur vage Hinweise:

● Könnte für viele in der Gesellschaft unbegreifliche Radikalität, die dem Aufbrechen verkrusteter Verhältnisse dient, in einem begleitenden Prozeß von anderen zugleich erläutert und kritisiert werden, womit gleichzeitig eine Kritik der herrschenden Verhältnisse zu verbinden wäre?

● Wäre nicht angesichts des Auftretens von Dogmatismus in der sozialen und Protestbewegung der Einheitsfetischismus der bürgerlichen Öffentlichkeit zu kritisieren und daran deutlich zu machen, wie jeder dazu dient, die tatsächlich vorhandenen und oben nicht genehmen besonderen Interessen zu unterdrükken?

● Könnte nicht angesichts von Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit von Lernprozessen und den damit verbundenen Tendenzen zu Majorisierung es hilfreich sein, eine systematische Herausarbeitung der in jeder Lernsituation vorhandenen Problembereiche und der in ihnen versteckten realen Aufgaben zu leisten? Damit würden nicht nur Orientierungen auf Problemlösungen erreicht, sondern auch eine Relativierung von Avantgardeansprüchen.

Die Bewältigung der im sozialen Lernprozeß auftretenden Widersprüche könnte so selbst wieder zum Anlaß für Lernen und die Vermittlung von Lernen in die Gesellschaft hinein werden, wobei freilich die 'pädagogische' Umsetzung in Aktionsformen eine immer wieder neu zu bedenkende und zu erprobende Aufgabe darstellt.

Lernen und Betroffenheit

Soziale Lernprozesse verlaufen nicht in Formen rationaler Wissensvermittlung. Sie beruhen auf existentiellen Erlebnissen, die massenhaft oder exemplarisch gemacht werden. Die Lehrer sind in der Regel nicht wohlwollend, sondern gleichgültige oder repressive Behörden, sind meinungsmanipulierende Springers, sind die Bombenflugzeuge der USA über Vietnam oder die Regierungen, die das Gegenteil von dem tun, was sie versprachen. Massenhafte Erlebnisse mit solchen Lehrern führen aber nicht massenhaft zu den gleichen Resultaten. Die Art der Sozialisation, die klassen- und schichtenspezifischen Erwartungen, die bisher gewonnenen Erfahrungen brechen die Lehren der Lehrer zu unterschiedlichen Reaktionen. Eine Pluralität von individuellen und gruppenspezifischen Lernverläufen ist notwendige Folge. Werden solche Lernverläufe von oben her vereinheitlicht, so wird gerade die je spezifische Motivation unterdrückt und die so notwendige Emanzipation in selbständiger Abarbeitung an äußeren und inneren Problemen unterbunden. Vereinheitlichung kann deshalb bestenfalls Produkt des Lernprozesses, aber darf nie Politik von außen her sein. Pluralität als Ausdruck von selbstbestimmten Lernprozessen, die durch diese Qualität allein emanzipativ sind, ist unabdingbar.

Zur Selbstbestimmtheit gehört die Selbstorganisation des jeweiligen Lernzusammenhanges. Selbstorganisierung bedeutet Selbstengagement, heißt Sicheinbringen, um Erfahrungen zu machen. Vereinheitlichung ist deshalb auch im organisatorischen Bereich keineswegs um jeden Preis wünschenswert. Entspricht der Lernzusammenhang noch nicht verallgemeinerbaren Perspektiven, so wird eine zentralistische Struktur der Organisation die vielfältigen Motivationen nicht aufgreifen und den jeweiligen besonderen Bedingungen und Zielsetzungen nicht gerecht werden können. Vielmehr entsteht die Gefahr, daß das sich einbringende Individuum sich 'nicht wiederfindet' in dem ihm fremden und von ihm nicht erarbeiteten Zusammenhang.

Die Erfahrungen der letzten 10 bis 20 Jahre zeigen sehr deutlich: in einer Gesellschaft, deren politische Veränderung entscheidend von sozialen Lernprozessen abhängt, können sehr wohl vielfältige und vielgestaltige Organisationsformen neben- und miteinander arbeiten. Ihr hohes Maß an spezifischer Orientierung ermöglicht viel eher, Isolierung gegenüber der Gesellschaft aufzubrechen, die unterschiedlichsten Bedürfnisse in Lernprozesse einzubeziehen und diese der jeweiligen Gruppe entsprechend zu gestalten. Dabei haben Pluralität, Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation große Möglichkeiten korrigierender Steuerung von Verhaltensweisen erkennen lassen. Der oft chaotische Eindruck der Vielfalt darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele dieser 'unordentlichen' Organisationsstrukturen nicht nur schwere Fehler und Irrwege vermeiden konnten, sondern auch mit meist geringen Kräften erhebliche politische 'Effektivität' entfalten konnten.

Gegenwärtig scheint allerdings zumindest ein weiterführender organisatorischer Schritt möglich und geboten: Die Herstellung eines kommunikativen Zusammenhanges zur Information, zur Erfahrungsbildung und zur Erfahrungsvermittlung (Tradition) wie auch zur punktuellen gemeinsamen Kooperation in Aktionen ist notwendig. Die Form dieses Zusammenhanges ergibt sich aus den jeweiligen konkreten Bedürfnissen. Sie läßt sich nicht ein für allemal als Organisationsschema festlegen.

Ungleichzeitigkeit des Lernens

Kommunikativer Zusammenhang meint nicht, andere zwecks Papierentscheidungen zu majorisieren, sondern meint immer, Vermittlung von Erfahrungen, um sich gegenseitig in der Pluralität, in der Ungleichmäßigkeit und in der Ungleichzeitigkeit des Lernens zu helfen. Das hat nichts Karitatives an sich. Hier hilft nicht die 'fortgeschrittene linke Gruppe' den 'noch naiven Mitgliedern einer Bürgerinitiative', hier sind nicht die einen oben und die anderen unten oder vorn und hinten, sondern begreifen zweierlei: erstens, daß die Entfaltung von immer neuen Lernprozessen und die Sicherung ihres emanzipativen Gehaltes für alle Gruppen wesentliche Stärkung bedeutet und deshalb im Interesse aller ist. Zweitens wird verstanden, daß die Einbeziehung immer neuer Teile der Gesellschaft mit ihren je spezifischen Voraussetzungen und Bedingungen für alle an den Lernprozessen Beteiligten neue Chancen, aber auch neue Probleme sozialer, ökonomischer und politischer Art stellt, für die nirgendwo fertige Lösungen vorliegen und an denen alle sich abarbeiten müssen, weil nur gesamtgesellschaftliche Problemlösungen, die keinen seiner Entfaltungsmöglichkeit berauben, zu Hoffnung auf gesellschaftliche und politische Veränderung im Sinne von Demokratisierung und Sozialismus berechtigen.

ANDREAS BURO

Albrecht, wir kommen ...

SOMMERSCHULE '80

Selbstverwaltung als konkrete Utopie – einst und heute

Das Projekt Sommerschule des Sozialistischen Büros wird 1980 im dritten Jahr veranstaltet. Aufbauend auf der Sommerschule '79 "Anders Arbeiten – Anders Leben" wurden aus dem Kreis der Teilnehmer für dieses Jahr drei thematisch unterschiedliche Sommerschulen entwickelt und vorbereitet. Die erste fand bereits über Ostern mit fast 70 Teilnehmern in der ASH Frankfurt statt. Vor allem im Ausbildungs- und Sozialbereich Beschäftigte, aber auch andere Berufstätige, trafen sich mit Mitgliedern selbstverwalteter Projekte und Betriebe aus der BRD und der Schweiz, um über das Thema "Selbstverwaltung als konkrete Utopie – Einst und heute" zu diskutieren.

Fragen an die Geschichte

Das politische Selbstverständnis der selbstverwalteten Projekte wie das vieler ihrer außenstehenden Freunde oder Kritiker ist heute zumeist geschichtslos. Das führt auch zu der weit verbreiteten Vorstellung, mit dem eigenen Experiment etwas völlig Neues zu beginnen. Nur selten wird die Frage gestellt, ob mit dem eigenen Ansatz nicht an eine verschollene Tradition angeknüpft wird, deren Erfahrungen möglicherweise nicht nur im Positiven, sondern auch in ihren Fehlern und Irrwegen wiederholt werden.

In dieses Dunkel ein wenig Licht zu bringen, war der Anlaß, uns mit den historischen Erfahrungen von Genossenschaften, utopischen Siedlungsexperimenten, Produktionskollektiven, der Lebensreform- und Jugendbewegung, der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft und anderen Formen von Selbstorganisation innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigen zu wollen, um von dort den Bogen zur Gegenwart – zu den vielfältigen Projekten unserer Tage – zu schlagen.

Doch sehr weit sind wir mit unserem Vorhaben nicht gekommen. Unser historisches Wissen wie auch die uns zur Verfügung stehenden Materialien reichten nicht aus, um die uns interessierenden Probleme ausreichend angehen zu können. So haben wir vor allem Fragen an die Geschichte formuliert: hinsichtlich der sozialen Zusammenhänge, aus denen diejenigen kamen, die seinerzeit praktische Alternativen bereits innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln versuchten, der damit verbundenen politischen Ansprüche, der historisch entwickelten Vorstellungen von kollektiven Lebens- und Arbeitsformen, der Beziehungsstrukturen zwischen Mann und Frau, der Kindererziehung, des Verhältnisses zur Sexualität, der Arbeitsorganisation, des Abbaus von Hierarchien, des Umgangs mit dem Widerspruch zwischen ökonomischen Zwängen und den eigenen emanzipatorischen Ansprüchen, der Außenwirkungen dieser Experimente in die Gesellschaft hinein, der Gründe für ihr Scheitern usw. Es gibt zwar zahlreiche Analysen, die die geschichtliche Entwicklung derartiger Versuche empirisch niederschreiben, ohne dabei jedoch in der Regel die uns für unsere eigene Praxis interessierenden Fragen anzugehen.

In den Institutionen bleiben oder in Projekten arbeiten?

Unsere Diskussionen konzentrierten sich deshalb sehr schnell auf die Gegenwart. Teilweise wurden sehr konkrete, praktische Fragen aufgearbeitet, teilweise ging es um grundsätzliche politische Probleme. Viele Diskussionen kreisten – im Vorgriff auf eine bereits geplante Sommerschule – um unser Verständnis von politischer Arbeit, um unser Umgehen mit der Frage Mann-Frau, um unser Verhältnis zu Kindern und alten Menschen und um notwendige politische Konsequenzen.

Eine zentrale Frage war für uns ferner, ob es noch eine vorwärtstreibende politische Perspektive im Berufsleben linker Lohnarbeiter gibt oder ob nicht die Aktiven schon längst – wenn auch gegen ihr Wollen – Garanten der Aufrechterhaltung des Status quo in den Institutionen und Betrieben geworden sind, indem sie sich auf die ihnen vorgegebenen Bedingungen und Strukturen soweit eingelassen haben, daß sie diese inzwischen bereits grundsätzlich als unveränderbar akzeptieren? Verschafft ihre dem Anspruch nach emanzipatorische Arbeit dem herrschenden System nicht in Wirklichkeit eine Basis, um Unzufriedenheit zu kanalisieren und zu entschärfen? Wird in den Arbeitskollegen nicht das beruhigende Gefühl erzeugt, aufopferungsbereite und zuverlässige Stellvertreter zu haben?

Bezeichnend für derartige Zweifel an der bisherigen politischen und beruflichen Praxis war der Rückblick einer "ausgestiegenen" Genossin auf ihre Erfahrungen mit Stellvertreterpolitik in den Institutionen. "Wieso setzt du dich eigentlich so für andere ein?", wurde sie von ihren Arbeitskollegen immer wieder verständnislos gefragt. "Bist du frustriert, weil du keinen Mann hast? Für mich bist du zwar ein edler Mensch, aber so leben wie du möchte ich dennoch nicht!" Kritisch wurde von ihr auf der Sommerschule die Frage gestellt, ob es eine politische Perspektive sei, wenn sich einige derart für andere aufreiben, und was man eigentlich aus den Institutionen an Unersetzlichem herausnimmt, wenn man – nachdem man dort so politisch aktiv gewesen ist – "aussteigt"? Wären die sich in den Institutionen und Betrieben mit Stellvertreterpolitik verschleißenden Linken für das herrschende System nicht eine größere Gefahr, wenn sie die Institutionen verließen und "außerhalb" politisch offensiv arbeiteten?

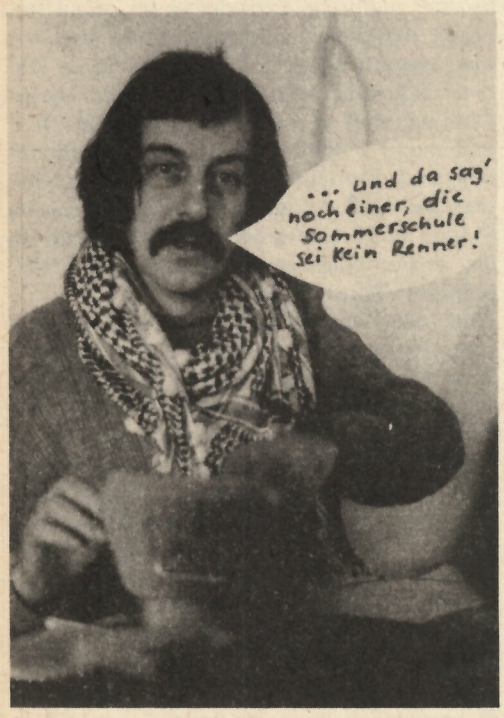
Aber dann kamen auch immer wieder kritische Fragen hinsichtlich des politischen Stellenwerts der selbstverwalteten Projekte. Viele Mitglieder von Projekten sehen selbst die Gefahr, von den "Sachzwängen" so überrollt zu werden, daß von den eigenen Ansprüchen immer weniger übrig bleibt. Andere zeigen dagegen weniger Skrupel und fordern, daß man sich erst einmal auf das Experiment einlassen soll, um dann zu fragen. Die Auseinandersetzung um den politischen Stellenwert der Projekte erscheint infolgedessen – gerade auf einem Forum wie der Sommerschule – unverzichtbar:

- hinsichtlich der in den Projekten praktizierten Arbeitsformen, der Aufhebung der Ar-

beitsteilung und darüber entstehender Hierarchien und hinsichtlich des Produkts der eigenen Arbeit;

- hinsichtlich der in den selbstorganisierten Projekten sich entwickelnden sozialen Beziehungen, des Verhältnisses zwischen Mann und Frau, der Frage des gemeinsamen Arbeitens und Lebens und der Probleme, die andererseits entstehen, wenn Arbeit und Privatleben auseinanderfallen;
- hinsichtlich der politischen Außenwirkungen der Projekte, der Perspektiven einer Vernetzung verschiedener Ansätze, des Wirkens in die Institutionen und Betriebe, des Anspruchs, ein Zukunftsmodell zu entwickeln und ein Stück vorweggenommener konkreter Utopie zu praktizieren.

Das Interesse, derartige Fragen anzugehen, ist nur allzu verständlich, gerade dann, wenn



für einzelne die persönliche Entscheidung ansteht, ob sie ihr bisheriges Lohnarbeiterdasein aufgeben und sich auf ein derartiges Experiment einlassen sollen.

In den Diskussionen wurde aber auch deutlich, daß es nicht um eine abstrakte Entscheidung zwischen institutioneller und außer-institutioneller Arbeit geht, sondern daß diese Entscheidung von der jeweiligen Situation des einzelnen abhängig sein wird: inwieweit es für ihn/sie sinnvolle Perspektiven der Arbeit in den Institutionen oder außerhalb gibt. Die übergreifende politische Perspektive aber besteht darin, die emanzipatorischen Ansätze innerhalb und außerhalb der bürgerlichen Institutionen und kapitalistischen Betriebe zu stärken und untereinander zu vernetzen. Davon unberührt ist die Tatsache, daß viele heute überhaupt keine Chance mehr bekommen, in den Institutionen zu arbeiten und für sie infolgedessen die Arbeit in einem Projekt zur einzig sinnvollen Perspektive wird.

"Selbstregulation wie im Ameisenhaufen"

Derartige Diskussionen wurden in diesem Jahr auf der Sommerschule bereits wesentlich zielgerichteter als im letzten Jahr geführt. Das stellten verschiedene der in diesem Jahr wieder anwesenden Teilnehmer der Sommerschule '79 fest. Viele Probleme sind inzwischen deutlicher geworden – aber auch Lösungen. Einige Teilnehmer der letzten Sommerschule haben – durch die dort gemachten Erfahrungen ermutigt – das eigene Projekt entschlossener angegangen. Die Sommerschule ist – wie sich zeigte – zu einem Ort geworden, wo sich ähnlich Denkende wiedertreffen, austauschen, weitergehende Perspektiven diskutieren; sie ist aber ebenso der Ort, wo man neue Anregungen bekommt, neue Leute kennenlernt und für den Alltag wieder Mut schöpft und Phantasie entwickelt. Wer in einem Projekt mitarbeitet, hat hier Gelegenheit, einmal nicht nur unter seinesgleichen – oft schon recht fachborniert – zu diskutieren, sondern sich mit Leuten auseinanderzusetzen, die – aus anderen Erfahrungszusammenhängen kommend – oft sehr kritisch-bohrende Fragen stellen.

Natürlich bleibt das Vernetzungsproblem bestehen, sind es immer noch wenige, die als Lohnarbeiter aus kapitalistischen Betrieben zur Sommerschule kommen und ihre Erfahrungen einbringen und zugleich versuchen, etwas mitzunehmen, was sie für ihre eigene politische Praxis verwenden können. So entsteht auch immer wieder die Frage, ob nicht auch hier sichtbar wird, daß in der BRD-Gesellschaft zwei Kulturen entstehen, zwischen denen es bisher kaum Vermittlungsansätze gibt? Die vielfältigen Diskussions- und Kommunikationsstrukturen auf der Sommerschule wirken auf Außenstehende vielleicht chaotisch-unstrukturiert. Auch wer zum ersten Mal an einer Sommerschule teilnimmt, macht möglicherweise ähnliche Erfahrungen. Viele bemerken allerdings im Verlauf dieser Erfahrung, daß die "Selbstregulation wie im Ameisenhaufen" recht gut funktioniert – von der Diskussion bis zum Geschirrspülen. Auch dieses Mal kam von einzelnen die Kritik, daß zu wenig faßbare Ergebnisse in Form von schriftlich festgehaltenen Thesen o.ä. erarbeitet worden wären. Andere versuchten ihre Erfahrung dagegen zu setzen, daß hier Ergebnisse in anderer Form erzielt werden – im Mut für den Alltag fassen; in der Bereitschaft, sich auf Projekte und Experimente einlassen; in der Entwicklung eines neuen Begriffs von Lernen. Sie sahen die Bedeutung der Sommerschule in einem Miteinanderumgehen, das von einer Reduzierung des Leistungs- und Konkurrenzdrucks, von der Fähigkeit, wieder Fragen zu stellen und an sich heranzulassen, Unsicherheiten zu zeigen, Gelassenheit zurückzugewinnen und sich Zeit zu geben, gekennzeichnet ist. Viele betonten den emotionalen Halt, den sie durch das Zusammensein mit ähnlich Denkenden fanden – selbst wenn konkrete Verknüpfungen kaum herstellbar waren. Teilnehmer der Sommerschule '79 berichteten, daß ihnen oft erst nach Monaten bewußt wurde, wie sich über die Sommerschul-Erfahrungen etwas in ihrem Leben veränderte: das Verlassen der beobachtend-analysierenden Vogelschau-Perspektive durch den Mut, sich auf eine sich verändernde politische Praxis einzulassen und neue Ideen an sich heranzulassen.

Aber es gab auch Kritik: manche empfanden die Teilnehmerzahl noch als zu groß, so daß sie sich nicht genügend auf die einzelnen einlassen konnten. Mehr und zugleich kleinere Sommerschulen ist unser Ziel. Doch das erfordert Arbeit, die von den Teilnehmern selbst kommen muß, da es keine hauptamtlichen Teamer gibt, die mit festem Schulungsprogramm anreisen – und die es entsprechend der Sommerschul-Konzeption vom selbstbestimmten Lernen auch ebensowenig geben soll wie ein festes Sommerschul-Haus: nichts ist anregender und lebendiger, als mit seinen eigenen Interessen dorthin zu gehen, wo praktische Arbeit geleistet wird.

Kritisiert wurde auch, daß die Sprache weiterhin das fast ausschließliche Kommunikationsmittel war und dieses Mal bei der ASH kaum bei der Arbeit mitangepackt wurde. Angeregt wurde, zukünftig Arbeiten und Reden miteinander zu verbinden. Viele waren allerdings auch damit zufrieden, während der Feiertage einmal nicht zu arbeiten und Zeit zum Diskutieren zu finden. Auch der Diskussionsstil selbst wurde teilweise als veränderungsbedürftig empfunden. Die Kommunikation untereinander kann lebendiger und offener werden, indem wir lernen, unsere normalerweise unter Diskussionsdisziplin verborgenen "privaten" Interessen, Bedürfnisse und Frustrationen einzubringen. Auch dies als Schritt zur Entwicklung einer neuen Politik, die unser ganzes Leben einzubeziehen versucht. "Alles ist politisch", hieß eine provokative Äußerung von Chris aus der ASH. Nehmen wir das ernst, dürfen wir keine Teile unseres Lebens mehr als "unpolitische" ausklammern. Derart als "unpolitisch" verdrängte und zur "Privatangelegenheit" ernannte Lebensbereiche sind schon allzu oft in der Geschichte zum Ausgangspunkt und Zentrum reaktionären Denkens und Handelns geworden: niemals mit schwerwiegenderen Folgen als 1933, wo sich SPD, KPD und Gewerkschaften in der Sicherheit von Wählerstimmen und Mitgliederzahlen wähnten, während sich ihre Basis im Alltag bereits zunehmend mit dem Faschismus zu arrangieren oder sogar Hoffnungen in ihn zu setzen begann.

Wie es weitergeht ...

Natürlich konnte hier nur ein kleiner Einblick in das gegeben werden, was auf der Sommerschule ablief. Wer Interesse an dem Projekt Sommerschule hat: die für dieses Jahr angekündigten Sommerschulen sind bereits seit längerem überfüllt. Doch das Projekt soll verbreitert werden. Wer daran mitmachen möchte, sei bereits auf das Wochenende **27./28. September 1980** aufmerksam gemacht, wo wir in Frankfurt die erste SB-Winterschule 1980/81 vorbereiten, sowie mit den Planungen für

Sommerschul-Fotos: Jochen Schott

1981 beginnen wollen. Was uns so an Themen im Kopf herumgeht? Eine Sommerschule über **neue Medien,** eine andere über **neue Technologien** (in Verbindung mit einem Workshop). Ferner eine **internationale** Sommerschule über **Selbstverwaltung.** Außerdem eine Sommerschule zum Thema **Indianer** – von der Unterdrückung der Indianer und ihrem Widerstand über Perspektiven praktischer Solidarität bis zur Aufarbeitung unserer eigenen Indianer-Mythen von Karl May bis zum Stadtindianer. Und schließlich als festes Vorhaben: die erste **Sommerschule zur Sache der Frauen**.

Wer an der Vorbereitung dieser – oder auch thematisch anderer – Sommerschulen mitmachen möchte, wende sich rechtzeitig an:

Projekt Sommerschule, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

VOLKHARD BRANDES

Sommerschule '79
ANDERS ARBEITEN – ANDERS LEBEN

Erfahrungen ★ Eindrücke ★ Ergebnisse
40 Seiten, Format DIN A 4, DM 3,50

Im Juni 1979 fand in der "Alten Mühle" der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt die 2. Sommerschule des Sozialistischen Büros zum Thema "Anders Arbeiten – Anders Leben" statt. Die von den Teilnehmern selbst erstellte Broschüre dokumentiert Eindrücke und Erfahrungen und versucht, subjektive Sommerschulerfahrungen politisch zu reflektieren und zu vermitteln. Die Broschüre ist reich bebildert und wird durch Materialien zur Diskussion über Selbstverwaltung und Alternativbewegung ergänzt. Eine wichtige Broschüre für diejenigen, die eine Interesse an der Auseinandersetzung mit alternativen Lern-, Lebens- und Arbeitsformen haben.

Bezug: Verlag 2000 GmbH, Ludwigstr. 33/I, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604

sommerschul-button

In rot, grün, und orange. Verschiedene graphische Ausführungen.
Stück DM 2,-- plus Porto. Ab 10 Stück je DM 1,50.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages.

STRATEGIE

"Damit wir uns nicht schon selbst im Wege stehen"

Ansatzpunkte eines veränderten Politikverständnisses

In den letzten Jahren haben in meinem eigenen Politikerverständnis, aber auch in dem vieler anderer, Veränderungen stattgefunden, die zu neuen Formen und Inhalten politischer Arbeit geführt haben. In diesem Beitrag will ich weniger den Ursachen und konkreten Ausformungen dieser Veränderungen nachgehen, als versuchen, thesenhaft die meines Erachtens wichtigsten politischen Konsequenzen zusammenzufassen, die sich aus diesen Veränderungen im eigenen Politikerverständnis ergeben.

Bei diesem Vorhaben ist die Gefahr zweifellos groß, die Darstellung zu verkürzen, Auswege allzu vereinfacht darzustellen, Widersprüche nicht genügend zu berücksichtigen und ungelöste Probleme zu unterschätzen. Dennoch erscheint es mir richtig – unter Voranstellung dieser Einschätzungen – die nachfolgenden Thesen in die Diskussion einzubringen, um eine produktive Auseinandersetzung über Unzulänglichkeiten, Sackgassen und Auswege unseres Politikverständnisses als Sozialisten voranzutreiben. Die Auseinandersetzung um die Perspektiven sozialistischer Politik, die auf dem "Großen Ratschlag" im Juni 1980 geführt werden soll, muß meines Erachtens die hier angesprochenen Dimensionen linker Politik und ihrer in uns selbst liegenden Bedingungen einbeziehen, wenn nicht wesentliche Momente bei diesem Versuch ausgeklammert sein sollen.

Viele Fragen bleiben in der nachfolgenden Darstellung zweifellos unbeantwortet. So z.B. die Frage, weshalb die hier diskutierten Ansatzpunkte eines veränderten Politikverständnisses, die in vielem in einer vor allem mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre begründeten Tradition stehen, bisher gescheitert sind oder zumindest nicht sehr weit vorangetrieben werden konnten. Aber auch die Frage, wie der hier diskutierte Weg einer politischen Umorientierung angesichts einer sich zuspitzenden internationalen Krisenlage und der sich in der BRD hinter F.J. Strauß formierenden Rechten noch eine Chance haben kann und ob nicht angesichts dieser innen- und außenpolitischen Gefährdungen unmittelbar ganz andere Reaktionen seitens der Linken erforderlich sind, um das Schlimmste zu verhindern. Sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, überschreitet jedoch das Ziel dieses Aufsatzes: Wenn hier auch nicht über jene zentralen politischen Probleme diskutiert wird, sondern das Nachdenken über Veränderungen des eigenen Selbstverständnisses im Mittelpunkt steht, so ist dies dennoch alles andere als Ausdruck einer Tendenz zur Selbstbeschränkung auf die Auseinandersetzung mit der eigenen linken Subjektivität und Identität, sondern ein meines Erachtens notwendiger Schritt, um die eigene, nach außen gerichtete politische Praxis zu verändern, die bisher nicht aus der gesellschaftlichen Isolation herausgeführt hat. Ob wir auf dem hier diskutierten Weg unserem Ziel etwas näher kommen werden, wird niemand mit letzter Sicherheit beantworten können. Aber ebensowenig auch, ob es auf einem anderen Weg gelingen wird, der drohenden Katastrophe – sei sie kriegerischer, ökologischer oder ökonomischer Art – erfolgreich entgegenzutreten.

Befreiung der Subjektivität und sozialistische Politik

Die bundesrepublikanische Linke ist heute von politischer Zersplitterung und Schwäche gekennzeichnet. Diese Situation kann umso verhängnisvollere Folgen haben, als die Weltlage derzeit in einem seit Jahrzehnten nicht mehr beobachteten Ausmaß auf kriegerische Konflikte zwischen den Großmächten zutreibt und zu einem neuen Weltkrieg zu eskalieren droht. Die in dieser Krisensituation immer deutlicher hervortretende politische Hilflosigkeit der Linken ist jedoch nicht nur auf objektive gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen, sondern auch auf Defizite des in der Linken vorherrschenden Politikverständnisses, um die es im folgenden vor allem geht.

Diese Defizite kennzeichnen Linke in den verschiedensten politischen Organisationen, so unterschiedlich deren Programme und Positionen auch sein mögen. Sozialistische Politik ist in all diesen Fällen seit langem eine Sache des Kopfes gewesen. Die Träger eines derartigen Politikverständnisses theoretisierten und analysierten, agitierten und informierten. Sie vertrauten der unmittelbaren Kraft des Arguments. Dahinter versteckten sie sich in der Regel als lebendige Menschen – mit ihren persönlichen Motivationen wie mit ihren Schwächen, Ängsten und Zweifeln. Indem sie die eigene Subjektivität derart hinter den "objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes" zurücktreten ließen, erscheinen sie den Adressaten ihrer Politik als neue Führungs-

elite, die – scheinbar – selbstlos Maßstäbe politischen Handelns setzte, ohne daß darin sichtbar wurde, was sie antrieb. Mißtrauen seitens der Adressaten sozialistischer Politik war die Reaktion auf die eigene Undurchschaubarkeit als Linker. Die meisten hielten Sozialisten gegenüber – ungeachtet der von ihnen vertretenen emanzipatorischen Inhalte und Ansprüche – nicht weniger Distanz als gegenüber anderen mit Führungsansprüchen auftretenden Stellvertretern: sie erlebten die Linken nicht als befreiend, sondern als "Berufspolitiker", die neue Normen setzten und ihr Leben von außen zu bestimmen versuchten! Natürlich hat es immer Ausnahmen hinsichtlich derartiger Verhaltensweisen gegeben, existierten diese in vielen Linken nur abgestuft und gebrochen. Dennoch: zumindest ein wenig davon tragen wir wohl alle als Linke in uns.

Wollen wir aus dieser – auch von uns mitzuverantwortenden – gesellschaftlichen Isolation heraus, so müssen wir lernen, das praktisch zu leben, was wir bisher immer theoretisch gefordert haben. Das ist sicher leichter gesagt als getan. Nicht nur in uns liegen die Hindernisse und auch nicht nur in den objektiven Widerständen der kapitalistischen Klassengesellschaft. Sie liegen auch in den vielfältigen psychischen und sozialen Blockierungen der Menschen, mit denen wir zu tun haben. Diese Menschen können wir jedoch nicht mehr wie in der Vergangenheit mit der bloßen Kraft unserer Argumente so "in die Ecke" zu drängen hoffen, daß ihnen keine Alternative mehr bleibt, als unsere Ansichten zu übernehmen – und sei es auch nur, um uns "vom Hals zu haben". Wir müssen vielmehr mit ihnen gemeinsam etwas von dem zu leben und zu erkämpfen versuchen, was unser aller Ziel ist. Soziale Bewegungen sind in der Geschichte der BRD nur dann ansatzweise aus ihrer Isolation herausgekommen, wo ihnen das ein wenig gelang: erstmals mit der Studentenbewegung. Stärker jedoch später in der Bürgerinitiativ- und Anti-AKW-Bewegung sowie in der Frauenbewegung: in Form einer relativ breiten Erschütterung bisher akzeptierter gesellschaftlicher Vorstellungen. Die sich eher parteiförmig organisierenden und auf traditionelle Führungs- und Vereinheitlichungsansprüche fixierten Fraktionen der sozialistischen Linken aber haben dies erst spät – wenn überhaupt – begriffen und trugen so ihren Teil zur anhaltenden sozialen Isolation der politischen Linken bei.

Aufhebung der Trennung von Alltag und Politik

Die in der Linken dominierende Trennung von Alltag und Politik wurde – manchen entgegengesetzten Ansprüchen zum Trotz – bisher kaum ernsthaft in Frage gestellt. Politische Arbeit war das Privileg einiger Spezialisten und Märtyrer, die ihre subjektiven Bedürfnisse zugunsten der "historischen Aufgabe" zurückstellten. Die Bewältigung des Alltags blieb anderen überlassen – insbesondere den Frauen. Die vorherrschenden Konzeptionen politischer Arbeit setzten letztlich weiterhin voraus, den Alltag zu "übersehen" und Strategien zu entwerfen, in denen selbstlose Revolutionäre für die in den tausend Irrungen und Wirrungen des Alltags verlorenen Durchschnittsmenschen handelten, bzw. diese hinter sich herzogen. So wurde die sozialistische Utopie nicht zur Sache sich allseitig entwickelnder und ihr gesamtes Leben politisierender Menschen, sondern verkam in neuen Varianten des klassischen, männlich dominierten Stellvertreter- und Stammtischsozialismus: scheinbar außerhalb und über dem Alltag sich bewegende Menschen schufen sich ihre Institutionen und Gremien, in denen sie die allgemeinen politischen Interessen vertraten und verwalteten. Die dort verwendete Sprache, die dort gestellten Anforderungen und die dort praktizierten Umgangsformen mußten Außenstehende eher abstoßen als anziehen und so dazu beitragen, die bestehenden Verhältnisse zu verfestigen statt aufzubrechen.

Alltag und Politik wurden – wenn auch aus unterschiedlicher Sicht – von den politischen Repräsentanten wie von der passiv-abstinenten Basis als Gegensätze begriffen und behandelt. So kam es, daß die gesellschaftliche Isolation der Linken nicht nur durch objektiv gegebene Gründe, sondern auch aus ihnen selbst heraus immer wieder reproduziert wurde. Die Isolation ernsthaft in Frage stellen zu wollen, bedeutet Abschied nehmen von einem Politikbegriff, der sich des Alltags der Menschen bestenfalls programmatisch bemächtigt. Die Alternative dazu liegt auf einer nur scheinbar niedrigeren Ebene: der Politisierung des Alltagslebens in seiner konkreten Vielfalt und Widersprüchlichkeit. In Wirklichkeit ist eine derartige Perspektive umfassend: sie ersetzt den zum funktionsfähigen Kader und Stellvertreter reduzierten politischen Menschen durch den sein Leben insgesamt politisierenden Menschen. Gesichert ist mit einem derartigen Versuch der Ausbruch aus der gesellschaftlichen Isolation aber noch nicht: die Politisierung der Subjektivität und die Einbeziehung des Alltags in ein erweitertes Verständnis von politischer Praxis sind nur Teile des Widerstandes gegen die Totalität kapitalistischer Herrschaft in uns wie außer uns.

So wenig Organisation wie nötig

Die Form, in der sich das hier kritisierte Politikverständnis in der Regel gesellschaftlich konkretisiert, ist die Organisation – insbesondere in ihrem partei- oder gewerkschaftsförmigen Zuschnitt. Gegenüber der Widersprüchlichkeit und Vielfältigkeit von Subjektivität und Alltag versuchen sich die Organisationen als gesellschaftliche Kräfte zu präsentieren, in denen das Individuelle und Zufällige im Verallgemeinerbaren aufgehoben ist und mit denen der Einzelne sich nur zu identifizieren hat, um – jenseits seiner individuellen Besonderheiten – das Allgemeine durch seine Person hindurch auszudrücken.

In Wirklichkeit bedeuten die Verallgemeinerungs-, Vereinheitlichungs- und Repräsentationsansprüche der Organisation eine mehr oder weniger weitreichende Reduktion der real existierenden gesellschaftlichen Vielfalt und Widersprüchlichkeit wie auch der konkreten Besonderheiten der Individuen. Gleichzeitig gehen damit auch wesentliche Verluste direkten politischen Handelns einher: Menschen delegieren ihre Interessen, setzen Erwartungen in andere und neigen zu Passivität und Ängstlichkeit. Die Bereitschaft der Individuen zur Selbstentmündigung wird so in der Regel zu **einer** der Voraussetzungen organisatorischer Verselbständigung. Der Leviathan unserer Tage ist also nicht nur das Werk von skrupellosen Apparat-Menschen, sondern unbewußt auch von einer zu Passivität neigender Basis, die sich von Eigenaktivitäten zu entlasten und emanzipatorische Interessen zu delegieren versucht.

Damit soll keineswegs die Spontaneität als Allheilmittel propagiert werden. Es geht vielmehr um ein Organisationsverständnis, das die Organisation als verselbständigten Apparat in Frage stellt und an deren Stelle die Organisierung gemeinsamen Handelns setzt. Nur so werden organisatorische Formen zu dem werden, was allein vorwärtstreibend sein kann: direkter Ausdruck der emanzipatorischen Interessen und Bedürfnisse der Individuen zu sein statt diese nur selektiv aufzunehmen und stellvertretend – bei gleichzeitiger Tendenz zur Verselbständigung – in Formen wahrzunehmen, die der Entscheidung der Individuen zunehmend entzogen sind.

Die Wiederentdeckung der konkreten Utopie

Jahrelang wurden die Notwendigkeit des Leidens an der politischen Organisation und an

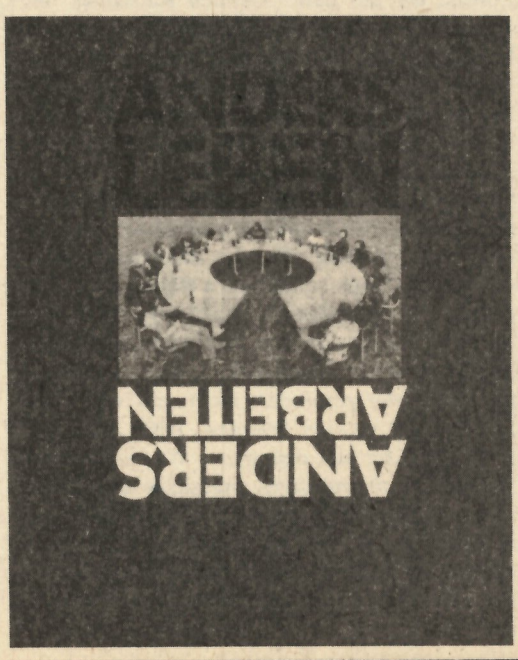
ASH Frankfurt

basis – *Zeitschrift für Selbstverwaltung*
Nr. 1 – Themenschwerpunkt: Betriebe ab sofort in Selbstverwaltung
Nr. 2 – Themenschwerpunkt: Genossenschaften
Einzelpreis DM 3,-- plus Porto. Erscheinungsweise: Mindestens alle 2 Monate

Informationsbroschüre: POVO – Politisch-Offensive Vertriebs-Organisation
Einzelpreis DM 3,--

Anders Leben – Anders Arbeiten
Band I, 422 Seiten, Preis DM 19,80. Eine umfassende, reich illustrierte Geschichte der ASH

Sämtliche Publikationen sind zu beziehen bei: Arbeiterselbsthilfe Frankfurt (ASH)/Povo-Verlag für Selbstverwaltung / Krebsmühle / 6370 Oberursel 5 / Tel. 06171/73496



bestimmten Formen politischer Arbeit, sowie die Bereitschaft zur Unterwerfung unter eine verinnerlichte Opfer- und Entbehrungsideologie als höchster Ausdruck revolutionärer Moral in großen Teilen der Linken unhinterfragt anerkannt. In Wirklichkeit isolierten diese Sozialisten sich damit von denen, die nicht bereit waren, ähnliche Opfer zugunsten der Erreichung eines fernen Zustandes allgemeiner Befreiung auf sich zu nehmen, ohne etwas von diesem Ziel im Alltagsleben vorwegzunehmen.

Wollen wir den Zustand der Selbstisolation in absehbarer Zeit auch nur ansatzweise verändern, müssen wir etwas von dem, wofür wir kämpfen, schon hier und heute sichtbar werden lassen, statt anderen nur die Verdoppelung ihrer Leidensbereitschaft abzuverlangen.

Erst die Aussicht auf, wenn auch vielleicht zunächst nur kleine Erfolge, wird die Menschen in größerer Zahl zu Eigenaktivitäten motivieren; nicht die Perspektive noch größeren Leidens als unmittelbar absehbarem Resultat revolutionären Handelns. Hier haben Versuche, konkrete Modelle alternativen Lebens und Arbeitens praktisch zu erproben, ihre Bedeutung. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf die vielfältigen Versuche, selbstverwaltete Projekte unterschiedlichster Art am Rande der kapitalistischen Arbeitswelt aufzubauen. Es geht entscheidend auch darum, Ansätze im kapitalistischen Büro- und Fabrikalltag zu entwickeln und diese mit den "außerhalb" entstehenden Projekten zu vernetzen – so schwer das auch sein mag. Um nicht in bloßen Abwehrkämpfen und im Propagieren rein quantitativer gewerkschaftlicher Forderungen allmählich innerlich auszubrennen und schließlich zu resignieren, müssen wir an der Realisierung der eigenen Utopie hier und heute und sei dies auch noch so begrenzt möglich, arbeiten.

Die Rückeroberung der konkreten Utopie wird so zu einem Ziel von unmittelbarer politisch-praktischer Bedeutung. Der Weg dahin führt nicht zuletzt über die Befreiung des eigenen Denkens. Wir müssen wieder lernen, vorwärts zu träumen und für diese Träume auch zu kämpfen. Lange genug wurde der Sozialismus von vielen, die in seinem Namen zu sprechen wagten, jeder befreienden Utopie beraubt und auf ein Produktivitäts- und Wachstumsmodell reduziert, das mit dem Kapitalismus auf dessen ureigenstem Terrain konkurrieren sollte; in Wirklichkeit hatte der Kapitalismus hier immer noch mehr zu bieten: an quantitativem Wachstum, an finanziellen und kulturellen Kompensationsmöglichkeiten, ja oft genug sogar an relativer Freiheit für das Individuum.

Das Ziel selbst hier und heute zu leben versuchen

Sozialisten vergangener Epochen haben sich nur zu oft vor denen als Menschen versteckt, mit denen sie das gleiche Ziel zu verfolgen glaubten. Mißtrauen, Ablehnung und Unverständnis begegneten ihnen deshalb immer wieder von Seiten derjenigen, für die sie – scheinbar selbstlos – ihre persönlichen Interessen aufgaben oder zurückstellten. In Wirklichkeit war das allerdings weit widersprüchlicher: ihre – oft sehr egoistischen – Eigeninteressen drückten sich nicht zuletzt in ihrem theoretisch wie praktisch-strategisch begründeten Führungsanspruch aus.

Plakat: Willi Zurbrüggen, Bergheimer Str. 25, 69 Heidelberg
Stück DM 2,--, Mindesabnahme 20 Stück

In dem Maße jedoch, wie das Endziel nicht mehr als abstrakter Zielpunkt gesetzt wird, dem sich hier und heute alle unterzuordnen haben, sondern der Weg zur Befreiung als ein lebendiger Prozeß mit einer Vielzahl praktischer Schritte, aber auch voller Irrtümer, Verwirrungen, Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten begriffen und akzeptiert wird, werden auch allzu hohe Ansprüche fragwürdig. Das, was jetzt gefordert wird, kann eher allgemein eingelöst werden, entbindet es doch den einzelnen der Verpflichtung, sich in jedem Moment an dem hochgesteckten Endziel zu messen; läßt es ihm auch einen größeren Spielraum, seine eigenen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten.

Dezentralität und Autonomie

Aus dem bisher Gesagten folgt zwingend die Bedeutung von Dezentralität und Autonomie bereits bei den ersten Schritten. Natürlich ist nicht die völlige Autonomie der kleinsten Einheiten das Ziel. Auf vielfältige Weise werden diese untereinander – selbst im Weltmaßstab – verbunden bleiben müssen, um ein Höchstmaß an gemeinsamer Entwicklung zu garantieren. Aber so weit wie möglich soll gleichzeitig die Autonomie der kleinsten gesellschaftlichen Einheiten Wirklichkeit werden und in ihnen wiederum die Autonomie der Individuen. Jedes Delegationsprinzip enthält dagegen die hinreichend bekannten Gefahren der Verselbständigung und des Spezialistentums. Deshalb sollte das Delegationsprinzip nicht mehr als unbedingt erforderlich verwendet werden, selbstverständlich ohne materielle Vorteile für die Delegierten bleiben und prinzipiell rotieren. Das Ziel ist ein Maximum an direkter sozialistischer Demokratie. Vielleicht kann die Bereitstellung allseitiger Kommunikationsmöglichkeiten über Bildschirmterminals u.ä. eines Tages die technischen Voraussetzungen dafür in einem bisher kaum vorstellbaren Maße global verbessern.

Derartige Zukunftsvisionen rufen heute bei vielen verständlicherweise Angst, Mißtrauen und Zweifel hervor: Angst vor allseitiger Kontrolle und Überwachung, Angst vor dem

Chaos, Angst vor der Fähigkeit zur Eigenverantwortlichkeit, Angst davor, daß die "menschliche Natur" in Wirklichkeit der Verwirklichung derartiger Vorstellungen unaufhebbar im Wege stehe. Derartige Ängste sollten wir ernst nehmen. Dennoch bin ich der Ansicht, daß uns das nicht davon abhalten sollte, im ersten Schritt das angestrebte Ziel zu formulieren, denn wie sollten wir je überhaupt praktisch erfahren, ob es realisierbar ist oder nicht, wenn wir eine derartige Perspektive nicht einmal mehr zu denken und auszusprechen wagen?

Anders Arbeiten

Einst zeichnete sich der klassenbewußte Sozialist durch Disziplin, Fleiß und Zuverlässigkeit nicht nur in seiner politischen, sondern auch in seiner beruflichen Praxis aus. Um im Betrieb unter den Kollegen politisch erfolgreich zu sein – so wollte es das gewerkschaftliche, sozialdemokratische oder kommunistische Credo, mußte er ein Vorbild an Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Pflichterfüllung auch im Beruf sein. Der klassenbewußte Proletarier verteilte nicht nur Flugblätter – er war auch frühmorgens der erste an der Werkbank. Und wenn er streikte, dann nur, weil er sich dazu durch den Kapitalisten gezwungen fühlte und nicht, weil er keine Lust zur Arbeit hatte. Diese Eigenschaften haben das Proletariat zwar nicht zum Sozialismus geführt, wohl aber dazu beigetragen, manche Arbeiter bis in höchste Staats- und Regierungsämter, andere in hohe Partei- und Gewerkschaftsfunktionen aufrücken zu lassen und so manchen als Betriebsrat zu einem kalkulierbaren Sozialpartner des Kapitals werden lassen.

Auch das Bild der angestrebten sozialistischen Gesellschaft war zutiefst durch die Übernahme der Arbeitsmoral der kapitalistischen Fabrikgesellschaft geprägt. Hier wurde im Kern die kapitalistische Leistungsgesellschaft – nur von ihren "Auswüchsen" wie Krise, Krieg und Chaos befreit – auf die Spitze getrieben. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Leistungskraft, Aufopferungswille und die Bereitschaft, sich ein- und unterzuordnen in ein endlich planmäßig ineinandergreifendes gesellschaftliches Räderwerk wurden zu proletarischen Tugenden erklärt. Der Sozialismus sollte nicht zum Lob der Faulheit, sondern zum Lob der Arbeit entstehen.

Das Verhältnis zur Arbeit ist hierzulande in den letzten Jahren weithin brüchiger geworden. Die Ursachen dafür sind vielfältig: relativ sinkende finanzielle Kompensationsmöglichkeiten, die mit fortschreitender Rationalisierung weithin immer stärker erfahrene Monotonie und Sinnentleerung der Arbeit, die Undurchschaubarkeit des Arbeitsprozesses, das Infragestellen des gesellschaftlichen Nutzens vieler Produkte, das wachsende Bewußtsein von der drohenden ökologischen Katastrophe als Resultat schrankenloser kapitalistischer Produktion.

Der Typus des klassischen proletarischen Sozialisten mit seinem unerschütterlichen Pflichtbewußtsein gegenüber seiner Arbeit aber kann kein ungebrochenes Vorbild mehr sein, wenn in der wachsenden Auflehnung gegen die kapitalistisch bestimmte Arbeit, der Erfahrung zunehmender Sinnlosigkeit der Arbeit und der immer häufigeren Suche nach Arbeits- und Lebensperspektiven außerhalb des unmittelbaren kapitalistischen Produktionszusammenhangs eine immer größere soziale Sprengkraft zu Tage tritt. Es ist immer weniger überzeugend möglich, den strategischen Hebel zum Sturz der kapitalistischen Produktionsweise einfach in der Übernahme der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse zu sehen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die technologische Struktur kapitalistischer Produktion wie deren ökologische Folgeerscheinungen zunehmend das Ziel der Zerschlagung dieser Produktionsstruktur selbst aufzwingen und nicht mehr nur eine Veränderung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr so leicht wie noch vor wenigen Jahren, diejenigen pauschal als "Verräter", "Aussteiger" oder "Ausgeflippte" abzutun, die den Fabrik- und Büroalltag nicht mehr aushalten wollen oder können und nach Lebens- und Arbeitsperspektiven außerhalb des unmittelbaren kapitalistischen Produktionszusammenhangs suchen. Hinter ihrem "Aussteigen" verbirgt sich oft auch etwas Vorwärtstreibendes – den kapitalistischen Arbeitsprozeß nicht nur propagandistisch anzugreifen, sondern ihm – wenn auch sicher nur punktuell und voller Widersprüchlichkeiten – praktisch entgegenzutreten und aufzuzeigen, daß der Ansatz für Alternativen schon hier und heute und nicht erst am Tag nach der politischen Machteroberung gelegt werden muß. Damit soll keineswegs das "Aussteigen" als neuer strategischer Hebel zur Emanzipation propagiert werden. Derartige Ansätze sind nicht mehr – aber auch nicht weniger – als Teil des Versuchs, ein Netzwerk untereinander verflochtener Widerstandsansätze innerhalb wie außerhalb der kapitalistischen Betriebe aufzubauen. So gesehen, kann das "Aussteigen" zum "Einsteigen" an einer anderen Stelle des Emanzipationskampfes werden.

Die Notwendigkeit des Betriebskampfes ist damit keineswegs in Frage gestellt. Er steht jedoch nicht mehr als einsame strategische Speerspitze im Emanzipationskampf da, sondern als integraler Bestandteil eines sich vielfältig verbreiternden Widerstandes. Das sich verändernde Verhältnis zur Arbeit führt also auch zu politischen Umorientierungen. Das politische und berufliche Durchhalten dort, wo einen der Klassenkampf einst strategisch plaziert hat, ist nicht mehr in jedem Fall ein unumstößliches Gebot revolutionärer Moral. Sinnvolle Perspektiven politischen Handelns können sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen eröffnen und miteinander vernetzt werden.

Vieles an dem sich derzeit verändernden Verhältnis zur beruflichen wie zur politischen Arbeit trägt zweifellos auch gefährliche Momente in sich, droht Entwicklungen eher zu behindern als zu fördern. Manches von dem, was wir heute an der bisher die Arbeiterbewegung dominierenden Einstellung zur Arbeit kritisieren, hatte andererseits auch oft genug positive Seiten: Zuverlässigkeit und Disziplin in der politischen Arbeit waren z.B. oft Voraussetzungen zur Entwicklung gemeinsamer Handlungsansätze; die inzwischen so häufig gewordene Beliebigkeit des eigenen politischen Handelns aber ist oft weniger Ausdruck von befreiender Spontaneität als die Ursache von Demoralisierung, Sprunghaftigkeit und Ziellosigkeit in der politischen Arbeit.

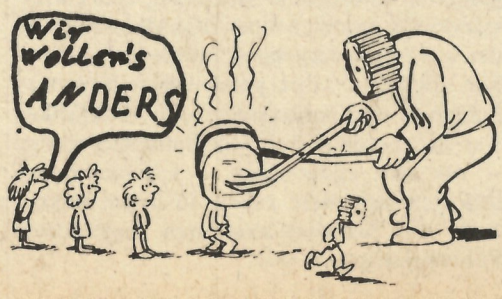
Die Entwicklung ist jedoch in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Im Hinblick auf die berufliche wie die politische Arbeit werden bisher kaum hinterfragte Prinzipien in Frage gestellt, die viele von uns in der Vergangenheit bei der Suche nach einer Alternative zumeist eher behinderten als voranbrachten. Der Weg aus der Sackgassenpolitik führt also auch über die Lösung von einem die eigene politische Entwicklung einschränkenden Verhältnis zur Arbeit. Wenn unser Bild vom Sozialismus für uns selbst wie für andere erstrebenswert sein soll, dann nicht dadurch, daß wir darin die kapitalistische Arbeitsmoral auf die Spitze treiben, sondern indem wir unsere politische und berufliche Praxis bereits hier und heute so zu verändern versuchen, daß darin ein wenig von dem durchscheint, was wir als Ziel vor Augen haben. Dieses Ziel aber besteht sicher nicht darin, den zerstörerischen Charakter der Arbeit im Kapitalismus in den Sozialismus hinein zu verlängern und Formen von Selbstzerstörung in der beruflichen und politischen Praxis noch mit der Aura sozialistischer Aufopferungsbereitschaft zu umgeben.

Als lebendige Menschen handeln

Die Erfahrungen vieler Jahrzehnte sollten uns dazu veranlassen, uns von den so lange vorherrschenden Omnipotenz-Vorstellungen zu lösen, denen zufolge ausgerechnet wir dazu ausersehen sein sollen, die Wirklichkeit – über alle Widerstände hinweg – nach unserem Bilde bis in Detail umzuformen. Wollen wir nicht immer wieder ins Leere greifen, müssen wir lernen, dieses Spannungsverhältnis zwischen unseren eigenen hochgesteckten Zielen und der ihnen so oft entgegenstehenden gesellschaftlichen Realität nicht nur zu ertragen, sondern positiv zu wenden, indem wir in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als lebendige Menschen zu intervenieren versuchen und uns auf sie einlassen, statt ihr nur immer wieder den starren Spiegel unserer maximalistischen Forderungen entgegenzuhalten.

Sich auf das festgefügte und scheinbar allseitig abgesicherte Gebäude einer politischen Strategie zu stützen, mag zwar ein Gefühl innerer Sicherheit und politischer Überlegenheit geben. Die Fähigkeit zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität aber folgt daraus keineswegs notwendigerweise. Vielmehr mag das, was als Voraussetzung begriffen wird, um die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, auch entgegen dem eigenen bewußten Wollen dazu dienen, diese Verhältnisse in ihrem gegenwärtigen Zustand zu bestätigen. Aus der Geborgenheit derartiger Scheinsicherheiten herauszutreten und die real existierenden sozialen Widersprüchlichkeiten zu ertragen und produktiv zu wenden – auch dies ist ein Baustein auf einem Weg, auf dem wir uns vielleicht nicht mehr selbst bereits im Weg stehen, bevor sich uns die gesellschaftliche Realität in den Weg stellt.

VOLKHARD BRANDES



Zum Tod Jean Paul Sartres

Sartre war mehr als ein bedeutender französischer Philosoph, mehr auch als ein politisch engagierter Schriftsteller im landläufigen Sinn. Die Suche nach individueller Selbstbestimmung und Authentizität bildet das Gravitationszentrum seines Denkens – zugleich hat er sie kompromißlos zu leben versucht und die Zwänge bürgerlichen Denkens und konformen Verhaltens theoretisch und praktisch radikal in Frage gestellt. Das faszinierte eine Jugend nach dem Krieg, die sich nicht damit abfinden wollte, daß alles seinen Gang ging, als wäre nichts geschehen; das fasziniert seither eine Stimmung des Aufbruchs zu neuen Ufern, die sich aufbäumt gegen das schlechte Alte: Sartre ist der Philosoph einer suchenden Jugend par excellence. Nach dem Krieg nannte man das Existentialismus und Sartre hat dieses Etikett, zu dem er wie die Jungfrau zum Kinde kam, schließlich akzeptiert, weil alle Welt ihn darin wiedererkannte. Von seinen Theaterstücken und den bekannten existentialischen Theoremen, die um Fragen der Verwirklichung und Verantwortung des Individuums kreisen, geht eine größere Politisierungswirkung aus als von allen Lehrbuch-Weisheiten des wissnschaftlichen Sozialismus zusammengenommen.

"Im Namen der Prinzipien, die sie mir eingeimpft hatte, im Namen ihres Humanismus und ihrer 'Humaniora', im Namen der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit schwor ich der Bourgeoisie einen Haß, der erst mit meinem Leben enden wird."
(Sartre, 1961)

Zugleich hat Sartre, seit die Erfahrung von Fremdherrschaft und Résistance den Bildungsbürger zum dezidierten Antifaschisten hat werden lassen, am Marxschen Programm der radikalen Revolution, der allgemein menschlichen Emanzipation unbeirrbar festgehalten. Die lange Tradition der politisch wirksam gewordenen Marxismen hat dieses Ziel mitunter verschüttet: als wäre die Ablösung einer Produktionsweise durch eine andere ein Selbstzweck und diente nicht jenem kategorischen Imperativ, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Sartre hat diesen Imperativ, der mehr ist als der Kampf gegen Ausbeutung, auf die Formulierung zugespitzt, der Sozialismus sei letztlich nur ein Mittel zur Realisierung der Freiheit. Seinem Engagement für eine revolutionäre Praxis in diesem Sinn verdankt sich Sartres Ansehen in der Dritten Welt.

Sartre stellte den Inbegriff eines revolutionären Intellektuellen dar, der, ohne auf die kritische Überprüfung seines Engagements jemals zu verzichten, Partei ergreift für die Sache der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Er komprimittierte sich, setzte bewußt seine politische Unschuld als Intellektueller aufs Spiel – aber niemals zog er sich zurück auf die bloß theoretische Reflexion des politischen Kampfs. Unter schwierigen historischen Bedingungen wurde er und sein politisches Engagement zu einem Vorbild an moralisch-politischer Integrität, das für linke Intellektuelle Maßstäbe gesetzt hat und setzt.

Authentizität und Verantwortung

Unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs von der Nazi-Okkupation und dem Kollaborationsregime von Vichy schrieb Jean-Paul Sartre im Editional zum ersten Heft der von ihm mit anderen linken Intellektuellen gegründeten Zeitschrift "Les Temps modernes": "Heute ist es so weit gekommen, daß man erleben kann, wie Schriftsteller, die beschimpft oder bestraft werden, weil sie ihre Feder den Nazis zur Verfügung gestellt hatten, eine empfindliche Verwunderung an den Tag legen. 'Was habt ihr nur', sagen sie, 'haftet man denn für das, was man schreibt?' " – Sartre war damals vierzig Jahre alt und seine **Philosophie der radikalen Freiheit des Einzelnen** sollte jetzt ihre **politische** Dimension offenbaren: jeder Einzelne ist nicht nur absolute Freiheit, sondern zugleich, da er in einer spezifischen historisch-gesellschaftlichen Situation lebt, der er sich nicht entziehen kann, total verantwortlich für seine Entscheidungen – selbst für die, keine zu treffen. Auch der Intellektuelle ist verantwortlich für das, was er tut, sagt und schreibt. Die Geschichte hat brutal gezeigt, daß es keine Unschuld der Feder gibt. In den dreißiger Jahren hatte Sartre an der Seite von Simone de Beauvoir sein Intellektuellensein als bewußte und fröhliche Bejahung individueller, subjektiver Freiheit gelebt, die den Zwängen bürgerlicher Wohlanständigkeit trotzte. Dieses Leben war zum einen geprägt von der individualistischen, universal-humanistischen Ideologie der Dritten Republik, die der Erste Weltkrieg, aus dem Frankreich als siegreiche Nation hervorgegangen war, nicht zu erschüttern vermocht hatte. Zum anderen kennzeichnet es die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, für die nach dem erfolgreichen Durchlaufen der höchsten Bildungsinstitutionen für die geistige Elite Frankreichs individuelle Freiheit im Sinn einer persönlichen Lebensgestaltung eine Selbstverständlichkeit war. Gewiß verfolgte Sartre und Simone de Beauvoir die Volksfront und die republikanische Linke im Spanischen Bürgerkrieg mit Sympathie, aber sie kamen nicht auf die Idee mitzumachen; ihr radikaler Individualismus, in der Suche nach Authentizität ganz sich selbst genug, beließ sie in der Haltung sympathetischer Zuschauer.

Die Erfahrung von Fremdherrschaft, Widerstand und Befreiung

Der Krieg sollte dieser Lebensfreude und libertär bürgerlichen Existenz ein jähes Ende bereiten. Der rasche Zusammenbruch der Dritten Republik, die deutsche Besatzung, die Widerstandsbewegung und schließlich die Befreiung Frankreichs rissen Sartre in den Strudel der wirklichen Geschichte. Diese **Erfahrung** schnitt sein Leben entzwei in zwei Etappen, und er sollte sich, wie er einmal gesagt hat, später in der ersten kaum mehr richtig wiedererkennen. Die Fremdherrschaft zerriß den Schleier der liberal bürgerlichen Ideologie, denn "keine Knechtschaft ist sichtbarer als die eines besetzten Landes", wie Merleau-Ponty in seinem noch immer nicht übersetzten Essayband "Sens et non-sens" formulierte. Unter den Bedingungen der Okkupation erwies sich Hegels Dialektik von Herr und Knecht, die wie kein anderes Element der Hegelschen Philosophie in Frankreich Schule gemacht hatte, als wenig philosophische, vielmehr **materielle Realität.** Zwar hielt Sartre fest an seinem unter dem Einfluß der deutschen Existentialphilosophie entstandenen Begriff individueller Freiheit, der in der ontologischen Struktur menschlicher Existenz schlechthin gründe. Aber die Erfahrung von Besatzung und Résistance sollte dessen **politischen** Gehalt in einer unzweideutigen Richtung festlegen.

Nachdem Sartre 1941 aus dem Kriegsgefangenenlager, wo er den Wert der Solidarität kennengelernt hatte, entfloh, gründete er mit Merleau-Ponty und anderen Philosophen eine Widerstandsgruppe mit dem programmatischen Namen "Socialisme et liberté". Weil ihm führende Politiker der Sozialistischen Partei, André Gide und Malraux, die er um praktische Handlungsanweisungen gebeten hatte, wenig zu raten wußten, begann Sartres Zusammenarbeit mit der KPF. Dies, obwohl deren Kollektivismus seinem radikalen Individualismus ebenso zuwider war, wie er sich erinnerte an ihre Verleumdungen seines Freundes Paul Nizan, der 1939 aus Protest gegen die Politik der Partei während des Hitler-Stalin-Paktes die KPF verlassen und sich zur Armee gemeldet hatte: Nizan starb als Patriot; um ihre Politik zu kaschieren, die in Aufrufen zur Sabotage der französischen Kriegsvorbereitungen und zur Desertion gipfelte und zur Demoralisierung des Widerstandes gegen Hitlers Wehrmacht aktiv beitrug, denunzierte sie Nizan noch nach seinem Tod als Verräter und Agent.

Auch in Sartres Schriften fand diese geschichtlich-gesellschaftliche Erfahrung ihren Eingang. "Das Sein und das Nichts", das als dikkes und fachphilosophisches Buch 1943 im besetzten Frankreich erscheinen konnte, griff nach Heideggers Kategorien zurück, um das Individuum in seiner **konkreten** Einmaligkeit jenseits alles Determinismus zu thematisieren. In dieser Intention lag für Sartre die Faszination Heideggers nicht weniger als für den jungen Marcuse. Zugleich aber erhielt die Thematik des Individuums in seiner ambivalenten "Situation" bei Sartre damals ihre wirkliche Konkretion durch die reale Situation: Wie nämlich, so fragte er bange, entscheidet sich die Freiheit des Einzelnen unter den Schlägen von Folterknechten und Nazi-Schergen? Und im Sommer 1944 schrieb Sartre in der kommunistischen Zeitschrift "Les lettres françaises": "Da wir wie Hunde gehetzt wurden, besaß jede unserer Gesten das Gewicht eines Engagements ... Für diejenigen, die in der Untergrundbewegung kämpften, erzeugten die Bedingungen, unter denen sie kämpften, eine neue Art von Erfahrung. Sie kämpften nicht am lichten Tag wie die Soldaten. In Einsamkeit wurden sie ins Netz getrieben, in Einsamkeit gefangen genommen. Völlig verlassen und in einsamer Not hielten sie der Folter stand ... In der Tiefe ihrer Einsamkeit waren es die anderen, die von ihnen verteidigt wurden, all die anderen, all die Genossen der Widerstandsbewegung: ein einziges Wort genügte, um 10 oder gar 100 Verhaftungen zu bewirken. Diese totale Verantwortung in totaler Einsamkeit, entschleierte sie nicht das wahre Wesen unserer Freiheit? ...

So wurde in Dunkel und Blut die stärkste aller Republiken gegründet. Jeder ihrer Bürger wußte, was er allen schuldig war, und daß er sich dennoch nur auf sich selbst verlassen könne ... Und indem er sich selbst in seiner Freiheit wählte, wählte er die Freiheit aller. Die Republik ohne Institutionen, ohne eine Armee und eine Polizei war etwas, was jeder Franzose in jedem Augenblick zu erobern und gegen die Nazis zu verteidigen hatte."

Sartre hierzulande: verzerrt durch die deutsche Misere

Gewiß lassen sich in diesen und ähnlichen Passagen eine politisch ambivalente Heroisierung des Kampfs zwischen Herr und Knecht oder Parallelen zum Leben Auge in Auge mit der "Grenzsituation", wie es die deutsche Existentialphilosophie verherrlicht hatte, nachweisen: Die inhaltlich bestimmten politischen Ziele des Kampfes gegen Fremdherrschaft und faschistische Barbarei treten zurück hinter der Faszination für das Existential der radikalen Tat, für einen abstrakten Heroismus, und die Tat reiner Gesinnung droht mit revolutionärer Aktion verwechselt zu werden – widersprüchliche Momente und Motivationen, die aus der wirklichen Widerstandsbewegung nicht wegzudenken sind, wie zahlreiche Filme (vor allem "Lechagrin et la pitié"/Clermond-Ferrant von Marcel Ophüls) inzwischen thematisiert haben.

Jedoch wäre es abwegig, Sartre vorzuwerfen, wie dies Günther A. Zehm – längst vom Studenten der Philosophie bei Bloch und Adorno zum Feuilletonisten in Springers "Welt" arriviert – in seiner Studie über Sartre tat, dieser wollte den Faschismus "mit seinen eigenen Waffen und mit seiner eigenen Weltanschauung bekämpfen". Man muß schon von allen konkreten politischen Umständen abstrahieren, um Sartres Lehre mit der faschistischen Blut-und-Boden-Ideologie gleichzusetzen. Engagement, Untergrundbewegung und ihre Armee im Schatten, im Dunkel, Verantwortung in Einsamkeit, Blut, eine neue Erfahrung im Angesicht des Todes: das alles waren damals in Frankreich keine bloßen Metaphern, sondern als erfahrene Realität inmittelbar verständliche Worte. Und unter Bedingungen faschistischer Fremdherrschaft kam in der Triangel-Organisation des Maquis der Entscheidung, dem Verhalten und der Verantwortung des Einzelnen in der Tat **praktisch** ein anderer Stellenwert zu als während der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bei regulärem Gang der Geschäfte, der in der bürgerlichen Gesellschaft normalerweise keiner unmittelbaren und direkten Herrschaft und Unterdrückung bedarf. Diese Erfahrung nötigte Sartre deshalb keinen Verzicht auf seine radikal vom Individuum als Subjekt ausgehenden Freiheitslehre ab, sondern konkretisierte deren politische Inhalte und gesellschaftliche Zielrichtung. Das antifaschistische Engagement für die Freiheit der Feder und die anderen republikanischen Freiheitsrechte ließen ihn jenes "Konsequenzzwanges" (Bloch) gewahr werden, der im Erbe der gemeinten Freiheiten der Großen Revolution steckt.

Gerade weil hierzulande die historische Erfahrung eines sich politisch befreienden Bürgertums fehlt und der deutsche Antifaschismus zur Befreiung keinen entscheidenden Beitrag leisten konnte, tat man sich schwer, Sartre zu begreifen. Und auch das hängt nach: Sartre als unverwechselbarer und unvergleichlicher Philosoph und Schriftsteller auf der einen Seite, sein "Scheitern" als "ein poetisch aktiver Intellektueller", der "nie ganz zum politischen Menschen werden kann" und politisch nichts als "Kurzschlüssigkeiten" und "Peinlichkeiten" produziert hat, lautet der Tenor von F. Bondys Nachruf in der FAZ. Das Paradox ist Bondys eigenes: Sartres Engagement für Freiheit und Sozialismus wird nicht begriffen, weil der historische Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und Faschismus ebenso verdrängt wird wie der von Kapitalismus und Kolonialherrschaft.

Diese **Verdrängung des politischen Sartre** fing früh an: "Sobald die Theorie eines genialen Mannes genügend Macht gewinnt, um zwangsläufig von sich reden zu machen, setzt die Arbeit ihrer Angleichung an das Bestehende an" (Horkheimer). Unmittelbar nach Kriegsende, kaum gab es wieder Papier, machte man sich an die Entschärfung von Sartres Philosophie, als thematisierte sie jenseits aller realen Geschichte und historischen Erfahrung nichts als das ewig gleiche Menschensein überhaupt. Daß Sartre abstrakte Kategorien von Husserl, Heidegger und Hegel aufgriff, wo man sich zuhause zu fühlen glaubte, förderte diese nicht bloß unbewußte Fehlrezeption, die einer politischen Kastration gleichkam, nicht weniger als der zunächst in der Tat ahistorische Ansatz von Sartres Denken. Dessen praktisch-politische Richtung hatte ihm die konkrete geschichtliche Erfahrung verliehen – und eben davon mußte man Sartres Theorie hier abschneiden, um ungemütliche Fragen nicht aufkommen zu lassen. Sartre vertrete, schwadronierte da einer jener nachfaschistischen Innerlichkeitsideologien wie Otto Friedrich Bollnow, die das geistige Klima der BRD in den fünfziger Jahren prägten, "eine rein formale Ethik", eine bloße Wiederholung Kants, jetzt aber "auf dem modernen Boden, der durch die Relativität des geschichtlichen Bewußtseins und den ganzen unheimlichen Hintergrund des modernen Nihilismus gegeben ist". Und weiter: Sartres **Engagement** sei ein kaum zu übersetzender Begriff, der ungefähr Heideggers **Entschlossenheit** entspreche und am besten mit **Einsatz** zu übersetzen sei. Sartre vertritt, so "übersetzt", "eine heroische Moral des Einsatzes", hatte er doch geschrieben: "was zählt, ist allein der totale Einsatz". Adorno hat im "Jargon der Eigentlichkeit" Bollnow und andere Apostel der nachfaschistischen "neuen Geborgenheit" und einer im letzten Grunde heilen Welt, an der Innerlichkeit der deutsche Geist genesen sollte, ohne sich mit den vergangenen tausend Jahren auseinanderzusetzen, einer schneidenden Kritik unterzogen. Sie mußte auch Sartre treffen, wo man – wie etwa in der vor allem an Schulen gelesenen Ausgabe des Ullstein-Verlages, die wichtige "Drei Essays" Sartres versammelte, **Engagement** durchgängig ins postfaschistische Neudeutsch als **Bindung** weniger übersetzt als verideologisiert hatte. Dem entsprach, daß Bollnow die Résistance zur "Kulturbewegung" verharmloste. Sartres politisches Programm und **die politische Richtung seines Freiheitsbegriffs** seit Okkupation und Résistance wurden derart **ins pure Gegenteil verkehrt.**

In der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte lagen mithin die Gefahren weniger dort, wo sie Wolfram Schütte vermutet (Nachruf auf Sartre, FR 17.4.), daß nämlich Sartres Begriff von engagierter Literatur "Verkürzungen und Einengung auf ein Eng-Parteiliches, Agitatorisches, Plakatives, nicht selten Unküstlerisches" erfuhr. Vielmehr darin, daß der **politische Gehalt** seines Engagements verharmlost oder ignoriert wurde: Antifaschismus, republikanischer Sozialismus, Gesellschaftsveränderung, revolutionäre Praxis. Um abermals aus dem eingangs erwähnten programmatischen Text der ersten Nummer von "Les Temps modernes" zu zitieren, der explizit an das Humanitätspathos und die Ideale von 1789 anknüpfte, deren **Verwirklichung** noch immer ausstehe und nur mittels Solidarität und **Gesellschaftsveränderung** durchzusetzen sei: "Das Fernziel, das wir uns setzen, ist eine **Befreiung**. Da der Mensch eine Totalität ist, reicht es wahrhaftig nicht aus, ihm das Wahlrecht zu geben, ohne die anderen Faktoren anzugehen, die ihn konstituieren: er muß sich total befreien, das heißt, er muß anders werden, indem er auf seine biologische Konstitution ebenso einwirkt wie auf seine ökonomische Bedingheit und auf seine sexuellen Komplexe ebenso wie auf die politischen Gegebenheiten seiner Situation." – Diesen Text, im Oktober 1945 erschienen, kann man in den von Traugott König herausgegebenen Gesammelten Werken seit zwei Jahren (!) jetzt erstmals ungekürzt und unverstümmelt auf deutsch nachlesen ...

Freiheit und Sozialismus

In einer Reportage Sartres aus dem Paris der Befreiung, welche die Frankfurter Rundschau am 19.4. als Vorabdruck veröffentlichte, beschreibt Sartre, wie Angehörige der regulären Armee und zivile Widerstandskämpfer in Paris mit derselben Begeisterung empfangen wurden: "Die Menge klatschte den einen und den anderen Beifall, sie begriff dunkel den Doppelcharakter dieses patriotischen und revolutionären Vorbeimarschs: sie spürte, daß in dieser außergewöhnlichen Zeremonie alle Verheißungen enthalten waren – und daß es nicht nur darum ging, die Deutschen aus Frankreich zu verjagen, sondern darum, einen härteren und geduldigeren Kampf um die Eroberung einer neuen Ordnung zu beginnen."

Sartres Erfahrung hatte auch ihn von der Notwendigkeit des Engagements für politische und soziale Veränderungen überzeugt: er suchte seine Freiheitslehre als der Suche eines jeden nach Authentizität und freier Entfaltung aller mit dem Ziel der sozialen Revolution zu versöhnen, die jene erst allgemein einlösen wird. Dieses Programm, wie immer dem jungen Marx verwandt, stieß auf heftige Kritik aus der KPF. Sie distanzierte sich von den zahlreichen "kleinbürgerlichen Intellektuellen", die ihr in der Résitance zugeströmt waren, bald wieder, um ihre traditionelle Vorstellung von proletarischer Identität nicht verändern zu müssen. Und je drastischer der Widerspruch zwischen ihrer revolutionären Phraseologie und dem uneingestandenen Umstand, daß die Aufteilung der Welt in Jalta besiegelt und die soziale Revolution in Frankreich vertagt worden war, zutage treten sollte, desto hartnäckiger verlangte die KPF von ihren Intellektuellen eine eindeutige Dezision. Merleau-Ponty und Sartre suchten sich diesem manichäischen Entweder-Oder zu entziehen: die Intention von "Les Temps modernes" war es, "die Verbindung zwischen dem intellektuellen Kleinbürgertum und den intellektuellen Kom-

munisten herzustellen". Jedoch schon 1947 sollte der Ausbruch des Kalten Krieges jedem Dialog brutal ein Ende bereiten.
Die KPF wurde aus der Regierung gedrängt und entfachte im Zeichen der Zwei-Lager-Theorie" des Kominfom wilde Polemiken und Aktionen zur Abgrenzung von ihren Kampfgefährten und Koalitionspartnern von gestern, während die Sozialisten vor keinen antikommunistischen Ausfällen zurückschreckten. Sartre schien der KPF besonders gefährlich, weil er ihr nahstand. 1948 beschimpfte ihn der sowjetische Schriftsteller Fadejew als Musterexemplar für die dekadente Literatur des Westens, als Schreibmaschinen-Hyäne und Füllfederhalter-Schakal. In Frankreich wollte man nicht zurückstehen, Elsa Triolet, eine der bekanntesten Schriftstellerin der KPF, übertrumpfte dabei wohl alle anderen mit ihrer Anschuldigung: "Sie sind Philosoph, infolgedessen Antikommunist". Gleichwohl verweigerte sich Sartre jeder Lagermentalität und engagierte sich in der Perspektive eines unitarischen Vermittlungsversuchs: "Wir müssen in unseren Schriften für die Freiheit der Person und für die sozialistische Revolution kämpfen. Man hat oft behauptet, beides wäre unvereinbar: unsere Aufgabe ist es, unermüdlich zu zeigen, daß eins das andere einschließt ... Wir sind dazu verurteilt, diese doppelte Forderung wie eine Passion auf uns zu nehmen. Sie ist unser persönliches Problem und das Drama unserer Epoche."
In der Tat machte der reale geschichtliche Manichäismus der beiden Lager jede praktisch organisierte Anstrengung, Freiheit und Sozialismus zu versöhnen, zunichte. Das **Rassemblement Démocratique Révolutionaire (R.D.R),** dem Sartre beitrat – ein interessanter Versuch, radikaldemokratische Republikaner mit revolutionären Sozialisten zu verbinden –, wurde von jenem geschichtlichen Prozeß der Blocklogik, dem zu widerstehen es gegründet worden war, schon 1949 entzweigerissen. Es erwies sich als zu schwach, um der tragischen Alternative zu entgehen, entweder auf Gedeih und Verderb zum willenlosen Apologeten des sowjetischen Sozialismus zu werden oder aber sich vorbehaltlos dem kapitalistischen Westen mit all seinen antikommunistischen Exzessen zu verschreiben.
Obwohl der Prager Frühling und der Mai '68 jene Frontstellung ins Wanken gebracht haben, ist die Geschichte des R.D.R., in dem sich Sartre nicht zufällig engagierte, hier so gut wie völlig unbekannt. Stattdessen beten traditionelle Marxisten immer wieder Lukaćs Pamphlet "Existentialismus oder Marxismus?" (1951) nach, das Sartre vorwarf, sich nicht **total** fürs richtige Lager entschieden zu haben. Gleichzeitig hat das bürgerliche Denken Sartre seine Weigerung, dem Antikommunismus seinen Tribut zu zollen, übel verzeichnet – der Papst gar ließ 1948 alle seine Schriften auf den Index setzen!

Sartre als bewußter fellow traveller

1952 sei er der KPF beigetreten, wußte die FAZ am 17.4. auf der Titelseite zu berichten. Man darf es ihr nicht übelnehmen: im Kalten Krieg, von dem sie bis heute gezeichnet ist, waren alle Katzen grau. Sartre war in Wirklichkeit nie Mitglied der KPF: sein Festhalten an der Dialektik von republikanischen Freiheiten und Sozialismus war mit deren "proletarischer Ideologie" nicht in Übereinstimmung zu bringen.
1950 sprach sich in Westeuropa die Existenz von Arbeitslagern in der Sowjetunion herum, es kam namentlich in Frankreich zu erregten Diskussionen auch in der Linken – die Geschichtslosigkeit der sogenannten Neuen Philosophen indessen tut so, als wären ihre Debatten über den Gulag etwas Neues. – Der universal verantwortliche revolutionäre Intellektuelle geriet in eine schwierige Situation: "Streiks und ihre Niederwerfung, die Massaker von Madagaskar, der Krieg in Vietnam, McCarthy und die große amerikanische Angst, das Wiedererstarken der Nazis, überall die Kirche an der Macht, die salbungsvoll ihre Stola über den neu erstehenden Faschismus breitete: wie sollte man nicht den Aasgestank der Bourgeoisie riechen? Und wie konnte man öffentlich die Sklaverei im Osten verdammen, ohne bei uns die Ausgebeuteten der Ausbeutung zu überlassen? Konnten wir es aber annehmen, mit der Partei zusammenzuarbeiten, wenn das bedeutete, Frankreich in Ketten zu legen und mit Stacheldrahtzäunen zu bedekken? Was tun?". Der Anspruch auf politische Vermittlung lief Gefahr, zum bloßen Moralismus der schönen Seele zu verkommen. Das Dilemma, das Sartre hier beschreibt, ist keineswegs die ausweglose Situation des **politischen Intellektuellen schlechthin,** sondern verdankt sich einer realen, **konkreten geschichtlichen Situation.**
Sartre suchte sie mit dem Schwertstreich einer Dezision zu zerschlagen. Er solidarisierte sich mit Henri Martin, der verurteilt wurde, weil er Plakate gegen den französischen Kolonialkrieg in Indochina geklebt hatte. Und 1952, als Jacques Duclos, der zweite Mann der KPF, unter absurden Anschuldigungen verhaftet wurde und der KPF nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei beim Besuch des NATO-Generals Ridgway in Paris ein Verbot zu drohen schien, verteidigte Sartre Sowjetunion und KPF und begann seine Mitarbeit in der internationalen Friedensbewegung. Ist es bloß ein Zufall, daß jene drei Artikel "Les communistes et la paix", dessen erster zum Bruch mit Merleau-Ponty geführt hatte, immer noch nicht übersetzt sind (wie übrigens auch der Aufsatz "Le fantome de Staline" von 1956)? Gewiß stellen sie eine idealisierende Glorifizierung dar, ausgehend davon, daß die KPF und das in ihr organisierte Proletariat der einzige ernstzunehmende Kontrahent der Bourgeoisie darstellt. Darauf kam es Sartre an, dafür galt es, Partei zu ergreifen und die KPF gegen den hysterischen Antikommunismus zu verteidigen. Trotz seiner Kritik am stalinistischen System wie am marxistisch-leninistischen Dogmengebäude erklärte er sich zum **bewußten** fellow traveller der KPF.
Einfach ist es, diese Dezision zu kritisieren und Sartres theoretischen Konstruktionen, wie Merleau-Ponty dies getan hat, subjektivistischen Ultrabolschewismus nachzuweisen: die KPF tritt als Prinzip subjektiver Schöpfung an die Stelle des Individuums in seiner Freiheitsphilosophie. Der Objektivitätsgehalt der Marxschen Theorie geht Sartres Philosophie ab. Aber der Konsequenz, mit der er sein Engagment auch **praktisch** lebte und dafür bereit war, die Verantwortung auf sich zu nehmen und sich zu kompromittieren, ist doch, wie Rossana Rossanda zu Recht hervorgehoben hat, Respekt zu zollen. Zugleich besteht ein zentrales Problem von Sartres Verständnis der Marxschen Theorie darin, daß er deren Praxisbegriff ausschließlich und unmittelbar auf den Bereich politischen Handelns verkürzte. Politische Praxis bedeutete für Sartre das unmittelbare Machen von Geschichte, ob mit den Individuen oder der Partei als Subjekt. Ausgehend von Résistance und Befreiung als seiner lebensgeschichtlich entscheidenden **Erfahrung**, aber auch von einer **theoretischen** Privilegierung der Geschichte als Ausnahme, nämlich als revolutionäre Situation, verabsolutierte er die Machbarkeit von Geschichte, was die Möglichkeit von Revolutionen jederzeit unterstellte: "Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingungen einer Revolution" (Marx). Hier liegt auch die Wurzel für die aktivistische, mitunter beinahe jeder historisch-strategischen Reflexion entbundene Unmittelbarkeit seines späten Militantismus.

Sartre wird zur politisch-moralischen Instanz: das Engagement für die Verdammten dieser Erde

Gewiß hat der Intellektuelle in Frankreich eine andere Stellung in der Gesellschaft und Politik seines Landes als in Deutschland, seit Intellektuelle nicht nur die Ziele der Großen Revolution artikulieren, sondern in ihr auch **praktische** Bedeutung als direkte Führer der Revolution erlangt hatten. Dieser Unterschied ist keine bloße Vergangenheit, sondern wirkt in der Gegenwart fort. Man vergleiche nur de Gaulles auf Sartre gemünztes Diktum "Voltaire verhaftet man nicht" mit Kanzler Erhards "Pinscher"-Schelte.
Trotz dieser ernstzunehmenden geschichtlich begründeten Differenz, die auch die politische

ILSE BRAATZ

ZU ZWEIT ALLEIN- ODER MEHR?

Liebe und Gesellschaft in der modernen Literatur

ca 300 seiten, 24,-dm
isbn: 3-88 175-146-7

was hält die moderne literatur von der liebe? hält sie etwas von ihr? bleibt liebe, bestenfalls, der stille rückhalt, oder bietet sie vielleicht mehr als einsame zweisamkeit.

ilse braatz untersucht in dieser literaturwissenschaftlichen arbeit

konventionelle liebesproblematik, die - auf unterschiedliche weise - in texten aus der ddr und der brd individuelle neigung und staatlichen anspruch kontrastiert -
obszöne literatur des westens, die entlarvung von gefühlskälte beabsichtigt, aber mit pikanterie, selbstmitleid oder belehrendem zeigefinger an sich selber gefallen zu finden scheint -
widerstandsliteratur, in der schreibende frauen und männer aus ost und west ihre politische unangepaßtheit nicht nur in darstellung gesellschaftlicher spannungen, sondern vor allem in den herausforderungen ihrer liebesgeschichten eindringlich machen.

verlag frauenpolitik
hafenweg 2 - 4
4400 münster

„Die Unterdrückten ohne Hoffnung sind merkwürdig still."
BERICHTE AUS EINEM FRAUENHAUS

Frauenhaus Köln
NACHRICHTEN AUS DEM GHETTO LIEBE
172 Seiten, DM 12,—

„Erst das Durchbrechen des Schweigens läßt uns verstehen, was wir vorher nicht verstehen konnten.
Aber die Tatsache, daß wir nichts hörten, beweist noch nicht, daß kein Schmerz erfahren wurde. Revolutionäre müssen auf die Sprache des Schweigens hören.
Das ist für uns Frauen besonders wichtig, weil wir aus einem so langen Schweigen kommen."

Wir informieren Sie gern über unser Gesamtprogramm. Postkarte genügt.
VERLAG JUGEND & POLITIK
Hamburger Allee 49
6000 Frankfurt/M.90

Identität von Intellektuellen zutiefst berührt, reichte sie nicht aus, um zu begreifen, warum Sartre in Frankreich und weit darüber hinaus zur politisch-moralischen Instanz wurde.
Frankreich war noch nach dem Krieg die zweitgrößte Kolonalmacht dieser Erde. In der Vierten Republik war die alte Sozialistische Partei nicht minder als die bürgerlichen Parteien unmittelbar und direkt verstrickt in koloniale Repression, sei's in Gestalt sozialistischer Kolonialminister oder sei's als sozialistische Gouverneure. Nur der Provinzialismus unserer Journalisten läßt sie darüber erstaunt sein, warum der libertäre Sozialist Sartre an der Sozialistischen Partei nie Gefallen fand. Die KPF als Oppositionspartei übte immerhin keine direkte Kolonialherrschaft aus, auch wenn ihre Minister direkt nach dem Krieg Sondergelder zur Unterdrückung des Unabhängigkeitskampfes in Indochina mitverantworteten, sehr zum Erstaunen des KPF-Gründungsmitglieds Ho Tschi Minh. Und als nach der welthistorischen Niederlage der französischen Armee in Dien Bien Phu der bewaffnete Kampf um die Unabhängigkeit in Algerien begann, denunzierte die KPF die Algerische Befreiungsfront FLN wiederholt als Nationalisten, Provokateuren, gar vom CIA finanziert, die ihre Bruderorganisation schwächen würde: die vorab aus Algerierfranzosen zusammengesetzte KPA. 1956 stimmten die Abgeordenten der KPF für Sondervollmachten der Regierung in Algerien. Kurz: Jahrelang weigerte sich die KPF, die algerische Revolution wirklich zu unterstützen.
Sartre warf der KPF schon 1956 vor, gegen die imperialistische "Strafaktion", die der sozialistische Ministerpräsident Guy Mollet unternahm, als Nasser den Suez-Kanal verstaatlichte, weniger als die Labour-Party mobilisiert zu haben.
Vollends sollte jedoch der Algerienkrieg Sartre zum politischen Sprachrohr einer ganzen Generation von Intellektuellen werden lassen. Die KPF hatte aus der II. Internationale den Glauben an den zivilisatorischen Einfluß der "Mutterländer", zumal Frankreichs, auf die Kolonien geerbt. Außerdem konnte der "Zwei-Lager-Theorie" zufolge ein Rückzug Frankreichs aus Algerien dieses nur unter den Einfluß der USA bringen. Innenpolitisch nahm die KPF auf den Chauvinismus der französischen Bevölkerung und auf ihr Ziel eines Bündnisses mit den Sozialisten Rücksicht. In dieser Situation übernahmen linkskatholische, linkssozialistische und unabhängige Intellektuelle die Hauptarbeit im Kampf gegen den schmutzigen Kolonialkrieg und Rassismus, vor allem die Union Französischer Studenten: diese wußten, was ihnen in dem mörderischen Kolonialkrieg bevorstand, weshalb sie sich gegen ihre Einberufung zur Wehr setzten.
Sartre begriff mit der ihm eigenen Sensibilität für jede Form unmittelbarer Herrschaft, Unterdrückung und Rassismus, worum es in diesem Kampf ging. In den Kolonien zeigte die bürgerliche Gesellschaft ihr wahres Gesicht ungeschminkt, nämlich ihren zuhause verdrängten Gewaltcharakter. Die Kolonialherrschaft strafte den Humanismus Lügen: "Er war nur eine verlogene Ideologie, die ausgeklügelte Rechtfertigung der Plünderung. Seine Empfindsamkeit und seine Preziosität war ein Alibi für unsere Aggression."
Sartre, dem keine opportunistische Rücksicht Zurückhaltung auferlegte, protestierte in aller Schärfe gegen den Algerienkrieg und den französischen Kolonialterror. Als sein Freund Francis Jeanson, der 1957 begonnen hatte, ein Untergrundnetz aufzuziehen, das den Kampf der FLN von Frankreich aus unterstützte, 1959 zu Sartre kam, weil er dessen Unterstützung brauchte, solidarisierte er sich vorbehaltlos. Nicht nur hat Sartre jenes "Manifest der 121" unterzeichnet, das die französischen Soldaten zur Gehorsamverweigerung und zur Solidarität mit dem Kampf des algerischen Volkes aufrief. Jeanson berichtet in seiner Sartre-Biographie, wie er den Philosophen davon abhalten mußte, Koffer mit Waffen für die FLN zu schleppen: er wäre an der nächsten Häuserecke angehalten worden. Als Jeanson sich seiner Verhaftung durch Flucht in die Schweiz entzog, forderte Sartre den französischen Staat öffentlich auf, ihm an dessen Stelle den Prozeß zu machen, da er sich mit allen Aktionen Jeansons voll identifiziere.

Das Verdienst von Sartres Engagement für die Verdammten dieser Erde, die bewußt in die Geschichte einzutreten begannen, wird aus dem Gedächtnis nicht mehr zu streichen sein: die Solidaritätsbewegung in den Metropolen mit dem Befreiungskampf der kolonialisierten Völker erkannte sich in Sartre. Auch die Konterrevolution wußte dies: Sartre als moralisch-politischer Instanz galten jene zwei terroristischen Bombenattentate der O.A.S., denen er nur durch Zufall entgangen ist. In den Jahren des Algerienkrieges hatte sich Sartre die Legitimation praktisch erworben. 1967 als Präsident des Russell-Tribunals über die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam zu urteilen.
Wenn jetzt das herrschende Bewußtsein Sartre allerorten als großen Schriftsteller und Philosophen, als Genie, Voltaire des 20. Jahrhunderts feiert, der Staatspräsident ihn gar als "eine der großen Leuchten" Frankreichs mit Krokodilstränen eingemeinden will, so ist geboten, uns jenseits aller Rhetorik zu vergewissern, wem er mit all seinen Schriften und mit seinem praktischen Engagment leuchten wollte.

BRUNO SCHOCH

Heiligenverehrung

"Der Person des Schöpfers erweist man also größeren Respekt als dem Inhalt seiner Gedanken. Dies tritt besonders auffällig bei der Haltung gegenüber den revolutionären Vorkämpfern des bürgerlichen Geistes selbst zu Tage. (...)

Die Besucher des Pantheons in Paris mag sich wundern, die Kämpfer der Freiheit zugleich mit den Führern der Reaktion verehrt zu sehen. Die Manen dessen, der die verlogene Verehrung der Jeanne d'Arc gebrandmarkt hat, in einem Raum zu feiern, dessen Wände ihrer Heiligengeschichte gewidmet sind, erscheint als Hohn. Man feiert den Aberglauben zugleich mit denen, die uns davon befreien wollten (...) Der Formalismus des gegenwärtigen Denkens, sein Relativismus und Historismus, die Angleichung an das herrschende Bewußtsein, das bei jedem großen Gedanken sofort nach seinem Auftreten einsetzt, die Vergegenständlichung alles Lebens als Kapitel der Historie und Soziologie hat eine solche Gewöhnung herbeigeführt, die Inhalte anstatt ernst bloß noch ad notam zu nehmen, daß sie sich alle mit den gegenwärtigen Zuständen, d.h. mit der kapitalistischen Ideologie vertragen."

(Heinrich Regins, Dämmerung, 1934, S. 36 f.)

Verbreitet diese Sondernummer

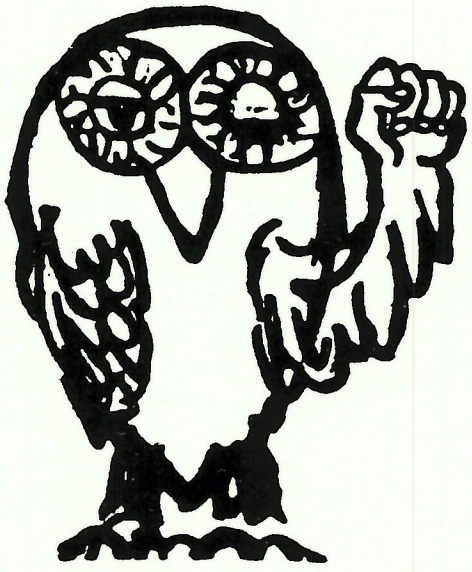
Diese "links"-Sondernummer bietet Diskussionsmaterialien und Analysen zur Vorbereitung des "Großen Ratschlag". Sie ist aber auch so konzipiert, daß sie für einen längeren Zeitraum aktuell und noch danach ein wichtiges Dokument der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung sein wird.

Diese Sondernummer sollte in allen Bereichen an Kollegen, Genossen und Interessierte, in den Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, am Arbeitsplatz, in Institutionen und politischen Organisationen und Gruppen verbreitet werden. Da das Sozialistische Büro nicht über das Geld verfügt, um eine kostenlose Verbreitung der Sondernummer sicherzustellen, sind alle "links"-Abonnenten, alle Mitglieder, Gruppen und Sympathisanten des SB aufgerufen, nach ihren Möglichkeiten größere Posten der Sondernummer gegen Bezahlung zu übernehmen und weiter zu verkaufen bzw. zu verteilen.

Der Stückpreis ist DM 5,--; ab 10 Stück gibt es 20% Rabatt, ab 20 Stück 30% und ab 30 Stück 40% Rabatt. Die Lieferung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung (Scheck, Bargeld oder nicht entwertete Briefmarken der Bestellung beilegen) durch Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591.

Die Sondernummer ist auch zum Einzelverkaufspreis von DM 5,-- im linken Buchhandel erhältlich.

● **Verteilt den Aufruf zum "Großen Ratschlag – Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik"** in Betrieben, Büros, Schulen, Ausbildungsstätten, Jugendzentren, bei politischen Veranstaltungen etc. 100 Stück kosten DM 8,–, 1.000 Stück kosten DM 50,–, portofreie Zusendung.



SPENDET!
Für den "Großen Ratschlag" und die Solidaritätsfonds

Den "Großen Ratschlag" als offenes Diskussionsforum inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten, entsprechende Agitations- und Vorbereitungsmaterialien zur Verfügung zu stellen, wird uns vor große finanzielle Probleme stellen, und es ist zu befürchten, daß wir deshalb nicht alles politisch Erforderliche realisieren können, weil das Geld dazu fehlt. Bereits die Produktion einer "links"-Sondernummer zum "Großen Ratschlag" übersteigt eigentlich unsere finanziellen Möglichkeiten erheblich und läßt sich nur voll finanzieren, wenn sie über den bisherigen Leserkreis hinaus verkauft werden kann. Die Informations- und Agitationsmaterialien müssen wir unter dem Selbstkostenpreis abgeben, damit sie auch für kleinere Gruppen und Einzelkämpfer zur – in der Regel – kostenlosen Verteilung erschwinglich sind.

Der Pfingstkongreß gegen Repression in Frankfurt, die Bloch-Tage in Tübingen usw. und auch das vom SB unterstützte Russell-Tribunal haben aber gezeigt, daß durch das Engagement von Gruppen und Einzelnen in und außerhalb des Sozialistischen Büros politische Großveranstaltungen auch finanziell sichergestellt werden können. Da in jüngster Zeit der Anti-Repressionsfonds und der Arbeiter-Solidaritätsfonds des SB zunehmend in Anspruch genommen werden, soll der Überschuß aus den Spenden und sonstigen Einnahmen des "Großen Ratschlags" diesen Fonds – je zur Hälfte – zur Verfügung gestellt werden.

Arbeiter-Solidaritätsfonds

Der Arbeiter-Solidaritätsfonds e.V. wurde im Sommer 1973 auf Initiative des Sozialistischen Büros und der Redaktion "express" (Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) gegründet. Seitdem wurden Unterstützungsbeträge von knapp DM 100.000 ausgezahlt. Die Unterstützungsbeträge gingen an gemaßregelte Kolleginnen und Kollegen (die z.T. keine gewerkschaftliche Unterstützung fanden), an Arbeitslosen-Initiativen, an Streikkomitees z.B. bei Einzelstreiks in Erwitte oder Kalletal oder spontanen und gewerkschaftlichen Streiks, wie in jüngster Zeit in der Druckindustrie, in der Stahlindustrie, bei den Hamburger Hafenarbeitern usw. Unterstützungen gingen auch an Ausländergruppen in Betrieben bzw. streikende ausländische Kollegen, die für soziale Gleichbehandlung kämpften.

Der Arbeiter-Solidaritätsfonds ist für solche Kollegen eingesprungen, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind (beispielsweise Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz), wenn sie während gewerkschaftlicher Streiks, an denen sie selbstverständlich teilgenommen haben, keine gewerkschaftliche Streikunterstützung erhielten. In mehreren Fällen wurde Rechtshilfe-Unterstützung gegeben für Kolleginnen und Kollegen, die wegen Arbeiterinteressenvertretung aus dem Betrieb gefeuert wurden, aber keine gewerkschaftliche Unterstützung fanden. Weiterhin wurden Flugblatt- und Aufklärungsaktionen von Arbeitergruppen bzw. Vertrauensleutekörpern in Streiksituationen finanziell unterstützt. Nicht zuletzt wurden auch in Einzelfällen Unterstützungsbeträge ins Ausland gegeben, so z.B. während der Auseinandersetzungen bei LIP, für lang andauernde Streiks der Landarbeiter in den USA und von Industriearbeitern in Peru und Bolivien oder für die Arbeiteropposition in Iran. Es ist festzustellen, daß der Arbeiter-Solidaritätsfonds in jüngster Zeit zunehmend mehr in Anspruch genommen wird, und zwar auf Grund vermehrter Repression in den Betrieben und auch verschärfter gewerkschaftlicher Streikauseinandersetzungen (als Beispiel seien erwähnt der Stahlstreik und der Druckerstreik).

Die Vergabe von Unterstützungsbeträgen erfolgt durch den Vorstand des Arbeiter-Solidaritätsfonds e.V. und läuft ausgesprochen unbürokratisch ab. Es gibt kaum einen Fall, in dem eine beantragte Unterstützung aus dem Arbeiter-Solidaritätsfonds verweigert wurde. Die Berechtigung, Unterstützung aus dem Arbeiter-Solidaritätsfonds in Anspruch zu nehmen, ist nicht an die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Büro gebunden.

Der Arbeiter-Solidaritätsfonds regeneriert sich ausschließlich aus freiwilligen Spenden. Ein Problem besteht darin, daß das Spendenaufkommen nicht ausreicht, um immer in wünschenswerter Weise großzügig zu helfen. Also, es gibt beispielsweise Fälle, wo ein Unterstützungsbetrag etwa von DM 3.000 zweckmäßig gewesen wäre, aber auf Grund der beschränkten Ressourcen nur die Hälfte gegeben werden konnte.

Deshalb sei hiermit erneut zu Spenden für den Arbeiter-Solidaritätsfonds aufgerufen: Girokonto 1141326311 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach.

Antirepression- und Rotarbeitsfonds

In Fortsetzung der Kampagne gegen die Politik der Repression und gestützt auf die Diskussion des Frankfurter Pfingstkongresses 1976 forderte das Sozialistische Büro dazu auf, Rotarbeit zu organisieren und diese wie auch andere Aktivitäten gegen Berufsverbote, Disziplinierung und Unterdrückung auch materiell zu unterstützen. Dazu wurde 1976 neben dem Arbeiter-Solidaritätsfonds der Antirepressions- und Rotarbeitsfonds geschaffen.

Rotarbeit heißt: dazu beitragen, daß politische und ökonomische Unterdrükkung und in diesem Zusammenhang erfolgende Berufsverbote nicht zur Wirkung kommen. Organisatorisch und finanziell soll geholfen werden, daß Arbeitsvorhaben und Projekte, die aus politischen Gründen unterdrückt werden, durch solidarische Selbsthilfe und Selbstorganisation dennoch realisiert werden.

Solidarität bedeutet: Umverteilung des finanziellen Risikos, das mit dem Eintreten für kritische politische Positionen in Zeiten der Repression verbunden ist. Das ökonomische und politische Risiko kann nicht allein von denjenigen getragen werden, denen der Beruf verboten wird oder die auf juristischem Wege Gerichtsprozessen unterzogen werden.

Wer über ein Einkommen aus "normaler" Berufsarbeit verfügt, ist aufgefordert, mit dazu beizutragen, daß die Betroffenen ihre Rechte verteidigen und alternative Arbeitsmöglichkeiten schaffen können. Bisher wurden aus diesem Fonds über 50.000 DM ausgezahlt.

Unterstützung wurde in jüngster Zeit geleistet z.B. für

- **Selbsthilfeprojekte wie z.B. Arbeiterselbsthilfen, Soziale Beschwerdezentren, Autonome Bildungszentren, Alternativzeitungen, Arbeitslosenselbsthilfen**
- **Individuelle Nothilfen und Rechtskostenunterstützung**
- **Öffentlichkeitsaktionen wie z.B. die Solidaritätsaktion Peter Brückner, die Initiativgruppe Rudolf Raabe, die Peter-Paul-Zahl-Initiative, die Sozialhilfe-Aktion, das Nationale Tribunal gegen § 218.**

Sicher, dies alles ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und der Antirepressionsfonds wird auch weiterhin nur punktuell Unterstützungsmöglichkeiten schaffen können. Zudem haben wir in den letzten Jahren für den Fonds nicht mehr mobilisiert, sodaß auch weniger Spenden eingegangen sind; wir fanden es politisch richtig, zunächst einmal auf die Netzwerk-Initiative zu orientieren.

Es hat sich aber herausgestellt, daß trotz der Netzwerk-Initiativen dieser Fonds nicht überflüssig geworden ist und gerade in den letzten Monaten wieder stärker in Anspruch genommen wird. Um auch in Zukunft mit diesem Fonds zu helfen, ihm politische Wirksamkeit zu verleihen, fordern wir auf zu praktischer Solidarität. Überweisungen und Daueraufträge unter Kennwort "Solidaritätsfonds" an Sozialistisches Büro, 6050 Offenbach 4, PSchA-Nr. 295680-605, Frankfurt am Main oder Girokonto Nr. 17413263 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach.

Der Überschuß aus den Spenden und sonstigen Einnahmen des "Großen Ratschlags" wird diesen Fonds – je zur Hälfte – zur Verfügung gestellt. Jede Spende für den "Großen Ratschlag" ist also zugleich auch eine Spende der Solidarität für Selbsthilfeprojekte und von Repression Betroffene.

"Großer Ratschlag"

Themenschwerpunkte

1. Von jenen, die auszogen, den Menschen zu helfen

● Wir haben Vorstellungen von Bildung und Gesundheit, die weit über den bestehenden gesellschaftlichen Rahmen hinausweisen.
Welche Möglichkeiten gibt es, diese in den Institutionen zu verwirklichen?
● Welche Perspektiven und welche Grenzen haben selbstorganisierte Projekte? Haben sie einen Stellenwert für die politische Arbeit in den Institutionen?

2. Arbeiterbewegung, Technologieentwicklung und Umweltfrage

Wir wollen beim "Großen Ratschlag":

● größere Klarheit über ökologische und technologische Entwicklungstendenzen und über deren Folgen herstellen,
● Forderungen austauschen und diskutieren, die sich für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit daraus ergeben können.

Und fragen:

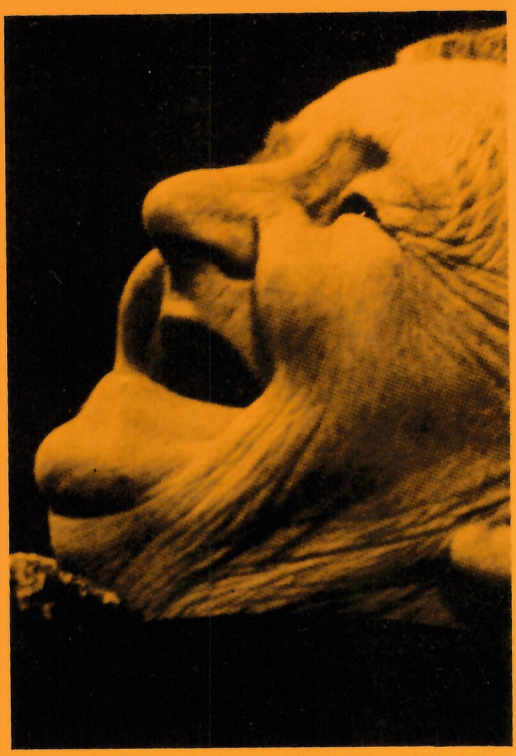
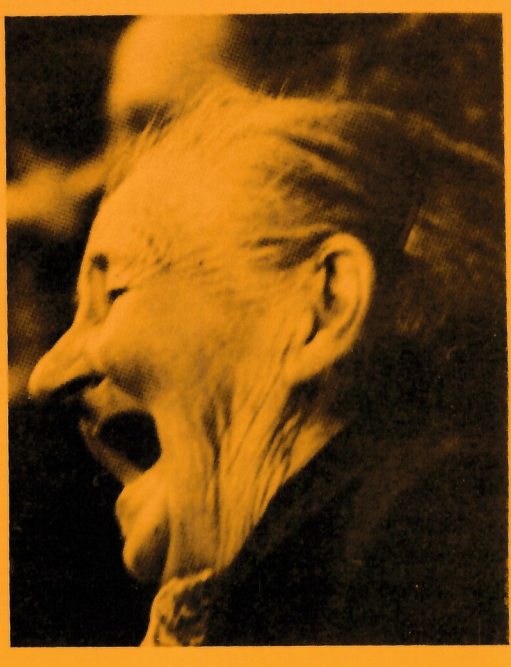
● An welchen Punkten entsteht unter diesen Bedingungen verändertes gesellschaftliches Bewußtsein und
● wie können Auseinandersetzungen um die Lebensbedingungen außerhalb des Betriebes auf die Probleme der Arbeitsbedingungen im Betrieb zurückwirken?

● Wie können die Erfahrungen der Umwelt- und BI-Bewegung genutzt werden, um im Bereich der Betriebsarbeit den Tendenzen zum lustlosen Weiterwursteln, zur politischen Schwerpunktverlagerung und zum Aussteigen entgegenzuwirken?
● Die Gruppen der Ökologiebewegung stehen vor der Frage, wie sie ihre Arbeit weiterführen und ausweiten können. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Perspektiven und Probleme der Parlamentarisierung ökologischer Interessen und um die Möglichkeit kommunalpolitischer Arbeit.
● Die bisherigen gewerkschaftlichen, aber auch die politischen Strukturen haben sich zur Lösung der genannten Probleme als offenkundig unzureichend erwiesen. Darum muß nach Veränderungen der Ziele und Organisationsstrukturen gefragt werden, die dieser Entwicklung eher gerecht werden.

3. Von unseren Sinnen – und "dem Sinn"

● Wie können Erfahrungen solcher Projekte von Kinderläden über Frauenhäuser, Selbsthilfegruppen, Knastgruppen bis hin zu Mieterinitiativen und Antipsychiatrische Zentren zum Stachel für Veränderungen in den Institutionen, im Arbeitsalltag und der politischen Organisation werden?

● Wie kann ihre Isolation, manchmal auch ihre Borniertheit gegenüber dem Arbeitsalltag aufgehoben werden?



● Welche Möglichkeiten gibt es, innerhalb und außerhalb der Medien die "Tendenzwende" aufzuhalten?
● Wie sind die Ansätze zu einer Gegenöffentlichkeit besser aufeinander zu beziehen, wie kann es gelingen, wirkungsvoller als bisher Erfahrungen in ihnen zu organisieren?
● Welche Möglichkeiten gibt es, über punktuelle Projekte hinaus, Gegenkultur zu organisieren?